

Stenographischer Bericht

48. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 18. November 2003

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Gennaro, Abg. Hamedl, Abg. Mag. Koller und Abg. Wiedner.

Aktuelle Stunde:

Thema: „Missbräuchliche Verwendung der Mittel für Ortserneuerung – Sonderförderung“.

Begründung: Abg. Lechner-Sonnek.

Redner: Landeshauptmann Klasnic, Landesrat Seitinger, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Abg. Majcen.

Dringliche Anfrage der SPÖ an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend Sicherheitssituation in der Steiermark.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Schrittwieser.

Redner: Abg. Lafer.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Redner: Abg. Stöhrmann, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Drexler, Abg. Schrittwieser, Abg. Lafer, Abg. Dietrich, Abg. Prattes, Abg. Rieser, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. List, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Dirnberger, Abg. Kröpfl, Abg. Lafer, Abg. Schrittwieser.

Beschlussfassung.

1. a) Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.

1. b) Einbringung des Landesvoranschlages 2004.

Redner: Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

2. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1500/1, der Abgeordneten Purr, Kröpfl und Straßberger, betreffend Finanzierungskonzept für die Koralmbahn.

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1198/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Ermöglichung der Nullstreuung zur Reduktion des Feinstaubes.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1504/1, der Abgeordneten Bacher, Wiedner, Dipl.-Ing. Grabner, Rieser und Straßberger, betreffend Übernahme der B 317 von Scheifling bis zur Landesgrenze in den Zuständigkeitsbereich der ASFINAG.

Berichterstatter: Abg. Bacher.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1520/1, betreffend die Auflassung der L 662, Seggaubergstraße von Kilometer 2,677 bis Kilometer 3,140 in einer Länge von 463 Meter im Gemeindegebiet von Seggauberg, politischer Bezirk Leibnitz.

Berichterstatter: Abg. Ferstl.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl. 1567/1, betreffend Liegenschaftsverwaltung im Straßenbau.

Berichterstatter: Abg. Petinger.

Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 6: Abg. Straßberger, Abg. Kröpfl, Präsident Purr, Abg. Lafer, Abg. Mag. Zitz, Abg. Petinger, Abg. Hagenauer, Abg. Dietrich, Abg. Gödl, Abg. Dietrich, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Mag. Zitz.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl. 1565/1, betreffend Überprüfung der Rechnungsabschlüsse 2002 der Steiermärkischen Landesbahnen und des Steirischen Heimatwerkes.
Berichterstatlerin: Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl. 1566/1, betreffend Überprüfung der Liegenschaftsverwaltung der Steiermärkischen Landesbahnen und des Steirischen Heimatwerkes.
Berichterstatler: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 890/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Ausweitung des Ausbildungsangebotes für LogopädInnen.
Berichterstatlerin: Abg. Lechner-Sonnek.
Redner: Abg. Böhmer (3061), Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1505/1, der Abgeordneten Hamedl, Lafer, Dr. Forenbacher und Gödl, betreffend Einrichtung eines elektronischen Behandlungspasses für Patienten im Drogen-substitutionsprogramm.
Berichterstatler: Abg. Lafer.
Redner: Abg. Halper, Abg. Bacher, Abg. Lafer, Landesrat Mag. Erlitz.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1242/2, zum Beschluss Nr. 935 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Februar 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Stöhrmann, Halper und Kröpfl, betreffend die Kontrolle des Alkoholabgabeverbotes an Jugendliche und finanzielle Unterstützung der Prävention gegen Alkoholmissbrauch.
Berichterstatler: Abg. Kröpfl.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1394/1, der Abgeordneten Beutl, Mag. Drexler, Köberl und Majcen, betreffend Englischunterricht in allen Volksschulen und Kindergärten.
Berichterstatlerin: Abg. Beutl.
Redner: Abg. Böhmer, Abg. Köberl.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1517/1, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2003 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatler: Abg. Majcen.
Redner: Abg. Majcen, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1477/1, betreffend die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH., Gewährung von Landesdarlehen zur Krankenanstaltenfinanzierung in den Jahren 2001 bis 2004, Neukonditionierung und Bereitstellung der Mittel für die Darlehensrückzahlung ab dem Jahr 2005.
Berichterstatler: Abg. Bacher.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1478/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 116, KG. 62246 Stein im Flächenausmaß von rund 160.448 Quadratmeter mit dem sich darauf befindlichen Gebäude Stein 108 um einen Kaufpreis von 221.216 Euro samt Kaufpreinsnachbesserungsverpflichtung an Herrn Ernst Schöffel, 8010 Graz, Harrachgasse 30.
Berichterstatler: Abg. Tasch.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1522/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 261, KG. 63102 Sankt Leonhard, Grundstücksadresse Alberstraße 1/ Maiffredygasse 10, bestehend aus den Grundstücken Nr. 572/1, 572/2, 572/3, 574 und 581 im Gesamtlächenausmaß von rund 3993 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 2.030.000 Euro an die Firmen Immobilitentreuhand ITG Graz GmbH., 8042 Graz, Styriastraße 35 und GPI Baugesellschaft mbH., 8053 Graz, Harterstraße 1.
Berichterstatler: Abg. Tasch.
Beschlussfassung.

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1523/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft Teilflächen des Grundstückes Nr. 20/1 der EZ. 963, KG. 63125 Webling im Flächenausmaß von rund 7935 Quadratmeter (vorbehaltlich der exakten Vermessung) um einen Kaufpreis von 102 Euro/Quadratmeter zuzüglich einer vereinbarten Kaufpreisminderung auf den Betrag von 145 Euro/Quadratmeter an die STEWEAG-STEAG GmbH., 8010 Graz, Leonhardgürtel 10.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1564/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der von der Gemeinde Sankt Martin im Sulmtal, 8543 Sankt Martin im Sulmtal, Sulb 72 errichteten Wohnanlage; vier Altenwohnungen, Sulb 24.
Berichterstatter: Abg. List.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1295/2, zum Beschluss Nr. 991 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kasic und Bittmann, betreffend Einrichtung einer Schlichtungskommission.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1494/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Margarethe Gruber und Schrittwieser, betreffend Verhinderung von Preiserhöhungen durch die Einführung der Lkw-Maut.
Berichterstatterin: Abg. Margarethe Gruber.
Redner: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Kasic, Abg. Lafer, Abg. Hagenauer, Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 1315/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Überprüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Hagenauer, Abg. List, Abg. Mag. Drexler.
Beschlussfassung.
22. Antrag, Einl.-Zahl 1480/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Abberufung des Leiters des Landesrechnungshofes.
Redner: Abg. Hagenauer, Abg. Mag. Drexler, Abg. List, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1420/2, Beilage Nr. 181, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Bacher.
Redner: Abg. List, Abg. Schrittwieser, Abg. Dirnberger, Landeshauptmann Klasnic.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 48. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Herren Landtagsabgeordneten Kurt Gennaro, der mir telefonisch vom Krankenhaus mitgeteilt hat, dass er jetzt noch mehr „Metaller“ ist nach seiner Operation. Weiters die Abgeordneten Wiedner, Hamedl und Mag. Koller.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Vom Landtagsklub der Grünen wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Missbräuchliche Verwendung der Mittel für Ortserneuerung – Sonderförderungen“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Erstunterzeichner Frau Landtagsabgeordneter Ingrid Lechner-Sonnek das Wort. Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten. Ich ersuche Sie, diese auch einzuhalten.

Abg. Lechner-Sonnek (10.04 Uhr): Herr Präsident, werte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Damen und Herren des Landtages, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher!

Einen schönen guten Morgen. Vor ein paar Tagen hat die steirische Öffentlichkeit beim Lesen der Zeitung zur Kenntnis nehmen müssen, wie in der Steiermark öffentliche Mittel verteilte beziehungsweise verwendet werden, und zwar ganz speziell im Bereich der Ortserneuerung, wo unter dem Titel Ortserneuerungssonderförderungen Golfplätze gefördert wurden in den letzten Jahren, Schilifte, Schwebbahnen, zahlreiche Förderungen an den GAK-Sportverein gegangen sind, der Styrassic-Park gefördert worden ist und zahlreiche zig Musikkapellen. Wir haben auch lesen können im Faksimile, das abgedruckt war, dass es der Landesregierung beziehungsweise der dazugehörigen Verwaltung manchmal nicht einmal der Mühe wert war zu erwähnen, wer eine Förderung erhalten hat. Denn da steht einfach „Diverse“, eine Praxis, die übrigens vom Bundesrechnungshof schon oftmals angeprangert worden ist als intransparent und damit undemokratisch und zu unterlassen ist. Hier haben wir diese Praxis, hier scheint sie üblich zu sein. Es handelt sich ganz offensichtlich um die missbräuchliche Verwendung von Mitteln, die für die Ortserneuerung budgetiert sind. Alle Regierungsmitglieder sind involviert, und zwar insofern, als diese Beschlüsse einzeln in der Landesregierung erfolgen, also zumindest alle informiert sind. Manche von ihnen haben aus diesem Topf der Ortserneuerung Mittel bekommen, die eigentlich in ihrem Ressort abzuholen gewesen wären, Stichwort Tourismus, Stichwort Wirtschaft und so weiter. Ein zweites Faktum, auf das ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte: Die Landesregierung hat sich über die Budgetvorgaben des Landtages hinweggesetzt mit dieser Praxis.

Was versteht man unter Ortserneuerung – eine kurze Zusammenfassung der Kriterien: Es geht bei Ortserneuerung darum, in Orten, Städten, Gemeinden die Ortszentren aufzuwerten, Plätze zu schaffen, an denen sich Menschen treffen können, Plätze zu schaffen, die vom ruhenden und fließenden Verkehr ausgenommen sind, Plätze zu schaffen, Räume zu schaffen, in denen man festliche Gelegenheiten würdig begehen kann. Man könnte es „Attraktivierung der Ortszentren“ nennen und in diesen Bereich sollten die Mittel der Ortserneuerung fließen. Wir haben in dieser Auflistung einen Begriff gesehen, dem wir nachgegangen sind: Ortserneuerung – Sonderförderung. Das, was ich Ihnen jetzt gerade gesagt habe, waren Kriterien für die Ortserneuerung. Für die Sonderförderung – ganz einfach ausgedrückt – gibt es keine Kriterien. Wohnumfeldverbesserung. Meine Damen und Herren, kennen Sie Sun City? Das ist eine Stadt in Kalifornien, in der die ganz reichen alten Menschen der USA sich treffen, um ihren Lebensabend zu verbringen, und zwar in einer Umgebung, die ihrem Wohlstand und dem angemessen ist, was sie bisher für einen Lebensstandard hatten. Das ist die einzige Stadt, die mir eingefallen ist, wo der Bau eines Golfplatzes wirklich durchgehen kann als Wohnumfeldverbesserung. Aber wir, meine Damen und Herren, sind nicht in Kalifornien. Wir sind in der Steiermark. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Gott sei Dank!“) Wir haben es hier mit über 500 Gemeinden zu tun, wovon viele von einer Aushöhlung des ländlichen Raumes betroffen sind, wovon viele davon betroffen sind, dass ihre Postämter geschlossen worden sind, dass ihre Nahversorger weggezogen sind, dass ihre Gaststätten immer weniger werden. In diesen Bereichen braucht es Ortserneuerung, braucht es Ortserneuerungsanstrengungen und Mittel, um diese Zentren, um diese Orte, Gemeinden für Menschen nachhaltig zu einer guten Wohnumgebung zu machen. (Beifall bei den Grünen.)

Herr Landesrat Seitinger hat, vom ORF schon gefragt, was er von dieser Sache hält, Vergabe der Mittel für Ortserneuerung, gesagt, aber es ist ja einiges zum Positiven verändert worden. Herr Landesrat, wenn das das einzige Kriterium ist, dass die Menschen, die auf der Regierungsbank sitzen, entscheiden, erstens was positiv ist und zweitens wo man das Geld dafür hernimmt, das durchzusetzen, dann sagt mir das sehr viel über Ihr Selbstverständnis als Regierungsmitglied und es sagt mir auch sehr viel über das Verständnis von Regierungsverantwortung in unserer Landesregierung. Es ist ein Selbstverständnis von Feudalherren, es ist das Selbstverständnis von segensreichem Wirken. Der Feudalherr zieht durch das Land, verteilt die Mittel, verteilt die Geschenke dort, wo er es für richtig hält. (Abg. Riebenbauer: „Geschenke?“) Es gibt ja keine Regeln dafür. Er oder sie kann das ja tun, offensichtlich. Das ist gelebte Praxis. Er muss sich offensichtlich auch nicht daran halten, dass sein Landtag gesagt hat, diese Mittel sind für Ortserneuerung zu reservieren. Wir haben ein System, das es ermöglicht, dass Menschen wie Feudalherren durch das Land ziehen und Geld dort vergeben, wo sie es nach ihren eigenen Empfindungen, nach ihrer eigenen Einschätzung für richtig halten. Und Sie sehen es auch nicht als notwendig an, es irgendjemand nachher zu erklären, nach welchen Kriterien Sie das gemacht haben, welche Ziele Sie verfolgt haben und wem Sie für welches Projekt was gegeben haben, Stichwort Diverses. Meine Damen und Herren, das ist ja nicht das erste Mal. Wir kennen diese Praxis, wir kennen sie unheimlich gut aus dem Bereich der Bedarfszuweisungen an Gemeinden, auch ein ganz großer Budgettopf von 100 Millionen Euro, wo zwei Personen hier auf der Regierungsbank entscheiden können, welcher Gemeinde sie was an Geld geben, welches Projekt sie für richtig halten. In den SPÖ-Gemeinden waren meinem Wissensstand entsprechend bisher nicht einmal im Ansatz Kriterien im Gespräch. In den ÖVP-Gemeinden wird davon gesprochen, es gebe Kriterien. Aber, meine Damen und Herren, Kriterien sind nur das wert, was sie auch halten, wenn sie von der Öffentlichkeit überprüft werden. Erst wenn wir hier im Landtag untersuchen und kontrollieren können, ob diesen vorgeblichen Kriterien entsprechend gehandelt wurde, erst dann können wir sicher sein, dass sie wirklich die Basis für die Vergabe von Mitteln bieten. Meine Damen und Herren, es wurde auch schon in den Raum gestellt die Wohnbauförderung. Bei der Wohnbauförderung ist die Zweckbindung freigegeben. „Da kann man ja Mittel vergeben wie man will.“ Das stimmt nicht. Wenn Mittel aus der Wohnbauförderung für einen Zweck festgelegt sind, und das ist in diesem Fall passiert. Die Ortserneuerung kann nicht ein Selbstbedienungsladen für Regierenderinnen und Regierender sein. Wenn ich mir diese Liste anschau, dann haben einige der Personen für ihr Ressort aus der Ortserneuerung profitiert und ich würde mir gerade von der zuständigen Person für Ortserneuerung erwarten und würde

das auch fordern, dass sie diese Mittel in ihrem Bereich einsetzen will, dass sie ihre Mittel gegen solche Begehrlichkeiten verteidigt, dass sie sagt, kommt überhaupt nicht in Frage, dass wir aus diesen Mitteln Musikkapellen und Golfplätze fördern. Wir setzen diese Mittel für Ortserneuerung für unsere steirischen Gemeinden ein und für sonst nichts. Und das würde ich mir von den zuständigen Stellen erwarten. (Beifall bei den Grünen.)

So haben wir eine Vergabe, wo man sich fragen muss, was sind die Kriterien? Vergibt da jemand, der auf der Regierungsbank sitzt, jemandem einer Gemeinde, einem Bürgermeister, Geld, der an anderer Stelle Zusicherung für politische Vorhaben gibt? Das alles müssen Sie sich gefallen lassen, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, dass wir Überlegungen anstellen, was Ihre eigentliche Motivenlage ist, was Ihre eigentlichen Ziele sind, wenn Sie die Mittel so angreifen, wie es Ihnen nach Budgetbeschluss eigentlich überhaupt nicht zusteht. Ich finde es besonders interessant, dass wir hier diese Aktuelle Stunde und diesen Tatbestand der missbräuchlichen Verwendung von Mitteln für Ortserneuerung heute hier debattieren am Tag, an dem ein Landesbudget eingebracht wird. Meine Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen im Landtag, die Budgethoheit des Landes: Es ist ja ohnehin ein Armutszeichen, dass auf der Regierungsbank ein Budget ausgehandelt wird, das seit Jahren und Jahrzehnten, bis auf eine Ausnahme im letzten Jahr, überhaupt nicht mehr verändert wird vom Landtag. Viele von Ihnen haben Ihre Budgethoheit in Wirklichkeit an die Regierungsbank abgegeben, obwohl es die Aufgabe des Landtages ist, das Budget zu beschließen, das heißt für mich auch, das Budget zu gestalten. (Abg. Gödl: „Wir haben die Regierung auch gewählt!“) Wenn Sie heute akzeptieren, dass die Regierung sich aus den Töpfen auch so bedienen kann, wie sie selber es für richtig findet und dass sie sich über Kriterien hinwegsetzen kann, dann haben Sie den letzten Rest an Budgethoheit abgegeben und dann brauchen Sie vom 2. bis 4. Dezember in Wirklichkeit auch gar nicht herkommen. Dann hat eine Budgetdebatte hier keinen Gehalt. (Beifall bei den Grünen.)

Eines ist jedoch zentral: Wir haben es hier mit einer Landesregierung zu tun, die in einer sehr selbstherrlichen und feudalen Manier sich anmaßt Mittel zu vergeben, wie sie es für richtig hält unter Missachtung der Regeln. Wenn wir schauen, ESTAG, KAGES, Ablöse der Tourismusgesellschaft, Personalrochaden, was da alles in der letzten Zeit aufbricht, das zeigt, in welchem Geist dieses Land regiert wird.

Meine Damen und Herren, wenn das der steirische Brauch ist, na Holodrio! (Beifall bei den Grünen. – 10.14 Uhr.)

Präsident: Die Zeit ist abgelaufen. Bevor ich nun dem zuständigen Regierungsmitglied das Wort erteile, darf ich eine Begrüßung vornehmen, nämlich die Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse Volksschule der Schulschwester Graz-Eggenberg unter der Leitung von Herrn Christian Pongratz, die Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse der Realschule Webling unter Leitung der Frau Lehrerin Christa Siegmund, Schüler der land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Gröbming unter Leitung von Frau Fachlehrerin Eva Schiefer und die Frauen aus dem Bezirk Leibnitz unter Leitung von Frau Maria Wyss. Einen herzlichen Gruß vom Steiermärkischen Landtag. (Allgemeiner Beifall.)

Nunmehr erteile ich das Wort der Zuständigen für diesen Bereich, Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (10.16 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Klubobfrau, ich bin Ihnen und Ihrem Klub sehr, sehr dankbar, dass es diese Aktuelle Stunde gibt. In dem Sinne kann ich etwas aufklären, was ich als Missbrauch zurückweise, was aber sehr wohl vielleicht zu einer missverständlichen Interpretation aus wessen Sicht auch immer geführt hat. Ich war bis 8. April zuständig als Referentin für Ortserneuerung und bin weiterhin zuständig als Vorsitzende der Landesregierung für Beschlüsse mit verantwortlich zu sein und bekenne mich auch gerne dazu. Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, dort, wo die Menschen zu Hause sind. Und das ist das Anliegen der gesamten Regierung. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt kein Regierungsmitglied, das sich nicht gerne dafür einsetzt, dass die Regionen, die Orte, dort, wo die Menschen zu Hause sind, ob es nahe der Landeshauptstadt ist oder draußen im weiten Land, dass sie sich dort wohl fühlen und dass die Lebensqualität in Ordnung ist. Missverständnisse und Fehlinterpretationen sind immer möglich. Aber ich sage sehr klar, kein Schilling, kein Euro ist missbräuchlich verwendet worden. Die Post „Diverses“ gibt es nicht. Wer „Diverses“ irgendwo auf einer Liste, die in der Regierung beschlossen wurde, gefunden hat, hat eine unrichtige Information. Es gibt keinen solchen Regierungsbeschluss, das möchte ich sehr klar in dieser Stunde sagen, weil hier ist ja die gesamte Regierung verantwortlich.

Zum Zweiten gibt es eine rechtliche Grundlage laut Paragraph 40 Wohnbauförderungsgesetz, wo es im Zusammenhang mit der Schaffung oder Verbesserung der Wohnversorgung und des Wohnumfeldes – und da müssen wir wissen, dass es nicht in jeder Region, in jedem Ort, in jedem Dorf dieselben Voraussetzungen gibt. Es möchte aber jeder dort, wo er zu Hause ist, das Wort Zuhause empfinden, möchte Heimat empfinden. Die Aufgabe von uns in diesem Zusammenhang ist die Stärkung, die Festigung des Lebensstandortes, die Verbesserung dieses Zuhauses auch mit Infrastrukturqualität, in welcher Form auch immer. Die Landesregierung hat seit 1991 in vielen Beschlüssen Verfügungstellung der Mittel für Ortserneuerung beschlossen und der letzte Beschluss hat stattgefunden am 15. September 2003 und war einstimmig. Dazu gehören Förderungen von Platzgestaltung bis zur Verbesserung des Ortsbildes, von den Kinderspielplätzen bis zur Verkehrsberuhigung, von der Förderung in den Gemeinden – und ich nenne sie jetzt gemischt – Wagna, Gröbming, Trofaiach, Sankt Jakob im Walde,

Köflach, Hartberg, Thörl, Merkendorf, Zeltweg, Irdning, Voitsberg, Weiz und viele mehr. Ich kann mir nicht vorstellen, dass auch nur ein Gemeinderat, ein Bürgermeister sich nicht mit seinem Gemeinderat ernsthafte Gedanken gemacht hat, in welcher Verantwortung er seiner Aufgabe nachkommen möchte. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich denke, dass wir unter anderem die beste Situation dort geschaffen haben, wo es zum Beispiel auch so etwas gibt wie Jugend- und Vereinsförderung. Vereinsförderung auch im Sinne von Gemeinschaft und Sport, in der Beherbergung von Jugend und Familie. Denken wir daran, dass es die Jugendgästehäuser Pöllau, Fürstentfeld und so weiter gibt. Und weil sie die Musikkapellen angesprochen haben, rückwärts auf der Tribüne sitzen viele Menschen, die bei uns im Land zu Hause sind. Sie werden niemanden finden, der nicht dankbar ist, dass es ein Musikheim gibt und auch eine Musikkapelle, die ehrenamtlich unterwegs ist und damit auch den Ort dementsprechend mit Wärme und mit Herz gestaltet, weil sie bereit sind, das ganze Jahr unterwegs zu sein und unseren Jahreslauf zu prägen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte nicht zuviel Zeit brauchen, weil wir ja in einem Zeitprogramm sind. Aber ich möchte sagen, alle Mittel sind wichtigen Projekten in alle Regionen der Steiermark zugeteilt worden, unabhängig von der politischen Zuordnung und als Errichtung notwendiger Strukturen. Gleichzeitig wurde damit nicht nur die Bauwirtschaft belebt, sondern es sind hunderte Arbeitsplätze erhalten geblieben, hunderte Arbeitsplätze draußen in den Regionen und die Ortserneuerungsmittel werden uns auch in Zukunft helfen, Steirerinnen und Steirern in ihrer Heimat das Gefühl zu geben, dort ist es richtig, dort geschieht viel. Und zu Steirerinnen und Steirern gehört natürlich auch die Landeshauptstadt Graz. Auch die ist nicht ausgenommen, solche Mittel in Anspruch nehmen zu können.

Ich habe aber zwei Maßnahmen gesetzt, damit sehen Sie, dass die Aktuelle Stunde auch ein ganz besonderes Ergebnis hat. Ich habe den Finanzreferenten gebeten, falls es bisher nicht der Fall war, dass im künftigen Förderbericht die Ortserneuerungsmittel aufscheinen. Sie sind somit dem Landtag zugänglich. Niemand hat etwas zu verbergen. Ich lege noch einmal Wert darauf, das Wort „Diverses“ gibt es nicht und zum Zweiten habe ich den Landesrechnungshof gebeten, die Fördermittel zu prüfen. In diesem Sinne bin ich davon überzeugt, dass all das, was öffentlich als Missbrauch dargestellt wird, höchstens ein Missverständnis sein kann, aber nur eines, das man mit der Lupe suchen muss. Ich kann mir nicht vorstellen und das glaube ich auch gerade von Ihnen nicht, Sie kennen die Struktur der Gemeinden gut genug. Sie wissen, was wir in Gleisdorf gemacht haben. Schauen Sie sich das Kloster an. Sie freuen sich auch darüber, das weiß ich. Das sind auch Mittel der Ortserneuerung. Ich kann nur sagen bravo. (Beifall bei der ÖVP. – 10.21 Uhr.)

Präsident: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied Herrn Landesrat Hans Seitinger das Wort. Herr Landesrat, bitte.

Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Landesrat Seitinger (10.22 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Geschätzte Abgeordnete! Liebe Frau Klubobmann!

Ich gehe davon aus, dass wir einer Meinung sind, dass eine Förderung für infrastrukturelle Maßnahmen in den Gemeinden, dass Förderungen, die das Wohnumfeld verbessern, dass Förderungen, die Jugend- und Kindergästehäuser verbessern, erneuern und letztlich auch Förderungen, die in den Gemeinden draußen eine nachhaltige Entwicklung und nicht nur in den Gemeinden, sondern auch in der Region eine nachhaltige Entwicklung gewährleisten, keine verschwendeten Steuergelder sind, sondern im Gegenteil, dass das enorme Impulse für die Infrastruktur, enorme Impulse für dieses Land darstellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Impulse, meine geschätzten Damen und Herren, die im Besonderen sich in der Wirtschaft auswirken. Und wenn Sie die Millionen hier angesprochen haben, die hier ausgegeben wurden, Millionen an Schillingen, denn es betrifft ja noch die Jahre zuvor, dann möchte ich hier einmal ganz klar und deutlich sagen, jeder von uns weiß, dass mit einer Million auch ein Arbeitsplatz verbunden ist. Und jeder von uns weiß – ich hoffe, Sie auch, Frau Klubobmann –, dass es sich hier nicht um Gelder handelt, die sozusagen vergeben werden und die nicht mehr zurückfließen, sondern dass es sich hier um Darlehen handelt, die noch dazu verzinst zurückfließen. Und jeder von uns weiß, dass auch mit diesen Darlehen viele Millionen mehr als die, die wir ausgeben, noch eingesetzt werden und damit auch wiederum Arbeitsplätze geschaffen werden. Also, hier über Verschwendung zu reden, ist wirklich – glaube ich – ein Schritt zu weit. Natürlich sind das keine Trinkgelder, sondern es sind klare Ausgaben, die auch nach klaren gesetzlichen Grundlagen hier ausgegeben und an die Gemeinden weitergereicht werden. Ich möchte hier schon ein bisschen auch den Grundsatz dieser gesetzlichen Grundlagen ansprechen. Der ist geregelt im Wohnbauförderungsgesetz, Jahr 1993, Sie wissen alle, viele haben dieses mitbeschlossen, Paragraph 40, wo also klar festgehalten ist, was eine Ortserneuerung ist, was eine Wohnumfeldverbesserung ist, auch was die Jugendinfrastruktur angeht. Wenn man diese Ortserneuerung hernimmt und sich das genau anschaut, dann meine ich, welche Gemeinde ist nicht froh, und ich weiß, wovon ich rede, die Infrastruktur in vielen Bereichen, die in unseren Gemeinden dringend notwendig ist und den Volkszählungsschlüssel in der Form zu halten, wie wir ihn bräuchten, zu verbessern, auch das Wohnumfeld zu verbessern. (Abg. Hagenauer: „Golfplatz!“) Dazu gehört nun mal nicht nur ein Golfplatz, dazu gehört auch ein Parkplatz für einen Golfplatz, Infrastruktureinrichtungen, die wir brauchen für Parkanlagen. Es gehört auch dazu, dass wir Freizeiteinrichtungen fördern für den Tourismus, für die Belebung der Gemeinde. Es gehört auch dazu, dass man Verkehrsleitstellen einrichtet, dass man Verkehrsberuhigungszentren einrichtet, dass man Gehwege schafft und vieles mehr. Ich könnte das jetzt ausdehnen, denn es gibt jede Möglichkeit in der Entfaltung. Das entscheiden nicht wir hier im

Haus, sondern das entscheiden vor Ort die Bürgermeister mit ihren Gemeinderäten, denen wir hoffentlich zumuten können, dass sie wissen, was sie tun. Wenn die Jugendgästehäuser angesprochen wurden, wo sozusagen auch viel Geld verschwendet wird, dann möchte ich Folgendes klar und deutlich sagen: Wem liegt es nicht am Herzen, dass auch finanzschwache oder sozial schwache Familien die Möglichkeit haben, in einem schönen Gebiet Urlaub zu machen, wo es vielleicht nicht so teuer ist wie in einem Hotel? (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, dass das Synergieeffekte auslöst, wenn wir hier punktuell Förderungen geben, ist jedem von uns klar, dass hier Synergieeffekte im Bereich der Wirtschaft, Synergieeffekte im Bereich der Beschäftigung entstehen. Ich darf daher nochmals sagen, 75.000 Euro ist ein Arbeitsplatz, den wir für ein ganzes Jahr sichern. Die gesellschaftspolitischen Effekte und letztlich auch die sozialpolitischen Effekte entstehen durch die Steigerung der Lebensqualität vor Ort. Ich glaube, daher muss ich nicht mehr allzu viel hinzufügen. Ich möchte aber noch ganz klar und deutlich sagen, dass diese Förderung, so wie sie hier abgehandelt wird von unserer Abteilung 15, die hauptverantwortlich dafür ist, nach klaren Richtlinien ausgegeben wird. Es wird zuerst einmal geprüft, ob dieses Vorhaben kaufmännisch und technisch in Ordnung ist. Die Unterlagen dafür werden angefordert. Es wird erst danach eine Förderungszusicherung gegeben. Weiters gibt es eine Vorortkontrolle, eine laufende Kontrolle über den Ablauf dieser Maßnahmen. Am Ende, wenn es den Schlussbericht gibt, gibt es das entsprechende Geld. Für mich heißt das, dass die Förderungen sehr genau kontrolliert werden. Es geht hier nicht um ein verlorenes Geld, sondern um Darlehen, die wir ausgeben und noch dazu um verzinsten Darlehen. Abschließend möchte ich klar und deutlich festhalten, dass es hier um keine missbräuchliche Verwendung geht, sondern im Gegenteil, es geht um Infrastrukturmaßnahmen, die die Gemeinden dringendst brauchen. Deshalb weise ich diesen Vorwurf zurück, dass es sich um einen Missbrauch handelt. Es gibt klare gesetzliche Grundlagen und es gibt eine klare Kontrollstelle bei uns im Land. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.28 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich.

Abg. Dietrich (10.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Im Leben ist es so: nicht alles, was glänzt, ist Gold. In der Politik ist es manchmal so: nicht alles, was nach einem Skandal ausschaut, ist tatsächlich ein Skandal. (Abg. Hagenauer: „Das ist ein Satz von Haider!“) Oft wissen auch wohl informierte Kreise nicht alles oder das Wissen, das sie haben und weitergeben, ist ein endenwollendes. Skandalisieren ist sehr wohl ein politisches Instrument, ist legitim. Ich glaube aber, es birgt auch eine riesige Gefahr in sich. Skandalisieren wirkt nämlich inflationär. Wenn man alles zu einem Skandal erhebt, dann wird der wahre Skandal nicht mehr erkannt. Uns ist Kontrolle wichtig. Aus diesem Grund haben wir, als wir vor einigen Monaten mit dem Vorwurf konfrontiert wurden, bei der Ortserneuerung geht es nicht mit rechten Dingen zu, einen korrekten Weg beschritten, nämlich den Weg, Fakten einzuholen und Fakten zu überprüfen. Kollege Lafer hat damals eine schriftliche Anfrage an den zuständigen Landesrat Pörtl gerichtet und wir haben – alle im Landtag werden das wahrscheinlich sehr genau durchstudiert haben – sehr umfangreich über jedes Detail Auskunft erhalten. Ich glaube, das ist der richtige Weg, sich zuerst zu informieren und dann zu entscheiden, ob tatsächlich ein Skandal vorliegt oder nicht. Uns ist daher Kontrolle wichtig und aus diesem Grund haben wir auch heute einen Antrag eingebracht, um jedes Missverständnis aufzuklären, wonach der Landesrechnungshof genau diese Mittelvergabe überprüfen soll. Ich bin froh, dass Frau Landeshauptmann diesen Schritt bereits beschritten hat. Ich gehe davon aus, dass alle Fraktionen im Landtag das unterstützen werden. Ich gehe aber auch davon aus, dass nicht viel dabei herauskommen wird. (Beifall bei der FPÖ. – 10.30 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (10.30 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptfrau, Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

(Abg. Straßberger: „Nicht zynisch sein!“) Ein sicherlich mir wohlmeinender Kollege hat mir gerade zugerufen, ich solle nicht zynisch sein. Herr Kollege, Ihr Wunsch ist mir natürlich Befehl. Ich möchte in diesem Sinne gleich bei der Frau Kollegin Dietrich anschließen, denn sie sagte, es sei nicht alles Gold was glänzt. Das gilt zumindest für etliche Trompeten in der steirischen Blasmusik. Sehe ich das richtig?

Ich habe schon so manche Anfragebeantwortung und Antwort auf eine Dringliche beziehungsweise Aktuelle Stunde gehört. Ich habe aber selten noch zwei so schwache Antworten gehört, wie jetzt von Frau Landeshauptfrau und von Herrn Landesrat. (Beifall bei den Grünen.)

Da ist man wieder durch alle Klischees und alle Untergriffe gegangen, zu denen man fähig ist in diesem Land und man hat wieder mit beiden Händen hineingegriffen. (Abg. Mag. Drexler: „Welche Untergriffe waren da?“) Wenn hier die Rede ist und wenn man sich dann hinter die Vereine stellt statt vor die Vereine in diesem Land und jetzt sagt, ihr habt vielleicht was gegen die Vereine, die bringen so viel Wärme ins Dorf und ins Herz (Abg. Mag. Drexler: „Richtig!“), wissen Sie, Frau Landeshauptfrau, mir wird auch ganz heiß und kalt, wenn ich diese Ihre Begründungen höre. Wovon reden wir denn da hier? Wir reden nicht von der Ortserneuerung, wie Sie es jetzt 90 oder 95 Prozent Ihrer Redezeit getan haben und gegen diese Ortserneuerung natürlich gerade die Grünen nie etwas hatten. Nie. Aber wir reden hier von der Sonderförderung Ortserneuerung und ich gehe davon aus, dass ein Mitglied der Landesregierung des Lesens mächtig ist und das schon seit Tagen auch bekanntlich publiziert wurde, und zwar im Faksimile. Die Sonderförderung Ortserneuerung hat genau damit nichts zu tun, wovon Sie so lange gesprochen haben, sondern das sind ganz normale Infrastruktur-

förderungen, wo es eben darum geht, dass das Wohnumfeld Schwebbahn, das Wohnumfeld Golfplatz und einzelne Personen, die da drinnen sogar genannt sind, gefördert werden. Ich weiß nicht, Frau Landeshauptfrau, ob Sie schon für die Bundespräsidentenschaft kandidieren und trainieren, weil das scheint mir ein bisschen abgehoben zu sein. Wenn das Herr Minister Grasser, Ihr neues Vorstandsmitglied, sagt, dass der Golfplatz zum Wohnumfeld gehört, dann geht das in Ordnung. (Beifall bei den Grünen.)

Aber hier, weil man so viele sinnvolle Projekte zu machen hat, wie Sie selbst sagen, ist das eine Schweinerei, einen Golfplatz und einen Lift mit den Vereinen und dem Wohnumfeld zu begründen. Eine letzte Anmerkung zum Thema Arbeitsplätze: Wir gehen nicht davon aus, dass man diese Million nicht in Projekte steckt, sondern wir gehen davon aus, wenn Sie der Kollegin Lechner-Sonnek zugehört haben, und Sie haben das, nur, Sie haben keine bessere Ausrede gefunden, dass man nachvollziehbar macht, dass man sich Rechenschaft gibt und der Öffentlichkeit Rechenschaft gibt, warum man welches Geld wofür ausgegeben hat. Wir haben nicht von einem Missbrauch, Herr Landesrat Seitinger, gesprochen, mit keinem Wort. Unterstellen Sie uns das nicht. (Abg. Mag. Drexler: „Der Antrag der Aktuellen Stunde lautet Missbrauch!“) Aber ich schließe daraus, es fällt Ihnen nichts Besseres ein.

Und zum Abschluss ein Wort zur so genannten strengen Kontrolle. Es gibt keine Richtlinien für diese Sonderförderung. Es gibt Richtlinien für die normale Ortserneuerung, es gibt sie nicht für diese Richtlinien. Die einzige Richtlinie ist die, dass alle Regierungsmitglieder sich bedient haben. Das wäre es. Ich danke für die rege Anteilnahme, liebe Kolleginnen und Kollegen, an meiner Wortmeldung. (Beifall bei den Grünen. – 10.35 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (10.35 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und Gäste!

Anscheinend ist die Basisdemokratie, von der immer so viel gesprochen wird, der Grünen recht unterentwickelt. Ich kann Ihnen Gemeinderatsbeschlüsse aus vielen Gemeinderäten der Steiermark bringen, wo Grüne der Verwendung dieser Mittel ausdrücklich zugestimmt haben. Ich war selber dabei, Herr Kollege Hagenauer (Beifall bei der ÖVP), ich war selber dabei, wie die drei gewählten Mandatäre der Grünen im Gemeinderat zum Beispiel der Stadt Fürstenfeld mehrere kleinere und einen größeren Betrag mit Begeisterung aufgenommen haben (Abg. Hagenauer: „Für die Ortserneuerung!“) und die sind auch nicht für Asphaltierungsarbeiten verwendet worden, sondern für das, was die Grünen eigentlich unter Ortserneuerung verstehen sollten, eine Verbesserung der Gesamtsituation. Und wenn man so kleinlich ist, und wenn man so neidig ist, dass man glaubt, man kann das reduzieren auf ganz kleine Bereiche wie Gehsteig asphaltieren, Platzerl gestalten, aber alles, was das Leben in unseren steirischen Gemeinden so lebendig macht, gehört nicht dazu, dann ist das ein Widerspruch. Und, Frau Lechner-Sonnek, Sie haben selber gesagt, und da haben Sie einen Ansatz gezeigt, dass Sie bereit sind, es weiter zu sehen, dort, wo zum Beispiel ein Postamt abgesiedelt wird, dort müsste man ...! Was müsste man denn dort? Mit der Ortserneuerung ein Postamt wieder aufsperrern? Nein! (Abg. Hagenauer: „Golfplatzgestaltung!“)

Man muss andere Maßnahmen setzen, damit sich die Bevölkerung in dem Ort einigermaßen zu Hause fühlt, wie die Frau Landeshauptmann in lobenswerter Weise gesagt hat. Und ich danke ihr ausdrücklich und ich danke der ganzen Regierung ausdrücklich für alle einstimmigen Beschlüsse, weil sie der Steiermark weitergeholfen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gehört schon viel Mut dazu, Frau Lechner-Sonnek, sich als Klubobfrau einer Partei, die immer sagt, sie ist sozusagen das Kontrollinstrument für die anderen missbräuchlichen Verwender von Geldern, sich herzustellen und eine demokratisch durch Wahl legitimierte Regierung in ihren einstimmigen Beschlüssen zu kritisieren und zu sagen, das ist Feudalherrschaft. Das ist völlig falsch, Frau Lechner-Sonnek. (Beifall bei der ÖVP.)

Dieser Vorwurf geht völlig ins Leere. Ich weiß schon, was Sie meinen. Sie müssen es nur sagen, damit es die Leute besser verstehen. Sie möchten auch gerne dabei sein dort (Abg. Mag. Zitz: „Beim Golfspielen?“), wo man etwas Positives erledigen kann und dort, wo man nicht immer nur herumraunzen und kritisieren und Probleme erfinden kann, wo es gar keine gibt. Das ist Ihr Problem. Und wenn Sie so weit gehen, Frau Lechner-Sonnek, dass Sie jeden in irgendeiner Zeitung erscheinenden Faksimileabdruck als Beweis heranziehen, um von missbräuchlicher Verwendung zu sprechen, da muss ich schon sagen – (Abg. Hagenauer: „Da schau ich aber!“) Sie haben es selber gesagt, Faksimileabdruck und so weiter, dann muss ich schon sagen traurig, dann muss ich aufpassen, dass die Faksimileausdrucke, die wir da und dort kriegen von Briefen, die die Grünen schreiben oder sonst irgendwas, dass wir die nicht einsetzen als Argumentationsmittel. Ich bin traurig darüber, dass Sie eine positive Entwicklung mit aller Gewalt negativ darstellen und die Skandalisierung, so wie sie schon angesprochen wurde, als Mittel hernehmen, um positivste Maßnahmen zu kritisieren. Die Grünen haben wie gesagt oft mitgestimmt, überall dort, wo sie Nutznießer sind. (Abg. Lechner-Sonnek: „Aber nicht bei Golfplätzen!“) Das weiß ich nicht, ich kann das nicht im Detail sagen. Außerdem ist das mit dem Golfplatz ein Beispiel, was man natürlich in der Mentalität der Grünen in der von mir vorher zitierten Gesinnung, das ist etwas für Leute, die Geld haben, das ist etwas für Leute, die nicht wissen, was sie in der Freizeit tun sollten. (Abg. Lechner-Sonnek: „Das ist etwas für Tourismusförderung, Wirtschaftsförderung, aber nicht für die Ortsentwicklung!“) Auch Tourismus ist Ortsentwicklung, auch Vereinsleben ist Ortsentwicklung. Alles gehört zur Ortsentwicklung. Ich würde Ihnen raten, weil Sie so oft von Toleranz reden, den Begriff der Ortserneuerung ein bisschen breiter anzusetzen. Abgesehen davon, dass das alles Darlehen sind, also braucht sich niemand aufregen, es muss immer zurückgezahlt werden, Herr

Kollege Hagenauer. Ich bitte also sehr, in Zukunft ein bisschen sich zu beherrschen bei der bewussten Verwendung des Wortes „missbräuchliche Maßnahmen“. Sie machen sich damit lächerlich. (Abg. Hagenauer: „Das haben wir nie verwendet!“) Steht ja im Antrag drinnen. Der Antrag lautet: Aktuelle Stunde, missbräuchliche Verwendung der Mittel für Ortserneuerung, Sonderförderung. Und das ist auf das Schärfste zurückzuweisen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.41 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich erkläre damit die „Aktuelle Stunde“ für beendet.

Gemäß Paragraph 3 Absatz 1 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassungs- und Verwaltungsreform in seiner Sitzung am 4. November 2003 die Anzeige, Unv 28/1, der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic sowie die Anzeige, Unv 29/1, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, betreffend Paragraph 28 Absatz 10 des L-VG 1960 in Verbindung mit Paragraph 3 Absatz 1 UnvG 1983 beraten und genehmigt hat.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass neun schriftliche Anfragen und drei Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Weites teile ich mit, dass um 9.45 Uhr der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1402/2, Beilage Nr. 181, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz geändert wird, beraten hat und zu diesem Antrag den im Schriftlichen Bericht, Einl.-Zahl 1420/4, Beilage Nr. 189 enthaltenen Ausschussantrag gefasst hat.

Die Zweite Lesung des Schriftlichen Berichtes darf gemäß Paragraph 43 Absatz 2 GeoLT in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes an die Landtagsklubs stattfinden, doch kann bei Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hievon abgesehen werden.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, den Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1420/2, Beilage Nr. 181 als Tagesordnungspunkt 23 zu behandeln, wobei die Behandlung des genannten Tagesordnungspunktes vor dem Tagesordnungspunkt 19 erfolgt.

Gemäß Paragraph 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegungsfrist sowie die Ergänzung der Tagesordnung in einem abstimmen.

Wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Sicherheitssituationen in der Steiermark.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von zehn Abgeordneten die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Aus Anlass der Zuweisung des Landesvoranschlages 2004 an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft erteile ich Herrn Landesfinanzreferenten Dipl.-Ing. Herbert Paiern das Wort zur Einbegleitung des Landesvoranschlages 2004.

Landesrat Dipl.-Ing. Paiern (10.46 Uhr): Werter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Verehrte Regierungskollegen, meine Damen und Herren Abgeordneten und auch Damen und Herren auf der Zuschauerbank!

Die Erstellung eines Landesbudgets ist jährlich nicht nur eine besondere Herausforderung an die Politiker und deren Mitarbeiter, das Landesbudget steht stets auch für ein politisches Programm, das die Meilensteine für die zukünftige Entwicklung unseres Landes, der Steiermark, setzt. Deshalb möchte ich auch die heutige Budgetrede von dieser Stelle aus unter das Motto setzen: „Fünf Grundsätze und erfolgreiche Schritte zur steirischen Wohlstandsstrategie durch gleichzeitiges Bewahren und Verändern!“ Ein immerwährendes Thema, täglich aktuell und man wird sich immer darum bemühen müssen.

Der Landesvoranschlag für das nächste Jahr ist nicht nur als einjähriges Ereignis zu sehen, sondern muss in seiner Gesamtkonzeption auch als in einer Periode eingebettet für eine Budget- und Finanzpolitik in unserem Bundesland gelten, die wir doch gemeinsam jetzt schon seit einigen Jahren, seit 2000 im Konkreten jetzt auch von meiner Seite her gesehen, versuchen.

Als ich am 7. November 2000, also vor ein bisschen mehr als drei Jahren, nach der Regierungsbildung von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic neben dem Wirtschaftsressort auch das Finanzressort übertragen erhalten habe, sind wir darangegangen, sehr systematisch an Hand der sehr ambitionierten Vorgaben im Arbeitsprogramm für die fünfjährige Legislaturperiode bis 2005 der Regierung Klasnic II, auch eine neue Finanz- und Budgetpolitik zu entwickeln. Dafür haben wir im Rahmen einer Bestandsaufnahme oder wie es so schön heißt, eines Kassasturzes neben den hoch kompetenten Fachleuten meines eigenen Finanzressorts auch die besten Köpfe der österreichischen Finanzwirtschaft eingeladen, Wirtschaftsforschungsinstitut, IHS, UNI Linz, UNI Graz, um einerseits zu analysieren und andererseits Vorschläge für eine nachhaltige mittelfristige Finanz- und Budgetpolitik zu erstellen.

Bildhaft zusammengefasst, meine Damen und Herren, haben die damaligen Analysen dieses Jahres 2000 vor drei Jahren zu folgendem Befund geführt:

Das Landesbudget der Steiermark ist ein Risikopatient mit Heilungschancen.

Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, nach der Halbzeit der Legislaturperiode, dem fast gelaufenen Budgetvollzug 2003, das Budget hält allmorgendlich auch wieder eine Debatte mit den Journalisten und den von der Landesregierung einstimmig beschlossenen Landesvoranschlag 2004, sagen: Der Risikopatient hat sich gut erholt und ist erfreulicherweise bereits wieder bei guten Kräften. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Im Jahre 2000 hatten wir noch 1,5 Milliarden Euro, das sind rund 21 Milliarden Schilling, Schulden, davon 1,2 Milliarden Euro bei Banken, wofür Zinsen in der Höhe von über 50 Millionen Euro jährlich zu bezahlen waren. 300 Millionen Euro sind als innere Anleihen und Sollstellungen hinzugekommen. Diese sind zinsfrei, aber natürlich auch eine Form der Schuld. Damit waren wir gegenüber den Einnahmen, und das ist immer wichtig, dass man sich das vor Augen hält, von rund einer Milliarde Euro, die wir aus den Steuern bekommen, zu 120 Prozent extern bei Banken ver- und ich würde sagen überschuldet. Wir hatten im Jahr 2000 im Rechnungsabschluss auch noch ein Maastricht-Defizit von minus 40 Millionen Euro. In den Folgejahren war unser Maastrichtergebnis stabilitätspaktkonform bei rund 230 Millionen Euro – eine Verbesserung sozusagen von einem Jahr auf das andere von 270 Millionen Euro. Mit Ende dieses Jahres, meine Damen und Herren Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages, und ich meine, darauf sollten auch Sie stolz sein, haben wir keine Bankschulden mehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Die innere Anleihe wird im selben Betrag wie 2000 sein. Zirka 300 Millionen Euro betragen die Fremdmittelbelastungen in den jedoch mit Vermögen ausgestatteten ausgegliederten Beteiligungsfirmen. Das ist einerseits die KAGES, die Krankenanstaltengesellschaft und andererseits die Landesimmobiliengesellschaft. Das unmittelbare Landesbudget, sozusagen das Verwaltungsbudget des Landes ist zu 100 Prozent entschuldet und schafft somit auch Spielraum für die Zukunft – von 2003 auf 2004 wächst auch die Budgetbeweglichkeit erfreulicherweise um 0,2 Prozent. Allen verantwortlichen Regierungspolitikern in westlich orientierten Wohlstandsgesellschaften, in den Industriegesellschaften ist eines klar: Es ist nur dann möglich, nicht nur den erworbenen Wohlstand abzusichern, sondern auch den Blick für die Vermehrung und Verbreiterung des wirtschaftlichen, aber insbesondere auch des sozialen Wohlstandes und Wachstums zu schärfen, wenn es uns gelingt, Einnahmen und Ausgaben im öffentlichen Sektor nicht jährlich, aber zumindest über Perioden zu balancieren, auszugleichen. Anhaltendes Schuldenmachen destabilisiert und trifft vor allem den Mittelstand, trifft die Massen in unserer Gesellschaft, führt letztlich auch zur Verarmung und nicht zur Verbreiterung des erwünschten Wohlstandes. Schuldenmachen schafft auch keine zusätzliche Beschäftigung, meine Damen und Herren. Abschreckendes Beispiel im Moment in Europa ist die Bundesrepublik Deutschland, wo hohe Schulden, hohes Defizit, höchste Arbeitslosenrate und geringstes Wirtschaftswachstum in einer fatalen Kombination auftreten und zu nicht nur ökonomischen, sondern auch gesamtgesellschaftlichen Depressionen führt. (Präsident: „Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie um Aufmerksamkeit. Ich danke für Ihr Verständnis!“) Sie bekommen dann die Zusammenfassung und die Unterlagen. Ich versuche aber doch, Ihre Aufmerksamkeit zu erwecken, weil, wie heute schon festgehalten wurde, Sie sollten dann auch das Budget kritisch diskutieren und beschließen oder auch nicht. Lassen Sie mich nach diesen grundsätzlichen Ausführungen zu diesen fünf wesentlichen Aspekten kommen, wo ich davon ableite, dass es eben auch zur Absicherung und zum Teil auch zur Vermehrung des sozialen Wachstums anhand von Schwerpunkten gerade im Landesvoranschlag 2004 kommen soll. Das Thema Nummer eins – und das ist ein immer wiederkehrender Evergreen – ist die Frage der Beschäftigung, ist die Frage attraktiver Arbeitsplätze. Das Thema „Arbeit“ bindet auch die gesamte Regierung mit ein, das ist eine Querschnittsmaterie und betrifft jeden Referenten hier auf der Regierungsbank und somit auch alle Ressorts. Laut einer Analyse des Landesbudgets für 2004 durch den Leiter des IHS, Herrn Professor Felderer, ergibt sich aus dem Landeshaushalt 2004 ein direkter Beschäftigungseffekt von rund 54.000 Arbeitsplätzen in unserem Land, das sind 12 Prozent der steirischen Arbeitsplätze. 35.000 Beamte, Vertragsbedienstete, Spitalsangestellte, Lehrer werden aus dem Landeshaushalt entlohnt, weitere 3200 Pensionsbezieher erhalten ihre Gelder aus dem Landeshaushalt. Der Gesamtpersonalaufwand von 1,4 Milliarden Euro, die Hermann Schützenhöfer als Personalreferent umsichtigst und sehr verantwortungsvoll – und der gestrige in die Regierung eingebrachte Antrag auf einen temporären Aufnahmestopp zeigt das – in ihrer Dynamik mit dem neuem Besoldungssystem einzudämmen versucht, wobei der Personalreferent genauso wie der Finanzreferent natürlich auf die Mitwirkung aller Regierungsmitglieder angewiesen ist. Das ist sicherlich eine der größten Aufgaben, der wir uns auch gemeinsam zu verschreiben haben. Der Landeshaushalt ist somit indirekt auch der größte Arbeitgeber des Landes. Die Steiermark hat in den letzten Jahren durchaus auch das Prädikat „Musterschüler eines gelungenen Strukturwandels“ erhalten und ist zu einer Marke für Unternehmerfreundlichkeit, Innovation und hoch qualifizierte Arbeitskräfte geworden. Ich darf Ihnen kurz die für 2004 von den Wirtschaftsforschern prognostizierten Konjunkturwerte für unser Land dar-

stellen: Die Steiermark wird – Gott sei Dank – wiederum etwas über dem Österreichschnitt liegen mit plus 1,5 Prozent, der Österreichwert ist 1,4 Prozent. Andererseits auch bei der Beschäftigungsentwicklung, was erfreulich ist, es ist nicht groß und ausreichend genug, um auch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das wissen wir und da bräuchten wir ein Wirtschaftswachstum von über 2 Prozent, aber trotzdem wird die Beschäftigung auch bei uns überproportional mit plus 0,4 Prozent gegenüber Österreich mit 0,3 Prozent wachsen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben sozusagen, was immer wieder von externer Stelle, Gott sei Dank, von kritischen Analysen, die uns immer wieder begleitet haben und auch zu Zeiten, wo es uns schlecht gegangen ist, den Finger erhoben haben und uns kritisiert haben, mittlerweile sagt man, dass die Steiermark, und das ist auch in der jüngst erschienenen Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 so abgedruckt, dass wir ein Bundesland geworden sind, dass wir auch zum Aufsteiger unter den österreichischen Bundesländern zählen und deswegen auch mit diesem Prädikat und mit diesem Kapital, das hier insbesondere von den fleißigen Mitarbeitern in den Unternehmungen geschaffen wurde, müssen wir sehr vorsichtig und sehr verantwortungsvoll umgehen. Einer Gefahr dürfen wir bei all der Darstellung über die nächsten Jahre nicht erliegen, nämlich durch blindes Schönfärben ohne permanente Bereitschaft zur Veränderung zu vergessen, dass wir gerade in den letzten Jahren auch im Strukturwandel einiges zu erledigen hatten oder noch erledigen müssen. Ich erwähne hier die Schließung von LG Philips in Lebring – das möchte ich besonders herausstreichen, weil mich das persönlich sehr betroffen hat, denn ich war dort vor Ort – mit dem Verlust von 500 Arbeitsplätzen. Das ist unter die Haut gegangen. Aber es ist Gott sei Dank so und auch das ist schon in einer Studie mit vollzogen, mit kommentiert worden, die steirische Kraft der Erneuerung hat gezeigt, dass 250 Mitarbeiter bis zum Jahr 2005 wieder ihren Arbeitsplatz am Standort finden werden und dass wir auch gemeinsam mit dem Landes-AMS, mit den Sozialpartnern zu einer gelungenen Standortsicherungspolitik beitragen konnten. Ich bedanke mich auch für die – ich sehe jetzt leider den Abgeordneten Wiedner vor Ort oder auch Tschernko aus dem Grenzlandbezirk nicht – Absicherung dieses Themas. In einer zukunftsorientierten Politik, die auch neue Beschäftigungsimpulse setzen muss, zählt nicht nur der Blick zurück, das wissen wir, was zählt, sind Vision, Mut und die Kraft zur Erneuerung. Dies verlangt auch die Konzentration auf eigene Stärken, positives Denken und die Förderung neuer Ideen. Wir brauchen insbesondere neue innovative Unternehmungen. Hier hatten wir im Vorjahr mit 4200 Unternehmensgründungen einen Wert, der im österreichischen Spitzenfeld liegt. Ziel ist aber, meine Damen und Herren, und das hängt unmittelbar mit der Frage Beschäftigung zusammen, bis zum Jahr 2008 die Schallmauer von 6000 jährlichen Unternehmensgründungen zu durchbrechen, was einer jährliche Steigerung von zirka 500 Neugründungen gleichkommt.

Meine Damen und Herren! Damit würden wir 1500 Arbeitsplätze jährlich schaffen, weil man davon ausgehen kann, dass pro Neugründung zirka drei Arbeitsplätze damit verbunden sind. 6000 Jobs bis 2008, das ist das Ziel und deswegen muss auch unser Fokus – und da sehe ich mich immer in guter Abstimmung mit der Frau Landeshauptmann gerade im Zukunftsfonds und mit dem für die Forschung zuständigen Regierungsreferenten Leo Schögl, wo wir auch uns gemeinsam über die Kompetenzzentren diesem Thema besonders verschreiben. Denn nur durch ein technologie- und gründerfreundliches Klima wird es möglich sein, die Selbstständigenquote, bei der wir mit 10 Prozent weit unter dem EU-Schnitt liegen, auf den EU-Schnitt von 14 Prozent anzuheben.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Aspekt in dem Zusammenhang, den wir in den letzten Tagen schon beschlossen haben, dass wir die Gründer, die sehr wichtig sind, die innovativen Gründer gleichsetzen mit den Betriebsübernehmern. Ein Riesenpotenzial, 6000 Unternehmungen bis 2010, damit hängen rund 50.000 Arbeitsplätze zusammen. Die werden gleichgestellt und wir werden auch diesen mittelständischen Unternehmungen, sie sind im Großteil, in Start- und Wachstumsphasen, Risikokapital zur Verfügung stellen und werden auch für insolvente, aber noch sanierungsfähige Firmen mit hohem regionalem Standort politischer Bedeutung eine entsprechende Unterstützung zukommen lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, zu jeder attraktiven Standortpolitik, die Voraussetzung ist für Wohlstand, für Beschäftigung, gehört natürlich auch der Infrastrukturbereich. Und hier hat Leopold Schögl rund 150 Millionen für den Verkehrsbereich zur Verfügung. Und auch nicht zu vergessen, gerade für das Thema Umwelt, Standortqualität, Lebensqualität, der Agrar- und Umweltsektor mit rund 110 Millionen Euro, die Steiermark liegt, was ihre Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik betrifft, im nationalen Spitzenfeld und wir wollen uns das auch nicht streitig machen lassen. Darüber hinaus wurde in den politischen Budgetverhandlungen zwischen den Regierungsparteien zur optimalen Wahrung der steirischen standort- und strukturpolitischen Interessen vereinbart, weitere zukunftsorientierte und unternehmenspolitische Zielstrategien zu entwickeln. Head-quarter-Funktion, auch das Thema Steiermarkholding et cetera wird diskutiert und wird sicherlich auch hier den Landtag noch zu beschäftigen haben.

Lassen Sie mich damit zur zweiten wesentlichen Säule der steirischen Wohlstandsstrategie kommen, der Bildung. Dazu gehört Kultus, Kultur, schulische Ausbildung, Weiterbildung und dergleichen. Es werden in diesem Bereich im Budget 2004 insgesamt 670 Millionen Euro festgelegt und es ist einer der größten Ausgaben-sektoren des Landeshaushaltes.

Um die Wichtigkeit und Bedeutung dieses Themas zu unterstreichen, möchte ich keinen Geringeren als Henry Ford zitieren, der sagte – ich zitiere: „Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, einer Gesellschaft beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor, sie beginnt im Klassenzimmer.“

Gerade in der Steiermark ist es uns gelungen, uns auch als „europäische Region der hellen Köpfe“ zu positionieren. Und mit dem kraftvollen Schritt in der Regierung dank Waltraud Klasnic, Umstrukturierung der Ressorts und Bestellung auch einer jungen, dynamischen Landesrätin im heurigen Frühjahr war es möglich, auch das klar zu signalisieren, dass die Kompetenzen und alle Kräfte gebündelt werden und dadurch auch einen weiteren Schritt in Richtung steirische Initiative für Wissen und Kreativität zu tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Steiermark hat hier, was das intellektuelle Kapital anlangt, weit über unsere Grenzen hinaus einen sehr, sehr guten Ruf. Wir haben zum Beispiel bei den Ingenieuren und Diplomingenieuren unter allen Bundesländern den höchsten Anteil aufzuweisen. Auch die Initiativen etwa der Frank Stronach University an der TU ist so ein Ding, wo uns viele andere Regionen, Bundesländer darum beneiden. Der Zukunftsfonds leistet hier wichtige Finanzierungsfunktionen für mehr Kompetenz und Vernetzung dieser einzelnen Bereiche.

Was in der Leistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts gefragt ist, ist eben dieses Selbstvertrauen und damit auch intellektuelles Kapital und es werden auch speziell 10 Millionen Euro in die Ausbildung von Höchstqualifizierten in den steirischen Fachhochschulen fließen.

Im Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm, welches in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsservice erstellt und abgewickelt wird und unter Verwendung auch von EU-Mitteln ist ein weiteres Paket von 10 Millionen Euro für 2004 budgetiert.

Dabei steht, meine Damen und Herren, im Vordergrund die Stärkung des Humankapitals. Die Überlegungen, die jetzt auch auf Bundesebene durch die Einsetzung eines Lehrlingsbeauftragten, er war im Übrigen bereits in der Steiermark in den letzten Tagen, auch bei uns ein Schwerpunktthema sein wird, nämlich Lehrlingsausbildungsfonds haben wir vereinbart auf freiwilliger Basis, wird auch von uns sehr, sehr intensiv betrieben und wir werden auch dazu in den nächsten Wochen und Monaten entsprechende Berichte vorlegen und Entscheidungen zu treffen haben. Nicht zu vergessen dabei neben dem Jugendlichen-Thema, ein Schwerpunktthema schon seit Jahren, das zweite Thema „Die wieder einsteigenden Frauen“ und das dritte Thema „Altersgerechte Arbeitswelt“. Zielgruppen sind nämlich Arbeitnehmer, die von Ausgrenzung am Arbeitsmarkt bedroht sind. Dazu gehören besonders Ungelernte, Ältere, Jugendliche und Frauen sowie Personengruppen, deren Qualifikation am Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt ist.

Das bringt mich gleich zum dritten Element, zum dritten Kriterium dieser steirischen Wohlstandsstrategie im 21. Jahrhundert, nämlich der verstärkten Internationalisierung in der Steiermark und für unsere Gesellschaft.

Die Steiermark hat gerade in den letzten Jahren international neu und attraktiv an Position gewonnen. Gerade, meine Damen und Herren, in diesen letzten Wochen des auslaufenden Jahres der europäischen Kulturhauptstadt in Graz können wir mit Stolz behaupten, dass die Steiermark Teil einer internationalisierten wissensorientierten Innovationsgesellschaft geworden ist. Vor allem die gestiegenen internationalen Aufmerksamkeiten in den Medien sind es, die das neue Image und damit auch sozusagen Neuhochdeutschern, Branding, ein Newbranding, eine neue Marke „Styria“ geschaffen hat und wir konnten zum Beispiel, weil wir das gerade in den letzten Tagen auf den Tisch gekriegt haben, in 51 internationalen oft mehrseitigen Beiträgen in allen Kontinenten über die „Auto Art“ dies eindrucksvoll dokumentieren und damit vom alten Image der entwicklungsbedürftigen Grenzregion und vom alten Industriegebiet, was wir sehr oft auch selbst besungen haben, ein für allemal wegkommen.

Träger dieser Entwicklung sind Menschen aus Kunst, Kultur, Wissenschaft, Forschung und insbesondere die Mitarbeiter in den vielen exportorientierten Betrieben. Meine Damen und Herren, was viele nicht wissen, die Steiermark ist Exportkaiser in Österreich. Und das bedeutet, dass viele Unternehmungen, insbesondere Mittelständler mit ihren Mitarbeitern täglich oft um ihre Kunden und ihre Aufträge im Ausland kämpfen müssen und dabei gewinnen, erfreulicherweise. Dieser neue „Styrian Spirit“, im Übrigen auch eine steirische Fluglinie mit dem Hauptquartier in Graz, wo europäische Destinationen in Deutschland, Schweiz und mittlerweile auch in Italien bedient werden, dokumentiert das.

Dass mit Vito Acconci und den Architektenstars Cook und Fournier sich Designer der Weltklasse erstmals baulich auch in der Steiermark umsetzen und präsentieren, erstmalig – diese Herren haben bisher nirgendwo etwas gebaut, also wir sind hier sozusagen damit ausgezeichnet, erstmalig diese Weltstars auch optisch, designrisch vorzuhaben – wertet uns nicht nur für einen Jahresevent auf. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist, denn Diskussionen, die hier Angst erzeugen wollen, dass es mit dem heurigen Jahr dann vorbei ist, diese Bauten nimmt uns niemand mehr weg, sondern wird Kraftzentrum für kreative und internationale Entwicklungen sein. Das heißt, diese Kreativwirtschaft, die sich besonders hier in der Steiermark und in Graz niedergelassen hat, bringt Mehrwert und schafft Arbeit. Die Steiermark hat damit das Bild eines isolierten Biotops verlassen und ist – das war sicherlich auch mit ein Grund aus der Vergangenheit, dass etwa die Arbeitsgemeinschaft der Alpen-Adria in der Burg, damals unter Friedrich Niederl im Jahre 1978 gegründet wurde und dass hier immer wesentliche grenzüberschreitende wohlstandsfördernde Strategien und Ideen nicht nur geboren, sondern auch langfristig durchgehalten wurden. Der jeweilige Landeshauptmann von Steiermark war stets ein Entgrenzer von Grenzen, ein Verbinder und Entwickler von guten Nachbarschaften und Einfädler von Partnerschaften – ein politischer Visionär über die Landesgrenzen hinaus, ohne auf die Werte der Heimat, die Verwurzelungen zu vergessen. So ist es auch Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic gelungen, rechtzeitig vor der EU-Erweiterung in unseren südlichen und östlichen Nachbarschaften auf regionaler Ebene mit weiß-grünen Markierungen etwas anzubringen, was feste Partnerschaften knüpft und was den Menschen unseres Landes sehr nützt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Um diese Chancen auch zu nützen, und ich hatte gestern in Gleisdorf die Gelegenheit, vor rund 200, 250 Menschen in der Oststeiermark dieses Thema auch einerseits in einem Referat darzustellen, andererseits dann kritisch zu diskutieren, werden wir für die Zeit nach der Erweiterung, nach dem 1. Mai nächsten Jahres, natürlich bestimmte Projekte auch sehr nachhaltig und mit langem Atem entsprechend verfolgen müssen. Wir haben – zum Beispiel als Symbol – ein gemeinsames Haus der Zukunftsregion in Brüssel in Umsetzung, wo Friaul-Julisch-Venetien, Kärnten, Slowenien und die westungarischen Komitate zusammen unter einem Dach sein werden. Wir glauben, dass wir damit dieses Europa der Regionen besonders hervorheben können, unterstützen können, weil ich persönlich auch überzeugt bin, dass die Zukunft eher in einem Europa der Regionen als in einem der Nationen sein wird, denn das Lebensgefühl der Menschen liegt eher in der Region. Der vierte Schwerpunkt, meine Damen und Herren, in dieser Landesentwicklung liegt im Wachstum im Sozialen und in der Gesundheit. Der wirkliche Reichtum unserer Gesellschaft wird sich zunehmend an der sozialen Kompetenz, der menschlichen Wärme, an den so genannten weichen Faktoren, an der gefühlsorientierten Geborgenheit messen lassen. Werte, die sich gesellschaftlich rentieren und mit sozialer Sicherheit und Vertrauen zusammenhängen. Einen wesentlichen Einfluss spielt sicherlich dabei auch die demografische Entwicklung. Sie wissen, dass die Alterspyramide längst keine Pyramide mehr ist, sondern sie gleicht einer Tonne. Es wird die Bewältigung der Organisations- und Kostenfragen im Sozial- und Gesundheitssystem die dominierende und dominante öffentliche Diskussionsfrage sein. Das 20. Jahrhundert war – wie Sie wissen – das Jahrhundert des Kindes und das 21. ist sicherlich das Jahrhundert der Senioren. In der aktuellen politischen Diskussion gibt es leider allzu oft die Holzhammermethode und die Killerargumente. Wer nämlich aus seiner politischen Gesamtverantwortung heraus die Organisations- und Finanzierungsformen hinterfragt und Sorge ob der Finanzierbarkeit äußert oder Effizienzsteigerungen und Produktivitätsfortschritte einfordert, wird sofort in das neoliberale und kaltherzige Eck gestellt. Dabei droht eine extreme finanzielle Überforderung der Wohlfahrtsstaaten. Allen Regierenden, insbesondere aller parteipolitischer Zuordnung in den westlich orientierten Wohlfahrtsstaaten droht diese Überforderung. Deshalb gilt es nach Maßnahmen und Wegen zu suchen, wie etwa auch den Diskussionen, wie wir sie nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa haben, um etwa die Gesundheits- und die Sozialfinanzierung abzusichern. Absicherung und nicht Verunsicherung ist das Thema, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

In der Steiermark ist es so, dass wir seit 1997 – also in den letzten sieben Jahren – und wir wissen das alle auf der Regierungsbank und großteils, wenn Sie sich damit beschäftigen, Sie auch, zu finanzierende Zuwachsraten etwa im Sozialbereich, im Nettoaufwand des Landes, von plus 67 Prozent hatten, bei den Gesundheitsausgaben plus 42 Prozent. Ich behaupte nicht, dass es die Schuld irgendeines Einzelnen war oder ist. Es gibt systematische Fragen und es gibt natürlich gesamtpolitische Überlegungen, die hier anzustellen sind. Aber wir gemeinsam, nicht nur das Land, sondern Land und Gemeinden sind damit auch an den Rand der finanziellen Darstellbarkeit geraten. Ich verstehe auch nicht die Kurzsichtigkeit so mancher oppositioneller parteipolitischer Strategien und Stimmen, nämlich zu glauben, durch Reformverhinderung an die Macht zu kommen, ohne ein eigenes machbares Konzept zu haben. Ich würde meinen, dort hat man dann das gleiche Problem wie die Regierenden. Wir haben in der Steiermark im Rahmen der heurigen Budgeterstellung für 2004 die soziale Sicherheit und die Gesundheitsvorsorge zum eindeutigen Budgetschwerpunkt erklärt. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Landeshaushalt 2004 sieht nämlich 750 Millionen Euro für Soziales (im Bruttoaufwand sind das 377) und für Gesundheit 373 vor. Allein im heurigen Jahr 2003 mussten wir vom Finanzressort im Sozialbereich zusätzlich rund 40 Millionen Euro und für 2004 eben diese 40 Millionen Euro, weil diese sind nicht einmalig, sondern kommen immer wieder, nachhaltig und weitere 12 Millionen Euro aufstocken. Damit verbunden ist ein hohes Maß an Verantwortung für die beiden ressortzuständigen Regierungsmitglieder und Kollegen Kurt Flecker und Wolfgang Erlitz. Denn neben der im öffentlichen Haushalt ausgegebenen Disziplin des Sparens muss in diesem so wichtigen Bereich ein „Drahtseilakt“, nämlich Haushaltsdisziplin einerseits und Absicherung dieser Grundbedürfnisse und der Wachstumstendenzen gegeben sein. Steigerungen, meine Damen und Herren, in den nächsten Jahren sind ohne zusätzliche Einnahmen nicht mehr darstellbar. Ich bin nicht bereit hier so zu tun, als ob das alles völlig auch für die Zukunft geklärt wäre. Die Steuerreformdiskussion geht in eine andere Diskussion. Wir haben mit weniger Steuereinnahmen zu rechnen, und zwar nicht nur wir, sondern auch die in diesem Fall mit uns im Boot sitzenden Gemeinden. Sie kennen den Schlüssel 60 zu 40, Land 60 Prozent, Gemeinden 40 Prozent. Die Politik und der Bürger dürfen daher einen Fehler nicht begehen: die Augen vor den Problemen der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates zu verschließen, denn das wäre verhängnisvoll. Es wird mehr denn je unsere Aufgabe in der Gesellschaft sein, für notwendige Einrichtungen wie Spitäler, Kindergärten, Pflegeheime und Behindertenwerkstätten zu sorgen und Menschen, welche in eine soziale Schieflage geraten sind, wieder eine Chance zu geben, innerhalb der Gesellschaft sich auch zu integrieren. Das ist immer eine Frage des Geldes, wie wir wissen. Die Selbstregulierungskräfte lassen hier aus. Hier gibt es einfach Marktversagen. Ein verantwortungsloser budgetärer Crash jedoch, wie es zum Teil in den letzten Wochen in unserer Nachbarschaft, wie etwa in der steirischen Landeshauptstadt, diskutiert wurde, man hat aber Gott sei Dank zueinander und zur Vernunft gefunden, ist nicht in der Lage, zur Lösung einen Beitrag zu leisten. Meine Damen und Herren, ich komme schon zum Schlusskapitel, nämlich fünfter Grundsatz dieser Wohlstandsstrategie in unserem Lande. Das heißt, zum Anfang zurück, der Kreis schließt sich, balanciertes ausgeglichenes öffentliches Haushaltswesen, eine Haushaltsführung, um dadurch eine nachhaltige Sicherung dieser vorhin beschriebenen wichtigen gesellschaftlichen Werte zu garantieren. Insgesamt steht in dem heute Ihnen vorliegenden Budget für 2004 ein Ausgabenvolumen von 3,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Einnahmen sind in derselben Höhe ausgewiesen, so dass nun bereits zum vierten Mal innerhalb dieser Landesregierung, des Landtages, in Folge die Landesregierung Ihnen, meine Damen und Herren, ein Budget vorlegt, das keine neuen Schulden zulässt. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich bin zutiefst überzeugt und ich hoffe, Sie auch, diese Überzeugungsarbeit konnte geleistet werden, dass eine finanziell gesunde Steiermark mit attraktiven Zukunftsaussichten das Beste ist, was wir den Menschen dieses Landes tun können. Ziel ist es natürlich auch, noch besser zu werden. Wir haben im Moment etwa bei den internationalen Ratings, Standard & Poor's, ein doppeltes A+ mit positivem Ausblick. Wir wollen 2006 und folgenden Jahren zu den besten Regionen Europas zählen, das heißt, mit dem höchsten Wohlstand und der höchsten Lebensqualität in diesem Lande. Das würde auch bedeuten, dass wir ein dreifaches A bekommen. Ich habe das schon einige Male gesagt, auch bei der Präsentation des Budgets mit Frau Landeshauptmann hier nebenan den Medien gegenüber, dies ist nur möglich, wenn es uns als politische Verantwortliche gelingt uns so zu verhalten wie ein Rallyefahrer in einer schwierigen Situation, nämlich bei hoher Geschwindigkeit in der Kurve gleichzeitig bremsen und Gas geben, ohne dabei die Kontrolle zu verlieren. Wir haben für die Zukunft auf der Regierungsebene auch vereinbart – und ich bin dafür dankbar, wir haben uns ja auch sechs Monate eigentlich um dieses ganze Thema immer wieder bemüht –, einen mehrjährigen mittelfristigen Finanz- und Budgetplan für das Land auch für die Zukunft unter Berücksichtigung – und es wird nicht leicht, das betone ich ausdrücklich, weil es stehen Finanzausgleichsverhandlungen an, es stehen neue Stabilitätspaktverhandlungen an und es wird auch die Steuerreform kommen und sie wird zu verkräften sein ab 2004, 2005 diesen Plan zu erstellen und dem Landtag auch zur Genehmigung vorzulegen. Bis dahin werden wir auch versuchen gemeinsam, da bitte ich um Ihre Mithilfe, Vorbelastungen für künftige Haushalte durch Investitionen oder durch gesetzliche Veränderungen hintanzuhalten.

Neue innovative Ideen benötigen schon immer auch flexible Formen der Finanzierung, zum Beispiel den schon erwähnten Zukunftsfonds oder auch den klugen Einsatz von Erlösen aus Liegenschafts- und Beteiligungsverkäufen und insbesondere auch im Tourismus- und im Sportressort. Damit stärken wir Neues und Innovatives und sichern Bewährtes und Etabliertes. Unsere Einmalerlöse, weil auch das immer wieder diskutiert wird, dafür auch eine Darstellung, die Einmalerlöse aus Beteiligungsverkäufen und Liegenschaftsveräußerungen in dem Zeitraum 2001 bis 2004, also schon inklusive 2004, werden in der Höhe von 653 Millionen Euro, also in vier Jahren, liegen und stehen diesen auch seit 2001 bis einschließlich 2004 Neuinvestitionen in das Landesvermögen und auch in Investitionsförderungen in Höhe von 868 Millionen gegenüber. Das heißt, die Bilanz ist mit 215 Millionen Euro hoch positiv. Wir lösen geschaffenes Vermögen in der Vorgängerperiode oder von unseren Vorvorgängern investierte Vermögenswerte auf, um wie ein guter zukunftsorientierter Kaufmann verantwortlich in neue Projekte mit zusätzlicher Wertschöpfung für die Zukunft zu investieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss nochmals gerade für dieses sehr intensive Budget- und Finanzjahr 2003 – das umfasst einerseits auch den Vollzug des Haushaltes 2003, es wird sich jeder noch erinnern können an die Diskussionen um die notwendige und auch erfolgte Einsparung von 50 Millionen Euro im Frühjahr und andererseits auch die seit dem Frühjahr laufende Erstellungsphase und intensive Verhandlung und letztlich auch einstimmige Beschlussfassung auf der Regierungsebene für das Budget 2004 – resümieren.

In den Medien wurde der langwierige Optimierungs- und Aushandlungsprozess oftmals als „Budgetstreit“ negativ kommentiert. Dieser Prozess war jedoch am Ende – und dafür bin ich sehr dankbar – stets geprägt von politischer Einsicht, Fairness und Offenheit. Auch als immer wieder im Mittelpunkt der Kritik Stehender sage ich, ich bin darüber glücklich, dass es ein Ergebnis gebracht hat, worauf alle Steirerinnen und Steirer und insbesondere auch Sie, meine Damen und Herren hier im Hohen Haus, stolz sein sollten.

Dieses Budget 2004 ist ein in Zahlen gegossenes politisches Programm für diese steirische Wohlstandsstrategie, die durch gleichzeitiges Bewahren und Verändern, durch Initiativen hohe Wertschöpfung in der Beschäftigung für alle Menschen den höchstmöglichen Lebensstandard zu schaffen versucht, einen Beitrag leistet, um auf erstklassiger Bildung und Qualifizierung im internationalen Wettbewerb aufbauend auch für ein notwendiges Wachstum im Sozial- und Gesundheitsbereich zu sorgen. Und das, meine Damen und Herren, bei stabilen und ausgeglichenen finanziellen Verhältnissen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich bedanke mich selbstverständlich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – sie sind großteils auch ohnedies auch hier auf der Zuschauerbank – in meinem Ressort, allen voran dem Leiter der Finanzabteilung Hofrat Karl Wurm und dem Leiter der Budgetgruppe Mag. Soritz, bei meinem hellen Budgetkopf, es sind ihm dabei glaube ich auch die letzten Haare dann ausgegangen, in meinem Büro dem Karl-Heinz Kohrgruber. Ich bedanke mich aber insbesondere bei meiner Regierungschefin, bei der Frau Landeshauptmann, die in zwei Budgetklausuren in der Regierung das auch mediativ und sehr, sehr weise geführt und geleitet hat, den beiden Landeshauptmannstellvertretern Franz Voves und Leopold Schögggl für ihre jeweiligen Fraktionen, bei meiner Regierungskollegin Kristina Edlinger-Ploder, den Regierungskollegen Wolfgang Erlitz, Hermann Schützenhöfer, Erich Pörtl und in seiner Nachfolge in letzter Phase auch dem Hans Seitinger und nicht zuletzt – wie könnte ich das vergessen, habe ich auch nicht – beim SPÖ-Verhandler und ausgewiesenen Budgetexperten, dem Kurt Flecker.

Ich bedanke mich ebenfalls bei den Klubs vor allem bei meiner eigenen Fraktion, aber auch bei den von FPÖ und Grünen, die mir einige Male – ich möchte das wirklich hervorstreichen, es war auch das erste Mal für mich, wir haben hier neue Wege beschritten und neues Terrain gemeinsam auch erfahren – die Gelegenheit gaben, sehr sachlich und konzentriert und offen über die Budgetthemen zu referieren und zu diskutieren. In der SPÖ hat mir das offensichtlich der Kurt Flecker abgenommen, wofür ich auch danke.

Ihnen, meine Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag, liegt ein sehr ausgewogenes, in der Regierung einstimmig beschlossenes Zahlenwerk vor, das Sie intensiv parlamentarisch beraten sollen. Ich bin stets für kritische Anregungen auch aus den oppositionellen Reihen, das wissen Sie, der grünen Fraktion dankbar und werde mich auch weiterhin um Ihren Zuspruch bemühen. Ich hoffe, Sie nehmen mir das nicht krumm, wenn ich mich weiter um Sie bemühe.

Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, schließlich mit dazu beizutragen, dass die Steiermark einerseits nie mehr ein Risikopatient wird und wir andererseits auf dieser gemeinsamen Rallye bei doch recht reschem Tempo im Interesse des Landes und unserer Menschen hier im Lande jede Kurve und Gefahrenstelle bestens meistern. Die Steiermark, meine Damen und Herren, ist auf dem besten Weg in eine Zukunft ohne Schulden. Zu sparen bedeutet aber keineswegs auf neue, innovative Impulse zu verzichten. Im Gegenteil, ein gesunder Haushalt ermöglicht ein soziales Wachstum und sichert heute die Investitionen für morgen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten für seine Darlegungen zum Landesvoranschlag 2004.

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, möchte ich die Gelegenheit nützen, um der Frau Abgeordneten Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa anlässlich ihres runden Geburtstages namens des Landtages, aber nicht zuletzt im eigenen Namen sehr herzlich zu gratulieren. Frau Abgeordnete! (Allgemeiner Beifall.)

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 bis 6 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidentskonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

2. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1500/1, der Abgeordneten Purr, Kröpfil und Straßberger, betreffend Finanzierungskonzept für die Koralmbahn.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (11.28 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Verehrte Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über den Antrag der Abgeordneten Purr und Straßberger, betreffend Finanzierungskonzept für die Koralmbahn.

Die Vorbereitungen für den Bau der Koralmbahn laufen auf Hochtouren. Die Umweltverträglichkeitsprüfung auf steirischer Seite ist bereits abgeschlossen. Angesichts der doch sehr hohen geschätzten Gesamtbaukosten in der Höhe von rund 2,8 Milliarden Euro erscheint es daher dringend erforderlich, vom Bund ein verbindliches, vertraglich festgelegtes Finanzierungskonzept einzufordern.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, um ein verbindliches, vertraglich festgelegtes Finanzierungskonzept für das Gesamtprojekt der Koralmbahn einzufordern. Ich bitte um Zustimmung. (11.29 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter.

3. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1198/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Ermöglichung der Nullstreuung zur Reduktion des Feinstaubes.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.29 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur bezüglich des grünen Antrages, Ermöglichung der Nullstreuung zur Reduktion des Feinstaubes. Darin wird festgehalten, dass die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz dazu eine Stellungnahme abgegeben haben, wo sie diesen Vorstoß sachlich gutheißen. Es wird weiters festgehalten, dass vom steirischen Gemeindebund keine Äußerung vorliegt. Beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie wurde ebenfalls angefragt und es hat sich wie folgt geäußert: Das Ministerium teilt Bezug nehmend auf das Schreiben mit, dass eine Änderung der Straßenverkehrsordnung im Sinne des Antrages nicht für sinnvoll erachtet wird. Letztendlich wird zusammenfassend festgehalten: Soweit die Landesregierung selbst Straßenerhalter für Landesstraßen und Eisenbahnzufahrtsstraßen ist, sind die im Antrag vorgesehenen Novellierungsvorschläge nicht erforderlich, weil neben der Haftungsproblematik und den damit verbundenen weitreichenden Gesetzesänderungen auf Landes- und Bundesebene für dieses Straßennetz die Interessen der Verkehrssicherheit und eine möglichst behinderungsfreie Benützbarkeit überwiegen. Auch die Belästigung durch Feinstaub ist mit dem Grobstaub aus der Straßenreinigung nicht zu verwechseln. Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, betreffend Ermöglichung der Nullstreuung zur Reduktion des Feinstaubes, wird zur Kenntnis genommen. (11.31 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1504/1, der Abgeordneten Bacher, Wiedner, Dipl.-Ing. Grabner, Rieser und Straßberger, betreffend Übernahme der B 317 von Scheifling bis zur Landesgrenze in den Zuständigkeitsbereich der ASFINAG.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (11.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Landesstraße B 317 im Abschnitt von Scheifling bis zur Landesgrenze nach Kärnten wurde seinerzeit nicht als Schnellstraße übernommen. Da dieser Straßenzug eindeutig als überregionale Verkehrsverbindung anzusehen ist und nunmehr auch der Einwand aus Kärnten nicht mehr erhoben wird, wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Übernahme der B 317 im Abschnitt von Scheifling bis zur Kärntner Landesgrenze als Schnellstraße zu erwirken und damit diesen Straßenabschnitt in den Zuständigkeitsbereich der ASFINAG zu übergeben. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, um zu erwirken, dass die Landesstraße B 317 im Abschnitt Scheifling bis zur Landesgrenze nach Kärnten als Schnellstraße übernommen und dadurch in den Zuständigkeitsbereich der ASFINAG übergeben wird. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (11.33 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1520/1, betreffend die Auflassung der L 662, Seggaubergstraße von Kilometer 2,677 bis Kilometer 3,140 in einer Länge von 463 Meter im Gemeindegebiet von Seggauberg, politischer Bezirk Leibnitz.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (11.33 Uhr): Herr Präsident!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Auflassung der L 662, Seggaubergstraße in einer Länge von 463 Meter im Gemeindegebiet von Seggauberg liegt auf. Die gegenständliche Landesstraßenauflassung tritt nach Fertigstellung der letztmaligen Instandsetzung in Kraft. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 6. Oktober 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Landesstraße Nr. 662 Seggaubergstraße wird aufgelassen und der Gemeinde Seggauberg nach erfolgter letztmaliger Instandsetzung übergeben. Ich lade Sie ein, diesen Antrag anzunehmen. (11.34 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1567/1, betreffend Liegenschaftsverwaltung im Straßenbau.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (11.34 Uhr): Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 4. November 2003 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 92, betreffend Liegenschaftsverwaltung im Straßenbau, Einl.-Zahl. 1567/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Liegenschaftsverwaltung im Straßenbau, wird zur Kenntnis genommen. Danke sehr. (11.34 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 6. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Straßberger.

Abg. Straßberger (11.35 Uhr): Verehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich glaube, dass gerade dieser von Herrn Präsidenten und meiner Wenigkeit eingebrachte Antrag sehr viel Freude bereitet. Ich habe es in meiner Berichterstattung schon erwähnt, dass hier die Umweltverträglichkeitsprüfung auf steirischer Seite abgeschlossen ist und letztendlich die Vorbereitungen für diese Bahnstrecke auf Hochtouren laufen. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 2,8 Milliarden Euro. Verehrte Damen und Herren, das ist ein Investitionsvolumen, das sich sehen lassen kann. Lassen Sie mich daher einige Dinge dazu festhalten. Wenn man die neue Südbahn betrachtet, dann ist die Koralmbahn in Planung 132 Kilometer lang und wenn Sie die Entwicklung des Schienenbaues in Österreich etwas näher betrachten, dann kommen Sie zum Ergebnis, zumindest in der Steiermark, dass nach vielen Jahrzehnten wieder eine neue Bahntrasse gebaut wird. Ob es um Umfahrungen oder Adaptierungen geht, so geht es generell und im Allgemeinen um den bestehenden Schienenverkehr. Hier wird eine neue Bahnstrecke gebaut und das ist, so meine ich, sicherlich sehr erfreulich. Wer am vergangenen Sonntag die Pressestunde verfolgt hat und dem Infrastrukturminister und Vizekanzler Hubert Gorbach

genau zugehört hat, dann hat er auf einige Fragen der Journalisten sehr deutlich geantwortet, dass diese Strecke, die neue Südbahn, ihm ein großes Anliegen ist. Er wird alles unternehmen, dass dieses Projekt auch realisiert werden kann. Es gibt eine Anfragebeantwortung, wo Herr Infrastrukturminister sich ganz deutlich äußert. Ich darf Ihnen das ganz kurz zum Vortrag bringen: Die Koralmbahn wird nicht nur zur Fahrzeitverkürzung, sondern auch, nicht zuletzt durch die vollwertige Einbindung von Graz in das hochrangige Schienennetz, das Erreichbarkeitsgefüge im Süden Österreichs von Grund auf verbessern. Die sich daraus ergebende Standortaufwertung, auf die es wirklich ankommt, und wir haben heute die Standortqualität und die Wichtigkeit der Wirtschaftsstandorte von unserem Finanzlandesrat sehr deutlich gehört, erschließt und begünstigt eine verkehrsgeografisch benachteiligte Region mit insgesamt fast einer Million Menschen. Verehrte Damen und Herren, eine Bahn mit 132 Kilometer Länge braucht auch eine gewisse Zeit, dass dieses Projekt umgesetzt wird. Hier wird weiters ausgeführt: Für die Koralmbahn ist auf Grund der Länge des Basistunnels eine deutlich längere Bauzeit, zumindest zwölf bis 15 Jahre, zu veranschlagen. Wer sich mit der Verkehrspolitik näher beschäftigt weiß, dass das Umsetzungsintervall von großen Projekten in etwa plus minus um die zehn Jahre sich beläuft. Wenn jemand glaubt, er hat eine Idee, hier muss ein Verkehrsweg passieren und es muss übermorgen umgesetzt werden, der irrt, verehrte Damen und Herren. Letztendlich glaube ich aber trotzdem, dass man bei solch großen Projekten nicht locker lassen darf. Das war auch ausschlaggebend, dass wir den Antrag eingebracht haben, dass hier ein verbindliches Finanzierungskonzept von Seiten des Bundes für das Gesamtprojekt des Koralmtunnels notwendig ist. Und ich hoffe, verehrte Damen und Herren, dass das auch passiert. Und letztendlich bin ich auch überzeugt, dass dieses Projekt umgesetzt wird, wenn die neuen Strukturen der ÖBB stattfinden, dass dementsprechend auch die Mittel genau zuzuordnen sind und auch hier die Verantwortung dann ganz spezifisch bei der einen oder anderen Institution innerhalb der ÖBB gegeben ist. In diesem Sinne ist es sicherlich sehr erfreulich, dass wir hier schon sehr weit sind, letztendlich die Vorbereitungsarbeiten dauern eben eine gewisse Zeit und wie gesagt, zwischen zwölf und 15 Jahren muss man sich gedulden. Ich hoffe, dass hier niemand an das Rednerpult geht und sagt, dieses Projekt muss nächstes Jahr fertig sein. In diesem Sinne bitte ich Sie sehr höflich, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 11.40 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kröpfl.

Abg. Kröpfl (11.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Österreich und die Steiermark dürfen nicht im Süden umfahren werden“, diese Schlagzeilen kennen wir ständig aus den Zeitungen und denen schließen wir uns auch voll an. Und ich kann der Wortmeldung vom Kollegen Straßberger sehr vieles abgewinnen und ich bin froh, dass wir hier keine Differenzen zwischen der Obersteiermark und der Weststeiermark haben, was ja sonst nicht immer so ist im Verkehrsbereich. Herzlichen Dank dafür, denn wenn wir einer Erweiterung der EU entgegengetreten, im Mai des nächsten Jahres ist es soweit, dann wird es ganz wesentlich darauf ankommen, wie Österreich auch infrastrukturell positioniert ist. Und wenn der Kollege Straßberger gesagt hat, es geht nicht von heute auf morgen, dann wissen wir das. Schließlich und endlich gibt es die Diskussion um die Koralmbahn schon seit mehr als 20 Jahren. Und wir haben – und dafür bedanke ich mich bei dem überparteilichen Komitee – damit Präponenten aus unserer Region, die voll hinter diesem Projekt stehen, Politiker, wie der Ex-Landtagspräsident Klausner, wie Landtagspräsident Reinhold Purr, wie auch die Barbara Gross, die einmal in diesem Komitee drinnen war, aber auch der seinerzeitige Abgeordnete Walter Kohlhammer oder natürlich auch der Ex-Abgeordnete Chibidziura, der da drinnen mitmischte, aber auch Industrielle wie der Ing. Leitinger von der Holzverwertungsindustrie Leitinger. Ich bedanke mich bei diesen Herrschaften wirklich ausdrücklich für ihren Einsatz und für das unermüdliche Kämpfen für dieses so wichtige Projekt. Diese Bahn bringt nämlich ganz, ganz wesentliche und wichtige Impulse für unsere Region, aber nicht nur für die Region der Weststeiermark, sondern so wie ich glaube für die gesamte Region der Steiermark und weiterhin auch die Auswirkungen für Österreich. Wir erwarten uns damit natürlich eine bessere wirtschaftliche Anbindung an den drittgrößten Wirtschaftsraum Europas, an den oberitalienischen Raum, dass wir also dort direkt Kontakte bekommen, denn immerhin gehen 70 Prozent unserer Exporte in diese Region.

Die Koralmbahn wird sicherlich auch zum Schlüssel für den ganzen Ostverkehr werden. Der Transport in die Ostregionen wird eine ganz wesentliche Geschichte sein. Und was man nicht vergessen darf, während dieser Bauzeit hat es natürlich auch arbeitsmarktpolitische Auswirkungen. Wir rechnen damit, dass wir zirka 28.000 bis 29.000 Arbeitsplätze in dieser Zeit für diese Koralmbahn schaffen werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Baukosten betragen – wie der Kollege Straßberger schon gesagt hat – zwischen 2,3 und 2,8 Milliarden Euro. Ganz genaue offizielle Berechnungen gibt es noch nicht. Und deswegen ist auch dieser Antrag, der hier heute eingebracht wird, nämlich ein verbindliches vertraglich festgelegtes Finanzierungskonzept von der Bundesregierung einzufordern, etwas ganz Wichtiges.

Was für mich unverständlich ist, sind die Äußerungen der ÖBB-Generäle, sowohl des seinerzeitigen Generals Drexler als auch des jetzigen Generals Rüdiger vor dem Walde, wenn die die Notwendigkeit der Koralmbahn in Frage stellen. Ich glaube, die haben sich nicht richtig beschäftigt mit diesem Problem.

Ich darf nur drei Punkte anführen, warum wir diese Koralmbahn so in den Mittelpunkt stellen wollen:

Der erste Punkt, das neu errichtete Cargo-Center hätte wahrscheinlich ohne Koralmbahn, aber auch ohne Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse und des Semmerings kaum einen Sinn. Denn da hätten wir da unten zwar ein großes Cargo-Center, aber kaum Züge, die dort die Güter transportieren können.

Das Zweite, was übersehen wurde, glaube ich, ist der gesamte volkswirtschaftliche Nutzen, den die Steiermark und Kärnten daraus ziehen werden, der wird geschätzt bei zirka 18,7 Milliarden Euro.

Und ein dritter wesentlicher Punkt, dass natürlich auch von dieser Koralmbahn ganz, ganz wesentliche wirtschaftliche Impulse ausgehen werden. Auch da gibt es grobe Schätzungen, die sagen, 167 Millionen Euro pro Jahr sind hier zu erwarten.

Verehrte Damen und Herren, ich habe es schon erwähnt, die Koralmbahn macht aber nur Sinn, wenn wir auch die neue Südbahn bekommen. Das heißt, wenn wir auch den Semmeringbasistunnel endlich in Angriff nehmen können. Und was viele Steirerinnen und Steirer nicht einsehen ist, dass ein Bundesland wie das Bundesland Niederösterreich ein anderes Bundesland in der wirtschaftlichen Entwicklung so behindern kann. Ich glaube, hier gilt es ganz gezielt dagegen aufzutreten gegen diese Blockierpartei in Niederösterreich und hier sind gefordert aus unserer Sicht die Frau Landeshauptmann Klasnic und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Die müssen sich gegen diesen niederösterreichischen Widerstand einmal ganz kräftig in Szene setzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Einen Wermutstropfen muss ich leider feststellen, auch bei allen Zusagen, und ich habe die Pressestunde von Herrn Gorbach auch verfolgt, der Wermutstropfen ist derjenige, dass die Koralmbahn nicht zu den EU-Netzen gehört. Das heißt, dass wir von der EU keine Gelder lukrieren können. Und das verstehe ich gerade deswegen nicht, weil wenn dort ein freiheitlicher Minister sitzt, wo sonst die Freiheitliche Partei immer sagt, wir zahlen so viel als Nettozahler in die EU, bekommen aber nichts heraus, und da hätten wir einmal eine Chance, eine zusätzliche Chance gehabt, Gelder aus der EU zu lukrieren und das hat man verabsäumt, weil die Bundesregierung nicht fähig war, diese Südbahn mit dem Semmeringbasistunnel und auch mit der Koralmbahn in die europäischen Netze hineinzubringen. Da verzichten wir auf sehr, sehr viele Millionen Euro, die wir hier bekommen hätten können.

Zum Abschluss, sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe wie der Kollege Straßberger, dass unser Antrag in diesem Haus eine Mehrheit bekommt, dass wir damit an die Bundesregierung herantreten und dass die Bundesregierung in Zukunft und möglichst bald sich dazu bekennt und unseren Antrag umsetzt. (Beifall bei der SPÖ. – 11.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Purr.

Präsident Purr (11.47 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Koralmbahn ist mir ein Herzensanliegen, ich darf sagen, seit Jahrzehnten. Und wenn mein Vorredner die überparteiliche Plattform erwähnt hat, darf ich sagen, nur so war es überhaupt möglich, im Bezirk Deutschlandsberg, in dieser Region auch mit Leibnitz dieses Projekt so zu präsentieren, dass es keinerlei Einwände gegeben hat. Und ich danke hier den Kolleginnen und Kollegen, nämlich dem Herrn ehemaligen Finanzlandesrat und Landtagspräsidenten a. D. Christoph Klausner genauso wie dem Abgeordneten Chibidziura dafür, dass wir zu diesem einheitlichen Konzept für den Bezirk gefunden haben. Und jetzt sieht es aber so aus, als wäre das nur für einen Bezirk maßgeblich. Meine Damen und Herren, es besteht eigentlich die Stärke der Koralmbahn wohl darin, dass es ein Bündel unterschiedlicher Effekte gibt, die damit erreicht werden von der regionalwirtschaftlichen Sicht, aus verkehrswirtschaftlicher Sicht und aber – ich betone das – vor allem von der umweltpolitischen Sicht. Die Eisenbahnverbindung von Wien–Graz–Klagenfurt–Tarvis, ich hebe das hervor, das ist nämlich der Anschluss dann zur Pontebbana, die ausgebaut ist und die bitte in Tarvis derzeit steht, ist ein Teil des internationalen Eisenbahnnetzes. Sie ist in den Leitlinien der Transeuropäischen Eisenbahnen ausgewiesen. Und die Koralmbahn ist ein Teil der Südbahn. Und es war damals das Komitee „Pro Koralmbahn“, das gesagt hat, beginnen wir dort, wo das Realisieren am leichtesten möglich ist. Man hat sich darauf geeinigt, nämlich den Ausbau Graz–Klagenfurt zu forcieren, zu fordern. Es ist das eigentlich in einer großartigen Weise gelungen. Man wurde erhört und unsere Wünsche wurden berücksichtigt. Die Erreichbarkeit über die Schiene und die Straße – ich nenne beides – beeinflussen natürlich ganz besonders positiv den Standort, die Kaufkraft, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit natürlich auch das wirtschaftliche Wachstum. Jetzt kommt etwas sehr Interessantes: Nach den bisherigen verkehrspolitischen Prognosen wird sich die Entwicklung vorrangig auf die Zunahme im Straßenverkehr konzentrieren. Der Anteil der Schiene wird von 22 Prozent im Jahr 1995 auf 14 Prozent im Jahr 2015, als innerhalb von rund 20 Jahren zurückgehen. Bei dieser Entwicklung hält eigentlich die Koralmbahn überhaupt nicht mit, denn auf dem Abschnitt Graz–Klagenfurt wird die Zahl der Fahrgäste auf der Schiene im Gegensatz zum gesamteuropäischen Trend um 20 Prozent ansteigen. Ich betone nochmals: Die Koralmbahn muss uns allen gemeinsam ein Anliegen sein. Das gilt für die Stadt Graz, das gilt für das gesamte Land – ich betone das einmal mehr. Von Graz wurde in den letzten Jahrzehnten auf diesem Gebiet Leidenschaftslosigkeit bewiesen, als ob sie überhaupt nicht betroffen wäre und als ob das nur ein regionales Anliegen wäre. Ich hebe hervor, die Koralmbahn ist Teil des Transeuropäischen Netzes und innerhalb dieser Netze als europäische Schlüsselverbindung auch deklariert. Erst durch die Koralmbahn wird die Knotenfunktion des Großraumes Graz, der südlichen Steiermark innerhalb der Verkehrsnetze möglich. Denken wir daran, dass die Fahrzeitverkürzung Graz–Klagenfurt derzeit drei Stunden und zehn Minuten beträgt, dass Wien–Klagenfurt von vier Stunden auf drei Stunden reduziert werden konnte. Denken wir auch daran, und jetzt sage ich etwas sehr Wichtiges, dass vor 40 Jahren auf der Strecke Rom–Florenz oder in umgekehrter Richtung lediglich eine Fahrzeit von zwei Stunden für 300 Eisenbahnkilometer in Anspruch genommen wurde. Man konnte diese Fahrzeit auch bis heute nicht mehr verkürzen, weil das ist bereits ein Maximum, verständlich, wenn die Durchschnittsgeschwindigkeit 150 Stundenkilometer beträgt. Das heißt, es gibt Spitzen von 170 und 180 Stundenkilometer. Aber das, meine Damen und

Herren, ist es. Wenn wir heute, ohne jetzt irgendjemandem die Schuld zuzuschreiben und nach Fehlern in der Vergangenheit zu suchen, von Graz nach Wien zwei Stunden und 35 Minuten brauchen, dann ist das für die Zukunft unhaltbar, weil dann fährt man eben mit dem Auto, dann bringen wir die Leute von der Straße nicht weg. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist keine Verurteilung irgendwelcher Personen, irgendeiner Einrichtung und auch nicht der ÖBB, sondern hier ist Nachholbedarf gegeben in einem Ausmaß enormster Form. Ich sage das, so wie ich es auch meine, nämlich ich unterstreiche damit die Bedeutung der Eisenbahnen für die Zukunft. Wer von den Delegierten mit uns die Reise der letzten Zeit nach Thüringen unternommen hat, der konnte den Intercity erleben von Frankfurt nach Erfurt, der konnte sehen, dass man dort mit 150, 160, 170 Stundenkilometer fährt. Das ist Komfort. Ich weiß schon, dass natürlich die Eisenbahnen in Deutschland auch ihre Probleme haben. Man kommt dort aber tatsächlich dem Eisenbahnfahrer, dem Passagier entgegen. Wollen wir nicht übersehen, dass natürlich in diesen Regionen der Koralmbahn dann Intercityhalte gebaut werden. Dass das für die Weststeiermark von Bedeutung ist, können wir uns vorstellen, weil es wird sicher einen Bahnhof in der Weststeiermark nach Graz noch geben, bevor wir dann in den Tunnel einfahren. Darüber hinaus gibt es regionalwirtschaftliche Effekte durch die Wertschöpfung. Jetzt sprach Herr Abgeordneter Kröpfl von 28.000, 29.000 Arbeitsplätzen. Ich freue mich, denn das ist eine realistische Zahl. Die Prognosen gehen auf 40.000, 45.000. Wenn es 30.000 sind, ist das ein Erfolg für das Land, ist es ein Erfolg aber auch in der Arbeitsplatzbeschaffung. Die Realisierung der Koralmbahn ist im Rahmen von internationalen Verträgen beziehungsweise im EU-Beitrittsvertrag festgehalten. Wir werden damit auch die Marktpotenziale in Richtung Italien, zweitwichtigster Handelspartner Österreichs, erreichen, fördern. Es sei auch festgestellt, dass für das Gesamtprojekt der Koralmbahn die finanzielle Abdeckung der Planungen sowie der Grundeinlösungen derzeit gegeben ist und der Bau der Abschnitte Graz–Werndorf, Werndorf–Weitendorf, Weitendorf–Wettmannstätten, vorbereitende Maßnahmen im Lavanttal, an der Jauntalbrücke, Althofen, Klagenfurt finanziert ist. Nichts Schöneres kann uns passieren – Gott sei Dank. Ich habe in diesem Zusammenhang Herrn Verkehrsminister und Vizekanzler Gorbach im Palten- und Liesingtal darauf offiziell angesprochen. Er hat mir natürlich seine Zusage zur Unterstützung dieser Bahn gegeben. Es geht nur in einer Zusammenarbeit, ohne dass wir irgendwelche Hacken auf irgendjemanden werfen, es geht um das große steirische Projekt, das österreichische Bedeutung hat. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht verabsäumen Sie alle zu bitten, bei der Diskussion Eisenbahnverbindungen, Straßenverbindungen auf die Notwendigkeit dieser Bahn hinzuweisen. Sie bietet den Anschluss des Ostens Österreichs an die Transeuropäischen Netze direkt, vor allem den Zugang zum Meer, zum zweitwichtigsten Handelspartner Österreichs. Ich danke für die Aufmerksamkeit und ich rechne damit, dass Sie bei all Ihren Auftritten, dort wie da, die Koralmbahn als das bedeutende Bahnprojekt des 21. Jahrhunderts hervorheben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich Herr Abgeordnete Lafer zu Wort gemeldet.

Abg. Lafer (11.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Wenn man sich diese Debatte jetzt anhört, kommt man zum Schluss, dass hier parteiübergreifend zumindest die Meinung herrscht, wie wichtig und notwendig eine Verkehrsverbindung ist, angesprochen jetzt speziell auf den Koralmtunnel. Bevor ich versuche zu erläutern, was in dieser Angelegenheit schon alles passiert ist, möchte ich noch ein Wort zum Kollegen Kröpfl sagen. Ich glaube, der Einwand, dass aus der EU zu wenig finanzielle Mittel lukriert werden können, ist schon richtig. Man muss dies aber hinterfragen und dazu braucht man ein Langzeitgedächtnis und kein Kurzzeitgedächtnis. Du weißt ganz genau, dass in Fragen des EU-Beitritts damals die SPÖ dominierend war und damals unter SPÖ-Führung auch jene Verträge ausgehandelt wurden, die uns heute leider Gottes nicht mehr zulassen als jene Mittel, die sich bei maximal 8 Prozent des Gesamtkostenbeitrages belaufen. Das ist leider traurig. Wir werden aber auch mit jenen Dingen umzugehen wissen, damit hier etwas Vernünftiges für die Menschen dieser Region, Vernünftiges für alle Fahrgäste und Vernünftiges für das Land Steiermark zustande kommt. Ich will das gar nicht näher erklären. Ich will nur darauf hinweisen, dass das Langzeitgedächtnis schon funktionieren sollte. Geschätzte Damen und Herren! An dieser Frage wurde in dieser Legislaturperiode schon wirklich sehr lange und sehr erfolgreich gearbeitet. Erfolgreich von unserem zuständigen Herrn Verkehrsreferenten Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögggl und auch jetzt vom zuständigen Verkehrsminister Vizekanzler Gorbach. Ich kann Ihnen hier einige Fakten aufzählen:

500 Millionen Euro sind bereits in Planungs- und Bauübertragungskosten von der Bundesregierung finanziell abgesichert worden, das sind rund 20 Prozent der Baugesamtkosten, rund 20 Prozent der Gesamtkosten. Mehrere Streckenabschnitte sind bauübertragen, einige bereits im Bau, zum Beispiel Klagenfurt–Althofen und auf der steirischen Seite ist der Grazer Raum bereits im Bau. Alle Planungen, geschätzte Damen und Herren, sind finanziert. Die gesamte Grundeinlöse zwischen Graz und Klagenfurt ist finanziert und wird heuer noch gestartet. Die Sondierungsstollen werden auf kärntnerischer Seite bereits mit Jahreswechsel begonnen. Für die rund 80 Kilometer steirische Koralmbahn und den 33 Kilometer langen Tunnel zwischen Deutschlandsberg und Sankt Andrä sind die öffentlichen Erörterungen für die Umweltverträglichkeitsprüfung bereits abgeschlossen. Das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren für die Gesamtstrecke, das heißt Abschluss ist Trassenverordnung, wird im Frühjahr 2004 fertig sein. Eine vorläufige Trassenverordnung für den gesamten Abschnitt liegt bereits vor. Und hier sehen Sie, meine Damen und Herren, wie intensiv, wie gut und in welcher Qualität hier gearbeitet wird und was es heißt, freiheitliche Verkehrspolitik in diesem Lande durch unseren Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögggl umzusetzen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Geschätzte Damen und Herren, die Kosten auf der steirischen Seite betragen 1,3 Milliarden Euro und wie vorhin schon angeführt, die Gesamtkosten 2,8 Milliarden. Der Antrag selbst ist nicht vom Tisch zu weisen und ich sage Ihnen, er ist gut. Einen Vorschlag, den man hier wirklich einbringen könnte, damit das auch auf die gesetzliche Basis gestellt werden könnte, ist daher eine 15 a-Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Ländern Steiermark und Kärnten, um hier einen Grundsatzvertrag abzuschließen, damit hier auch die Endfinanzierung voll gesichert werden kann.

Meine Damen und Herren, zu den anderen Punkten, Tagesordnungspunkt 4, möchte ich auch noch einen kurzen Beitrag abgeben, weil es für die Steiermark hier auch von besonderer und immenser Wichtigkeit ist, dass jener Teilbereich von Judenburg Richtung Kärnten für uns sofort auch umgesetzt wird. Hier haben Verhandlungen stattgefunden, und zwar von unserem Verkehrsreferenten Schögggl mit dem Verkehrsreferenten von Kärnten Dörfler und der ASFINAG und auch in Anwesenheit von Vizekanzler Gorbach. Dieses Gespräch fand am 25. September 2003 statt. Das heißt aber auch, dass hier die Übertragungen an die ASFINAG bereits durchgeführt worden sind und dass es für den Rest, das heißt den Abschnitt Judenburg bis Scheifling noch am fehlenden Interesse Kärntens gescheitert ist. Wir wissen aber, dass es hier bereits einen sehr positiven Ansatz gibt und dass dann diese Strecke von der ASFINAG übernommen wird und es sich dabei um eine hochwertige Verbindung des Verkehrsweges von der Steiermark Richtung Kärnten handelt. Auf der steirischen Seite sind das rund 24 Kilometer, auf der Kärntner Seite rund 45 Kilometer. Die Gesamtkosten laufen zwischen 150 Millionen und 250 Millionen laut einem Untersuchungskonzept. Was wir hier brauchen – und hier haben wir auch einen dringenden Handlungsbedarf –, ist, dass der Ausbau für dieses Teilstück auf der steirischen Seite begonnen wird, weil Neumarkt hier ein besonderes Nadelöhr bildet. Ich hoffe auch hier, dass Sie dies unterstützen werden, denn wir sind hier auf dem richtigen Weg, was die Infrastrukturpolitik der Steiermark überhaupt betrifft und was auch hier die Ansätze und die positiven Erledigungen unseres Landeshauptmannstellvertreters sind.

Geschätzte Damen und Herren! Beide Anträge, die Sie hier eingebracht haben, sind vom Grunde her richtig. Wir werden denen auch unsere Zustimmung geben und ich bitte auch Sie, hier das aus fachlicher und sachlicher Sicht so zu betrachten und dem auch die Zustimmung zu geben. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.04 Uhr.)

Präsident Purr: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zitz, danach Petinger.

Abg. Mag. Zitz (12.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptfraustellvertreter! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Herr Präsident, ich möchte Ihnen als Landtagsredner, der Sie nicht oft sind, meinen Respekt ausdrücken, und zwar nicht nur weil Sie sich für die Koralmbahn engagiert haben, sondern weil Sie es geschafft haben, kein einziges kritisches Wort gegenüber dem ÖBB-Streik zu sagen. Ich habe den ÖBB-Streik selber als sehr berechtigt empfunden und ich finde es sehr toll, dass Sie da ganz klar diese beiden Politikfelder auseinandergelassen haben.

Punkt eins – die ÖVP kann jetzt gerne klatschen, nämlich dem Präsidenten und nicht mir, sage ich dazu. (Beifall bei der ÖVP.)

Gut, ich steige jetzt direkt in das Thema Feinstaub ein. Eine konkrete Maßnahme wäre, über die landes- und bundesgesetzliche Vorgabe die Nullstreuung zu ermöglichen. Damit sind wir schon mehrfach im Landtag vorstellig geworden. Das ist eine konkrete Maßnahme zur Reduktion der Feinstaubbelastung in städtischen Ballungsgebieten, die auch bei der Feinstaubenquete, die von der Luftgüteabteilung von Stadt und Land sehr professionell vorbereitet worden ist, am 1. Oktober 2003 zum Thema gemacht wurde. Wir haben zur Nullstreuung mehrfach Anträge eingebracht, den Antrag, wo Ihnen jetzt die Regierungsvorlage vorliegt, vor neun Monaten. Und ich bin verwundert, wie lange die Regierung braucht, solche Anträge zu bearbeiten. Ich bedaure, dass wir wieder einmal keinen Unterausschuss zum Thema Feinstaub eingerichtet haben, das ist für mich ein Riesendefizit, das wäre dringend notwendig in Kooperation mit der Umweltabteilung, mit der Gesundheitsabteilung, mit der Verkehrsabteilung und ich stelle leider wieder einmal fest, dass die Landesregierung auch unter dem neuen Herrn Landesrat Seitinger als Umweltlandesrat – ich vermisse ihn jetzt sehr bei diesem Debattenpunkt – es nicht geschafft hat, ein Stück Handlungsfähigkeit jetzt vor dem Winter beim Feinstaub zu zeigen. Das, was in dieser Regierungsvorlage drinnen steht, finde ich sehr bedauerlich, weil etwa von Seiten des Gemeindebundes zu diesem Thema überhaupt keine Positionierung stattfindet. Das Land übernimmt sehr unreflektiert die Vorstellungen des Verkehrsministers aus Wien, der sagt, die Lage ist haftungsrechtlich so kompliziert, man kann da nicht handeln. Und das Einzige, was ich gut finde, ist, dass die Wirtschaftsbetriebe Graz zitiert werden, die sagen, dass man inhaltlich diesem grünen Anliegen durchaus nähertreten kann.

Eine Sache noch, die ich einbringen möchte, und zwar auch als Entschließungsantrag. Ich hoffe, dass wenigstens der mehrheitsfähig ist. Wir möchten nämlich beantragen, dass das Land die Gemeinden berät, im Winterdienst Basaltspilt zu verwenden. Ich stelle das als Antrag der Grünen, Basaltstreuung als eine mögliche aktuelle Maßnahme gegen Feinstaub.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Gemeinden dahin gehend zu beraten, im Winterdienst Basaltspilt zu verwenden. Basaltspilt, wie er heuer in Graz verwendet wird, ist einfach zehnmal abriebfester als der Kalksteinsplitt, der bis jetzt verwendet worden ist. Sie wissen, dass in Graz im schlimmsten Fall 900 Kilometer Straßen und Wege gestreut werden müssen. Sie wissen, dass das insgesamt ein Volumen von 6000 Tonnen an

Streumitteln ist und Sie wissen auch, und das war die Überlegung hinter unserem Antrag, dass etliche von diesen Tonnen einzusparen wären, indem man einfach hergeht und sagt, in tatsächlich verkehrsberuhigten Zonen, in Zonen, wo man ohnehin Tempo 30 fahren muss und wo man den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern es sehr wohl zumuten kann, sorgfältig unterwegs zu sein, in diesen Zonen verzichtet man auf einen allzu „heftigen“ Winterdienst. Ich bin nach wie vor sehr enttäuscht, dass dieser Vorschlag der Grünen nicht mehrheitsfähig ist im Landtag, leider unterstützt mit einer negativen Regierungsstellungnahme dazu und möchte darauf hinweisen, dass auch wissenschaftliche Stellen wie der Joanneum-Research-Report über Staub oder besagter Winterdienst in Graz oder Untersuchungen des Institutes für Bio- und Umweltverfahrenstechnik immer wieder darauf hinweisen, dass man das Landesstraßenverwaltungsgesetz durchaus in die Richtung novellieren könnte, dass einfach nicht so viel Splitt aufgebracht wird beziehungsweise wenn er liegt, dass er möglichst schnell wieder weggebracht wird, sprich rasche Entfernung des auf der trockenen Fahrbahn befindlichen Streugutes. Einen Punkt noch, den ich einbringen möchte: Selbstverständlich könnte man durch weniger Streuen oder schlichtweg durch zielgerichteteres Streuen und einen Appell an die Autofahrer und Autofahrerinnen, vorsichtig und sorgfältig unterwegs zu sein, ziemlich große Ersparnisse lukrieren, was auch nicht unattraktiv wäre. Ich hoffe deswegen, dass wenigstens unser Antrag Basaltstreuung als Maßnahme gegen Feinstaub von den Landtagsabgeordneten unterstützt wird. Einen Antrag möchte ich natürlich auch noch einbringen. Er entspricht unserem ursprünglichen Antrag „Ermöglichung der Nullstreuung zur Reduktion des Feinstaubes“. Sie wissen, es geht konkret um eine Novelle des Paragraphen 29 Landesstraßenverwaltungsgesetz, eine Novelle, die der Nationalrat initiieren muss, zur Veränderung der Paragraphen 92 und 93 StVO und ich bringe den somit als Entschließungsantrag ein. Abschließend möchte ich noch Bezug nehmen auf einen freiheitlichen Entschließungsantrag, der jetzt wieder in der alten Form vorliegt bezüglich Feinstaubproblematik in der Steiermark. Die Punkte, die ich sehr unterstützen möchte, sind, dass natürlich auch Maßnahmen im Bereich Hausbrand zu einer Feinstaubreduktion beitragen können. Wir werden deswegen diese drei Punkte unterstützen. Euer ursprünglicher Antrag hat bei uns insofern Reaktionen, und zwar unerfreuliche Reaktionen, hervorgerufen, als man den so verstehen kann, dass ihr die bestehende Wohnbauförderung aufmachen wollt und dann könnte man zum Beispiel wieder Ölheizungen oder Stromheizungen fördern. Es ist für uns aus ökologischer Sicht einfach nicht nachvollziehbar. Zusammenfassend: Es tut mir Leid, dass diese konkrete Maßnahme Nullstreuung als eine Maßnahme gegen die Feinstaubbelastung im städtischen Raum nicht mehrheitsfähig ist. Wir garantieren Ihnen, dass wir immer wieder Initiativen in diese Richtung setzen werden. Unsere beiden konkreten Abstimmungsangebote an Sie, einerseits den ursprünglichen Antrag mit uns zusammen zu unterstützen beziehungsweise die Maßnahme Basaltstreuung zu forcieren, stehen. Ich möchte mich übrigens sehr bedanken bei Herrn Chefredakteur Chibici von der „Grazer Woche“. Ich habe ihn heute kurz im Landtag gesehen. Er war nämlich der Allererste, der in der Steiermark im Kampf gegen Feinstaub bereits vor Jahren Pionierarbeit gemacht hat. Damit hat die „Grazer Woche“ zu einer qualifizierten und gut informierten Debatte zu diesem Thema beigetragen. Das Thema Feinstaub wird eines sein, zu dem wir immer wieder aktiv werden, weil es auch entsprechend Druck aus den städtischen Ballungsgebieten gibt. Sie wissen, dass wir in Graz massive Grenzwertüberschreitungen haben, detto in Hartberg, detto im Voitsberger Raum und in den meisten Bezirkshauptstädten. Wir werden damit immer wieder an den Landtag herantreten und hoffen stark, dass es gerade bei der ÖVP etwas mehr Lockerungsübungen, auch in Kooperation mit der Stadt Graz gegen dieses Umweltgift gibt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen. – 12.13 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Petinger. Danach Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Petinger (12.13 Uhr): Werter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich möchte Sie zusammenfassend über den Prüfungsbericht mit der komplexen Problematik der Liegenschaftsverwaltung im Bereich der öffentlichen Gebietskörperschaften befassen, im Speziellen aber mit der Liegenschaftsverwaltung im Straßenbau. Zum Prüfungsgegenstand ist festzuhalten, dass er sich auf die Existenz der vermögensrelevanten und die für die Planung und Erhaltung zweckmäßigen technischen Informationen erstreckt. Die rechtlichen Grundlagen für die Liegenschaftsverwaltung der Straßen durch das Land Steiermark fasst der Rechnungshofbericht in drei Unterkapiteln zusammen, und zwar in gesetzliche Grundlagen der Straßenverwaltung, das sind das Bundesverfassungsgesetz (Kompetenzartikel), das Landes-Verfassungsgesetz 1960 (Liegenschaftsvermögen) und dazu noch die einfachgesetzlichen Bestimmungen, wie Bundesstraßen-Übertragungsgesetz, Steiermärkisches Landes-Straßenverwaltungsgesetz, Eisenbahnteilungsgesetz und weitere bundesgesetzliche Bestimmungen. Dazu kommen noch Zahlungs- und Verrechnungsordnung des Landes Steiermark und die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, welche die vermögensrechtlichen, also die Veräußerungen, die Vermögens- und Schuldenrechnung und das alles nach den Gesichtspunkten eines kamerale Buchführungssystems. Der Teil III beschäftigt sich mit der operativen Ebene der Straßenliegenschaftsverwaltung beim Land Steiermark, demnach mit der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, das heißt sozusagen mit den politischen Referaten, also mit der Abteilung Finanzen und Landesbuchhaltung und der Abteilung Landeshochbau und mit der Abteilung Verkehr, als Nächstes mit den Abteilungen, welche korrespondierende Geschäftsbereiche bearbeiten.

Das sind die Fachabteilung 20B, 4A, die Abteilungsgruppe Landesbaudirektion, die Fachabteilungen 20A, 18A, 18B, 18C, 18D, 19A und 19B. Weiters werden in dieser Übersicht noch die organisatorischen Geschäftseinteilungen und die Aufgaben der Straßenverwaltung im Zusammenhang mit den Baubezirksleitungen und der Fachabteilung 18C behandelt. Außerdem werden in einem weiteren Punkt die Teilabläufe bei Grundeinlösungen sehr ausführlich dargestellt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Gesamtübersicht versucht der Lan-

desrechnungshof die derzeitigen Methoden, Systeme und Informationsinhalte mit den Vernetzungen und dem Rechnungswesen darzulegen. Hier findet noch eine Gliederung in einen technischen und kaufmännischen Teil statt. Weitere Behandlungsschwerpunkte sind die rechtlichen, wirtschaftlichen und strategischen Aspekte zur automatisierten Liegenschaftsverwaltung, die Betrachtung der Realisierbarkeit einer solchen Liegenschaftsverwaltung und die Erfordernisse für ein landesweites Landesstraßenverwaltungssystem. Diese wirklich sehr genauen und peniblen Auflistungen und Aufzählungen der gesetzlichen, verordnungsrechtlichen und vermögensrechtlichen Verknüpfungen führten zu folgenden Feststellungen und Empfehlungen: Der Landesrechnungshof stellt fest, dass die Liegenschaftsverwaltung der Straßen nur einen Teilbereich der gesamten Liegenschaftsverwaltung des Landes darstellt. Diese werden von den Fachabteilungen 18C (reine Verkehrsflächen) und 18A (so genannte Begleitflächen) durchgeführt. Der Aufwand für die Verwaltung der Liegenschaften im Vergleich zur gesamten Straßenverwaltung ist als geringfügig zu bezeichnen. Dass das Straßenverwaltungsrecht keine wirklichen Ansätze für die Verwaltung des Liegenschaftsbesitzes beinhaltet. Dass der Landtag die Grundsätze für die Verwaltung der Liegenschaft festzusetzen hat und es keine speziell für den Liegenschaftsbesitz bei Straßen gibt. Dementsprechend gelten die allgemeinen Grundsätze für die Verwaltung von Liegenschaften. Hier wären aber eine vollständige Dokumentation, eine einheitliche Bewertung und eine Erfassung und laufende Kontrolle von dinglichen Rechten eine dringende Voraussetzung. Des Weiteren stellt der Rechnungshof fest, dass bei der Übertragung von Straßen nach dem Bundesstraßen-Übertragungsgesetz die erforderliche Verbücherung durchgeführt wurde, jedoch noch weitere Grundsätze einer ordentlichen Vermögensverwaltung durchzuführen wäre. Deswegen empfiehlt der Landesrechnungshof eine Ergänzung des Landesverfassungsgesetzes im Paragraphen 32 Absatz 6, betreffend die Überwachungsmöglichkeit der Landesregierung bei Kapitalgesellschaften des Landes. Im nächsten Punkt wird festgestellt, dass eine zweckmäßige Dokumentation der Liegenschaften des Landes rechtliche, kaufmännische und technische Informationen erfordert. Dazu wird bemerkt, dass das kamerale Buchführungssystem unzureichend ist. Es erscheint eine Anlagenbuchhaltung unumgänglich und sinnvoll. Bei der Vermögensrechnung ist ebenfalls festzustellen, dass durch die gegebenen Vorschriften nur der Liegenschaftsbestand aufgelistet wird und keine Kapitalisierung stattfindet. Dadurch ist keine ausreichende Information der Vermögenswerte für den Landtag möglich. Der Landesrechnungshof stellt in der Gesamtsicht Folgendes fest, dass das Geografische Informationssystem (GIS) nur für den technischen Bereich geeignet ist. Um ein umfassendes Verwaltungs-, Informations- und Kontrollsystem für die gesamte Liegenschaftsverwaltung zu haben, empfiehlt der Landesrechnungshof den Aufbau eines EDV-gestützten Informationssystems, das vernetzt sowohl rechtliche, kaufmännische und technische Dokumentationen ermöglicht. Es sollen die Möglichkeiten des GIS verstärkt eingesetzt werden und die notwendigen Schnittstellen, also rechtliche, kaufmännische und technische mit allen mit der Liegenschaftsverwaltung befassten Dienststellen verbunden werden.

Weiters sollen keine weiteren Teilsysteme aufgebaut werden, bevor nicht über ein umfassendes Gesamtkonzept nachgedacht wird.

Wie bereits erwähnt, verehrte Damen und Herren, handelt es sich bei diesem Prüfbericht um eine sehr genaue Auflistung und Aufzählung des Kompetenzdschungels bei der Verwaltung der landeseigenen Liegenschaften. Im Bericht wird bei einigen Stellen angemerkt, dass Verhandlungen über eine Ausgliederung bereits geführt werden. Um wirkliche Transparenz und Effizienz zu gewährleisten, vor allem aber eine vermögensrechtliche Darstellung der Liegenschaften zu erhalten, ist eine solche Ausgliederung eventuell in die landeseigene Immobiliengesellschaft anzudenken und wahrscheinlich auch sinnvoll. Ich glaube, dass dieser Ansatz, den der Landesrechnungshof hier vorgegeben hat, auch mit aller Konsequenz verfolgt werden sollte. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.21 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer, danach Klubobfrau Dietrich.

Abg. Hagenauer (12.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptfraustellvertreter! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte zu zwei Tagesordnungspunkten Stellung nehmen, der erste ganz kurz: Friesacher Bundesstraße. Hier handelt es sich um die nachträgliche Reparatur des auch hier im Landtag so hoch gelobten Generalverkehrsplans. Ein Landeshauptmann jenseits der Koralmbahn hatte seinerzeit befunden, dass diese Bundesstraße keine österreichische Bedeutung habe und deswegen ist das Straßenstück von Wien nach Klagenfurt nicht in den Generalverkehrsplan aufgenommen worden. Dem hat man an sich nichts hinzuzufügen. Er hat das gemacht, damit diese Strecke nicht bemauteet werden soll. Das war natürlich nicht zu halten und ein Blödsinn. Man hat das auch in der Steiermark natürlich erkannt. Deshalb dieser Antrag. Wir werden dem auch zustimmen, obwohl es sich um ein Straßenprojekt handelt.

Der zweite Tagesordnungspunkt betrifft die Koralmbahn. Dazu möchte ich schon festhalten die alte These, die uns bei dem Thema beschäftigt, nämlich die Koralmbahn und der Semmeringbasistunnel sind ein und dieselbe Trasse, sind auch volkswirtschaftlich und verkehrspolitisch nur zu rechtfertigen, wenn sie beide errichtet werden. Die Sache ist also ernst.

Das Zweite, noch in diesem Jahr wird der VwGH, wie gesagt, ein neues Erkenntnis erlassen zum Semmeringtunnel. Wir werden uns also demnächst im Lande mit diesem Thema wieder einmal beschäftigen müssen. Und wenn ich an der Stelle den Herrn Präsidenten Purr zitieren darf, er hat von Verkehrsprognosen gesprochen und dass der Lkw-Verkehr so stark zunimmt. In der Schweiz, Herr Präsident, tut er das nicht. Es ist das Wesen von Prognosen, dass sie einen Trend beschreiben und erst dann beginnt natürlich die Überlegung, was kann ich tun,

um diesen Trend allenfalls zu verhindern, wenn er nicht erwünscht ist. In der Schweiz nimmt der Lkw-Verkehr ab. Die Maut ist dort höher. Und wenn ich mir das jetzt anschau in der aktuellen Transitdebatte, auch einer von mehreren Gründen, weshalb Österreich in Brüssel eine derartige Niederlage erlitten hat bei dem Thema Transit und Ökopunkte, ist das, dass also in Minutenschnelle die gesamte österreichische Wirtschaft ausgerückt ist und sofort Zeter und Mordio geschrien hat, wie sie mitbekommen hat, dass es jetzt an Maßnahmen geht, die auch den Lkw-Verkehr in unseren Alpentälern betrifft, wenn er in Österreich seinen Ursprung oder sein Ziel hat und innerösterreichisch ist. Das heißt, wenn diese Bundesregierung nicht den Mut aufbringt, tatsächlich Verkehrspolitik zu machen, wenn sie nicht den Mut aufbringt, die Bahn ausreichend zu finanzieren und nicht nur die Straße, dann ist eben der Trend so wie er ist. Wir werden daher gerade jetzt in diesen Wochen und Monaten uns bewusst machen müssen, dass es jetzt wirklich um eine entscheidende Phase geht, gerade was also den Bahnausbau in der Steiermark anbelangt. Wir müssen uns auch vor Augen halten, dass jetzt vor kurzem untergegangen in dem Thema ÖBB-Streik die EU die endgültige Entscheidung gefällt hat über die vorrangigen Projekte, die sie im Schienenverkehr finanzieren will und unterstützen will. Ich darf nur an der Stelle auch noch einmal erinnern an die Debatte zu dem Thema, wie wir sie in der Vergangenheit geführt hatten. Erinnern Sie sich daran, im Juni, wo der Entwurf für diese vorrangigen EU-Projekte vorgestellt wurde, wurde von Herrn Landeshauptfraustellvertreter dem entgegengehalten beziehungsweise versucht, die Öffentlichkeit zu beruhigen, mit dem Argument, es sei auch Graz-Spielfeld dabei bei diesen Projekten. Das hat sich jetzt als Falschmeldung herausgestellt. Die EU, Herr Landeshauptmannstellvertreter, führt dieses Projekt nach wie vor auf, allerdings, wie ich schon damals darauf hingewiesen habe, mit der Bitte an Österreich, das zu bauen. Die jetzt beschlossenen Projekte, die man finanziell unterstützen will, unter diesen jetzt beschlossenen ist Graz-Spielfeld nicht dabei. Österreich bekommt für dieses Projekt nicht einen Euro von der EU.

Der zweite Hinweis, der damals von Ihnen geliefert wurde, dass ohnehin nur mit 5 Prozent diese vorrangigen Projekte gefördert werden, wenn überhaupt, richtig, ist offenbar noch immer Ihr Informationsstand, und der ist so falsch wie damals. Wenn Sie nur die Medien gelesen hätten, dann hätten Sie registriert, dass man diese Projekte mit 30 Prozent fördert von Seiten der EU. Und 30 Prozent ist nicht wenig.

Und last but not least, wenn sich jetzt innerhalb Österreichs herausstellt, dass doch einige Projekte, wenn auch keine steirischen, gefördert werden, nämlich von Wien nach Bratislava, von Wien nach Sopron, was ein Semmering- und Steiermarkumfahrungsprojekt ist, das haben wir schon damals kritisiert, wie der Generalverkehrsplan erlassen wurde. Wenn der Brenntunnel drinnen ist, dann bedeutet das noch etwas. Der Brennerbasistunnel kostet 5 Milliarden Euro. Wenn Österreich seinen Beitrag zu leisten hat, dann haben wir immer noch, auch wenn die EU 30 Prozent zuschießt, derartig gewaltige finanzielle Belastungen allein aus der Brennerachse jetzt zu vergegenwärtigen, und allein aus dem Umstand, dass wir natürlich die EU-Förderungen nur dann bekommen, wenn wir die restlichen 70 Prozent bezahlen bei all diesen Projekten, dass das ohnehin, damit komme ich zum Abschluss, dieses ohnehin viel zu gering dotierte Eisenbahnbudget von Seiten der Bundesregierung zur Gänze ausgeschöpft ist. Das heißt, wir werden große Schwierigkeiten haben, ich sehe auch da wenig Chancen, steirische Projekte wie etwa den Ausbau der Pyhrneisenbahn, die wir ja genauso notwendig brauchen würden wie wir etwa die Koralmbahn brauchen, sehe ich große Probleme, dass hier unter diesen Bedingungen irgendein Geld zur Verfügung gestellt wird.

Zum Abschluss: Die Grünen werden dem SPÖ-Entschließungsantrag betreffend Preiserhöhungen durch Lkw-Maut zustimmen. Wir werden dem ÖVP-Antrag über die Beseitigung der Doppelmaut zu diesem Zeitpunkt nicht zustimmen. Wir sind der Überzeugung, dass, wenn die EU-Wegekostenrichtlinie umgelegt wird und in Kraft tritt und man dann in sensiblen Zonen, die auch uns treffen, höhere Mauten hat, dann wird man über eine Doppelmaut reden müssen. Das ist schon richtig, aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Zum Abschluss eine Anmerkung: Herr Bundesminister Grassler und neues Mitglied im Vorstand der ÖVP hat neulich erklärt – ich weiß nicht, Herr Kollege Drexler, ob Sie mit ihm öfter auf einen Kaffee gegangen sind in letzter Zeit –, er fährt von Wien nach Kärnten in zwei Stunden und deswegen ist für ihn der Eisenbahnausbau eigentlich ohnehin nicht relevant. Richten Sie ihm einen schönen Gruß aus. Er verstößt gegen die Gesetze der Republik. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen. – 12.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dietrich. Danach Herr Abgeordneter Gödl.

Abg. Dietrich (12.31 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich möchte gerne unseren ehemaligen Kollegen, Herrn Bürgermeister Ernst Korp, recht herzlich begrüßen. Ich glaube, das verdient einen Applaus. (Allgemeiner Beifall.)

Ich glaube, Herr Bürgermeister wird sich vergewissern können, pünktlich wie der Herbstbeginn im Kalender, genauso pünktlich haben wir die Feinstaubthematik, die Feinstaubdiskussion im Landtag zu dieser Jahreszeit. Feinstaub, und das wissen wir alle, sind Partikel, die kleiner als ein Tausendstel Millimeter sind, Partikel, die lungengängig sind und die schwere krankheitliche Auswirkungen bei Menschen haben. Wenn man die Ursache hinterfragt, wissen wir auch, ist der Hausbrand mit verantwortlich, der Verkehr. Allein eine Reduktion des Schwerverkehrs um 5 Prozent würde die Feinstaubbelastung um 30 Prozent senken. Auch ein Punkt, der zu berücksichtigen ist, 30 Prozent des Feinstaubes werden außerhalb der Ballungszentren produziert durch die Landwirtschaft, durch Baumaschinen, aber auch Feinstaub bildet sich erst, wenn er über weite Strecken transportiert wird im Zusammenwirken mit Ozon. Das erschwert natürlich die Maßnahmen, die wir konkret treffen können, um eine Verbesserung der Feinstaubsituation zu erwirken. Interessant in dem Zusammenhang mag sein, dass die

Problematik schon über viele Jahrzehnte hinweg bekannt ist, dass sie zum Teil, wenn ich an das Murtal denke, vor 20 Jahren wesentlich stärker und schlimmer war als heute. Wenn die ÖDK mit Vollast gefahren ist, dann konnte man das am gesundheitlichen Zustand der Kinder nachvollziehen. Es gab unendlich viele Pseudokrupp- und Asthmaanfalle bei den Kindern. Wir haben zum Glück jetzt schon Maßnahmen getroffen, die die Situation verbessert haben. Es ist so, dass wir alle mehr sensibilisiert sind, dass wir die Feinstaubbelastung konkret ermessen und deshalb dieses Thema wahrscheinlich erst jetzt so in den Vordergrund genommen haben. Es ist aber wichtig und gut, dass in diesem Bereich etwas passiert. Man sollte sich bei den Maßnahmen, die getroffen werden, genau überlegen, wie sinnvoll sie sind und vor allem wie machbar sie sind, welche Folgewirkungen sie haben. Wir haben den Antrag der Grünen, der auf generellen Verzicht auf Streumittel lautet. (Abg. Mag. Zitz: „In Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigten Zonen!“) Trotzdem glaube ich, müssten wir uns auch überlegen, wie schaut das jetzt aus mit Autobussen, wie schaut das aus bei einer Steigung, wie schaut das aus bei Kreuzungen? Ich glaube, dass alle gesetzlichen Maßnahmen sehr einschränkend wirken, dass gesetzliche Regelungen, wenn sie keinen Spielraum mehr zulassen, zu einschränkend sind und dass man die Maßnahmen immer gezielt für die jeweilige Situation treffen muss. Ein generelles Verbot wäre meiner Meinung nach nicht machbar und auch nicht zielführend. Ein weiterer Punkt war, dass Streumittel unverzüglich zu entfernen sind. Auch da sagen mir Experten, dass das sehr schwer ist, vor allem temperaturabhängig ist und dass bei gewissen Temperaturen die Keilmaschinen diesen Splitt gar nicht aufnehmen können. Weiters wäre die Haftungsfrage zu klären. Wie schaut das aus? Wichtig ist, so glaube ich, dass man immer noch die Möglichkeit hat, auf Straßencharakter und Straßenverhältnisse variabel zu reagieren. Ich glaube auch, man müsste genau differenzieren, Grobstaub ist nicht gleich Feinstaub. Nicht alles, was wir als Staubb Belastung sehen, ist der Feinstaub, vor dem wir uns fürchten und zu Recht fürchten.

Wenn wir diese Problematik in den Griff bekommen wollen, dann sind Maßnahmen zu setzen, bei der EU beginnend, zum Beispiel Katalysatoren verpflichtend für alle Dieselfahrzeuge, bis zum Bund, bis zum Land. Das ist aber eine Querschnittsmaterie, ein Materie, die alle betrifft. Dann dürfte auch Landesrat Paierl Wirtschaftsförderungen nur noch an jene Betriebe geben, die nicht besonders emittieren oder Landesrat Seitinger müsste sofort einen Maßnahmenkatalog im Emissionsschutzgesetz erlassen, Landesräte Flecker, Erlitz, Edlinger-Ploder zum Beispiel Maßnahmen bei Heizkesseln, Landesrat Schützenhöfer wäre gefordert, im Tourismus beim „off-road“ Einschränkungen oder Maßnahmen zu ergreifen und so weiter. Das ist eine Materie, die alle betrifft und wo alle ihren Beitrag leisten müssen. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter: Ich glaube, wir können nicht nur immer vom Gesetzgeber verlangen, dass er dieses Thema ernst nimmt. Ich glaube, es muss jeder bei seiner Heizung nachschauen, inwieweit sie die Umwelt belastet. Jeder Raucher sollte sich überlegen, inwieweit er berechtigt ist, ständig über Feinstaubbelastung zu schimpfen. In diesem Sinn bin ich aber trotzdem zuversichtlich, dass uns allen gemeinsam etwas gelingt, damit wir eine Verbesserung in dieser Situation herbeiführen können. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 12.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend am Wort ist Herr Abgeordneter Gödl.

Abg. Gödl (12.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebes Publikum!

Ich kann mich in vielen Dingen der Vorrednerin, Frau Klubobfrau Waltraud Dietrich, anschließen. Ich beziehe mich auch auf das Problem Feinstaub und sehe die Idee auch sehr verlockend, die Nullstreuung einzuführen, verlockend insofern, weil es im Sinne der Umwelt ganz sicher Vorteile bringen würde, aber auch aus der Sicht der Gemeinden und gerade einer Gemeinde Graz, die, wie wir wissen, finanziell nicht zum Besten bestellt ist. Es könnten damit einige Kosten eingespart werden. Dennoch möchte ich aus eigener Erfahrung eine Abwägung der zu erreichbaren Ziele verlangen, gerade in puncto Verkehrssicherheit. Natürlich heißt Nullstreuung auch in verkehrsberuhigten Zonen, dass es für Radfahrer, und diese gibt es genauso im Winter, dass es für Fußgänger, dass es für die Busse eine negative Beeinträchtigung als Folge hätte. Ich spreche dabei insofern ein bisschen aus leidvoller Erfahrung: Im Dezember vor zwei Jahren hat es in meiner Gemeinde einen Unfall mit einem Traktor gegeben. Bis heute prozessieren wir als Gemeinde mit diesem Unfallenker beziehungsweise die Gemeinde und als Vertreter der Bürgermeister hat die beklagte Partei ständig bei Gericht zu erscheinen. Ich habe miterlebt, in welchem Ausmaß das Gericht die Umstände prüft, in welchem Ausmaß die Gemeinde untersucht wird. Es ist vom Streugerät über die Ausstattung der Gemeinde bis zur Ausbildung des Gemeindefahrers alles hinterfragt worden. Ich kann von den lustvollen Begegnungen unserer Gemeindefahrer mit dem Gericht und mit dem Richter erzählen, die stundenlang befragt wurden und die sich für sich selbst dann die Frage gestellt haben, ob es wirklich einem Gemeindefahrer zumutbar ist, in diesem Verantwortungsbereich tätig zu sein. Was ich damit sagen will, es ist absolute Vorsicht geboten, wenn man diese Nullstreuung so uneingeschränkt, wenn es auch verkehrsberuhigte Zonen sind, fordert. Da sind ganz, ganz viele Dinge mit zu bedenken und daher hat die Stellungnahme, die das Ministerium abgegeben hat, durchaus auch mein Verständnis. Und so wie es auch meine Vorredner gesagt haben, ich glaube, dem Feinstaub können wir nur zu Leibe rücken nicht zu sehr mit der Nullstreuung, das wäre ein winziger kleiner Aspekt dabei, sondern ganz sicher nur mit der Konzentration auf den Individualverkehr.

Was nicht stimmt, Edith, es ist schon ein Unterausschuss eingerichtet, nur, er wurde noch nicht einberufen. Und ich kann dir auch sagen, warum er noch nicht einberufen wurde. Ich leite nämlich auch diesen Unterausschuss und ich leite auch vier andere Unterausschüsse und es ist schon bei zwei Unterausschüssen leider kaum möglich Termine zu finden, wo wir uns zusammensetzen, wobei ich ausdrücklich an dieser Stelle die Edith Zitz

und die Grünen hervorheben möchte, die sich immer sehr flexibel zeigen in der Terminvereinbarung im Gegensatz auch zu anderen Fraktionen. Das möchte ich an dieser Stelle wirklich lobend hervorheben. Daher wirklich nicht polemisieren und auch nicht parteipolitisieren in dieser Frage, an einem Strang ziehen und vor allem den Individualverkehr im städtischen Bereich genau unter die Lupe nehmen. Was heißt es für die Frage der Raumordnung, was heißt es für die Frage des Pendlerverkehrs und was heißt es auch für die Frage der Modernisierung des Individualverkehrs? Denn eines wissen wir, jeder Raum und auch ein städtischer Raum lebt auch in einem ganz erheblichen Maße von einem funktionierenden und flüssigen Individualverkehr.

Was die Entschließungsanträge betrifft, da werden wir zustimmen jenem, den die FPÖ eingebracht hat. Beim grünen bezüglich Basaltstreuung, ja, wir stimmen zu, allerdings mit dem Vorbehalt, man muss sich auch im Klaren sein, dass Basaltstreuung auch von den Kosten her eine ganz andere Belastung für die Gemeinden bedeuten würde, denn wer sich ein bisschen beschäftigt mit dem Rohstoff, der weiß ganz genau, dass der Basalt zu ganz anderen Preisen nur erhältlich ist als die herkömmliche Streuung.

In dem Sinne hoffe ich, dass wir auch im Rahmen des Unterausschusses Feinstaub auch auf Lösungen kommen und bald auf Lösungen kommen, die wirklich dem Thema zu Leibe rücken und gerade im Großraum Graz und auch in den anderen Ballungszentren auch eine bessere Luft dann gewährleisten können. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.43 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (12.43 Uhr): Frau Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte noch den Entschließungsantrag einbringen, weil ich glaube, dass gerade in Ballungsräumen der Hausbrand einen wesentlichen Anteil an der Feinstaubentstehung hat und deshalb hier Maßnahmen dringend erforderlich sind.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass erstens in Zusammenhang mit der LIG und BIG eine Überprüfung aller öffentlichen Gebäude bis Juli 2004 betreffend Feinstaubemission veranlasst wird und bei Überschreitung der Grenzwerte dementsprechende Adaptierungen vorgenommen werden und zweitens in Ballungsräumen bei der Neugenehmigung einer Feuerungsanlage auf die bestehende Umweltsituation Rücksicht genommen werden muss und drittens möglichst rasch eine Landesoffensive zu starten ist, bei der ein rascher Ausbau von alten Feuerungsanlagen beworben werden soll; wenn nötig müssen auch die Fördermodalitäten überarbeitet werden, damit ein Umstieg lukrativer und leichter möglich gemacht wird. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 12.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Wort ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (12.44 Uhr): Frau Präsident! Frau Landeshauptmann! Hohes Haus!

Ich möchte nur ganz kurz zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Erstens die Frage der Koralmbahn:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde hier ja schon angesprochen. Es ist eine wichtige, verkehrspolitisch die wichtigste Frage wahrscheinlich. Wird dieses Projekt, es ist ein Riesenprojekt und das verhehle ich ja nicht, auch wirklich zur Umsetzung gelangen? Aber der Kollege Lafer hat ja bereits aufgezählt, was schon alles geschehen ist. Und wir sind hier voll drauf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und wir müssen gemeinsam dieses Projekt zur Umsetzung bringen. Ich konnte vor wenigen Tagen in Venedig den steirischen und österreichischen Standpunkt präsentieren und ich habe dort gesehen, dass zwar vor allem die Beitrittskandidaten, meine sehr verehrten Damen und Herren, Slowenien und Ungarn natürlich überhaupt kein Interesse haben und der ungarische Vertreter hat wortwörtlich zu mir gesagt, er wird alles tun, um unser Projekt zu verhindern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Weil die natürlich wollen, dass der Korridor V Südungarn erschließt und ihre Entwicklungsgebiete dort, also der Korridor V soll die Entwicklung Ungarns vorantreiben. Ich habe dort die Stellungnahme abgegeben, dass wir aus unserer regionalen, politischen und nationalen Verantwortung uns also keinesfalls in irgendeiner Form abhalten lassen werden, dieses Projekt umzusetzen. Und da bitte ich wirklich um die gesamte geschlossene Unterstützung in diesem Haus. Ich habe diesbezüglich auch an den Verkehrsminister bereits berichtet und ich glaube, es geht auch weiter. Und wenn wir wollen und wenn es auch zu einem Kraftakt, zu einem nationalen Kraftakt kommen muss, dann wird es gelingen, dieses Projekt umzusetzen, weil wir es brauchen. Wir brauchen es für den Terminal Werndorf und wir brauchen es für unsere Wirtschaft und wir brauchen es für unsere regionale Entwicklung, und nicht nur die Steirer, sondern selbstverständlich auch die Kärntner, aber auch die Oberösterreicher und alle, die am Phyrnkorridor liegen, werden Interesse haben und müssen Interesse haben, dass dieses Projekt weitergeht. Ich werde alles daransetzen, dass das kommt und wir arbeiten bereits jetzt an einem Vorschlag betreffend diesen Vertrag, diesen Bund-Länder-Vertrag, der so quasi die Umsetzung dieses so wichtigen Projektes entsprechend vorantreiben und absichern wird. Natürlich gibt es auch noch immer Widerstand, das möchte ich auch nicht verhehlen. Es gibt noch immer Personen auch in den verschiedenen Bezirken an der Koralnstrecke, die im Sinne der Befürchtung um die eigenen Lebensqualität nach wie vor diesem Projekt sehr kritisch und sogar in einer Form gegenüberstehen, dass sie es verhindern wollen. Denen sei ins Stammbuch geschrieben, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen dieses Projekt

umsetzen. Wir haben so etwas wie ein kosmisches Zeitfenster bis 2013/2014, weil dieses Projekt eben zehn Jahre Bauzeit brauchen wird, das ist so bei einem 30 Kilometer langen Tunnel, aber dieses Fenster müssen wir nützen, denn sonst wird es zu spät sein.

Zum Zweiten, die zweite Frage, die Übertragung der Strecke Judenburg, Judenburg–Neumarkt beziehungsweise Judenburg bis zur Landesgrenze an die ASFINAG, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein sehr wichtiges Projekt, das wir sehr erfolgreich vorantreiben. Es muss allerdings ganz deutlich gesagt werden, wenn es die ASFINAG übertragen bekommt, dann wird das eine bemaubare Strecke. Aber mir ist lieber eine gut ausgebaute, raschestmöglich ausgebaute Strecke und keine Mautumgehungsstrecke zu haben, weil das würde diese Strecke auf jeden Fall werden, wenn wir nicht zügig an die Umsetzung gehen. Dass das kein ganz billiges Projekt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wissen wir. Die geschätzten Kosten betragen etwa 250 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine Kleinigkeit. Und daher ist es nur möglich im Gespräch – und ich habe gestern mit meinem Kollegen Dörfler aus Kärnten gesprochen und mit der ASFINAG sind wir ständig im Gespräch, dass wir diese Übertragung an die ASFINAG zuwege bringen. Für uns in der Steiermark ist das auch besonders wichtig, weil wir durch diese Übertragung auch Spielraum bekommen für wichtige andere Bundesstraßenprojekte, die in diesem Bundesland anstehen.

Der dritte Punkt, die Frage der Nullstreuung, hier wird sehr oft Feinstaub mit Grobstaub verwechselt. Es war sicherlich auch ein Problem der Stadt Graz, die einfach nicht in der Lage war, den Splitt, der zum Teil noch ungeeignet war – das muss man auch noch sagen, es wurde zum Teil ungeeignetes Streumittel eingesetzt – dann noch zeitgerecht zu entfernen, weil die Straßenreinigungsfahrzeuge eben bei den tiefen Temperaturen nicht arbeiten können.

Es geht um die Haftung, es geht um die Verkehrssicherheit. Sicherheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Aber wenn wir uns die historische Entwicklung anschauen, ursprünglich wurde überall mit Salz gestreut. Dann hat man gesagt, Salz ist das Schädlichste, wir schädigen unser Wasser, wir produzieren Chloride, wir produzieren sauren Regen damit, wir produzieren alle möglichen Umweltgefahren. Dann ist man auf den recyclebaren, wieder einsammelbaren Splitt umgestiegen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber die Sicherheit werden wir nicht aus den Augen verlieren. Daher sollen wir das den kompetenten und gut ausgebildeten Fachleuten in den entsprechenden Abteilungen überlassen, die diese Maßnahmen nach Maßgabe aller Möglichkeiten, was den Umweltschutz betrifft, aber auch was das Kosten sparen betrifft, treffen, weil den Splitt gibt es ja nicht gratis. Auch hier ist entsprechend sicher und sparsam umzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt also noch ein Antrag hinsichtlich Abschaffung der Doppelmaut vor. Ich darf Ihnen berichten, dass hier natürlich intensive Verhandlungen mit der ASFINAG stattfinden, die hoffentlich sehr bald zu einem positiven Ergebnis führen werden. Wir können aus der heutigen Sicht, wo wir noch dringende Lückenschlüsse zu bauen haben, wo wir vor allem die zweiten Tunnelröhren im Gleinalmbereich und im Bosrucktunnel zu bauen haben, auf dieses Geld nicht verzichten. Vor allem hätten wir ein Problem, dass wir mit dieser Herabsetzung und mit dem Verzicht auf die Sondermauten den Transit bevorzugen würden, weil wir die Kosten umlagern müssten und daher die Einnahmen umlagern müssten und daher die heimischen Frächter, die heimische Wirtschaft stärker belastet werden müsste und natürlich auch die Vignette entsprechend verteuert werden müsste. Darum bitte ich um Verständnis, dass wir so lange nicht – und das ist der entscheidende Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren –, solange nicht die EU-Wegekostenrichtlinie erfolgreich abgeschlossen werden kann, auf diese Einnahmen nicht verzichten können. Ich ersuche auch alle Fraktionen, die Vertreter im Europäischen Parlament haben, über diesen Weg auch Druck zu machen, dass die EU-Wegekostenrichtlinie raschestmöglich kommt. Ich habe nur bei meinem letzten Besuch in Brüssel zur Kenntnis nehmen müssen, dass andere Staaten, insbesondere Italien, überhaupt kein Interesse an dieser EU-Wegekostenrichtlinie haben und sie wahrscheinlich bis zum Jahr 2006 bis 2007 realistisch gesprochen verzögern werden. Also da muss man auch Pragmatiker sein und man muss auch diesen Tatsachen ins Auge schauen. Diese EU-Wegekostenrichtlinie wird nicht in dem Ausmaß und in der zeitgerechten Periode, wie wir sie uns vorstellen, zustande kommen, weil sie eben nicht im Sinne anderer Mitgliedstaaten dieser EU ist, die uns neben vielen wirtschaftlichen Chancen aber auch sehr viele Probleme aufhalst, glauben Sie mir das. Daher können wir aus heutiger Sicht nicht auf diese Einnahmen aus dieser Sondermaut verzichten. Danke für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 12.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (12.53 Uhr): Ich beantrage beim freiheitlichen Antrag die punktuelle Abstimmung. (12.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor und ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1500/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1198/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zur punktuellen Abstimmung des Entschließungsantrages über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Feinstaubproblematik in der Steiermark.

Punkt eins: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dass in Zusammenarbeit mit der LIG und BIG eine Überprüfung aller öffentlichen Gebäude bis Juli 2004 betreffend Feinstaubemissionen veranlasst wird und bei Überschreitung der Grenzwerte dementsprechende Adaptierungen vorgenommen werden. Wer dem Punkt eins zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des ersten Punktes fest.

Punkt zwei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dass in Ballungsräumen bei der Neugenehmigung einer Feuerungsanlage auf die bestehende Umweltsituation Rücksicht genommen werden muss. Wer dem Punkt zwei zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des zweiten Punktes fest.

Punkt drei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dass möglichst rasch eine Landesoffensive zu starten ist, bei der ein rascher Austausch von alten Feuerungsanlagen beworben werden soll; wenn nötig müssen auch die Fördermodalitäten überarbeitet werden, damit ein Umstieg lukrativer und leichter möglich gemacht wird. Wer dem Punkt drei zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des dritten Punktes fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Basaltsplittstreuung als Maßnahme gegen Feinstaub ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Ermöglichung der Nullstreuung zur Reduktion des Feinstaubes ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1504/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1520/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1567/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 7 und 8 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1565/1, betreffend Überprüfung der Rechnungsabschlüsse 2002 der Steiermärkischen Landesbahnen und des Steirischen Heimatwerkes.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (12.58 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 4. November 2003 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 88, betreffend Überprüfung der Rechnungsabschlüsse 2002 der Steiermärkischen Landesbahnen und des Steirischen Heimatwerkes, Einl.-Zahl 1565/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Rechnungsabschlüsse 2002 der Steiermärkischen Landesbahnen und des Steirischen Heimatwerkes, wird zur Kenntnis genommen. (12.58 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön! Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1566/1, betreffend Überprüfung der Liegenschaftsverwaltung der Steiermärkischen Landesbahnen und des Steirischen Heimatwerkes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (12.59 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie bereits zitiert, darf ich Ihnen den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Kontrolle zur Kenntnis bringen. Er stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Liegenschaftsverwaltung der Steiermärkischen Landesbahnen und des Steirischen Heimatwerkes, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Zustimmung. (12.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1565/1, Tagesordnungspunkt 7, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1566/1, Tagesordnungspunkt 8, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

9. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 890/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Ausweitung des Ausbildungsangebotes für LogopädInnen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (13.01 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 890/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Ausweitung des Ausbildungsangebotes für LogopädInnen.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 25. Juni und 4. November 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Die Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer haben am 14. Mai 2002 einen Antrag betreffend Ausweitung des Ausbildungsangebotes für LogopädInnen eingebracht. Dieser wurde an die Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 890/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Ausweitung des Ausbildungsangebotes für LogopädInnen, wird zur Kenntnis genommen. (13.02 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke! Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Böhmer, bitte.

Abg. Böhmer (13.02 Uhr): Werte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir wissen, dass Logopäden Sprachheilkundige sind und wir wissen auch, dass diese Sprachheilkundigen in unserem Land Steiermark mehr denn je – und das nicht nur in der Steiermark – einfach gebraucht werden.

Warum werden sie gebraucht? Nachweislich statistisch gesehen sind rund 5 Prozent einer Bevölkerung mit Sprachstörungen vorhanden, sei dies erblich bedingt, sei dies durch Unfälle oder andere physische Bedrängnisse. Es geht nun in diesem Antrag der Grünen, dieses Angebot auszuweiten. Ich kann nur sagen, eine gute Sache. Nur, wie schaut der Bedarf aus? Wie groß ist in der Steiermark der Ruf nach diesen Fachleuten, die es eben ermöglichen, dann in verschiedenen und sehr geduldig getragenen Schritten Menschen vom Kleinkind, erblich bedingt oder anderweitig, über den Behinderten bis zum letztendlich Schlaganfallpatienten zum so genannten sprachlichen Eintritt in die Gesellschaft zu verhelfen? Der Wunsch von derartigen Logopädinnen und Logopäden ist für mich nicht nur eine zeitgemäße, eine verständliche Reaktion, es ist für mich eine äußerst menschliche, eine äußerst soziale. Sozietät ist angesagt. Als Ziel könnten wir uns im Landtag für die Arbeit der nächsten Zeit vornehmen, in jedem Bezirk für die Kindergärten und für die Volksschulen einen Logopäden oder eine Logopädin anzustellen. Und es stellt sich für mich die Frage, nachdem ich die Ausbildungsangebote von Pflichtschullehrern und -Lehrerinnen, aber auch von Kindergärtnerinnen gesehen habe, ob wir nicht verstärkt auch dieses Element der Sprachheilkunde in die Ausbildungsschiene einbringen, damit nämlich diese Leute in kleinen Dosen würde ich sagen bereits Leuten helfen können. Prävention und Schadensminimierung halte ich in einer heute doch immer mehr vom Ökonomischen getragenen Zeit auch finanziell und wirtschaftlich für sinnvoll. Über die menschliche Seite habe ich vorher schon gesprochen.

Die Sprache schlechthin ist, wie wir wissen, ein wesentliches Element von Lebensqualität und ich möchte auch sagen, ein wesentliches Element des Lebens und leider hat nicht jeder dieses. Viele Menschen weisen Stimm- und Hörstörungen auf und das sind unter anderem auch die Lispeler, Menschen auch im Erwachsenenalter, die den Sigmatismus besitzen oder immer häufiger werdend die Stotterer.

Und lassen Sie mich an Hand einer kleinen Fragestellung einmal selbst aufwerfen, wie schaut das mit dem Stottern aus? Was ist ein Stotterer? Warum stottert er? Wie wirkt sich dieses Stottern auf den Menschen aus? Wie wirkt sich dieses Stottern auf die Familie aus und warum, vielleicht auch die Frage, können manchmal stotternde Menschen flüssig sprechen? Oder was tun, wenn beim Stottern Probleme in der Schule auftreten?

Ich möchte nur einige kleine Lichtblicke sagen: Kinder, die zu stottern beginnen, haben größte Probleme auch in der persönlichen Hygiene. Nur am Rande bemerkt, sie nassen wieder ein und koten auch wieder ein und das kann der sieben- bis zehn- bis zwölfjährige junge Mensch. Daher ist es höchst an der Zeit, dass auch wir hier und nicht nur im Ressort der Gesundheit, wo die Stellungnahme herrührt, sondern aus dem Ressort des Sozialen, aber auch vor allem aus dem Ressort der Bildung, dass auch wir uns hier bemühen, diesen kleinen Unzulänglichkeiten, die aber für die betroffenen Leute große Dinge sind, Abhilfe zu schaffen.

Abschließend sei gesagt, wenn diese im Dezember, wie in dieser Stellungnahme steht, wenn diese Stellungnahme eine Machbarkeitsstudie von besonderer Art ergibt, so darf nicht das Zahlenmaterial, sondern muss bei uns als Verantwortliche für alle unsere Mitmenschen auch das Menschliche, das Soziale im Vordergrund stehen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek, bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (13.07 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es ist mir eine sehr große Freude, wenn es gelingt, dass der grüne Antrag dazu führt, dass es in der Steiermark mehr Logopädinnen und Logopäden gibt. Und ich halte das für sehr wichtig, was der Herr Kollege Böhmer gesagt hat. Ich möchte das noch etwas aufstocken. Ich selber habe, wie die meisten von Ihnen wahrscheinlich wissen, im Behindertenbereich gearbeitet und gesehen, wie groß der Bedarf in diesem Bereich ist. Das sind nicht nur Kindergärten, das sind auch Schulen. Aber es ist auch ein Bedarf an Logopädie, der den Kindern zugute kommt, die noch nicht in einem System integriert sind. Mir hat eine Logopädin einmal etwas gesagt, was ich nicht wusste und was mir sehr weitergeholfen hat im Verständnis. Die hat gesagt, die Sprechwerkzeuge sind auch die Esswerkzeuge. Das heißt, wenn ganz kleine Kinder nicht richtig schlucken können, nicht richtig essen können, nicht richtig kauen können, dann kann man schon ganz sicher sein, dass sie auch nicht richtig sprechen werden können. Das spricht sehr dafür, dass man sehr früh ansetzt, dass man unter Umständen auch Fachberatungen schafft, die leichter zugänglich sind als bisher. Wenn man heutzutage mit einem kleinen Kind zu einer logopädischen Beratung kommen will, dann ist es nicht so einfach, weil es sehr wenig Angebote gibt. Das ist zu ändern, denn ich denke mir, alles, was der Früherkennung dient und der Behebung der Schwächen und der Mängel, ist eine Sache, die den Menschen hilft, ihre Möglichkeiten zu nützen und ihren Platz in der Gesellschaft einzunehmen.

Ein Bereich, der mir noch sehr wichtig ist, ist der Bereich der Rehabilitation von Menschen zum Beispiel nach Schlaganfällen oder nach anderen Erkrankungen. Leider Gottes passiert bei uns Rehabilitation vorwiegend und in manchen Bereichen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt, ist das jemand, der berufstätig ist und weiterhin berufstätig sein soll? Leider wird sehr wenig daran gedacht, dass Berufstätigkeit zwar eine wichtige Sache ist, aber nicht alles. Wenn ein alter Mensch, der zum Beispiel einen Schlaganfall hatte, vielleicht sogar allein lebt oder in einem kleinen Haushalt lebt, sich nicht mehr mitteilen kann, auch nicht sagen kann, was er braucht, wie es ihm geht und was ihm wirklich helfen würde, dann können Sie in einer Sache ganz sicher sein: Diese Person wird relativ rasch in einem Alten- und Pflegeheim untergebracht werden, weil niemand sie sonst mehr betreuen kann, weil es zu schwierig ist, weil man es nicht versteht, weil man keine externe Kräfte einsetzen kann, die mit dieser Person ja nichts anfangen können, weil sie nicht wissen, was sie braucht. Das heißt, dass wir bei solchen Personen relativ schnell die Gefahr einer stationären Versorgung haben. Ich sage Gefahr deswegen, nicht weil stationäre Versorgung an sich schlecht ist, aber weil sie vielleicht von diesen Personen gar nicht gebraucht wird, vom Ausmaß her, aber die verbale, die mündliche Verständigung so beeinträchtigt ist, dass eine andere Betreuungsform nicht mehr möglich ist. Wir wissen, stationäre Versorgung ist das Teuerste und ich glaube, wir sind uns da ganz und gar einig, sie soll den Personen vorbehalten sein, die sie wirklich brauchen. Denen gönnen wir sie auch, denen sichern wir sie ab, aber wir wollen nicht Personen, die durch kleinere Unterstützungen und kurzfristige Unterstützungen in der Lage sind, ein ganz normales Leben zu leben, in die stationäre Versorgung drängen.

In diesem Zusammenhang freut es mich sehr, dass es diese Erhebung gibt. Ich hoffe auch, dass in diese Erhebung eben auch diese verschiedensten Bereiche einbezogen werden in Bezug auf Bedarf und bin mir ganz sicher, dass herauskommen wird, dass wir mehr Logopädinnen und Logopäden brauchen, als wir bisher hatten. Das weiß ich auch auf Grund meiner Besuche von Alten- und Pflegeheimen, wo ich Räume sehe, die eingerichtet sind, die mit Hilfsmaterial ausgestattet sind, wo aber das Personal noch fehlt. Wenn es dann soweit ist, bin ich mir sicher, dann wird das Land Steiermark in den nächsten Jahren mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen in der Steiermark anbieten können, die auch wirklich uns allen und im Konkreten den Betroffenen zugute kommen werden. Ich danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gengenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

10. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1505/1, der Abgeordneten Hamedl, Lafer, Dr. Forenbacher und Gödl, betreffend Einrichtung eines elektronischen Behandlungspasses für Patienten im Drogensubstitutionsprogramm.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (13.12 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Hoher Landtag!

Ich berichte über den Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler, Antrag, Einl.-Zahl 1505/1, der Abgeordneten Hamedl, Lafer, Dr. Forenbacher und Gödl, betreffend Einrichtung eines elektronischen Behandlungspasses für Patienten im Drogensubstitutionsprogramm.

Der Antrag wurde am 4. November im Ausschuss behandelt und fand die erforderliche Mehrheit. Inhalt dieses Antrages ist, dass es in der Steiermark wirklich kaum Kontrolle gibt im Bereich der Substitutionsbehandlung mit Methadon und Substitol. Es schaut so aus, dass die Abgabe, wenn sie nicht unmittelbar vor dem Arzt eingenommen wird, nicht kontrolliert werden kann und zum anderen gibt es keine Vernetzung zwischen den Ärzten, die berechtigt sind, solche Personen zu behandeln. Und darauf geht der Antrag auch hinaus, dass hier ein elektronischer Behandlungspass vonnöten ist und dass hier ein solcher eingeführt werden soll.

Daher lautet der Antrag auch, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens im Rahmen des Drogensubstitutionsprogrammes zur Erzielung einer effektiven und genaueren Kontrolle bei der Verabreichung von Substitutionsmitteln und zur Verhinderung des Missbrauches derselben die rasche Umsetzung eines elektronischen Behandlungspasses mit dem Ziel der elektronischen Vernetzung der im steirischen Drogensubstitutionsprogramm vorgesehenen Ärzte und Institutionen vorzunehmen und zweitens eine Evaluierung des Steirischen Drogensubstitutionsprogramms im Hinblick auf den Behandlungserfolg vorzunehmen. Ich bitte um Genehmigung. (13.14 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper bitte.

Abg. Halper (13.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Ende der sechziger-, Anfang der siebziger Jahre wurde die Substitution in fast allen europäischen Staaten als anerkannte Therapieform für Suchterkrankte anerkannt. Substitution bedeutet, dass Heroinsüchtige mit Ersatzstoffen, meist synthetischen Opiaten, behandelt werden, die das Auftreten von Entzugerscheinungen verhindern sollen. Österreich hat 1991 erstmals einen Erlass zur Regelung dieser Behandlungsform erlassen und modernisiert wurde dieser Erlass des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen 1998, nachdem das Suchtmittelgesetz im Nationalrat beschlossen wurde.

Obwohl im Erlass die Substitutionstherapie genauestens geregelt wird, gibt es seit rund einem Jahr in der Steiermark erhebliche Probleme damit. Immer wieder muss festgestellt werden, dass Suchterkrankte mit ihren Ersatzstoffen dealen und somit die Behandlung nicht in der vorgeschriebenen Form durchgeführt werden kann. Immer wieder stellt man sich damit auch die Frage, warum ist der Handel mit Substitutionspräparaten und vor allem mit dem Medikament Substitol plötzlich so angestiegen? Einerseits führte die positive und effiziente Arbeit der ehemaligen Sonderkommission Drogen, nun heißt sie ja GED, Gemeinsame Ermittlungsgruppe Drogen, dazu. Diesen ist es nämlich gelungen, große Drogenringe in der Steiermark zu minimieren und dem Straßenverkauf von Suchtmitteln den Garaus zu machen. Allerdings muss auch gesagt werden, dass jede Handlung eine Konsequenz hat und so gab es Ende 2002/Anfang 2003 kaum Suchtmittel am Grazer Markt, was wiederum dazu führte, dass Süchtige zu ihrem Stoff keinen Zugang hatten. Zudem sei hier auch angemerkt, dass nicht jeder Suchterkrankte gleich einen Behandlungsplatz bekommt, teilweise müssen die Abhängigen vier bis sechs Wochen warten, um überhaupt in das so genannte Programm aufgenommen werden zu können. So wird natürlich das eine zum anderen und Suchterkrankte haben damit begonnen, sich eine höhere Dosis an Substitol verschreiben zu lassen, die anderen Präparate wie Subutex oder Mundidol sind ja dafür nicht wirklich geeignet, um vor allem Freunden in der Not zu helfen. Daraus hat sich natürlich eine Unart in Form einer Dealerei mit diesen Stoffen entwickelt, da es natürlich mehrere positive Effekte für die Suchterkrankten dafür gibt. Erstens kann die Polizei nichts Strafrechtliches nachweisen, weil man ja im Programm ist und zweitens lässt sich damit ja auch gut Geld verdienen und Suchterkrankte verdienen sich damit ihren täglichen Lebensunterhalt, weil sie leider eben auch aus dem Sozialsystem herausfallen.

Geschätzte Damen und Herren, Drogensucht ist ein Teufelskreis und zum Krankheitsbild der Süchtigen gehört natürlich auch, dass sie recht gefinkelt sind und man Entwicklungen in der so genannten Szene immer hinten nach ist. Aber in der Steiermark waren wir, ehrlich gesagt, gar nicht einmal so weit hinten nach und im Vergleich mit anderen Bundesländern haben wir uns schon recht früh mit dieser Problematik auseinandergesetzt. Immerhin haben wir des Öfteren im Suchtbeirat über den illegalen Verkauf und auch Erwerb von Substitutionspräparaten und hauptsächlich Substitol diskutiert. Obwohl jeder Patient im Substitutionsprogramm verpflichtet ist, einen Substitutionspass mit sich zu führen, das ist im Substitutionserlass geregelt, es passiert leider nicht und macht auch bei dieser Problematik, die wir jetzt vorher schon haben, keinen Sinn. Der elektronische Behandlungspass war ja schon seit langer Zeit ein Wunsch der verschiedensten Facheinrichtungen, vor allem auch der Ärztekammer. Und bereits seit Sommer dieses Jahres wird von Seiten der Suchtkoordinationsstelle des Landes Steiermark an einem solchen elektronischen Behandlungspass gearbeitet. Im Oktober dieses Jahres kurz nach Beschluss des EDV-Programmes im Suchtbeirat wurde durch Landesrat Mag. Erlitz dafür der offizielle Auftrag erteilt.

Wir könnten somit mit Anfang 2004 das Programm in einem Probelauf durchlaufen lassen, um es dann adaptieren zu können. Damit der elektronische Behandlungspass aber auch wirklich Sinn macht, ist es notwendig, dass jede Suchthilfeeinrichtung beziehungsweise jeder Verein und jede Initiative, die seitens des Landes Steiermark eine finanzielle Zuwendung für Prävention und Suchthilfe Maßnahmen bekommt, mit diesem EDV-Programm vernetzt ist und seine Daten dort auch zusammenfasst. Denn nur eine genaue Erfassung aller Einrichtungen dient dem Zweck, dass künftig Evaluierungsdaten jederzeit abrufbar sind und ein Missbrauch der Substitution verhindert werden kann. Damit diese Vernetzung mit allen Einrichtungen möglich ist, benötigen wir auch das nötige Kleingeld dazu. Es handelt sich hierbei nicht um einen großen Betrag, der allerdings nicht aus dem bestehenden Budget gedeckt werden kann.

Ich darf aus diesem Grund heute einen Entschließungsantrag einbringen, doch bevor ich das tue, möchte ich noch eines kurz anmerken. Natürlich wird das EDV-Programm auf seine datenschutzrechtliche Eignung geprüft werden, da es sich ja um sehr sensible Daten handelt. Ein Rohentwurf des Programmes liegt bereits beim Verfassungsdienst und wir warten auf die Stellungnahme.

Ich darf daher zum Abschluss den Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend Finanzierung eines elektronischen Behandlungspasses für Patienten im Drogensubstitutionsprogramm sowie eines elektronischen Evaluierungsprogramms für die steirischen Suchthilfe Maßnahmen der Abgeordneten Halper und Böhmer einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Datenbank zur Administration des Substitutionsprogramms sowie die Erweiterung der Datenerfassung in den steirischen Suchthilfe- und Suchtberatungseinrichtungen soll zur Gänze aus dem Zukunftsfonds finanziert werden. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 13.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordneter Bacher.

Abg. Bacher (13.21 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf heute meinen Kollegen Edi Hamedl ein bisschen hier vertreten. Er ist leider krank und er hat mich gebeten, ein paar Dinge dazu zu sagen. Ich schaue zwar nicht aus wie der Edi Hamedl, ich bin ein bisschen größer und ein bisschen breiter, aber es ist mir trotzdem auch ein Anliegen, ein paar Sätze zu diesem Thema zu sagen. Die Kollegin Halper hat einen wichtige Satz für mich gesagt, nämlich, dass die Sucht ein fürchterlicher Teufelskreis ist, wenn man in einer solchen Situation ist, ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie ich zum Rauchen aufgehört habe, wie schwierig das ist. Wenn man hin und wieder gerne eine anrauchen möchte, das nach zehn Jahren noch. Eine Sucht, denn ab und zu möchte man noch gerne eine anrauchen. Es ist ein kurzer Anflug, aber es ist nichts Vergleichbares mit dem, denke ich, wenn jemand durch Drogen in eine so schwierige Situation gekommen ist. Daher, und man weiß es ja auch von Alkoholabhängigen, sie suchen immer irgendwelche Ausflüchte und immer irgendwelche Argumente, warum sie das gerade brauchen. Ich habe das auch im Bekanntenkreis erlebt, die dann zum Schluss in der letzten Phase quasi den Alkohol überall hin versteckt haben und immer wieder darauf hingewiesen haben, dass sie diesen Alkohol nicht brauchen. Daher denke ich, dass diese Substitution eine ganz wesentliche und wichtige Möglichkeit auch ist. Es sind ja über 700 Jugendliche und Betroffene in diesem Programm in der Steiermark und es ist so quasi eine Ausstiegshilfe aus dieser teuflischen Sucht. Und natürlich denke ich, jemand, der einmal bereit ist zu sagen, ich möchte von dieser Sucht wegkommen, ist ja schon ein Stück des Weges weit gegangen. Ich bin da kein Fachmann, aber ich kann mir einmal vorstellen, wenn jemand so weit ist, dass er sagt, ich möchte in ein Programm kommen, ich möchte schauen, dass ich davon wegkomme, dass das natürlich schon ein wichtiger Beginn ist. Wie gesagt, ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass es nicht nur damit erledigt sein kann, dass man Ersatzdrogen und Ersatztabletten und was immer es ist verschrieben bekommt, sondern dass man auch psychologische Betreuung bekommt, dass man so quasi an der Hand genommen wird und diesen Weg gemeinsam mit jemandem gehen kann. Ich glaube nicht, dass die Leute selber in der Lage sind, diesen Weg zu vollenden. Ich denke, dass da eine Problematik liegt, dass man geglaubt hat, vielleicht sehe ich das falsch, aber so habe ich den Eindruck, dass man geglaubt hat, man gibt anstatt des Heroins ein dementsprechend anderes Mittel und schön langsam kann man die Dosis reduzieren, bis der berühmte Tag kommt, wo der Abhängige nichts mehr braucht. Das ist eben nicht so. Es hat ja diesbezüglich auch Umfragen gegeben. Es ist leider auch so, dass in solchen Projekten und positiven Programmen es auch immer wieder zu Rückfällen kommt. Die wieder abhängig werden. Auch von diesen neuen Medikamenten und Drogen. Die sagen, okay, jetzt habe ich eine Möglichkeit, ich kriege relativ hohe Dosen verschrieben, kann das dann so quasi wieder am Schwarzmarkt verkaufen und mit diesem Geld kann ich mir wieder das berühmte Heroin und andere Substanzen am Schwarzmarkt kaufen. Ich denke, es ist wichtig, dass man dem einen Riegel vorschiebt. Dass man dem einen Riegel vorschiebt, weil ich glaube, das ist nicht der Sinn eines Programms, sondern man soll denen, die betroffen sind und die aussteigen wollen aus dieser fürchterlichen Droge, denen sollte man helfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gab eine Umfrage von 700 Betroffenen, 80 Prozent von 132 Befragten, sie wollen aussteigen, 74 Prozent haben gemeint, dass es relativ leicht ist, in dieses Programm zu kommen, dass sie dann so quasi entzugsfaul werden, das ist schon so irgendwie ein leichter Entzug, aber da brauchen wir uns nicht mehr besonders anstrengen. Ich interpretiere nur diese Studie, die mir zugänglich wurde. Es geben auch 70 Prozent von den Befragten an, dass die Dosis der Ausstiegsdroge zu hoch eingestellt ist. Dazu gehört natürlich eine verstärkte Kontrolle und psychologische Betreuung verstärkt eingebracht.

Kollege Hamedl hat auch immer wieder – und ich kann mich erinnern – in vielen Debattenbeiträgen darauf hingewiesen, man muss logischerweise diese Ergebnisse auch evaluieren und daher ist es wichtig, dass wir diesen Antrag von ihm heute auch beschließen und dass wir auch in diese Richtung gemeinsam gehen.

Zum Entschließungsantrag darf ich noch sagen, er ist sehr ehrenwert, er ist auch ganz wichtig. Es geht ja nicht um so viel Geld. Ich denke, dass das im Gesundheitsressort auch finanziert werden kann. Ich denke, dass wir da zu einem guten Weg kommen und zu einer guten Lösung im Sinne dieser teuflischen Droge und der Betroffenen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 13.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Lafer, bitte.

Abg. Lafer (13.27 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Es wurde sehr viel gesagt und ich kann mich jenen Argumenten, die die Frau Kollegin Halper hier angeführt hat, absolut inhaltlich voll anschließen. Michaela Halper ist in der Frage, was Suchtmittel betrifft beziehungsweise auch in diesem Suchtbeirat, der im Land Steiermark geschaffen worden ist, eine hervorragende Expertin und es ist eine Freude, auch mit ihr zusammenzuarbeiten. Dieses Lob gebührt dir. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf in diesem Zusammenhang aber auch sagen, dass der zuständige Herr Landesrat Erlitz in dieser Frage hier absolut auch Kompetenz gezeigt hat und dass diese Verhandlungen, die im Suchtbeirat geführt werden, meine Damen und Herren, sehr erfolgreich sind. Jetzt gibt es heute zwei Argumente, wieso dieser Antrag hier gekommen ist. Zum einen haben wir im Suchtbeirat vereinbart, dass diese Dinge gemeinsam überfraktionell, von allen vier Fraktionen getragen in den Landtag gebracht werden. Das ist gut und richtig so, weil ich überzeugt bin davon, dass dieses Thema nicht ein Thema einer Fraktion sein kann, sondern Thema des Landtages sein muss. Des Landtages deshalb, weil hier alle Bereiche davon betroffen sind und das für uns alle das gleiche Problem ist. Ich bin persönlich ein bisschen enttäuscht davon, dass der Kollege Hamedl diesen Antrag mehr oder minder im Alleingang gebracht hat. Ich habe ihn ja auch unterstützt, muss ich sagen. Also ganz so alleine war er nicht, aber schlussendlich fehlte mir dann in diesem Zusammenhang auch die Absprache. Der Antrag selbst ist gut, dazu gibt es nichts zu sagen, die Inhalte wurden von der Michaela vorgetragen. In Bezug, was die Finanzierung dieses Projektes betrifft, und jetzt, Michaela, auf Grund deines Entschließungsantrages sage ich, dass es hier mit Sicherheit eine Möglichkeit gibt, gerade jene Kosten – und das sind nicht so hohe Kosten –, die dieses Programm ermöglichen sollten, zu finanzieren. Der Antrag wäre auch perfekt vorbereitet gewesen, wenn wir darüber vorher gesprochen hätten. Ich stimme dir zu, dass wir hier gemeinsam versuchen müssen eine Lösung zu finden. Eine Lösung deshalb, aus welchem Topf das bezahlt wird. (Abg. Schrittwieser: „Aber geh!“) Und, lieber Siegi, da brauchst du nicht zu sagen „aber geh“, sondern das ist auch ein Anliegen, das ich persönlich habe. Nur, wenn ich dann am Tag vor Beginn der Sitzung einen Antrag bekomme und ich bin mir nicht sicher, von woher das finanziert werden kann, dann kann ich dem auch nicht zustimmen. Zu dem stehe ich auch, was ich sage. Ich bin allerdings dafür und ich habe mit der Michaela heute schon gesprochen, dass wir dieses Thema ausführlichst noch mal besprechen werden müssen und dass wir auch hier über alle Parteigrenzen hinweg, über alle Fraktionen hinweg eine Lösung finden müssen, damit dieses Programm auch umgesetzt wird zum Vorteil unserer Kranken, zum Vorteil des ganzen Programms, zum Vorteil auch des Landtages. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 13.30 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Mag. Erlitz (13.30 Uhr): Ich habe mich sehr spät gemeldet, aber wenn wir schon beim Danksagen sind, ich nehme das gerne an. Und die Kollegin Halper hat hier Wesentliches beigetragen, alle zusammen. Auch ich bedanke mich natürlich für diesen Antrag, der – glaube ich – ein sehr wichtiger Antrag ist. Wir haben ihn im Suchtbeirat ja auch dort Anfang Oktober behandelt. Ich bedanke mich in dem Fall aber auch bei unserem Suchtkoordinator, bei Peter Ederer, der sich hier massivst eingesetzt hat, um dieses Thema weiterzubringen (Beifall bei der SPÖ.) und im Bereich der Substitution und auch Indikation jetzt wirklich eine gute Lösung zu finden. Es sind auch alle betroffenen Stellen hier eingebunden gewesen, niedergelassene Ärzte, Ärztekammer, GKK, Apothekerkammer, LSF-Beratungseinrichtungen und so weiter, weil diese große Problematik, dieser Komplex nur gemeinsam gelöst werden kann. Ich hoffe natürlich auch – da bitte ich vor allem schon auch die ÖVP in dem Fall mitzuhelfen –, dass hier die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ich bemühe mich sicherlich, soweit ich von meinem Ressort aus da etwas beitragen kann, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, aber wir wissen, dass die Mittel eben begrenzt sind, und zwar sehr begrenzt sind. Aber da bitte ich wirklich vor allem die ÖVP und alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen mitzuhelfen, dass hier – das sind ja keine Riesensummen – diese finanziellen Mittel für die Realisierung dieses wichtigen Projektes zur Verfügung stehen.

Mischa Halper hat schon gesagt, für dieses EDV-Programm sind auch noch datenschutzrechtliche Bestimmungen zu klären. Es ist ja ein erster Rohentwurf vorhanden, der liegt auch bereits beim Verfassungsdienst zur Überprüfung, denn es ist klar, dass bei diesem Programm sehr sensible Daten erfasst werden und dass eben hier höchste Sorgfalt bewahrt werden muss. In zwei bis drei Monaten könnte dieses Programm in Betrieb genommen werden, wobei wie gesagt hier wieder einige Zeit notwendig ist, um da und dort Nachjustierungen oder Adaptierungen vorzunehmen.

Was mir aber vor allem gefallen hat und da möchte ich mich beim Hans Bacher bedanken, da möchte ich auch darauf hinweisen, er hat völlig Recht, man muss das immer wieder ansprechen, dass wir natürlich auch mit anderen Suchtmitteln, nicht nur mit den illegalen, ganz, ganz große Probleme haben und diese sind in erster Linie eben die legalen Drogen Alkohol und Nikotin. (Abg. Tasch: „Macht die halbe Menschheit hin!“) Macht die halbe Menschheit hin! Völlig richtig. Im ersten Halbjahr 2003 wurden in den steirischen Spitälern immerhin knapp 2500 Menschen, junge Menschen, auf Grund von Alkoholmissbrauch und fast 1900 Fälle, 1890 sind es ganz genau, von Nikotinmissbrauch aufgenommen. Da sehe ich die wahren Probleme, das sind die eigentlichen Probleme in diesem Land. Ich glaube, dem Problem sollten wir uns auch vermehrt zuwenden. Jetzt weiß ich schon, dass die illegalen Suchtmittel ein Problem sind, aber im Bereich der illegalen Drogen war eben bei den Spitalsanweisungen ein Rückgang zu verzeichnen. Jetzt könnte man sagen, erste Erfolge unserer präventiven Maßnahmen. Ich hoffe, diese Erfolge bleiben auch und sind nicht nur eine Eintagsfliege. Diesen Menschen kann eben dank unserer Beratungs- und Betreuungseinrichtungen größtenteils wirklich geholfen werden. Es ist noch sehr viel zu tun. Ich glaube, das Bewusstsein muss gestärkt werden, dass Alkohol und Nikotin doch die Drogen Nummer eins in diesem Lande sind und da würde ich wirklich alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen bitten, hier mitzuhelfen und mitzukämpfen gegen diese legalen Drogen Alkohol und Nikotin. Gemeinsam soll es uns gelingen, wie gesagt, auch diese Problematik hier in der Steiermark einzudämmen. Deshalb bedanke ich mich noch einmal und wünsche diesem Projekt einen guten Erfolg und gute Umsetzung! Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 13.34 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend elektronischer Behandlungspass im Drogensubstitutionsprogramm sowie elektronisches Evaluierungsprogramm, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

11. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1242/2, zum Beschluss Nr. 935 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Februar 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Stöhrmann, Halper und Kröpfl, betreffend die Kontrolle des Alkoholabgabeverbotes an Jugendliche und finanzielle Unterstützung der Prävention gegen Alkoholmissbrauch.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (13.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident!

Ich berichte über den Beschluss der Landesregierung Nr. 935. Zu diesem Antrag, den wir eingebracht haben, gibt es nun eine Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung.

Der Steiermärkische Landtag hat am 11. Februar 2003 eine Novelle zum Steiermärkischen Jugendschutzgesetz 1998 beschlossen, womit ein generelles Abgabeverbot von alkoholischen Getränken an Kinder und Jugendliche, die diese nach den jugendschutzrechtlichen Bestimmungen nicht konsumieren dürfen, verankert wurde.

In diesem Zusammenhang hat sich der Steiermärkische Landtag in derselben Sitzung mit der Thematik der Kontrolle des Alkoholabgabeverbotes an Jugendliche befasst und die Steiermärkische Landesregierung mit dem gegenständlichen Beschluss Nr. 935 aufgefordert, erstens die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes zu einer strengeren und nachhaltigeren Überwachung der Einhaltung des Alkoholabgabeverbotes nach Paragraph 9 des Steiermärkischen Jugendschutzgesetzes anzuhalten, zweitens die Bundesregierung zu ersuchen, bei Schwerpunktaktionen der Sicherheitsexekutive, soweit dies mit dem jeweiligen Einsatzziel vereinbar ist, verstärkt auf die Mitwirkungspflicht der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes in Bezug auf die Vollziehung des Paragraphen 9 Steiermärkisches Jugendschutzgesetz Bedacht zu nehmen und drittens ausreichend finanzielle Mittel für eine flächendeckende Primär- und Sekundärprävention zur Verfügung zu stellen.

Zu diesen drei Punkten gibt es ausführliche Stellungnahmen, wobei zum Punkt eins die Bezirksverwaltungsbehörden, die Exekutive und der Landesschulrat diese Stellungnahme abgegeben haben und sich bereit erklärten, bei dieser Kontrolle nachhaltiger mitzuwirken.

Das Bundeskanzleramt gibt dazu auch eine recht ausführliche Stellungnahme ab und ein Kernsatz daraus: Die genannte Materie fällt in der Gesetzgebung und Vollziehung in die Kompetenz der Länder und ist in erster Linie den Bezirksverwaltungsbehörden zugewiesen. Ein Weisungsrecht in Vollziehung dieser Materie kommt dem Bundesministerium für Inneres nicht zu, es empfiehlt aber auch die verstärkten Kontrollen.

Zu Punkt drei der Regierungsvorlage: Zweifelsohne kommt der Suchtvorbeugung im Allgemeinen wie auch im Speziellen für den Bereich des Alkoholkonsums eine besondere Bedeutung zu, da sich die Folgen eines unkritischen Umganges mit abhängig machenden Substanzen auf alle Lebensbereiche auswirken können. Daher ist eine flächendeckende Primär- und Sekundärprävention anzustreben.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 22. September 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 935 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Februar 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Stöhrmann, Halper und Kröpfl, betreffend die Kontrolle des Alkoholabgabeverbotes an Jugendliche und finanzielle Unterstützung der Prävention gegen Alkoholmissbrauch, wird zur Kenntnis genommen. (13.38 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher bereits zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

12. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1394/1, der Abgeordneten Beutl, Mag. Drexler, Köberl und Majcen, betreffend Englischunterricht in allen Volksschulen und Kindergärten.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (13.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 1394/1, der Abgeordneten Beutl, Mag. Drexler, Köberl und Majcen, betreffend Englischunterricht in allen Volksschulen und Kindergärten.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 11. September und 4. November 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zu diesem Antrag liegt nun eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Sie haben diesen Schriftlichen Bericht, der sehr ausführlich ist, auf Ihrem Tisch liegen. Ich möchte nur zusammenfassend einige Punkte herausheben.

Zum Englischunterricht in Volksschulen wird auf die Lehrplanverordnung hingewiesen, derzufolge in der ersten und zweiten Schulstufe lebende Fremdsprache als unverbindliche Übung sowie ab der dritten und vierten Schulstufe als verbindliche Übung vorgesehen ist.

Weiters wird ausgeführt, dass an 36 Volksschulen der Schulversuch „Sprachintensivierung mittels Native Speaker“ durchgeführt wird.

Ebenso wird auf die Lehrplanverordnung verwiesen, in deren Rahmen die Schulautonomie angeführt ist, die ebenfalls Möglichkeit gibt, die Schulstunden im Fremdsprachenunterricht zu erhöhen.

Zum Englischunterricht in Kindergärten wird auf das Steiermärkische Kinderbetreuungsgesetz verwiesen und die Aufgabe des Kindergartens angesprochen. Grundsätzlich wird das Englischangebot in Kindergärten begrüßt. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass im Lehrplan der Bundesbildungsanstalten für Kindergartenpädagogik kein Schwerpunkt in Bezug auf den Einsatz der englischen Sprache in Kindergärten vorgesehen ist und daher keine Pädagoginnen mit ausreichender Englischsprachkompetenz zur Verfügung stehen.

Im Kinderbetreuungsjahr 2002/2003 wurde die englische Sprache in 62 von 687 Kindergärten allerdings angeboten. Das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz sieht ebenfalls keine Förderung für Projekte, wie zum Beispiel Englischangebote in Kindergärten, vor.

Abschließend wird auf den Aktionsplan der Kommission der Europäischen Gemeinschaften betreffend die Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt vom 24. Juli 2003 hingewiesen.

Ich darf nun namens des Ausschusses für Generationen und Bildung den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 1394/1, der Abgeordneten Beutl, Mag. Drexler, Köberl und Majcen, betreffend Englischunterricht in allen Volksschulen und Kindergärten, wird zur Kenntnis genommen. (13.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Wort ist Herr Abgeordneter Böhmer, bitte.

Abg. Böhmer (13.42 Uhr): Frau Präsidentin! Werte Landesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Im Entwurf des Vertrages für eine Verfassung für Europa habe ich unter dem Kapitel allgemeine und berufliche Bildung Folgendes entnommen:

Da steht unter Artikel eins: „Die Union trägt zu einer hoch stehenden Bildung bei und sie achtet dabei strikt die Verantwortung der Mitgliedsstaaten für die Lehrinhalte und für die Gestaltung derer Bildungssysteme.“

Und in Artikel zwei steht: „Die Tätigkeit der Union hat folgende Ziele: Die Entwicklung der Europäischen Dimension im Bildungswesen soll so erfolgen, dass insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen die Mitgliedsstaaten einander näher kennen lernen.“ Dort möchte ich einmal zunächst ansetzen. Wie schaut es bei unseren Nachbarn in Ungarn aus, und es ist nicht mehr weit bis ins Jahr 2004. In Ungarn lernen verpflichtend die Kinder im Kindergarten bereits eine Fremdsprache, spielerisch versteht sich auf kleinkindpädagogische Art. Und in Ungarns Volksschulen, ich kenne das aus dem Komitat Vas, dort erlernen die Kinder ab der 1. Klasse Volksschule eine Sprache, der Hauptanteil nimmt Deutsch, mehrere nehmen noch Russisch und einige nehmen

irgendeine von den anderen Sprachen. Ab der 3. Klasse der Volksschule wird auch – und zwar nicht verbindlich, sondern verpflichtend – eine zweite Sprache angeboten. Wir in Österreich – und Frau Kollegin Beutl hat es gerade jetzt gesagt – bieten Englisch in der 1. und 2. Klasse als unverbindliche Übung an und in der 3. und 4. Klasse als verbindliche Übung an. Ich möchte erklären: Was ist eine unverbindliche Übung gegenüber einem Freigegegenstand? Den Nichtpädagogen sei es gesagt: Eine unverbindliche Übung wird mit dem Vermerk „teilgenommen“ versehen und ein Freigegegenstand wird in der Notenskala 1 bis 5 im Jahreszeugnis beurteilt.

Um das geht es mir aber nicht. Mir geht es vielmehr um eine Verbindlichkeit, dass wir – wie es eben in dem Vertrag über die Verfassung für Europa drinnen steht – eigentlich moralisch verpflichtet sind, aber auch als Verantwortungsträger verpflichtet sind, die Fremdsprachen zu intensivieren. Ich erinnere nur, da gab es einmal eine Bildungsministerin, die querflötenspielerisch abgebildet sehr hoch im Kurs war, was Fremdsprache anlangt und dann auf populistische Art Stundenkürzungen und andere Sachen sich einfallen hat lassen und letztendlich – wenn ich es auf die kleine Ebene herunterbreche – sich Bezirksschulinspektorinnen und Bezirksschulinspektoren die Stunderln zusammenklauben müssen, damit sie nur in den Volksschulen einigermaßen musische Erziehung und vielleicht das eine oder andere Zusatzangebot bieten können.

Ich glaube, die Steiermark, wenn schon der Bund versagt, muss sich einfach dazu entschließen, dass wir hier pädagogische Gegenmaßnahmen setzen. Aber nicht pädagogische Gegenmaßnahmen, wie ich am vorigen Freitag gehört habe, Frau Landesrätin – ich hätte bald gesagt „Frau Ministerin des Landes Steiermark“ –, nicht so, dass ich auch ein bisschen die Privatschulen hoch hebe, sondern ganz einfach, dass ich die Pflichtschulen, und das sind wirklich 600 ausgezeichnete Pflichtschulen in unserer grünen Mark, dass ich denen und dort allen Kindern, allen Burschen und Mädeln, dass ich diesen Kindern die Chance gebe eine Fremdsprache zu erlernen. Vielleicht, wenn es schon der Gesetzgeber nicht vorsieht, aber dann doch durch eine Motivation von oben herunter, vielleicht auch in einer Form von Belohnung, sprich Unterrichtsstunden. Es gibt dann noch Sublirreserven und dergleichen mehr, dass ich wirklich in den Bezirken Offensiven in den Volksschulen in Blickrichtung Fremdsprachenunterricht eben angedeihen lasse. Dass ich einfach motiviere, dass ich Englischunterricht einfach schmackhaft mache.

Eine kleine Bemerkung auch noch, wenn in den Kindergärten – wie ich aus der Stellungnahme entnommen habe – keine Fachkräfte zur Verfügung stehen, dann passt das genau, was ich zu den Logopädinnen oder zur Ausdehnung des Logopädenangebotes gesagt habe. Auch hier ist es notwendig, dass wir uns ein bisschen gerade bei den Kleinkinderzieherinnen und -erziehern überlegen, ob wir nicht im Ausbildungsbild etwas verändern beziehungsweise erneuern.

Es möge die Schulautonomie bitte den Schulen noch immer gewährt sein. Aber Schulautonomie kann nicht so weit gehen, dass ich sage, naja, liebe Hauptschulen und liebe Volksschulen, wenn ihr wollt, ladet euch einen Native Speaker ein, fährt ein bisschen nach England, erlebt ein bisschen die Fremdsprache. Und dann hat es sich wieder für die Kinder. Allen voran denke ich hier an die Buben und Mädchen, die die dritte oder zweite Leistungsgruppe besuchen. Ich meine, auch hier muss in der Steiermark etwas passieren, dass ich sage, einen Native Speaker, den kann ich mir nicht nur vorstellen, sondern auch leisten, und das nicht auf Kosten der Eltern. Und warum? Momentan zahlen unsere Kinder, und das ist ein unterstützter Preis, für eine Woche für einen Unterricht mit Native Speakern. Wir haben an unserer Schule gerade sieben Kolleginnen und Kollegen aus England, 80 Euro. In Wirklichkeit, wenn wir nicht die Unterstützung aus der Wirtschaft hätten, wenn wir nicht Unterstützung aus der eigenen Schulkasse hätten, käme das pro Kind auf 120 Euro. Und damit hätten wir schon wieder Burschen und Mädchen ausgeschlossen.

Abschließend ein Wort an Sie, Frau Landesrätin. Ich glaube, dass aus einer großen Gruppe von Quantität – und damit meine ich alle Pflichtschülerinnen und Pflichtschüler des Landes Steiermark – wir eine tolle Qualität herauslösen können. Es darf aber in der Steiermark zu keinem Wildwuchs von Privatschulen kommen und diese dann löblichst mit Fördergeldern unterstützen. Wie schreiben Sie doch, Frau Landesrätin, in Ihrer Zukunfts-AG.: Es geht um jeden einzelnen Menschen, es geht um jeden Schüler und diesem optimale Möglichkeit der Entwicklung zu geben. Ich glaube, eine hohe Anforderung, Frau Landesrätin, die Sie nicht nur auf pädagogischer Ebene, sondern auch auf fiskalischer Ebene mit Ihrem Landesrat ausmachen müssen. Und ich danke jetzt schon für Ihre Bemühungen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Köberl, bitte.

Abg. Köberl (13.51 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Frau Landesrat, Herr Landesrat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen hier im Steiermärkischen Landtag!

Ich habe dem Kollegen Böhmer gut zugehört und ich kann mit ihm in weiten Teilen übereinstimmen. Vor allem, glaube ich, geht es darum darzulegen und darzustellen, dass es hier von Kindesbeinen an bedarf, dass wir hier auch in unserem Land Englisch nicht mehr als Fremdsprache, sondern in einem vereinten Europa auch als zweite Muttersprache sehen. Im Aktionsplan der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ist es für Mitgliedsstaaten vorrangig, dass das Sprachenlernen schon in der Schule und im Kindergarten wirksam wird. Es gibt ein Sprichwort „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“, das trifft zwar bei Fremdsprachen nicht immer zu, dennoch gilt es wissenschaftlich als erwiesen, dass, je früher eine Fremdsprache erlernt wird, desto besser und tiefer ist sie verankert. Mehrsprachigkeit ist weltweit gesehen der statistische Regelfall. Die eher ein-

sprachigen europäischen Staaten stellen also die Ausnahme dar, wobei die Situation in Österreich noch durch den jahrzehntelangen eisernen Vorhang einerseits und die Einbettung in die benachbarten deutschsprachigen Staaten andererseits verschärft wird.

Wenn Kinder auf die Welt kommen, haben sie ein unvorstellbar großes Entwicklungspotenzial. Sie können ohne weiteres alle Sprachen der Welt erlernen. Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass bis zum Alter von sechs Jahren das Gehirn noch äußerst flexibel ist und das Gehirn spielerisch damit fertig wird, Strukturen auch für mehrere Sprachen gleichzeitig anzulegen.

Die Muttersprachenkompetenz ist in bestimmten Arealen einer – und das wird manche freuen – zumeist linken Gehirnhälfte konzentriert. Gleiches gilt für frühzeitig erworbene Fremdsprachen. Im Gegensatz dazu ist bei der Verarbeitung von spät erworbenen Fremdsprachen eine stärkere Mitaktivierung der zweiten Hirnhälfte zu beobachten. Zudem werden bei frühem Fremdspracherwerb die Fremdsprachenkenntnis in genau jenen Sprachzentren der sprachdominierten Hemisphäre gespeichert, die auch für die Muttersprache zuständig sind, während dies für spät erworbene Fremdsprachen nicht gilt, führt dazu Professor Dr. Hummer vom Institut für Sprachwissenschaften an der Universität Salzburg aus.

Aus der Stellungnahme der Landesregierung und dem vorliegenden Ausschussbericht und aus unserem Antrag geht hervor, dass in der Steiermark im Volksschulbereich der Englischunterricht teilweise als unverbindliche Übung, teilweise als Freigegenstand bereits im Schuljahr 2002/03 flächendeckend umgesetzt wurde.

Dabei wird – und der Kollege Böhmer hat es erwähnt – der unterstützende Einsatz von so genannten „Native Speakern“ oftmals von Elternvereinen und von Seiten der Wirtschaft oftmals finanziell unterstützt und ermöglicht.

Im Kindergartenbereich hingegen ist das Englischangebot nur in Ansätzen vorhanden. Nur in zirka 10 Prozent der steirischen Kindergärten gibt es entsprechende Angebote. Österreichweit gibt es sehr erfolgreiche Projekte zur Förderung von Sprachbegabungen im Kindergartenbereich. Ich verweise nur auf das Modell in Innsbruck, die so genannte „Kindervilla“, die hier nicht nur in Englisch, sondern auch in anderen Sprachbereichen, auch im Bereich der Ostsprachen, federführend tätig ist und das Land Vorarlberg. Ich verweise auch, weil es auch um die Schulthematik im Pflichtschulbereich gegangen ist, auf unseren Antrag auf bilingualen Unterricht, der wurde auch von uns eingebracht. Ganz besonders fasziniert mich aber das Land Salzburg, die zuständige Landesrätin, Frau Maria Haidinger, hat sich zum Ziel gesetzt, ein flächendeckendes Angebot in den Kindergärten für Fremdsprachenunterricht, speziell englisch, zu schaffen. Der erste Schritt ist der Start eines berufsbegleitenden Lehrganges „Englisch im Kindergarten“ für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen vom Zentrum für Kindergartenpädagogik des Landes Salzburg. Es geht hier also um eine begleitende Ausbildung zu bereits im Kindergartenbereich tätigen Pädagogen. Das Prinzip des spielerischen Lernens und der Freiwilligkeit steht im Vordergrund. Weder Pädagoginnen noch Eltern sollen sich unter Druck gesetzt fühlen, schon gar nicht die Kinder. Warum? Es geht nicht um Perfektion, meine Damen und Herren! Weder auf Seiten der Pädagogen und Pädagoginnen, noch was den Lernerfolg der Kinder betrifft. Vordergründig ist es, bei den Kindern die Freude am Lernen und am Spielen mit einer neuen Sprache zu wecken.

Es gibt viele Möglichkeiten, wie Englisch im Kindergarten vermittelt werden kann: Reden, Vorlesen, Spiele, Reime, Lieder und vieles mehr. Ich glaube, hier geht es um die Ansätze, dieses Potenzial der Kinder zu nützen, zu fördern und zu erweitern. Es gibt auch einen Fortbildungskurs Englisch im Kindergarten, der von den Kindergartenpädagoginnen, -pädagoginnen, wie ich schon erwähnt habe, sehr gut angenommen wird. Er besteht aus einem eininhalbtägigen Unterrichtsblock und sechs weiteren Nachmittagen, die hier angeboten werden. Schon im ersten Probejahr haben 25 Pädagoginnen und Pädagogen diese Chance genutzt. Man muss aber auch feststellen, dass es sicherlich sehr zentralastig ist. Im Umland der Landeshauptstadt Salzburg wird das viel besser angenommen und daher gibt es Überlegungen, das auch in den kommenden Jahren hinaus in die ländlichen Gebiete zu transferieren. Auch das Angebot in der laufenden Ausbildung wird sehr gut angenommen. Hier sind etwa 20 Prozent der jetzt Auszubildenden bereit, dieses Angebot anzunehmen. Es ist schon etwas Besonderes, wenn man einem Gesprächspartner gegenüber sitzt, beide eigentlich in der gleichen Sache tätig sind und man oft feststellt, dass es eine Sprachbarriere gibt.

Versetzen wir uns nun einmal gemeinsam in diese Lage:

My dear colleagues, dear members of the Styrian parliament!

It is an absolute must that you understand the person you're talking to – no matter whether you are in a simple talk, in a discussion or even in a difficult negotiation.

Meine Damen und Herren, dieser kurze Satz zeigt – und ich habe gehört „be quiet“ – hier ist es für unsere kommenden Generationen sicherlich eine Herausforderung auf diese Situation nicht mit dem Ruf „be quiet“ zu antworten, sondern mit ihm weiter kommunizieren zu können. Diese Chance sollten wir unserer Jugend geben, diese Chance müssen wir unserer Jugend geben, wenn sie in einem vereinten Europa, in dem ab dem kommenden Jahr über 500 Millionen Menschen leben, eine Chance haben möchten. Wir wissen, es ist unzweifelhaft, dass Englisch zur gemeinsamen Sprache, nicht nur im Wirtschaftsbereich, sondern in vielen kommunikativen Tätigkeiten geworden ist und so kann diese Ausbildung dafür nicht frühzeitig genug beginnen, wohl wissend, dass es im Kindergartenbereich auch diese Problemkreise mit Kindern gibt, die bereits jetzt mit Deutsch eine Fremdsprache oder eine zweite Muttersprache erlernen. Auch dieser Bereich ist sorgsam zu wählen, aber ich glaube, noch einmal zusammenfassend sagen zu dürfen, dass hier der Ansatz einer Fremdsprachenanbietung, speziell von Englisch, bereits im Kindergartenalter Platz greifen muss und soll. Wir von unserer Fraktion sind diesen

Überlegungen gerne aufgeschlossen, Herr Landesrat, und ich glaube, wir ziehen hier gemeinsam an einem Strang. Es gilt, das Beste für unsere Kinder in einem vereinten Europa zu erreichen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, und nicht „be quiet“! Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 12 liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

13. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1517/1, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2003 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.00 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2003 über den Stand der Europäischen Integration und bitte um Kenntnisnahme. (14.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich, wie ich soeben erfahre, der Berichterstatter selbst.

Abg. Majcen (14.00 Uhr): Dear Gentlemen! Dear Governor! Dear Mister President!

Muss ich jetzt beim Köberl weitertun?

Aber ich habe Angst, dass – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Franzi, I'll be back!“) You will be back? Fine! The Minister of European Affairs is under us. He is looking down from the behind. This is dangerous. Must take care. Maybe we cannot leave this room.

Meine Damen und Herren! Dear sisters and brothers!

Meine Damen und Herren, wiederum liegt dieser Vierteljahresbericht vor, diesmal in einem sehr kurzen Abstand zum letzten vorgelegten Vierteljahresbericht und ich möchte nur auf ein paar Dinge ganz kurz eingehen:

Erstens dass beim Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark die uns oft vorgeworfene mangelhafte Umsetzung des Artikels 4 der Vogelschutzrichtlinie Vertragsverletzungsverfahren so ausschaut, dass mit einer jetzt in Rede stehenden Lösung, nämlich noch zwei Vogelschutzgebiete auszuweisen, die Steiermark vom anhängigen Vertragsverletzungsverfahren nicht mehr betroffen ist. Das freut einen, weil sehr häufig diese Vertragsverletzungsverfahren, die in Brüssel anhängig sind, dann immer irgendwie dazu verwendet werden zu sagen, was man alles noch nicht gemacht hat.

Meine Damen und Herren, das Zweite, was da drinnen interessant ist in dem Bericht, ist die Zustimmungquote der einzelnen Länder zum Beitritt. Ich möchte sie nur ganz kurz aufzählen, weil sie ein sehr interessantes Bild geben, allerdings immer im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung zu sehen sind. In Malta 53,6 Prozent, in Slowenien 89 Prozent Zustimmung, das ist für uns wichtig, weil das unsere Nachbarn sind und es ist gut für uns, wenn die Slowenen mit Vehemenz und mit großer Zustimmung der Bevölkerung in die EU hineingehen, in Ungarn 83 Prozent, in Litauen 91 Prozent, Slowakei 92 Prozent, Polen 77 Prozent, Tschechische Republik 77 Prozent, Estland 66 Prozent, Lettland 67 Prozent. Das heißt, diejenigen, die zehn, die jetzt dann zu uns in die EU dazukommen, machen das mit viel Zustimmung seitens der Bevölkerung. Es ist interessant, wenn man solche Daten sehr kurz zusammengefasst bekommt. Ich möchte mich wie immer sehr herzlich für den Bericht bedanken und nur noch kurz auf diese Serie EU-Erweiterungsdialog eingehen. Wir haben im vorigen Jahr, das ist auch im letzten Vierteljahresbericht schon angeführt, mit der Plattform Europa, diesem regionalen Europanezwerk, bestehend aus der Wirtschaftskammer, der Landwirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Arbeitsmarktservice, Landesschulrat, Regionalmanagement, Diözese, EU-Infopoint, Karl-Franzens-Universität, Europaforum und Europa-haus Graz nahezu alle EU-relevanten wichtigen Themen inhaltlich abgedeckt und es hat, glaube ich, eine sehr gute Veranstaltungsserie über das ganze Land gegeben. Darüber wird hier wieder berichtet und insbesondere auch – ich freue mich darüber, dass die Schlussveranstaltung dieser ersten Informationsphase in Halbenrain, wo auf Initiative des Bezirkes Radkersburg, Abgeordneter Gangl, schon wesentlich weitere Schritte gesetzt wurden, wo sich einige Gemeinden zusammengeschlossen haben und Fachleute des Landes und der Landwirtschaftskammer und der Arbeiterkammer schon in vielen kleinen Runden auch mit der Materie beschäftigt haben. Diese Abende wurden in der bereits laufenden Initiative „Nachbarschaft – alte Partner, neue Nachbarn“ einbezogen. Das ist ja die Richtung, die auch die Steiermark geht mit der Zukunftsregion. Ich danke auch hier sehr herzlich dafür und möchte nur am Schluss noch sagen, weil sehr viel diskutiert wird und als größtes Sorgenkind immer die Landwirtschaft angeführt wird, dass es vom Rat für die Beschäftigung in ländlichen Gebieten Schlussfolgerungen gibt, die uns auch ein bisschen eigenartig anmuten, weil wir bei uns eher das Gefühl haben, die Landwirtschaft löst sich schön langsam auf. Es werden immer weniger Landwirte. Und hier sieht man, dass die Europäische Kommission aufgefördert wird, auf die besondere Situation des primären Sektors bei der Weiterverfolgung der Ziele im Bereich Beschäftigung zu achten. Insbesondere gilt es, die Beschäftigung von jungen Leuten und Frauen zu fördern. Und die Landwirtschaftsminister betonen die Notwendigkeit der Förderung der Niederlassung junger Landwirte und Frauen in den ländlichen Gebieten der Beitrittsländer vor allem, damit die

Landflucht eingedämmt werden kann und das wirtschaftliche und soziale Gefüge in diesen Zonen längerfristig gefestigt wird. Übrigens hat es diese Woche am 13., 14. November in Salzburg eine Konferenz gegeben zur ländlichen Entwicklung, wo das wichtigste Thema, die Diskussion zur Erarbeitung neuer Politiken für den ländlichen Raum ab der Periode 2007, auf dem Programm gestanden ist.

Das waren ein paar Auszüge aus diesem Bericht und ich möchte nochmals auf die bei der vorigen Wortmeldung in der vorigen Sitzung angekündigte informelle EU-Ausschusssitzung hinweisen, die wir jetzt für den Tag ins Auge gefasst haben, wo der Reservetag für die Finanz-Ausschuss-Sitzung geplant war. Und wir werden einladen zu dieser Tagung am Flughafen Graz von ungefähr 13 Uhr bis 16 Uhr, um diese Besprechung des EU-Ausschusses zu informellen Punkten durchzuführen. Herr Landesrat Paierl hat sich wie gesagt schon seinerzeit bereit erklärt, dort zur Verfügung zu stehen für alle Punkte, die angesprochen werden sollen und zweitens besichtigen wir bei dieser Gelegenheit, damit wir ein bisschen einen Überblick gewinnen, auch den neuen Flughafentower in Graz und schauen uns den an. Vielleicht lassen sie uns ein bisschen die Flugzeuge umleiten oder so etwas. In diesem Sinne herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 14.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (14.08 Uhr): Herr Präsident! Meine Herren auf der Regierungsbank! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich nehme die Gelegenheit wahr, gleich vorweg auf das einzugehen, was wir bei unserer nächsten Zusammenkunft ansprechen wollen. Ich nehme die Gelegenheit deshalb wahr, weil es einige Fragen gibt, die ich gerne an das nunmehr allein dafür zuständige Regierungsmitglied richten möchte, wo mir an der Beantwortung bei unserer nächsten Zusammenkunft sehr viel liegt. Das anstehende Stück ist auch immer ein Stück, bei dem es heißt, wie halten wir es mit den Instrumentarien der Europäischen Integration, wie machen wir unsere Hausaufgaben, was tun wir dazu oder könnten wir noch mehr tun oder unterlassen wir etwas? Um diesen Themenkreis rankt sich auch die Beurteilung dessen, was wir also aus dem Bericht entnehmen und so ist es für mich auch immer wieder Anlass zu schauen, wie geht es denn unseren Instrumentarien, die wir dafür haben? Und wir haben im Jahr 1995 im Wesentlichen als letzten Ast der ganzen Verwaltungsverzweigung von Brüssel über Wien, über die Länder bis in die Regionen die EU-Regionalmanagements installiert bekommen und ich selbst dann installiert, weil es ja auch seitens der EU-Förderungsgeber notwendig erschienen war, den Fluss der Mittel bis in die Regionen zu verfolgen und professionell zu begleiten. Das ist bis heute noch in Ordnung, das ist auch bis zum Ende dieser Programmplanungsperiode 2005 klargestellt. Darüber hinaus können wir es jetzt in Wahrheit noch gar nicht so sehr klarstellen, weil wir auch noch nicht wissen, was nach 2005 für Förderungsmodalitäten bestehen, weil wir ja die horizontale Förderung auslaufen sehen und andere Förderungsinstrumentarien an deren Stelle treten. Aber die regionale Notwendigkeit solcher des Aufrechterhaltens dieser Instrumentarien war ja jetzt Gegenstand einer Serie von Veranstaltungen, die in all den Regionen des Landes durchgezogen wurden, so auch in der westlichen Obersteiermark. Es gab also vier regionale Zusammenkünfte, die letzte vor einigen Tagen, mit dem Resümee, sehr, sehr viele – um nicht zu sagen, alle der anwesenden Bürgermeister und regionalen Vertreter haben durchaus positiv die Absicht geäußert, wir wollen unbedingt dieses regionale Instrumentarium auch in Zukunft aufrechterhalten, weil es uns sinnvoll erscheint, weil es uns notwendig erscheint und weil wir so auch die regionale Identität darstellen können, nicht nur von EU-Förderungsmitteln abhängig, sondern als regionales Instrumentarium sollte das am Leben erhalten bleiben. Man macht sich allerdings, zu Recht, wie ich meine, folgende Sorge. Nachdem sich vor einem Jahr der Bund von der Basisförderung verabschiedet hat und seine Förderungsmodalitäten so verändert hat, dass sie also mit den Büros, mit dem Instrumentarium im Wege der technischen Hilfe nicht mehr ausreicht, um das Büro aufrechtzuerhalten, ist nun die Frage, wie hält es denn das Land hinsichtlich der Bereitstellung der Mittel, weil dann bleiben letztlich über die Gemeinden mit dem einen Drittelanteil an der Finanzierung. Die Gemeinden haben ihre Beschlüsse wie gesagt bis 2005 gefasst, haben auch pünktlich ihre Mittel abgeliefert. Anders schaut es schon aus mit den anderen beiden Zahlern. Der Bund hat sich zurückgenommen und das Land hat bisher seiner Verpflichtung folgend, allerdings auch eher zögernd die Zahlungen geleistet. Aber, jetzt habe ich mir erstens einmal angehört, wie der Herr Finanzreferent heute seine Budgetrede angelegt hat und da hat er zu diesem Thema ein klares Bekenntnis zum regionalen Gedanken innerhalb der Europäischen Union abgegeben. Dem entnehme ich auch, wenn es nicht nur ein verbales Bekenntnis ist, dann heißt das auch, es sind auch die regionalen Instrumentarien und Ansätze dementsprechend zu dotieren und für die Zukunft zu garantieren. Wenn ich mir dann das Budget anschau und in den Positionen 780, 81, 82 nicht wie bisher entsprechende Ansätze finde, sondern zum Thema Kofinanzierung im ESF-Bereich, im EFRE-Bereich, aber auch in dem Bereich, aus dem zum Beispiel der steirische Beschäftigungspakt dotiert wird, auf null gestellt sehe, dann muss ich sagen, das sind Themen, die uns wichtig sind in den Regionen, das muss klargestellt sein, weil ich werde keinem meiner Bürgermeister empfehlen können, jawohl, mache nächstes Jahr wieder den Gemeinderatsbeschluss für die nächsten fünf Jahre über die Kofinanzierung, wenn auf der einen Seite der Bund sich schon herausgenommen hat aus der Partnerschaft und auf der anderen Seite das Land ebenfalls in der Dotation zumindest klarstellt, halt aus, da sind wir auch nicht mehr Partner. Das muss klargestellt sein, sonst ist das das schleichende Ende dieser Instrumentarien und ich glaube, dass das in den Regionen unter gar keinen Umständen goutiert würde, weil, wie schon erwähnt, in den Regionalkonferenzen der letzten Wochen kam mir eindeutig der Wunsch entgegen, Leutl, es ist ein Instrumentarium, das wir aufrechterhalten wollen. Ich bitte also darum, das zu berücksichtigen, dass wir uns nicht sagen lassen müssen: „Sie reden zwar immer von europäischer

Integration, Sie reden vom Europa der Regionen. Wenn es aber darum geht, unsere regionalen Instrumentarien zu finanzieren, dann ist dafür nicht ausreichend Vorsorge getroffen.“ Ich bitte um die entsprechende Berücksichtigung und Klarstellung. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (14.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Heinz Grabner!

Um hier von vornherein Missverständnisse auszuräumen. Mir ist gar nicht unrecht, dass du das gleich angeschnitten hast, das ist an sich ein gutes Zeichen, dass du sofort in das doch sehr dicke Kompendium geschaut hast. Da gibt es eine Erklärung dafür, das wissen die Damen und Herren auf der Regierungsbank. Wir haben nämlich vereinbart, dass – wenn Sie sich an die Diskussion der Rückstellungen und Sollstellungen erinnern – aus den letzten Jahren nicht verbrauchte Mittel zur Verfügung stehen. In diesem Fall ist eines klar, die Mittel sind vorhanden, sie sind deswegen in dem Budget 2004 nicht dotiert, weil noch Rücklagenmittel da sind. Es ist eines klar, dass damit die EFRE, ESF, die Kofinanzierungs-Verpflichtungen, die wir haben, in den Programmen bis 2006, also nicht nur 2004, sondern bis 2006, gewährleistet sind. Bitte keine Panik oder sonst irgend eine Verunsicherung einreißen lassen. Es müsste an sich in den erläuternden Bemerkungen drinnen stehen. Wenn nicht, dann bin ich jederzeit bereit, das da hier zu erklären, heute da zu erklären, im Haus, dann auch im Finanz-Ausschuss nächste Woche. Das ist so, die Kofinanzierungsmittel sind bereitgestellt. Aber nachdem das eine Periode ist und nicht die Jährlichkeit unseres Budgets entscheidend ist, haben wir vorgesorgt. Wir haben früher in Wahrheit überdotiert gehabt. Es gibt ein paar andere Bereiche auch, wo man einfach da die Flexibilität des Jahresbudgets ausnützt, die vereinbarte und auch einstimmig vereinbarte und angenommene, und auf die Periode schauen muss und in der Periode ist es ausgeglichen und gewährleistet. Vor allem eines, was euer Anliegen ist und meines auch, dass ich das Ressort übernehmen und dann mich als Finanzreferent selbst dort auf null stelle. Also bitte, diesen Masochismus mir nicht zuzutrauen. Es ist dotiert und auch die Programme und die Ausstattungen der technischen Hilfe sind von unserer Seite nicht in Frage gestellt, insbesondere – und das muss ich jetzt besonders hervorheben – wie zum Beispiel der oststeirische Bereich unter der Führung von Franz Majcen. Aber da tun alle mit, auch die Schleichs et cetera, die sind immer dort. Zum Beispiel letzte Woche bei der „Go-best“-Veranstaltung. Das wird von Europa – bitte, da waren acht, neun andere Nationen anwesend und der zuständige Vertreter aus Europa, aus Brüssel – als Musterbeispiel einer Regionalentwicklung, so wie wir es gelernt haben, im modernen Sinne, mit Einbindung der Region, der regionalen Führerschaften, natürlich die Hilfe von oben, aber die wirkt besonders. Das zeigt ja auch Erfolge. Schauen Sie sich diese Geschichten an! Ich würde nur bitten, dass wir uns solche Best-practice-Beispiele sich dann auch in den anderen Regionen, wo es nicht so gut läuft – das gibt es ja auch, wir wollen die Geschichte ja nicht schönfärben – hernehmen. Also verbessern können wir uns da wirklich, aber das müssen auch die Regionen machen. Ich bitte Sie darum. Ich fordere Sie auf, sozusagen diese unterschiedlichen Qualitäten der regionalen Entwicklungsmanagements auch anzuschauen, das zu tun, was die Europäer tun, die wandern nämlich immer in die Steiermark und sinnigerweise oder bezeichnenderweise in die Oststeiermark und schauen sich das an und nehmen dort auch die Erfahrungen des AMS, des Helfried Faschingbauer oder auch von uns mit ESF-Mitteln und mit EFRE-Mitteln dort auch entsprechend dankbar wahr.

Nochmals, damit das klargestellt ist, in der Frage der Finanzierung werden wir das nicht in Frage stellen. Das könnte sich nur von selbst in Frage stellen, wenn es nicht funktioniert, weil wenn dann plötzlich die Regionen kommen und sagen, bitte, die Gemeinden zum Beispiel oder die Regionsvertreter, wir wollen das gar nicht mehr so. Also das ist, glaube ich, wichtig festzuhalten und gleich von allen Anfang an keine Panik. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 13 liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1477/1, betreffend die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH., Gewährung von Landesdarlehen zur Krankenanstaltenfinanzierung in den Jahren 2001 bis 2004, Neukonditionierung und Bereitstellung der Mittel für die Darlehensrückzahlung ab dem Jahr 2005.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (14.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 14. Oktober und am 4. November 2003 über obgenannte Regierungsvorlage die Beratungen durchgeführt und eine Richtigstellung in sprachlicher Hinsicht vorgenommen.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Hinsichtlich der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. gewährten Landesdarlehen wird folgende Neukonditionierung genehmigt:

Erstens: Die Tilgung der per 31. Dezember 2004 aushaftenden Landesdarlehen von maximal 872,08 Millionen Euro, das sind rund 12 Milliarden Schilling, zuzüglich der zu diesem Zeitpunkt aushaftenden kapitalisierten Zinsen erfolgt beginnend mit dem Jahr 2005 in 15 gleichen, jeweils am 31. Dezember eines Jahres fälligen Annuitäten.

Zweitens: Die Verzinsung wird rückwirkend auf den 1. Jänner 2001 mit einem Prozent p. a. dec. festgesetzt; die Zinsen werden jeweils am 31. Dezember eines Jahres fällig.

Drittens: Soweit die im Zeitraum 2001 bis 2004 anfallenden Zinsen nicht aus dem Erlös des Verkaufs nicht betriebsnotwendigen Vermögens der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. finanziert werden können, werden Zinsen kapitalisiert.

Viertens: Die aus einer vorzeitigen Zuzählung der Darlehenstranche 2004 von der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. vereinnahmten Habenzinsen vermindern in gleicher Höhe den Gesellschafterzuschuss des Landes für das Jahr 2004

II. Die Bereitstellung der Mittel für die Darlehensrückzahlung ab 2005.

Unter Vorgriff auf die für die nächste mittelfristige Finanz- und Budgetplanungsperiode zwischen dem Land Steiermark und der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. abzuschließende umfassende Finanzierungsvereinbarung verpflichtet sich das Land Steiermark, der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. ab dem Jahre 2005 zusätzlich gesonderte Gesellschafterzuschüsse für die Rückzahlung und Verzinsung der per 31. Dezember 2004 aushaftenden Landesdarlehen (einschließlich kapitalisierter Zinsen) unter Zugrundelegung einer 15-jährigen Laufzeit und gleichbleibender Annuität zur Verfügung zu stellen. Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes. (14.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 15 bis 17 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1478/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 116, KG. 62246 Stein im Flächenausmaß von rund 160.448 Quadratmeter mit dem sich darauf befindlichen Gebäude Stein 108 um einen Kaufpreis von 221.216 Euro samt Kaufpreisnachbesserungsverpflichtung an Herrn Ernst Schöffel, 8010 Graz, Harrachgasse 30.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (14.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Liegenschaft Einl.-Zahl 116, KG. 62246 Stein mit dem sich darauf befindlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude Stein 108 im Flächenausmaß von rund 160.448 Quadratmeter war ursprünglich an die Thermalquelle Loipersdorf GmbH. & Co. KG. verpachtet.

Im Zuge der Veräußerung der Geschäftsanteile des Landes dieser Gesellschaft und der folgenden Veräußerung der so genannten Thermengrundstücke, Einl.-Zahl 541 und 721 der KG. 62231 Loipersdorf wurde die nunmehr gegenständliche Liegenschaft dem Land Steiermark zur gesonderten Verwertung zurückgestellt und der Pachtvertrag vom 5. Dezember 1979 Zug um Zug mit Unterfertigung des Kaufvertrages über die Thermenliegenschaften aufgelöst.

Gleichzeitig wurde jedoch diese Liegenschaft der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. & Co. KG. bis zum endgültigen Verkauf zur prekaristischen Nutzung überlassen.

Im eingeleiteten Verkaufsverfahren wurde ein Gutachten des gerichtlich beeedeten und zertifizierten Sachverständigen Baumeister Ing. Herbert Pongratz eingeholt und ermittelte der beauftragte Sachverständige einen Verkehrswert von 129.185,91 Euro.

In weiterer Folge wurde diese Liegenschaft öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben und war Herr Ernst Schöffel mit einem Angebotspreis von 221.216 Euro samt einer Kaufpreisnachbesserungsverpflichtung Bestbieter.

Vom Bestbieter wurde die Nachbesserungsverpflichtung derart konkretisiert, dass er sich für den Fall, dass Wertsteigerungen von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Widmungsänderungen eintreten und derartige Flächen innerhalb von 15 Jahren von ihm weiterveräußert werden, er sich verpflichtet, 66 Prozent des Verkaufserlöses solcher Flächen an das Land Steiermark abzuführen.

Zur Absicherung dieser Kaufpreisnachbesserungsverpflichtung ist der Bestbieter bereit, dem Land Steiermark ein 15 Jahre befristetes Vorkaufsrecht hinsichtlich dieser Flächen einzuräumen.

Da die gegenständliche Liegenschaft eine nicht betriebsnotwendige Liegenschaft des Landes Steiermark darstellt und der vom Bestbieter angebotene Kaufpreis samt Kaufpreinsnachbesserungsverpflichtung deutlich über dem von einem gerichtlich beeideten und zertifizierten Sachverständigen ermittelten Schätzwert liegt, soll der Verkauf an den Bestbieter Ernst Schöffel erfolgen.

Die Steiermärkische Landesregierung stelle zufolge ihres Beschlusses vom 29. September 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft Einl.-Zahl 116, KG. 62246 Stein im Flächenausmaß von rund 160.448 Quadratmeter mit dem sich darauf befindlichen Gebäude Stein 108 um einen Kaufpreis von 221.216 Euro samt Kaufpreinsnachbesserungsverpflichtung an Herrn Ernst Schöffel, 8010 Graz, Harrachgasse 30 wird genehmigt. (14.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1522/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 261, KG. 63102 Sankt Leonhard, Grundstücksadresse Alberstraße 1/Maiffredygasse 10, bestehend aus den Grundstücken Nr. 572/1, 572/2, 572/3, 574 und 581 im Gesamtlächenausmaß von rund 3993 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 2,030.000 Euro an die Firmen Immobilientreuhand ITG Graz GmbH., 8042 Graz, Styriastraße 35 und GPI Baugesellschaft mbH., 8053 Graz, Harterstraße 1.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordnete Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (14.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ihr habt die Vorlage vor euch liegen. Ich hoffe, dass ihr euch die Vorlage genau angeschaut habt und ich werde verkürzt die Berichterstattung vornehmen:

Im Zuge des Nachbesserungsverfahrens waren die Firmen Immobilientreuhand ITG Graz GmbH., 8042 Graz, Styriastraße 35 und GPI Baugesellschaft mbH., 8053 Graz, Harterstraße 1, die die gegenständliche Liegenschaft je zur Hälfte beziehungsweise zusammen mit von ihnen im Rahmen einer Projektgesellschaft namhaft zu machenden Dritten erwerben wollen, mit einem Angebotspreis von 2,030.000 Euro unter Zugrundelegung der vorgenannten Bedingungen Bestbieter.

Da dieser angebotene Preis deutlich über dem vom Sachverständigen ermittelten Schätzwert liegt, soll der Verkauf an die Bestbieter zum Anbotspreis von 2,030.000 Euro erfolgen.

Die Steiermärkische Landesregierung stelle zufolge ihres Beschlusses vom 13. Oktober 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft Einl.-Zahl 261, KG. 63102 Sankt Leonhard, Grundstücksadresse Alberstraße 1/Maiffredygasse 10, bestehend aus den Grundstücken Nr. 572/1, 572/2, 572/3, 574 und 581 im Gesamtlächenausmaß von rund 3993 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 2,030.000 Euro nach Maßgabe der im Amtsvortrag dargestellten Modalitäten an die Firmen Immobilientreuhand ITG Graz GmbH., 8042 Graz, Styriastraße 35 und GPI Baugesellschaft mbH., 8053 Graz, Harterstraße 1 wird genehmigt. (14.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke, Herr Abgeordneter Tasch. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1523/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft Teilflächen des Grundstückes Nr. 20/1 der EZ. 963, KG. 63125 Webling im Flächenausmaß von rund 7935 Quadratmeter (vorbehaltlich der exakten Vermessung) um einen Kaufpreis von 102 Euro/Quadratmeter zuzüglich einer vereinbarten Kaufpreinsnachbesserung auf den Betrag von 145 Euro/Quadratmeter an die STEWEAG-STEAG GmbH., 8010 Graz, Leonhardgürtel 10.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (14.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich werde die Berichterstattung wieder verkürzen, da ihr ja die Vorlage vor euch liegen habt und ich hoffe, dass ihr sie euch gut angeschaut habt.

Zur Höhe des vereinbarten Kaufpreises ist festzuhalten, dass im Zuge der öffentlichen Ausschreibung für vollwertiges Bauland in unmittelbarer Nähe lediglich Angebote mit einem Kaufpreis von 102 Euro pro Quadratmeter erreicht werden konnten. Das gegenständliche Grundstück liegt im Freiland und der von den Kaufinteressenten angebotene Preis von 102 Euro pro Quadratmeter entspricht den Baulandpreisen und kann daher für das Land Steiermark als vorteilhaft bezeichnet werden.

Die genaue Fläche wird erst nach der durchzuführenden Vermessung feststehen.

Zusammenfassend kann die gegenständliche Verkaufsaussicht der Landesfinanzabteilung für das Land Steiermark als vorteilhaft beurteilt werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 13. Oktober 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft Teilflächen des Grundstückes Nr. 20/1 der Einl.-Zahl 963, KG. 63125 Webling im Flächenausmaß von rund 7935 Quadratmeter, vorbehaltlich der exakten Vermessung, um einen Kaufpreis von 102 Euro pro Quadratmeter zuzüglich einer vereinbarten Kaufpreinsnabesserung auf den Betrag von 145 Euro pro Quadratmeter an die STEWEAG-STEG GmbH., 8010 Graz, Leonhardgürtel 10 wird genehmigt. (14.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Berichterstatter. Zu den drei Tagesordnungspunkten 15 bis 17 liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1478/1, Tagesordnungspunkt 15, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1522/1, zum Tagesordnungspunkt 16, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1523/1, Tagesordnungspunkt 17, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Hier stelle ich die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1564/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der von der Gemeinde Sankt Martin im Sulmtal, 8543 Sankt Martin im Sulmtal, Sulb 72 errichteten Wohnanlage; vier Altenwohnungen, Sulb 24.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (14.34 Uhr): Danke. Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf über den Tagesordnungspunkt 18 berichten. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1564/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der von der Gemeinde Sankt Martin im Sulmtal, 8543 Sankt Martin im Sulmtal, Sulb 72 errichteten Wohnanlage; vier Altenwohnungen, Sulb 24.

Der Landesrechnungshof kommt zu dem Schluss, dass gebührenordnungskonform Honorarvereinbarungen und korrekte Verrechnungen vorliegen, dass die Ausschreibungsunterlagen fachmännisch aufbereitet wurden, den gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Vergabe von Leistungen nachgekommen wird, die Ausführungsqualität gut ist, die Gemeinde ihrer Verpflichtung der Skontoerzielung nachgekommen ist und die festgesetzte Miete unter dem Richtwert für Mieten laut Richtwertgesetz liegt.

Andererseits bemängelt der Landesrechnungshof den erheblichen Planungsaufwand, die fehlende schriftliche Anzeige der Fertigstellung des Rohbaues, dass nicht alle Voraussetzungen für eine Förderung in überprüfbarer Form vorliegen, dass kein eigenes Baugirokonto für das Bauvorhaben eingerichtet wurde, dass die höchstzulässige Verzinsung von Eigenmitteln überschritten wurde, dass keine eidesstattlichen Erklärungen und Einkommensnachweise der Wohnungswerber seitens der Gemeinde eingefordert wurden, dass die Ausschreibungsmasseermittlung und Leistungserfassung wenig zufriedenstellend waren, dass die Angebote nicht gekennzeichnet und die Zuschlagsfristen nicht eingehalten wurden, dass das Baugeschehen nicht vollständig dokumentiert wurde und die Aufbewahrungsfristen nicht eingehalten wurden.

Zusammenfassend hält der Landesrechnungshof fest, dass die Gemeinde die Bestimmungen des Steiermärkischen Baugesetzes sorgfältig einhalten möge.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend stichprobenweise Prüfung der von der Gemeinde Sankt Martin im Sulmtal, 8543 Sankt Martin im Sulmtal, Sulb 72 errichteten Wohnanlage, vier Altenwohnungen, Sulb 24 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (14.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter List für das prompte Einspringen. Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 18 liegt nicht vor. Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1420/2, Beilage Nr. 181, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Hans Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (14.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft eingesetzte Unterausschuss hat in einer Sitzung über die Novellierung des Rettungsdienstgesetzes beraten und einvernehmlich festgelegt, die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1420/2, in einem Punkt abzuändern, da mit einer Formulierung Ziffer 1 der Regierungsvorlage (Paragraf 11

Absatz 1) die Gefahr besteht, dass es – sollte es zu keiner neuerlichen Novellierung des Rettungsdienstgesetzes kommen – ab dem Jahre 2006 keinen gesetzlich geregelten Rettungsbeitrag geben würde, weshalb die Wortfolge „und auch im darauf folgenden Jahr 2005“ entfallen muss.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes. (14.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (14.39 Uhr): Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Rasche ärztliche erste Hilfe vor Ort zu leisten und dadurch Menschenleben zu retten, ist die oberste Aufgabe des bodengebundenen Notarztrettungsdienstes. Der Notarztrettungsdienst wurde kürzlich vom Landesrechnungshof geprüft. Dabei erhielt der bodengebundene Notarztrettungsdienst ein gutes Zeugnis. „Der Arzt wird zum Patienten gebracht.“ Das ist eines der Ziele des steirischen Notarztrettungssystems. Durch die nun zu beschließende Novelle wird die notfallmedizinische Versorgung, der bodengebundene Notarztrettungsdienst in der Steiermark gesetzlich verankert.

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, das Rote Kreuz ist in argen Geldnöten. Der Steiermärkische Landtag hilft wieder einmal! Nach zwei Rettungsgipfeln mit positiven Ergebnissen haben wir uns im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und anschließend im Unterausschuss mit dem Rettungsdienstgesetz befasst. Die Erhöhung des Rettungsbeitrages von 2,25 Euro auf 3,12 Euro um 0,82 Euro pro Einwohner, das sind mehr als 36 Prozent und die Vorziehung, beginnend bereits mit 1. Jänner 2004 wird von uns Freiheitlichen unterstützt und vollinhaltlich mitgetragen.

Diese Erhöhung ist notwendig, geschätzte Damen und Herren. Diese 36-prozentige Steigerung des so genannten „Rettungs-Euros“ ist nach Meinung aller Ausschussmitglieder notwendig und unbestritten, um seitens der öffentlichen Hand das Netz, das notwendige Netz der Hilfeleistungen des Roten Kreuzes in der Steiermark vorerst zu sichern.

Die aber jetzt vom Roten Kreuz vehement geforderte Erhöhung um jährlich – unter Anführungszeichen – „nur“ zusätzliche 0,44 Euro pro Einwohner in den nächsten fünf Jahren, das sind Steigerungen um 2,20 Euro auf 5,32 Euro im Jahr 2009, wird von uns unter den gegenwärtig bekannten Voraussetzungen entschieden abgelehnt. Diese Steigerung wollen wir derzeit noch nicht.

Sie wissen, dass auf allen Ebenen im Land gespart werden muss. Es wird auch viel gespart und es wird auch viel und nachhaltig auf Regierungsebene gespart. Und jetzt, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, soll der „Rettungs-Euro“ über Jahre gleichmäßig angehoben werden. Ich bezweifle, wir Freiheitlichen bezweifeln die Notwendigkeit einer Erhöhung in diesem Ausmaß.

Wir glauben – da waren wir uns im Unterausschuss einig –, dass durch weitere Reorganisations- und Sanierungsmaßnahmen im Roten Kreuz, Landesverband Steiermark sicherlich zusätzliches Einsparungspotenzial vorhanden ist.

Auch die Vorgangsweise, geschätzte Damen und Herren, des Roten Kreuzes, medialen Druck auf uns auszuüben, auf uns Abgeordnete, ist falsch! Beispielsweise steht in der Oktober-Ausgabe 2003 „Das Rote Kreuz“ auf der Titelseite – alle kennen diese Ausgabe vermutlich – „Politiker sind gefordert: Die Versorgung der Bevölkerung muss gesichert bleiben.“ Es ist ein auseinanderebrechendes Rettungsfahrzeug dargestellt und dazu wird die Frage gestellt: „Zerbricht der Rettungsdienst?“

In einer Berichterstattung, die aus diesem Artikel resultiert, vom Roten Kreuz die Schlussfolgerung zu ziehen, bereits jetzt mit fixen von uns Abgeordneten erhöhten Rettungsbeiträgen zu rechnen, langfristig bis ins Jahr 2009, ist falsch.

Auch die in einigen Schreiben vom Präsidium gewählte Vorgangsweise, die Formulierung, wie „ansonsten sehen wir uns gezwungen zu kündigen“ beziehungsweise „den Vertrag oder andere Vereinbarungen sofort zu lösen, sollten diese vom Roten Kreuz geforderten Erhöhungen des Rettungsdienstbeitrages nicht beschlossen werden“, ist, höflich ausgedrückt und das meinen wir Freiheitlichen sehr, sehr ernst, kein guter Stil in der Umgangart.

Trotzdem aber, geschätzte Damen und Herren, werden wir Freiheitliche selbstverständlich alles unternehmen, wir werden alles unternehmen, damit das Netz der Hilfeleistungen in der Steiermark erhalten bleibt. Dafür aber benötigen wir, neben der Focus-Studie, die wir bereits besitzen, neben dieser Focus-Studie weitere Fakten, viele aufschlussreiche Informationen, um anschließend als Gesetzgeber hier in diesem Haus mit ruhigem Gewissen die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Die richtigen Entscheidungen für eine eventuell dann notwendige Erhöhung des „Rettungs-Euros“.

Geschätzte Damen und Herren, deswegen haben wir gemeinsam im Unterausschuss vereinbart, Anfang Februar 2004 mit den Verantwortlichen des Roten Kreuzes ein konstruktives Arbeitsgespräch zu führen. Wir erwarten uns sehr, sehr viel von diesem konstruktiven Arbeitsgespräch mit den zuständigen Verantwortlichen vom Roten Kreuz.

Ich darf Ihnen jetzt anhand eines Beispiels genau erläutern, warum glasklare Verhältnisse beim Roten Kreuz notwendig sind. Warum wollen wir diese glasklaren Verhältnisse? Nämlich am Beispiel der Gehälter für hauptberufliche Mitarbeiter des Roten Kreuzes.

Diese überhöhten Gehälter haben die Gemüter intern und die Diskussion in der Öffentlichkeit erhitzt. Sie können sich sicherlich noch daran erinnern. Mit vielen negativen Schlagzeilen war über das Rote Kreuz bereits im Herbst 2001 in den steirischen Tageszeitungen oft zu lesen. Zur Erinnerung: Ein Prüfbericht einer Wirtschaftskanzlei sorgte für große Aufregung, nachdem es massive Kritik an den Gehältern mit üppigen Zulagen und Pauschalen beim Roten Kreuz gab.

Um dieses hausgemachte Problem zu beseitigen, sollte eine Kommission ein neues Gehaltsschema suchen.

Jetzt dürfen wir in „Aktuell – Professionell“, vom Präsidenten selbst ausgeführt, lesen, dass „Gehaltskürzungen vielen Mitarbeitern weh getan haben und alle Einsparungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind“ – die Meinung des Präsidenten.

Zu unserer Meinungsbildung, geschätzte Damen und Herren, interessieren uns die Dimension dieser Gehaltskürzungen und das jetzt gültige Gehaltsschema für die hauptberuflichen Mitarbeiter des Roten Kreuzes. Nur durch die Kenntnis dieser und ausschließlich durch die Kenntnis dieser kann wirklich objektiv beurteilt werden, ob zwischenzeitlich glasklare Verhältnisse für die hauptberuflichen Mitarbeiter beim Roten Kreuz geschaffen wurden. Die Bezahlung der professionellen Mitarbeiter, des professionellen Managements beim Roten Kreuz muss in einer nachvollziehbaren, erkennbaren Relation zu den engagierten und ehrenamtlichen tausenden Steirerinnen und Steirern stehen. Das muss nachvollziehbar sein!

Denn die ehrenamtlichen Mitarbeiter, die alle in der Nacht und am Wochenende im unermüdlichen Einsatz zum Wohle dieses Landes stehen, sie sind im Einsatz nur für ein Dankeschön und das Wissen, anderen helfen zu können. Ich möchte mich hier im Zuge dieser Debatte bei allen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die beim Roten Kreuz ihren Dienst versehen, recht, recht herzlich für diese Bereitschaft bedanken.

Geschätzte Damen und Herren, nur dann, wenn das Gehaltsschema herzeigbar und argumentierbar ist, wird wieder Ruhe unter den Freiwilligen beim Roten Kreuz einkehren. Das Gehaltsschema muss einfach von allen Ehrenamtlichen akzeptiert werden!

Das ist ein Beispiel, das eindrucksvoll die Notwendigkeit von mehr Transparenz beim Roten Kreuz untermauert. Wir wollen mehr Transparenz!

Gleichzeitig glauben wir, dass viel, viel mehr Einsparungspotenzial beim Roten Kreuz vorhanden ist. Hier darf ich ein paar vermutlich bekannte Einsparungsmöglichkeiten in kurzen Zügen anreißen.

So werden ständig Millionen vom Roten Kreuz und Land Steiermark – Sie wissen das – in die vielen Rot-Kreuz-Zentralen gebuttert. So könnte etwa über die sinnvolle Umstrukturierung der 95 Dienststellen nachgedacht werden oder eine Reduzierung der 20 Bezirksleitstellen könnte erwogen werden. Darüber sollte man nachdenken und diskutieren. Die Zusammenlegung in Kooperation mit allen Einsatzorganisationen erzielt tatsächliche Synergien. Sie führt garantiert zur enormen Kostenreduktion. Nicht zu vergessen dabei die wichtigste Sache, das wichtigste Resultat, nämlich die daraus resultierenden optimal koordinierten und effizienteren Einsätze für alle unsere Patienten.

Dass das geht, geschätzte Damen und Herren, lebt uns ein viel größeres Land als die Steiermark, nämlich Bayern, vor. In Bayern funktioniert es. Hier gibt es nur mehr vier bestens funktionierende Leitstellen. Was für die Bayern gut ist, mag für die Steiermark auch gut sein.

Weiters sollten Überlegungen über die Trennung des Rettungstransportes vom Krankentransport angestellt werden. Der Rettungstransport ist aufwändiger und kostet viel, viel mehr als der Krankentransport. Auch ist der Krankentransporttarif vom Roten Kreuz zu hoch angesetzt.

Nach einer sinnvollen Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die ähnliche Dienste wie das Rote Kreuz anbieten, soll gesucht werden. Dabei muss die Chancengleichheit für andere Krankentransportunternehmen auch durch Förderungen dieser gewahrt bleiben.

Sich einzubetonieren und entschieden gegen eine Auslagerung des Rettungsdienstes an andere Anbieter sich auszusprechen, ist der falsche Weg des Roten Kreuzes.

Es gibt Ortsstellen – und das weißt du vermutlich, Herr Klubobmann –, die nachweislich einen Fahrzeugüberschuss haben. Dort stehen betriebsbereite Einsatzfahrzeuge nur in der Garage.

Das alles sind nur einige Beispiele, die im Roten Kreuz behandelt werden müssen.

Ich glaube, dass bisher niemand offensichtlich beim Roten Kreuz den Mut gehabt hat, betriebswirtschaftliche Überlegungen anzustellen.

Man soll sich nicht immer darauf verlassen, dass die öffentliche Hand – hier die Landesregierung oder nachher der Landtag – dem Roten Kreuz mit Subventionen letztendlich unter die Arme greifen wird. Mehr Geld wird es jetzt für das Rote Kreuz trotz der Vergleiche in den angeführten Broschüren mit Krügerl Bier und Packung Zigaretten vorerst sicher nicht geben. Wir Freiheitliche wünschen und erwarten uns vom Roten Kreuz Folgendes: nämlich die Fortsetzung der begonnenen internen Revision! Weg mit dem Monopoldenken und mehr Kritikfähigkeit im Roten Kreuz. Bei allen Aktivitäten auch betriebswirtschaftlich, aber vor allem gemeinnützig zu handeln! Gemeinnützigkeit ist einer der wesentlichen Punkte. Das Bewusstsein zu bewahren, was das Rote Kreuz für die Bürger dieses Landes bedeutet, nämlich Sicherheit und diese Sicherheit niemals außer Acht lassen. Krankheiten und deren Erreger im Roten Kreuz feststellen und diese nachhaltig bekämpfen, auch wenn es nur 2 Prozent sind. Wenn es auch nur 2 Prozent sind, müssen diese Krankheiten nachhaltig bekämpft werden.

Ich bitte Sie alle und fordere Sie auf, sprechen wir darüber, verhandeln wir im nächsten Jahr mit dem Roten Kreuz fair, denn nur so kann langfristig die Finanzierung einer schlagkräftigen Rettungsarbeit in der Steiermark gesichert werden. Das angekratzte Image beim Roten Kreuz muss rasch repariert werden. Und jeder Bürger dieses Landes wird wieder voll hinter dem Roten Kreuz stehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 14.52 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (14.52 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren!

Grundsätzlich ist es ja positiv, dass es bei den Einsatzorganisationen im Landtag über Parteigrenzen hinweg Konsens gibt und das ist gut so, weil ich glaube, dass wir auf alle Einsatzorganisationen, die heute tätig sind, ob das jetzt das Rote Kreuz, die Bergrettung, die Wasserrettung, die Flugrettung, wo immer sie tätig sind, Einrichtungen sind, dass wir froh sein müssen, dass wir sie haben und vor allem, dass es Menschen gibt, die sich dafür bereit halten, in ihrer Freizeit die Ausbildung zu machen und auch den Dienst zu machen. Ich glaube, dass die Diskussion um das Rote Kreuz deshalb entstanden ist, weil es sicherlich bis hin zur letzten Führung des Herrn Univ.-Prof. List und auch des Herrn Dr. Kogler an Transparenz gefehlt hat, wie du es genannt hast. Viele waren der Meinung, sie machen den Deckel darüber, lassen sich nicht hineinschauen und es wird irgend etwas gemacht, was nicht in Ordnung wäre und so weiter. Ich glaube, dass es gut ist, dass der Rechnungshof das Rote Kreuz jetzt geprüft hat, dass alle Zahlen transparent sind. Und man muss auch dazusagen, dass es die Focus-Studie gibt und der Landesrechnungshof der Führung des Roten Kreuzes Hausaufgaben mitgegeben hat, die sie zu erfüllen hat, na selbstverständlich! Die öffentliche Hand wird erst dann bereit sein, ausreichend und im gewünschten Ausmaß zu finanzieren, wenn auch die Einsatzorganisation Rotes Kreuz ihre Hausaufgaben macht. Ich glaube aber, dass die Führung des Roten Kreuzes derzeit auf einem guten Weg ist. Auch ich bin der Meinung, wenn wir von Gehältern reden, dass es in der obersten Etage hohe Gehälter gegeben hat, wo es bereits Kürzungen gegeben hat, aber ich meine nicht, weil ich viele Einsatzfahrer hauptberuflich kenne, dass diese gemeint sind, denn die scheinen eher im Vergleich mit anderen Gehältern in einem Ausmaß zu sein, das in keiner Weise als überhöht angesehen werden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb auch ein Problem mit den hohen Kosten vor allem bei den Krankentransporten. Der Notarzt ist ja derzeit beim Rettungsgipfel der Regierung erledigt und finanziert worden und das ist auch gut so, weil sich heute keiner mehr vorstellen kann, dass wir den Notarzt nicht haben. Wir wissen bei vielen akuten Fällen, wo auch die praktischen Ärzte immer weniger ab 18, 19 Uhr am Abend erreichbar sind, weil sie eben frei haben wollen, wird es immer notwendiger, den Notarzt zur Verfügung zu haben und wir haben auch die Verpflichtung als Rotes Kreuz, den Notarzt bei einem Einsatz, wo es sich um größere Unfälle handelt, zu verständigen und es funktioniert auch tadellos. Ich bin sehr froh, dass es hier über die KAGES einen Vertrag gibt, dass die Notärzte zur Verfügung stehen, die Einsatzfahrer sind natürlich zu bezahlen.

Und wir haben deshalb auch Probleme mit der Finanzierung der Krankentransporte, weil es immer weniger Freiwillige gibt, die bereit sind – sie haben natürlich Gründe dafür –, diesen Rot-Kreuz-Dienst zu machen. Wir wissen, dass der berufliche Druck, die Arbeitszeiten, dass sich alles verschoben hat. Wir wissen, dass die Ausbildungsstunden und -tage immer größere Anforderungen an den, der zum Roten Kreuz geht, stellt. Jetzt gibt es viele, die sagen, ich gehe in der Früh in den Betrieb, muss pendeln, komme am Abend um sieben oder acht Uhr oder später nach Hause, wann soll ich einen Roten-Kreuz-Dienst machen, wann soll ich meine Ausbildung machen? Das stellt vor allem im städtischen Bereich, im urbanen Bereich viele Dienststellen des Roten Kreuzes, aber auch andere Dienststellen vor das Problem, dass man immer öfter auf hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen muss. Das bedeutet natürlich, dass die ein Dienstverhältnis haben und bezahlt werden müssen und es aus den Krankentransporten, wo es eine Deckelung gibt, wo die Fahrten zum Teil weniger werden, weil sich viele Ärzte der Taxis bedienen, dass mit den Einkommen oder mit den Mitteln, die durch den Krankentransport bezahlt werden, nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Ich glaube, wir haben ja gemeinsam eine Verantwortung mit den Gemeinden, denn es steht im Rettungsdienstgesetz drinnen, einen flächendeckenden Rettungsdienst zu garantieren. Das Rote Kreuz hat ja mit den Gemeinden einen Vertrag abgeschlossen, dass sie das für die Gemeinden tun. Wir haben natürlich auch dafür zu sorgen – bei aller Transparenz, bei aller Sparsamkeit, die die Rote-Kreuz-Führung an den Tag legen muss –, dass wir dem nachkommen. Denn jeder weiß, wenn er in seinem Verwandten- und Familienbereich liebgewonnene Menschen hat, wenn die Rettung nur fünf Minuten lang aus ist, schaut das aus wie eine halbe Stunde, weil man natürlich Sorge hat, was passiert denn, wenn die Rettung nicht bald kommt, wenn wir nicht zum Arzt und ins Krankenhaus kommen. Ich glaube, wir müssen heute vorsichtig mit Vorwürfen umgehen, wir müssen Transparenz verlangen, die Hausaufgaben müssen gemacht werden, es muss jederzeit einsichtbar sein, was dort passiert. Wie schaut die Personalentwicklung aus, wie geht man mit dem Geld, das man bekommt, um? Natürlich muss der Rechnungshof permanent die Mittel, die das Land einsetzt, auch prüfen und schauen, ist das ordnungsgemäß oder auch zweckentsprechend eingesetzt worden. Dass die Begehrlichkeit des Roten Kreuzes höher ist, weil natürlich die neue Führung Sorge hat, dass sie die Finanzierbarkeit erhält, ist ja durchaus gerechtfertigt, weil ich würde mir keine Führung wünschen, die nicht sagt, jetzt schauen wir, dass wir die Basisfinanzierung haben und dass wir nicht alle Jahre zittern müssen, ob es sich ausgeht.

Wir müssen natürlich auch zugeben, wenn wir uns in anderen Bundesländern anschauen, dass es dort gelungen ist, natürlich Rettungsbeiträge zu erzielen, die doppelt so hoch sind wie unsere. Wenn die dort hinschauen und sagen, wir haben finanzielle Engpässe, ist klar, dass die sagen, schaut einmal die Vergleiche an. Ich bin aber auch nicht der Meinung, dass das Rote Kreuz hergehen soll uns sagen, jetzt macht ein Gesetz, aber bitte schön nicht bis 2005, sondern bis 2009. Das kann es ja wirklich nicht sein. Ich halte auch nichts davon, ich habe das den Verantwortlichen auch gesagt, dass sie sagen, dann kündigen wir die Verträge oder sonst irgendetwas. Auch das entspricht nicht dem Erste-Hilfe-Gedanken. Wenn ich hier den Freiwilligen danke, dann danke ich ihnen deshalb so besonders, weil die sind bei der Rettung oder beim Roten Kreuz, weil sie sich dem Erste-Hilfe-Gedanken verpflichtet fühlen und weil sie um Gottes Lohn täglich ihren Einsatz in einer Einsatzorganisation verrichten. Dieser Zielsetzung des Roten Kreuzes hat auch die Führung des Roten Kreuzes zu entsprechen und da brauche ich keine Drohungen. Daher haben auch der Städte- und Gemeindebund in einer guten Aussprache, aber auch beim Regierungsgipfel gemeint, wir können der Erhöhung des Rettungseuro auf 3,12 Euro bis 2005 zustimmen und die neuen Bürgermeister nach der Gemeinderatswahl 2005 und die neue Führung des Städte- und Gemeindebundes sollten die weiteren Verpflichtungen, die weiteren Verträge über die Euroerhöhung aushandeln.

Wir werden hier kein Präjudiz schaffen und das ist gut so. Daher meine ich, dass wir einen richtigen Weg hier beschritten haben und dass wir damit eine Basis für die nächsten Jahre schaffen, dass das Rote Kreuz, meine Damen und Herren – und das ist ganz wichtig –, die Aufgaben so erfüllen kann, wie sich die steirische Bevölkerung oder die Gemeindebürgerinnen und -bürger das erwarten können, nämlich, wenn sie Hilfe brauchen, dass sie zur Verfügung ist. Und ich bin froh, dass es so viele Idealisten bei den Einsatzorganisationen insgesamt gibt.

Wir haben natürlich auch vereinbart, Kollege List, und du hast es richtig gesagt, am 4. Februar haben wir als Unterausschuss die Spitze des Roten Kreuzes zu uns gebeten. Wir haben ihnen folgende Aufgaben gestellt: Wir haben gesagt, berichtet uns über die Hausaufgaben, die ihr habt, über die Vorschläge der Focus-Studie, über die Vorschläge des Rechnungshofes, wie weit seid ihr im Plan, wie wirkt sich das finanziell aus, was wird künftig notwendig sein und auch, was ist künftig erforderlich, weil es immer wieder heißt, wir haben zu wenig Ausbildungsstellen. Natürlich, aber da gibt es auch Kooperationsmöglichkeiten, hier schweben Projekte vor, die ein Ausmaß haben, wo man nicht weiß, ob man sie finanzieren kann. Wir werden natürlich auch hinterfragen, hat man hier die Möglichkeiten ausgenutzt und die Ausbildung gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr in Lebring oder mit anderen Einrichtungen genutzt, um hier das neue Projekt der Ausbildung etwas billiger zu machen oder andere Möglichkeiten zu suchen?

Insgesamt müssen wir das Ziel haben, dass wir überhaupt zu einer Vernetzung der Einsatzorganisationen – Feuerwehr, Gendarmerie, Bergrettung und andere – kommen, weil ich glaube, dass wir nur dann auch effizient diese Einsatzorganisationen führen können.

In diesem Sinne werden wir natürlich diesem Rettungsdienstgesetz und diesem Ergebnis des Unterausschusses zustimmen und natürlich auch die Empfehlungen des Rettungsgipfels dort berücksichtigen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.03 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dirnberger. Bitte.

Abg. Dirnberger (15.03 Uhr): Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es wurde schon erwähnt der Unterausschuss vom 5. November, wo wirklich sehr sachlich diskutiert wurde. Ich darf auch dazu Stellung nehmen.

Jeder von uns erwartet sich eigentlich, wenn er in eine Notsituation kommt, wie du es auch erwähnt hast, eine möglichst rasche Hilfe. Im Regelfall wird es das Rote Kreuz sein. Jeder von uns, glaube ich, denkt nicht viel darüber nach, sondern es ist selbstverständlich, dass da eigentlich das Rote Kreuz kommen muss und sollte.

Aber es ist nicht selbstverständlich. Es ist nicht selbstverständlich, dass da Menschen Tag und Nacht bereit sind, den anderen zu helfen. Und wenn man so die Zahlen ein bisschen anschaut, dann sind das schon beeindruckende Zahlen. Über 9000 Freiwillige. Du hast es erwähnt, dass es schwieriger geworden ist, Herr Klubobmann. Es ist Faktum, dass zwar die Freiwilligen noch gestiegen sind, aber es ist richtig, dass natürlich für die Freiwilligen das schwieriger wird, am Tag diese Krankentransporte durchzuführen. Es sind über 900 hauptberuflich Beschäftigte, die dann maßgeblich diese Krankentransporte durchführen.

Es werden freiwillig 3,1 Millionen Stunden geleistet, die einen Wert, wenn man es mit 20 Euro bewertet, von 62 Millionen Euro ausmachen. Es sind immerhin über 397.000 Einsätze gewesen im Jahr 2002.

Und wenn man sich mit der Focus-Studie und auch mit der Regierungsvorlage befasst hat, dann weiß man, dass die Finanzierbarkeit für das Rote Kreuz, für ihren Dienst wesentlich schwieriger geworden ist.

Zum einen sind die Einnahmen gesunken, die Krankentransportbeiträge sind gedeckelt und die Ausgaben sind leider gestiegen.

Ich bin auch der Meinung, dass man vielleicht ein bisschen zu spät reagiert hat beim Roten Kreuz. Man hätte sich eigentlich schon intensiver vor einigen Jahren mit dieser Materie oder mit dieser Angelegenheit befassen müssen. Aber das ist nicht der Fall.

In der Zwischenzeit wurde die Focus-Studie erstellt, wo diese Fakten klar hervorgehen. Wir wissen auch, dass es für das Jahr 2002 einen Abgang von 85 Millionen Schilling, also 6,4 Millionen Euro, gibt. Das heißt, hier ist natürlich Handlungsbedarf.

Es wurde auch schon erwähnt, dass Reorganisationsmaßnahmen eingeleitet worden sind, die, so hoffe ich, auch greifen, über Personalsituationen, Einsparung bei Spitzenverdienern, dass es keine Lohnerhöhungen gibt in den nächsten Jahren und dergleichen mehr. Und ein wesentlicher Beitrag wurde auch natürlich am Rettungsgipfel erzielt, wo die Frau Landeshauptmann eingeladen hat, wo auch der Landeshauptmannstellvertreter Voves anwesend war. Es waren natürlich Spitzenbeamte, aber auch die Rot-Kreuz-Spitzenvertreter und die Spitzenrepräsentanten des Gemeindebundes, des Städtebundes dabei. Da hat man ein Ergebnis erzielt, und zwar das, was wir heute beschließen. Es ist der Vorschlag von dort, dass die Erhöhung des Rettungsbeitrages von 2005, also der Rettungsbeitrag, der eigentlich 2005 erst 3,12 Euro betragen hätte, nach 2004 vorgezogen werden soll. Wir haben ja im Jahr 2001 eine Staffelung beschlossen, die jedes Jahr um 6 Schilling eine Erhöhung bedeutet hat oder hätte. Und das wird jetzt auf 2004 vorgezogen.

In der Textierung haben wir gemerkt, wenn es so stehen bleibt, wie dort vorgeschlagen, dann könnte eigentlich die Situation eintreten – was zwar in der Praxis nie sein wird –, dass, wenn kein Beschluss zustande kommt, es nach 2005 überhaupt keinen Rettungsbeitrag in irgendwelcher Höhe geben würde. Dadurch haben wir einen Halbsatz herausgenommen.

Es ist beim Rettungsgipfel weiters vereinbart worden, dass die Kosten der Herz-Lungen-Wiederbelebung nicht aus dem Rettungsbeitrag des Landes entnommen werden – das sind 140.000 Euro. Und über die Anhebung – und das ist heute auch schon mehrmals angeklungen – der Rettungsbeiträge für die Jahre 2006 und 2007 werden die Verhandlungen im Jahre 2005 geführt. Dann gibt es noch eine weitere Vereinbarung bezüglich bodengebundenen Notarztrettungsdienst, den Folgeauftrag der Focus-Studie. Auch wurde vereinbart, dass ein Vertrag abgeschlossen wird zwischen dem Roten Kreuz, Landesverband Steiermark, dem Gemeinde-, Städtebund und selbstverständlich natürlich auch dem Land Steiermark.

Ich glaube und ich möchte jetzt zurückgehen auf die Anhebung des Rettungsbeitrages für die Gemeinden, dass es schon Verständnis dafür gibt, nur muss das Rote Kreuz natürlich, wie es heute da auch angeklungen ist, in Zukunft zumindest die Transparenz beibehalten, die es jetzt in den letzten Wochen und Monaten wirklich getätigt hat. Es ist früher äußerst schwierig gewesen, dass man auf einzelne Zahlen Zugriff bekommen hätte. Jetzt in den letzten Wochen sind wir von Informationen überflutet worden. Ich zumindest und ich glaube viele hier im Raum werden jede Menge Papiere bekommen haben, wie die Situation ist, dass eigentlich die Alarmglocken läuten und dass wir wirklich ernsthaft die Finanzierung verbessern müssen.

Wenn aber auch immer wieder durchklingt, dass die Gemeinden in der Steiermark und auch das Land Steiermark eigentlich an letzter Stelle liegen bei der Finanzierung des Roten Kreuzes, dann, glaube ich, ist das nicht ganz richtig. Was hier immer wieder vergessen wird – und das weiß ich aus meinem Bezirk –, wenn zum Beispiel ein Ankauf von Rettungsautos stattfindet, dann sind es maßgeblich die Gemeinden, die mitfinanzieren. Ich weiß das von meinem Bezirk. Wir haben drei Autos bekommen im heurigen Jahr. Eines ist aus dem Budget finanziert worden und zwei haben die Gemeinden finanziert. Wir haben da einen Projektfonds vor einigen Jahren eingeführt, wo die Gemeinden 3 Euro pro Einwohner einzahlen und aus diesem Topf Projektfonds finanzieren wir auch zwei Rettungsautos, eines im heurigen Jahr, eines im nächsten Jahr.

Das Gleiche gilt auch für die Dienststellen. Auch hier, glaube ich, sind die Gemeinden maßgeblich bei der Finanzierung dieser Dienststellen mit dabei, wenn sie ausgebaut, verbessert werden, was ja unbedingt notwendig ist, weil die müssen auch auf einem zeitgemäßen Standard gehalten werden.

Ich glaube, dass wir sehr genau schauen müssen, und wir haben ja auch im Unterausschuss vereinbart, dass die Gemeinden diese Mehrleistungen, die getätigt werden, die über den gesetzlich vorgeschriebenen Rettungsbeitrag hinausgehen, dass die erhoben werden, dass wir dann aber auch schauen müssen, wie liegen die einzelnen Bezirke. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass einzelne Bezirke – ich weiß es von meinem, wir sind in den schwarzen Zahlen, zwar knapp, aber doch, und bei anderen weiß ich es wieder, dass sie tief in den roten Zahlen sind – und natürlich werden die einzelnen Gemeinden sich wehren, wenn ich jetzt einen Bezirk habe, wo ich dafür Sorge trage, dass diese Rot-Kreuz-Organisation in den schwarzen Zahlen ist, durch Mehrleistungen, und in anderen Regionen vielleicht weniger getätigt wird, dann wird dies sicher verstärkt zu Diskussionen führen.

Wir werden am 3. Februar – so haben wir es vereinbart – eine weitere Unterausschusssitzung haben, wo auch die Vertreter des Roten Kreuzes eingeladen sind, ihre Situation nochmals darzustellen, vor allem wie sie sich vorstellen, dass es weitergeht. Wie sie es sich vorstellen, wissen wir zum Teil schon, weil sie haben ja schon Wünsche angemeldet, dass der Rettungsbeitrag für 2006, 2007, 2008 und 2009 jeweils um weitere 6 Schilling steigen soll. Dann sind wir bei 67 Schilling, das sind zirka 5 Euro. Das wäre die Wunschvorstellung. Es wird noch einige Diskussionen geben, ich möchte da jetzt nicht näher darauf eingehen, weil das schon erwähnt wurde, zum Beispiel Ausbildungszentrum Laubegg und dergleichen. In Summe glaube ich, dass wir alle angehalten sind, sehr sachlich zu diskutieren, nicht in der Öffentlichkeit und es dem Roten Kreuz nur dienlich ist, wenn es nicht in die Schlagzeilen kommt und es vor allem die vielen Ehrenamtlichen nicht verdient haben, wenn sie dann, wie es in den letzten Monaten passiert ist, in Gasthäusern und so weiter angesprochen werden und gesagt wird, ja, was ist denn los bei euch, was habt ihr denn beinander? Der Ehrenamtliche investiert, stellt der Allgemeinheit, der Bevölkerung seine Stunden zur Verfügung, tätigt dort freiwilligen Dienst und muss sich dann mehr oder minder

noch in der Öffentlichkeit anpöbeln lassen. Daher, glaube ich, sind wir angehalten, hier mit dem Roten Kreuz gemeinsam – natürlich ist die Transparenz gefordert – zu versuchen, einen gangbaren Weg zu finden, damit die Finanzierbarkeit gegeben ist.

Wir haben ja an sich ein sehr ehrgeiziges Ziel, dass innerhalb von fünfzehn Minuten in der ganzen Steiermark erste Hilfe vorhanden sein soll. Das ist nicht immer ganz leicht, das ist mir sehr wohl bewusst. Aber ich glaube, wir sollten diesen Weg beibehalten und ich darf auch hier allen, die im Unterausschuss mitgearbeitet haben, danken für die sachliche Mitarbeit, aber vor allem den Menschen draußen, die ehrenamtlich, aber auch hauptberuflich Dienst tun für das Rote Kreuz und wenn sie für das Rote Kreuz eintreten, treten sie natürlich für uns Mitmenschen ein.

Ein recht herzliches Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.14 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (15.14 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist vieles angesprochen worden, ich möchte mich nur sehr, sehr herzlich bedanken. Herr Kollege Voves und ich haben gemeinsam beim zweiten Rettungsgipfel mit Gemeinde- und Städtebund eine Grundsatzvereinbarung, vorbehaltlich der Zustimmung der Verhandlungsparteien und vor allem des Steiermärkischen Landtages, gefasst. Diese Entscheidung ist heute gefallen. Ich kann selbstverständlich das, was angesprochen worden ist, in weiten Bereichen unterstützen, sage aber auch sehr bewusst dazu, es ist natürlich verlockend zu sagen, ich trenne Kranken- und Rettungstransport, aber irgendwo muss ich, wenn ich die Sicherheit des Schwerkranken- und Verunfalltentransportes gewährleisten will, muss ich auch so etwas wie die Sicherheit von Einnahmen auf der anderen Seite sehen. Aber es wird ein Gutes sein, wenn wir gemeinsam diese Gespräche mit Einsatzorganisationen weiterführen. Prüfen kann der Landesrechnungshof beziehungsweise die Abteilung nur die Größenordnung Landessubvention, das andere ist in der Autorität und in der Verantwortung der Einsatzorganisation. Aber in Zusammenarbeit und auch im Zusammenhang mit dem Thema, das wir heute noch haben werden, nämlich sichere Steiermark und Sicherheit, ist es ganz sicher wichtig gewesen, die Reorganisationsmaßnahmen vorzubereiten, Focus-Bericht, Rechnungshofdiskussion in den Landtagsklubs, Diskussion im Ausschuss und auch heute hier. Ich bin überzeugt, die Menschen draußen spüren, dass wir in schwierigen Situationen auch Entscheidungen treffen können, die in der Zukunft die Absicherung und die Sicherung von Rettungstransporten in schwierigsten Situationen gewährleisten. Herzlichen Dank für die Unterstützung! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.15 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest, womit wir zu Tagesordnungspunkt 19 kommen.

19. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1295/2, zum Beschluss Nr. 991 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kasic und Bittmann, betreffend Einrichtung einer Schlichtungskommission.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (15.16 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen über eine Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung berichten zum Entschließungsantrag betreffend Einrichtung einer Schlichtungskommission. Hier hat der Landtag am 25. März den Beschluss gefasst, die Landesregierung um Prüfung zu ersuchen, ob es sinnvoll erscheint, eine Schlichtungskommission oder ein verpflichtendes Vorverfahren zur Entlastung des UVS im vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren einzurichten. Dazu ist eine umfangreiche Stellungnahme der Landesregierung vorgelegt worden, die sie alle vor sich haben, mit einem wesentlichen Inhalt. Angesichts des geringen Bedarfs auf Bundesebene, verbunden mit einer Abwägung der Kosten und der Erfolgchancen einer freiwilligen Schlichtungseinrichtung kommt die Steiermärkische Landesregierung zu dem Ergebnis, dass es nach derzeitigem Stand nicht sinnvoll ist, eine derartige Einrichtung zu schaffen und das Steiermärkische Vergabenachprüfungsgesetz dahin gehend zu novellieren.

Es wird daher folgender Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 991 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kasic und Bittmann, betreffend Einrichtung einer Schlichtungskommission, wird zur Kenntnis genommen. (15.17 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen bitte. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest, womit wir zum Tagesordnungspunkt 20 gelangen.

20. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1494/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Margarethe Gruber und Schrittwieser, betreffend Verhinderung von Preiserhöhungen durch die Einführung der Lkw-Maut.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (15.18 Uhr): Ich berichte über die Einl.-Zahl 1494/1 der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Margarethe Gruber und Schrittwieser, betreffend Verhinderung von Preiserhöhungen durch die Einführung der Lkw-Maut.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 4. November 2003 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt. Bei der Abstimmung am 4. November 2003 wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 1494/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Margarethe Gruber und Schrittwieser, betreffend Verhinderung von Preiserhöhungen durch die Einführung der Lkw-Maut, wird zur Kenntnis genommen. (15.18 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir haben zahlreiche Wortmeldungen. Erste Wortmeldung Frau Dr. Bachmaier-Geltewa. Sie sind am Wort, Frau Abgeordnete.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten!

Zu diesem Antrag unserer Fraktion möchte ich Folgendes anmerken. Es ist für uns vollkommen unverständlich, dass die ÖVP und die FPÖ im Ausschuss gegen diesen Antrag gestimmt haben, deshalb werden wir auch diesem negativen Ausschussbericht nicht zustimmen und möchte ich folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, den ich folgendermaßen begründe:

Schon Monate vor Einführung der Lkw-Maut haben Unternehmen begonnen Preiserhöhungen anzukündigen und dabei der Lkw-Maut, die mit 1. Jänner 2004 in Kraft tritt, die Schuld zu geben. Diese angekündigten Preiserhöhungen sind in keiner Weise mit dieser Lkw-Maut begründbar. Das bewies auch die Arbeiterkammer, die entsprechende Berechnungen angeführt hat, und zwar haben die Transportkosten im Einzelhandel in der Wirtschaftsklasse Nahrungsmittel nur einen Anteil von 2,2 Prozent und daraus ergaben sich Verteuerungsraten bei den Endverbraucherpreisen von 0,04 bis 0,14 Prozent, was zum Beispiel bei einer Berechnung von Jogurt mit den längsten Transportwegen und mit den höchsten Mautklassen bei voller Überwälzung auf die Konsumentenpreise lediglich eine Verteuerung von unter 0,1 Prozent bedeuten würde.

Wir haben auch ein Beispiel in der Schweiz, wo es durch die Erhöhung der Maut, die 13 bis 72 Prozent höher ist als in Österreich, zu keiner Teuerungswelle gekommen ist. Noch dazu kommt es, dass in Österreich, im Unterschied zur Schweiz, nur das hochrangige Straßennetz bemaute wird.

Jüngste Berechnungen der Wegekosten in Österreich zeigen, dass der Lkw die von ihm verursachten Kosten am Gesamtstraßennetz nur zu 39 Prozent abdeckt und daher weiterhin die Pkw-Fahrer mit ihren Steuern, Abgaben und Vignetten – und die Vignette ist, wenn Sie sich noch erinnern, als diese Regierung angetreten ist, gleich um 100 Prozent teurer geworden – den Hauptteil der Finanzlast im Straßenverkehr tragen. Laut Daten des Verkehrsclubs Österreichs kostet jedem österreichischen Konsumenten, jeder österreichischen Konsumentin nach Einführung der Lkw-Maut die fehlende Kostenwahrheit im Verkehr noch immer 358 Euro pro Jahr und verursacht der Lkw-Verkehr jährlich um 3,5 Milliarden Euro höhere Kosten für die Allgemeinheit, als über Maut und Steuern bezahlt wird.

Das Verhalten von ÖVP und FPÖ, gegen die Ablehnung von Preiserhöhungen durch diese Maut zu sein, lässt also nur den Schluss zu, dass sie diese Preiserhöhungen für gut heißen. Und das ist eigentlich wieder entlarvend für den Widerspruch zu einer angeblichen Familienpolitik, wie die ÖVP immer behauptet, es zu machen. Wen trifft es? Die finanzschwächeren Familien, die Konsumenten. Und die F sagen immer, sie sind für den kleinen Mann da und die kleine Frau vielleicht auch, weiß ich nicht. Wo kümmern Sie sich da um den kleinen Mann, wenn Sie da einfach sagen, offensichtlich, das ist Ihnen egal, dass hier eine Preiserhöhung für die Konsumenten eintritt? Das ist eigentlich in Wirklichkeit alles entgegen Ihren Äußerungen, die Sie immer wieder tätigen.

Ich meine doch – und ich weiß es nicht, Sie hätten jetzt Gelegenheit, dazu etwas zu sagen, Sie könnten ja theoretisch unserem Unselbstständigen Entschließungsantrag noch immer beitreten, wenn Sie das wollen –, ich meine doch, das verhindert werden müsste, das die steirischen Konsumentinnen und Konsumenten von diesen ungerechtfertigten Preiserhöhungen betroffen sind.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens in Gesprächen mit der Wirtschaftskammer, der Landwirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung und den weiteren betroffenen Interessenvertretungen zu erreichen, dass die Unternehmen die Einführung der Lkw-Maut ab 1. Jänner 2004 nicht dazu benützen, unter diesem Vorwand die Konsumenten und Konsumentinnen mit ungerechtfertigten Preiserhöhungen zu belasten – (Abg. Tasch: „Wo sollst es sonst hereinbringen?“) Ja, entschuldige, das ist ja das Einfachste, die Kosten immer auf

den Letztverbraucher zu überwälzen. Kann man sich da nicht etwas Besseres einfallen lassen? (Abg. Bittmann: „Wer soll sonst zahlen?“) Ja, Entschuldigung bitte, brauchen wir die teuren Eurofighter um 2 Milliarden, frage ich mich. Das ist sehr viel Geld.

Schauen wir uns einmal die Gewinn- und Vermögensbesteuerung an. Da sind wir in Österreich weit unter dem EU-Durchschnitt. Wenn wir die auf den EU-Durchschnitt anheben würden, dann hätten wir nie ein Budgetdefizit gehabt, sondern einen Überschuss von einigen Milliarden. Sagen Sie das einmal Ihren Ministern in Wien und Ihrer Regierung und vielleicht einmal dem Herrn Bundeskanzler. (Beifall bei der SPÖ.)

Also gut, eure Ahnung von Wirtschaft ist die, dass ihr die Wirtschaftstreibenden und die Unternehmen unterstützt und auf die kleinen Leute überhaupt nicht schaut. Das ist die Wahrheit. Das müsst ihr auch zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Antrag steht:

Zweitens: Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung möge an die Bundesregierung herantreten, damit diese ebenfalls entsprechende Schritte setzt.

Wie gesagt, darüber haben wir eben gesprochen. Wenn ihr unserer Meinung jetzt doch noch seid, was uns sehr freuen würde, dann bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall bei der SPÖ. – 15.25 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Gruber.

Abg. Margarethe Gruber (15.25 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich kann nur unterstreichen, was die Frau Dr. Bachmaier-Geltewa gesagt hat, unter anderem, weil wir in meiner Firma das Problem haben, zurzeit noch nicht kalkulieren zu können, weil wir mit bis zu 25-prozentiger Erhöhung der Frachtkosten konfrontiert sind.

Dieser Antrag, der von uns eingebracht wurde, hat nichts anderes bedeutet, als was der Herr Bundeskanzler immer sagt, gesprächsbereit zu sein.

Wir haben gebeten, wir haben aufgefordert, mit den Stellen zu sprechen, einfach ein gewisses Mindestmaß und eine Toleranzhöhe zu finden, dass nicht alles umgewälzt wird auf den Konsumenten, sondern mit Maß und Ziel diese Erhöhung durchgeführt wird, und nichts anderes. Und da bitte ich auch Sie um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ. – 15.26 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic.

Abg. Kasic (15.27 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Herren auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Allein die Fragestellung meiner beiden Vorrednerinnen hat ja schon gezeigt, in welche Richtung sie tendieren, nämlich dass sie sozusagen wieder versuchen, in einem alten klassenkämpferischen Denken irgendwelche Keile hineinzutreiben. Sie mögen schon dazu lachen, aber wissen Sie, wir von der ÖVP – und ich hoffe auch noch andere Parteien in diesem Landtag – brauchen von Ihnen keine Aufforderung, ob wir mit irgendjemandem reden wollen oder sollen, wie es die Frau Gruber gesagt hat. Wir reden ununterbrochen und ständig mit den Leuten. (Abg. Gross: „Ich glaube, Sie haben nicht genau zugehört, was sie gesagt hat!“) Und wir wissen auch, wovon wir reden, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Gross: „Herr Abgeordneter, Sie sollten genau zuhören!“) Ich höre genau zu, keine Sorge.

Wir reden jedenfalls ununterbrochen und sind gesprächsbereit. Dazu brauchen wir keine Aufforderungen.

Aber was wir brauchen, sind Taten, meine Damen und Herren. Und dazu werden wir auch einen Entschließungsantrag gemäß Paragraf 51 noch einbringen. Aber lassen Sie mich zuerst noch etwas sagen.

Meine Damen und Herren, wir haben durch die Einführung des Roadpricing, aber vor allem durch die Sondermauten, durch eine Doppelmaut, in diesem Lande enorme Wettbewerbsnachteile.

Wenn Sie sich nämlich diese Arbeiterkammerstudie angeschaut haben, die nicht auf die Steiermark Rücksicht genommen hat, die ein Wiener Beispiel war, die von der Arbeiterkammer Wien entwickelt wurde, wo etwa auf diese Sondermauten, die ein steirisches, Kärntner und Salzburger Problem sind – Tauernautobahn, Brenner gehören auch dazu –, nicht eingegangen wurde, und Sie agieren also wieder mit irgendwelchen halben Zahlen, so ist festzustellen, dass wir in der Steiermark eine ganz enorme hohe Mautbelastung haben. Und diese Mautbelastung, meine Damen und Herren, muss selbstverständlich die Wirtschaft – und wir bekennen uns zu dieser Wirtschaft und wir sagen auch ja zur Unterstützung dieser Wirtschaft – in irgendeiner Form finanzieren.

Ich bin aber vollkommen – und da bin ich sicherlich nicht allein in diesem Saal – bei Ihnen, dass nicht alles umgewälzt und abgewälzt werden kann. Aber wir müssen in einer korrekten Kalkulation auch die Preise anpassen.

Wenn ich Ihnen sage, dass etwa die Mautkosten im internationalen Vergleich in Österreich die höchsten sind, pro gefahrenem Kilometer für den vierachsigen Lkw in Europa zahlen Sie in Österreich 0,27 Euro, in Spanien 0,15 Euro, in Frankreich 0,15 Euro, in Deutschland 0,12 Euro und in Italien 0,10 Euro, meine Damen und Herren, allein diese Tatsache dieses hohen Roadpricing zeigt bereits, welchen Wettbewerbsnachteil wir im internationalen Vergleich haben. Meine Damen und Herren, wir lassen aber auch gerne noch mit uns reden.

Aber was uns immer stört, ist Ihr furchtbarer Wortlaut in der Antragstellung. Sie schreiben hier von Schröpfungsfaktionen der Unternehmungen und Sonstiges. Sie pauschalisieren und diskriminieren eine Berufsgruppe, wo wir glauben, dass das nicht korrekt ist.

Und zum Zweiten ist Ihr Antrag – ich sage es einmal – so eine Wischiwaschi-Geschichte, na redet halt mit den Leuten.

Wir wollen haben, dass wir etwas erreichen und daher darf ich folgenden Entschließungsantrag der Abgeordneten Kasic, Gangl, Bittmann und Straßberger einbringen.

Die Einführung der Lkw-Maut bringt enorme Mehrkosten für das Transportgewerbe. Dazu kommt die für die Steiermark unerträgliche Situation, dass zur vorgesehenen Bemaßung noch die Sondermauten im Gleinalm- und Bosrucktunnel kommen. Für diese Strecken sind stolze 1,36 Euro im Bosruck- und 0,80 Euro im Gleinalmtunnel pro Kilometer zu berappen. Die Fahrt von Graz nach Deutschland verteuert sich demnach gegenüber der derzeitigen Situation um rund 40 Prozent.

Allein Magna Steyr rechnet mit Mehrkosten durch die Lkw-Maut in der Höhe von 13,7 Millionen Euro, wovon allein 3,5 Millionen Euro allein auf die Sondermauten für Transporte auf der Pyhrnstrecke entfallen.

Darüber hinaus gibt es aber die oststeirische Tischlerei KAPO, die diese Abgabenlasten nicht mehr tragen kann.

Um die steirischen Betriebe gegenüber jenen aus anderen Bundesländern nicht zu benachteiligen, muss alles darangesetzt werden, dass die Sondermaut für Gleinalm und Bosruck entlang der A 9 Pyhrnautobahn ersatzlos gestrichen wird.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem dringenden Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, dass nach Einführung der Lkw-Maut im Jahre 2004 die Sondermaut für die A 9 Pyhrnautobahn (Gleinalm und Bosruck) ersatzlos gestrichen wird.

Funktionieren tut das ganz einfach über eine Änderung der Mauttarifverordnung. Es ist lediglich die Zustimmung von Vizekanzler Gorbach und von Finanzminister Grassler notwendig. Wenn Sie so, wie Sie es jetzt gesagt haben, für den kleinen Mann sind so wie wir, dann werden Sie unserem Entschließungsantrag auch zustimmen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 15.32 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Lafer. Herr Abgeordneter bitte, nach Ihnen Hagenauer.

Abg. Lafer (15.32 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Auf den Inhalt des Antrages möchte ich gar nicht mehr eingehen, hier hat Kollege Kasic schon gesagt, die Begründung allein ist schon sagenhaft. Ich möchte das nicht wiederholen. Vielleicht kann man das auch mit sehr einfachen Worten einmal anders formulieren, und zwar, was die Verkehrspolitik der SPÖ überhaupt grundsätzlich betrifft. Ich stelle mir das immer so vor, dass man sagt, ich will zumindest eine zweispurige Straße haben oder eine vierspurige Autobahn, die Tunnelröhren müssen doppelt sein, sie müssen aber direkt vor meiner Haustüre vorbeiführen, nur, es darf darauf keiner fahren, denn es ist mir auf der einen Seite zu laut, auf der anderen Seite stinkt es mir zu viel, das heißt, ich leide darunter. Diese Politik in Fragen der Infrastruktur von Ihnen ist überhaupt nicht nachvollziehbar und auch nicht zu verstehen. Deshalb ist jener Antrag, den Sie hier gestellt haben, auch grundsätzlich abzulehnen. Denn – und hier kommt schon der leichte Vorwurf der Wirtschaftskammer – wenn man sich jene Geschichte genauer betrachtet, dann sind diese Berechnungen, wie immer sie auch gekommen sind, nicht nachvollziehbar. Was ist der wahre Hintergrund des Roadpricings, das kommen wird? Es entfällt die Vignettenpflicht für Lkw von 3,5 Tonnen bis 12 Tonnen, das sind 75 Millionen Euro weniger. Die Straßenbenützungsgeldabgabe für Lkw über 12 Tonnen entfällt, ein Minus von 70 bis 80 Millionen Euro. Die Kfz-Steuererhöhung aus dem Jahr 2001 wird reduziert, ein Minus von 60 Millionen Euro. Das heißt, die von der Wirtschaftskammer kolportierten 600 Millionen Euro Belastung sind insofern falsch, weil man von dieser die eben angeführten Summen abrechnen muss, verbleiben 400 Millionen Euro. Auf diese entfallen dann noch 140 Millionen Euro auf ausländische Frächter. Das heißt, von diesen Mehrkosten, die dadurch entstehen, entfallen lediglich 35 Prozent auf die Frächter, der Rest entfällt auf den Handel.

Speziell zur Sondermaut, meine Damen und Herren, ein totaler Entfall der Sondermaut würde 250 Millionen Euro ausmachen. Um diese Kosten irgendwie auch nur entsprechend zu verteilen, wäre es nach Ihren Anträgen notwendig, dass der Vignettenpreis um 58 Prozent erhöht werden müsste. Das bedeutet von derzeit 72 Euro auf 115 Euro und dass zum anderen, was ja die Einnahmen aus diesen Bereichen sind, speziell in der Steiermark wesentlich weniger Straßenbau betrieben werden könnte, und zwar im Bereich der S 6, der S 35, der B 317 und auch, geschätzte Damen und Herren, der Lärmschutz könnte diesen Anforderungen in der Form, wie er zurzeit gebaut wird, nicht mehr nachkommen. Gerade unter diesem Aspekt – und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel hat ja heute schon angeführt in Bezug auf die Wegkostenrichtlinie, die wir ja dringend einfordern und verlangen, damit wir auch in dieser Frage hier eindeutig tätig werden können, fehlt uns noch die Wegkostenrichtlinie der EU.

Deshalb ist derzeit auch für keinen der beiden Anträge aus Freiheitlicher Sicht die Zustimmung möglich, weil wir speziell hier in der Steiermark jene Bauvorhaben, die wir im Bereich der Infrastruktur geplant haben und die auch durch diese Maßnahmen finanziert sind, nicht mehr umsetzen könnten. Ich habe Ihnen vorher schon gesagt, man muss auch die Vorteile eines Roadpricings sehen, denn es kommt immer auf das Verursacherprinzip an. Dieses Roadpricing richtet sich dahin gehend aus, indem man sagt, der hier wesentlich mehr verursacht, sollte auch die Kosten tragen. Sie wissen ganz genau, von welcher Seite hier es tatsächlich zu gewaltigen Belastungen in Bezug auf die Fahrbahn, in Bezug auf die Luftverschmutzung und so weiter kommt.

Der zweite Punkt ist, dass die Frächter hier einmal aufgefordert sind, auch ihre Logistik zu überdenken, denn derzeit fahren vier von zehn Lkws auf der Straße leer, das sind 900 Millionen gefahrene Kilometer. Hier könnte man einiges einsparen, was derzeit sicherlich möglich ist.

Ein weiterer Punkt ist natürlich auch, dass man sich überlegt, dass man speziell den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert. Hier gibt es noch eine Menge Hausaufgaben zu erledigen und die Bundesregierung, aber auch der zuständige Verkehrslandesrat sind dabei diese Dinge umzusetzen, damit hier auch die nötigen und entsprechenden Schritte umgesetzt werden können. Und was noch dazukommt, aus den Einnahmen der Sondermautstrecken könnten die zweiten Tunnelröhren Bosruck und Gleinalm gemacht werden. Das ist auch eine Aussage, die Herr Vizekanzler Gorbach im „Standard“ am 23. März 2003 getätigt hat. Es besteht eine Zweckbindung der Mauteinnahmen an das hochrangige Straßennetz, was wiederum aus dieser Perspektive betrachtet zusätzliche 5700 Arbeitskräfte bringen würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird in dieser Frage von unserem zuständigen Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögggl, der hier mit Sicherheit einer der besten Fachleute ist, weiter verhandelt werden. Und es werden auch, nachdem die EU endgültig einmal ihre Entscheidungen getroffen hat, im Bereich der Infrastruktur jene Maßnahmen umgesetzt, die nötig sind, die dazu dienen, eine Erleichterung für die Bevölkerung, aber auch eine Erleichterung für den Fahrzeugverkehr zu bringen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.38 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer bitte.

Abg. Hagenauer (15.38 Uhr): Herr Kollege Kasic, Sie haben uns eindrucksvoll geschildert, dass die steirische Wirtschaft auf der Pyhrntrasse – und um die geht es ja beim Gleinalm- und Bosrucktunnel – kostenmäßig belastet wird. Eben diese Wirtschaft sagt auch, völlig zu Recht, dass sie mit Einführung der Lkw-Maut, davon reden wir ja jetzt, durch die Doppelbelastung finanzielle Folgen zu tragen hat und sie gar nicht in der Lage sind, auf die Schiene umzusteigen, obwohl sie das gerne möchten und nicht zuletzt aus Kostengründen, eben wegen dieser Doppelbelastung, die hier die ÖVP anspricht. Was lernen wir daraus? Die ÖVP hätte eigentlich seit Jahren und Jahrzehnten dafür sorgen müssen, dass eben diese Pyhrntrasse auf der Schiene ausgebaut wird, dass die Pyhrneisenbahn ausgebaut wird. Und was ist der Erfolg? Praktisch null. Von Graz Richtung Passau ist die Bahn über weite Strecken in dem Zustand wie vor 100 Jahren. (Abg. Riebenbauer: „Dem werden wir nachgehen!“) Ja, wie vor 100 Jahren, Herr Kollege, genau so. So alt ist sie nämlich. Eine Studie, die nicht zuletzt von der steirischen Wirtschaft beziehungsweise von der Industriellenvereinigung durchgeführt wurde, hat ergeben, dass man mit relativ wenigen Mitteln die Leistung dieser Bahn wesentlich erhöhen könnte und trotzdem hat es die steirische Landespolitik nicht zustande gebracht, dass wenigstens diese bescheidenen Ausbaumaßnahmen im Generalverkehrsplan verankert worden wären. Das heißt, bitte zurück, zurück an den Absender, bevor Sie hier Appelle richten an wen immer, gehen Sie zu Ihren eigenen Verantwortlichen im Land, gehen Sie zu Ihren Bundesregierungsgliedern und schauen Sie, dass Sie dort den Ausbau der Pyhrneisenbahn zustande bringen und dann kommen Sie wieder. (Beifall bei den Grünen. – 15.40 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bittmann bitte. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort, die Zeit läuft.

Abg. Bittmann (15.40 Uhr): Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier, wem ist denn dieser Antrag eingefallen bei euch in der Partei? Wer war das? Die Frau Gruber, der Herr Schrittwieser, die Frau Bachmaier? (Abg. Gross: „Ist die Wortmeldung ein Kabarettbeitrag?“)

Wenn ich jetzt für die Herren Vitásek oder Hader oder Resetarits arbeiten würde, dann wäre ich ja froh, weil das ist Kabarett, was Sie da machen. Das kommt mir so vor, wie wenn Sie die steirischen Ärzte auffordern, mit ihren Patienten zu reden, nicht krank zu werden. Ungefähr so scheint mir dieser Antrag zu sein.

Frau Dr. Bachmaier, wie lange sind Sie schon unternehmerisch tätig? Waren Sie schon einmal Unternehmerin? Haben Sie ein Unternehmen geleitet? Haben Sie schon einmal eigenverantwortlich Löhne und Gehälter ausbezahlt? (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Reden Sie mit der Industriellenvereinigung!“)

Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen, man soll mit der Industriellenvereinigung reden. Was glauben Sie, wie das funktioniert? Die Industriellenvereinigung geht dann zur Firma Magna und schreibt der Firma Magna vor, wie sie zu kalkulieren hat, wie sie ihre Kosten zu berechnen hat? Wie stellen Sie sich das vor? Sie haben keine Ahnung, muss ich Ihnen leider sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Und wie wollen Sie in Ihrer geistigen Ahnungslosigkeit beurteilen, wer eine Ahnung hat oder nicht?“)

Es ist dieser Antrag an Lächerlichkeit nicht zu überbieten.

Wie wollen Sie denn einem Unternehmer und einer Unternehmung vorschreiben, wie er zu kalkulieren hat? Wenn er zu nieder kalkuliert, geht er ein. Wenn er zu hoch kalkuliert, dann wird er nichts verkaufen. Das heißt, der Markt regelt das ja für sich selbst. Ist Ihnen das nicht klar? Der Markt muss das selbst regeln. Der freie Markt, die freie Marktwirtschaft ist ja – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Versuchen Sie das mit dem Kopf zu lösen!“) Herr Kollege, wenn Sie etwas zur Wirtschaft zu sagen haben, dann melden Sie sich auch zu Wort. Das können Sie ja gerne machen. (Präsident: „Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort. Ich bitte, fortzusetzen!“)

Wenn Sie, Herr Dipl.-Ing. Grabner, was zu sagen haben zur Wirtschaft, dann melden Sie sich. Aber bitte reden Sie nicht so einen Blödsinn wie Ihre Vorrednerin. (Abg. Kaufmann: „Das ist eine Frechheit. So eine Bemerkung können Sie sich ersparen!“) Ihr Antrag ist lächerlich und entbehrt jeder wirtschaftlichen Vernunft und Verantwortung. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.44 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, bitte, bei Ihren Ausführungen die Wortwahl entsprechend zu selektionieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Bitte, meine Damen und Herren, Handzeichen, wenn Sie zustimmen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Streichung der Doppelmaut, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Verhinderung von Preiserhöhungen durch die Einführung der Lkw-Maut, ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 1315/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Überprüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (15.45 Uhr): Zum Antrag, Einl.-Zahl 1315/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Zitz, betreffend Überprüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung, hat der Ausschuss für Kontrolle am 20. Mai und 4. November 2003 Beratungen durchgeführt.

In der Abstimmung am 4. November fand der gegenständliche Antrag keine Mehrheit. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (15.46 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort, bitte.

Abg. Hagenauer (15.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir hatten heute beim ersten Tagesordnungspunkt in der Aktuellen Stunde bereits die Gelegenheit, uns über steirisches Brauchtum ausdrücklich und ausführlich zu unterhalten.

Hier handelt es sich um einen ganz ähnlich gelagerten Fall. Und während heute in der Früh noch beim Thema Ortserneuerung-Sonderförderung, wobei, wie wir dann erfahren durften, das viel mehr Sonder als Ort war, hat man inzwischen an mich einen Antrag gestellt vom zuständigen Regierungsmitglied Seitinger, dass der Landesrechnungshof eingeschaltet werden solle in dieser Geschichte. Obwohl man noch heute Früh nicht müde geworden ist – Sie werden sich noch erinnern, nach den wenigen Stunden – zu beteuern, dass a) sowieso alles beinah geprüft wurde und b) ohnehin alles gesetzlich ist und sowieso und überhaupt, hat man einen Antrag gestellt auf Prüfung durch den Rechnungshof. Was lernen wir daraus? Wir sollten nachdenken darüber, warum hier bei der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung, eben für diesen Antrag auf Einsetzung des Landesrechnungshofes beziehungsweise Prüfung durch den Rechnungshof, kein Wohlwollen der beiden großen Parteien im Lande herrscht. (Abg. Majcen: „Es ist alles klar!“) Der Herr Kollege Majcen sagt, es sei hier alles klar. Ja, Herr Kollege Majcen, warum denn, wie gesagt, bei der Ortserneuerung? Ist dort nichts klar? (Abg. Majcen: „Auch alles klar!“) Auch alles klar, aha. Wenn aber bei beiden Fällen alles klar ist, warum dann einmal die Zustimmung zum Rechnungshof und einmal nicht?

Der Herr Abgeordnete Hagenauer macht sich also seine Gedanken, warum das so ist. Es gibt nicht sehr viele Möglichkeiten – ich will Sie da gar nicht auf die Folter spannen –, hier merkt man, wo es wirklich zur Sache geht. Hier merkt man, wo man wirklich den politischen Nerv nach wie vor im Lande trifft. Die Öffentlichkeitsarbeit und die Art und Weise, nicht nur von der Summe, sondern wie hier vorgegangen wird, das trifft nun einmal den Kern der Sache und da brauchen wir keinen Rechnungshof und da brauchen wir keine Kontrolle, sondern da wird, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, nach dem alten bewährten Prinzip vorgegangen, eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 15.49 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter List. Bitte.

Abg. List (15.49 Uhr): Danke! Herr Präsident, meine geschätzten Herren Landeshauptmannstellvertreter, wertere Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Ich darf mich hier aus freiheitlicher Sicht mit der sonderbaren Geschichte eines Antrages, der sich mit der Prüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Regierungsmitglieder befasst, kurz beschäftigen.

Als uns dieser Antrag zum ersten Mal aufs Tablett gebracht wurde, haben wir ihn selbstverständlich mit unserem zuständigen Regierungsmitglied, mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, besprochen. Wir haben darüber diskutiert.

Das Ergebnis war, dass die Öffentlichkeitsarbeit im Ressort Schögggl entsprechend den gültigen Richtlinien korrekt, ich betone hier korrekt, abgewickelt wird! Deshalb hat unser Landeshauptmannstellvertreter auch um Zustimmung ersucht, um die Zustimmung des Klubs. Diese Vorgangsweise soll dann auch dementsprechend in den Gremien – im Unterausschuss und im Kontroll-Ausschuss und ebenfalls hier im Landtag – vertreten werden.

Kontrolle und Transparenz, auch in der Öffentlichkeitsarbeit aller Regierungsmitglieder, ist wichtig und notwendig.

Der Antrag hat jetzt den Weg über den Kontroll-Ausschuss in einen extra installierten Unterausschuss gefunden.

Dort wurde beraten und bei gutem Klima konstruktiv diskutiert. Das Klima war hervorragend! Die Materie der Öffentlichkeitsarbeit möglichst zu prüfen, möglichst objektiv zu prüfen, wird aber nicht einfach sein. Das war eines der Ergebnisse der Beratungen. Trotzdem wollten alle, die in dem Unterausschuss waren, dass geprüft wird, alle Mitglieder. Von dem Elan von dir, Kollege Klubobmann Schrittwieser, oder vom Kollegen Gennaro, der heute abwesend ist oder von dieser Seite vom Klubobmann Drexler oder Bacher, vom Engagement war ich positiv überrascht. Voll Euphorie wurde in der Diskussion beraten, was und wie geprüft werden soll. Wie könnte man das anstellen? Bundesländervergleiche und Ähnliches sollten eingeholt werden. Teilweise ist man sogar mit fertigen Konzepten aufgetaucht, nicht schlecht. Das Ergebnis war für uns Freiheitliche und für den gesamten Unterausschuss damals durchaus akzeptabel und eine absehbare Vier-Parteien-Einigung. Wir haben uns geeinigt, kurz noch notwendige Umformulierungen vorzunehmen und dann anschließend auf Klubebene den letztgültigen Antragstext absegnen zu lassen. Das ist passiert! Ein Vier-Parteien-Antrag zur Prüfung der Öffentlichkeitsarbeit war geboren! Im zuständigen Kontroll-Ausschuss wenige Tage später wurde dieser Antrag von der ÖVP und SPÖ gemeinsam plötzlich abgewürgt. Eine Kehrtwendung um mindestens 180 Grad im Doppelpack oder ein schwarz-roter Salto rückwärts wurde von den beiden großen Fraktionen ausgeführt. Ich frage mich, was ist auf dem Weg zurück in den Kontroll-Ausschuss mit diesem Antrag passiert? Warum haben Schwarz und Rot umgedacht? Warum haben sie ihre Meinung geändert? Wer hat beide Klubobleute zurückgepfiffen? Wer hat das Pfeiferl gehabt? Wer hat zurückgepfiffen oder sie eingebremst? Uns würde das sehr wohl interessieren! Welches Regierungsmitglied von Schwarz und Rot will sich nicht in die Karten schauen lassen?

Auslöser dafür, Herr Klubobmann, mag es viele geben. Wir Freiheitliche vermuten aber, dass die Durchleuchtung der Öffentlichkeitsarbeit bei anderen Regierungsmitgliedern viele Schatten aufgezeigt hätte. Deshalb soll offensichtlich die Prüfung verhindert werden. Geschätzte Damen und Herren, die Argumentationen von Klubobmann Drexler oder vom Kollegen Dipl.-Ing. Heinz Grabner im Kontroll-Ausschuss für die Ablehnung waren eher schwammig und schwach, da war nichts dahinter. Beide hatten sich in ihrer Meinung mit einer noch vorhandenen Skepsis hinter dieser versteckt. Skepsis war angebracht. Von dieser Skepsis war aber wenige Tage davor im Unterausschuss überhaupt nichts zu bemerken. Dort war alles noch in Ordnung. Klare Aussagen haben wir leider vermisst, warum Sie eine Prüfung der Öffentlichkeitsarbeit nicht wollen. Warum wollen Sie keine Überprüfung der Öffentlichkeitsarbeit? Das frage ich Sie hier von dieser Stelle. Wir haben auch vollstes Verständnis für die beiden Klubobleute. Es ist ja peinlich, wenn man zurückgepfiffen wird, vor allem wenn es so passiert. (Abg. Schrittwieser: „Ihr seid das vom Haider gewohnt, dass ihr zurückgepfiffen werdet!“) Ich glaube auch, dass Herr Klubobmann Drexler nachher hier schon argumentieren wird, warum die Prüfung der Öffentlichkeitsarbeit aus Sicht der ÖVP nicht zulässig ist und nicht gewollt wird. Im Gegensatz zur ÖVP und SPÖ bleiben wir Freiheitlichen unserer Linie treu! Deshalb werden wir auch den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Grünen unterstützen, der den gleichen Antragstext hat, wie im Unterausschuss vereinbart wurde, wie dieses Vier-Parteien-Übereinkommen, das ausverhandelt wurde. Ich sage hier, wer nichts zu verbergen hat, muss sich auch nicht vor einer Prüfung der Öffentlichkeitsarbeit fürchten!

Abschließend den letzten Satz: Die gesamte Öffentlichkeit hat ein Recht über den Umgang mit ihren Steuergeldern in der Öffentlichkeitsarbeit bei allen Regierungsmitgliedern informiert zu werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 15.49 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich noch Christopher Drexler. Herr Abgeordneter, bitte in aller Kürze.

Abg. Mag. Drexler (15.56 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In aller Kürze, hat Herr Präsident eingemahnt und es wird auch in aller Kürze bleiben. Es soll ja zu keiner Legendenbildung kommen bei diesem Antrag. Kollege List hat jetzt hier eine Chronologie der Ereignisse gezeichnet, die ja wirklich bemerkenswert war, aber bitte keine Legendenbildung. Was ist der Hintergrund der

ganzen Geschichte? Es hat tatsächlich einen Antrag der Grünen gegeben, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung vom Rechnungshof überprüft werden sollte. Es hat im Kontroll-Ausschuss die Meinung gegeben, das soll man in einem Unterausschuss beraten. Das hat stattgefunden. Einigung, lieber Kollege List, hat es im Unterausschuss keine gegeben. Es hat ein sehr konstruktives Klima gegeben, es ist darüber gesprochen worden, es hat verschiedene Vorschläge gegeben und es hat auch, Herr Kollege Hagenauer, ich komme Ihrem Zwischenruf zuvor, es hat auch den Beweis gegeben, dass der grüne Landtagsklub sehr schnell und toll arbeitet, weil wir haben auch einen Textvorschlag auf Basis der Kontroll-Ausschussverhandlungen gehabt, der den Diskussionsverlauf so widergespiegelt hat, dass man durchaus sagen musste, ja, das ist eine Diskussionsgrundlage. Aber damit da keine Legende entsteht von Vertuschungsaktionen und von sonstigen groß angelegten Verschwörungen, derer es ja so viele gibt in diesem Lande, passiert ist gar nichts. Es hat schlicht und einfach keine Einigung über einen gemeinsamen Text gegeben. Das hat dazu geführt, dass es im letzten Kontroll-Ausschuss keine Mehrheit für diesen Antrag gegeben hat und das mit Sicherheit nicht deswegen, weil irgendjemand hier irgendetwas zu verbergen hätte. Ganz im Gegenteil.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung ist im Grunde genommen eine Erfolgsgeschichte. Wir haben Richtlinien zu dieser Öffentlichkeitsarbeit, wir haben ein Corporate Design, wir haben alles, was es eigentlich braucht. Es hat Vorschläge zu einer Verbesserung und zu einer Effizienzsteigerung gegeben. Darüber haben wir im Frühjahr in diesem Haus diskutiert. Diese wurde von der Mehrheit nicht gewollt. Okay! Aber im Grunde genommen läuft die Öffentlichkeitsarbeit der Steiermärkischen Landesregierung sehr gut. Und warum läuft sie gut? Weil sie Stück für Stück von der Regierung auch beschlossen wird, alles läuft hier seinen korrekten Weg und hier muss jeder Versuch, einen großen Moloch der Öffentlichkeitsarbeit zu zeichnen, wo irgendwer irgendwelche Geheimaktionen starten würde, ins Leere gehen, weil es nicht so ist. Es ist auch die Öffentlichkeitsarbeit, wie manch anderer Bereich, dem das abgesprochen wird, von eigentlich großer Transparenz gekennzeichnet. Beschluss für Beschluss in der Landesregierung, Projekt für Projekt. Und daher – weil wir uns nicht auf einen gemeinsamen Text einigen konnten – werden wir diesem Antrag die Zustimmung versagen. (Abg. Hagenauer: „Die ÖVP hat sich geweigert weiter zu verhandeln!“) Nein, Herr Kollege Hagenauer, da muss ich Ihnen widersprechen. Nicht die ÖVP hat sich geweigert weiter zu verhandeln. Wir haben über diesen Antrag sehr solide und sehr lange gesprochen. Da hat es viele Gespräche gegeben und Sie können mir glauben, es hat keine Einigung zwischen allen Fraktionen in diesem Haus gegeben. Bitte, Herr Kollege Hagenauer und eigentlich an die ganze grüne Fraktion, hören Sie damit auf, wann immer eine demokratische Mehrheit gegen Ihre gut gemeinten Anträge sich findet, sofort zu glauben, Sie sind allein im Besitz der moralischen Integrität in diesem Lande. (Beifall bei der ÖVP.)

Da spannt sich ein Bogen von der angeblich missbräuchlichen Verwendung von Ortserneuerungsmitteln heute in der Früh bis zu diesem Antrag. Akzeptieren auch Sie bitte in all Ihrer demokratischen Gesinnung, dass nicht immer, wenn es eine Mehrheit gegen Sie in diesem Hause gibt, eine Verschwörung stattfindet, Intransparenz gegeben ist, Skandale da sind, sondern manchmal ist es ganz einfach eine demokratische Mehrheit, der Sie im konkreten Fall leider nicht angehören. Niemandem in diesem Haus ist daran gelegen Dinge zu vertuschen, Skandale zu betreiben, irgendwelche Mausehelei oder sonst irgendetwas zu machen. Glauben Sie ja nicht, Sie sind der Einzige und Ihre Fraktion ist die Einzige, die das in diesem Haus so sieht. (Präsident: „Ich bitte allmählich zum Ende zu kommen!“)

Im Gegenteil, jeder, der hier in diesem Haus sitzt, hat ein Interesse daran, dass die Mittel, die es hier im Land Steiermark gibt, effizient, zielgerichtet, sparsam und nach allen anderen Kriterien eingesetzt werden. Bei der Öffentlichkeitsarbeit erleben wir im Grunde genommen, wenn Sie sich die Zahlen anschauen von 2000 bis heute herauf zu 2003 eine bemerkenswerte Entwicklung in die richtige Richtung. Und nur weil wir nicht jedem x-beliebigen Antrag von Ihnen zustimmen, ist hier noch nicht das Feudalsystem eingekehrt, ist hier noch nicht die Demokratie abgeschafft, sondern ganz im Gegenteil, die Demokratie ist sehr vital im Lande Steiermark. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 16.02 Uhr.)

Präsident: Danke!

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Dringlichen Anfrage. Einggebracht wurde am Donnerstag, dem 13. November, eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der SPÖ, betreffend Sicherheits-situationen in der Steiermark, an Frau Landeshauptmann Klasnic.

Ich erteile dem Klubobmann, Herrn Siegfried Schrittwieser, das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage.

Ich verweise darauf, dass die Begründung mit einer Redezeit von 20 Minuten festgesetzt ist.

Herr Klubobmann, bitte.

Abg. Schrittwieser (16.03 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Eine permanente Diskussion in den letzten Tagen, Wochen und Monaten, permanente Gespräche mit Betroffenen zeigen uns, dass es mit der Sicherheit in der Steiermark und in Österreich insgesamt seit 1999 ständig bergab geht. Ich danke auch allen Medien und allen Bediensteten, Gewerkschaftern, Polizisten, Gendarmen, die es trotz eines Ministers Strasser wagen, dieses Defizit in der Sicherheitspolitik aufzuzeigen, weil sie ja wissen, dass der Minister Strasser, wenn ihm die Meinung des einen oder anderen Bediensteten nicht gefällt, dass es diesem so geht wie dem General Strohmayr, dass er nämlich sofort durch eine Strukturreform beseitigt wird.

Meine Damen und Herren, wir waren stolz bis zum Jahre 1999, wo wir immer gesagt haben – und da waren wir uns in diesem Lande einig –, Österreich ist ein modernes Land, Österreich ist ein sicheres Land. Und wenn ausländische Gäste zu uns gekommen sind, konnten sie versichert sein, dass ausreichend Exekutivbeamte, gut ausgebildete Exekutivbeamte im Land sind, die für die Sicherheit in diesem Land sorgen und auch das Gefühl der Sicherheit vermitteln.

Es gibt nichts Schlechteres, meine sehr verehrten Damen und Herren, als – wenn man sich anschaut, dass es in Graz in einer Nacht 90 bis 100 Einbrüche gibt – dass sich Menschen unsicher fühlen, dass sie Angst bekommen. Das gilt für die jüngeren und für die älteren Menschen, aber vor allem für die Älteren.

Wir in der Politik, meine Damen und Herren, haben einen Auftrag zu erfüllen, nämlich dafür zu sorgen, dass das Sicherheitsgefühl in der Steiermark und in Österreich auch weiterhin gegeben ist. Wir entfernen uns derzeit davon und ich werde versuchen, das auch zu begründen und mit Fakten und Zahlen zu belegen.

Es ist für mich unverständlich, wenn ich die Bemerkungen des Kollegen Riebenbauer höre, dass es ein ständiges Bemühen eurerseits ist, euch vor die schwarz-blaue Bundesregierung zu stellen, und nicht vor die Steirerinnen und Steirer, die es verdient haben, dass auch die Referentin, die in der Steiermark für Sicherheit zuständig ist, stärker gegen den Minister auftritt und sagt, wenn es einen Zustand wie diesen gibt, dass so viele Dienstposten fehlen, dass der Minister durch ständige Umstrukturierungen mehr Unsicherheit schafft, dann ist das ein Gebot der Stunde, dass wir geschlossen – alle Parteien und Verantwortungsträger in diesem Lande – auftreten.

Und das hat uns veranlasst, meine Damen und Herren, dieses Thema hier im Hohen Haus zum Thema zu machen. Nicht, weil der SPÖ-Klub das so will, sondern wir machen das deswegen zum Thema, um den Leuten das Gefühl zu geben, dieser SPÖ-Klub, dieser steirische Landtag – (Abg. Majcen: „Aus Wien ferngesteuert!“) und ich hoffe, ihr werdet endlich einmal abgehen davon, dem Strasser die Stange zu halten –, dass dieser Landtag lückenlos dafür eintritt, die Sicherheit in diesem Land zu garantieren und auszubauen. Das ist derzeit, meine Damen und Herren, nicht der Fall. Da sage ich euch wirklich nichts Neues.

Ich sage euch noch etwas dazu. Für mich ist der Minister Strasser längst ein Problemminister geworden. Er ist es ja für euch geworden, weil er ist ja wirklich kein Sympathieträger der ÖVP, wenn es ständig und in ganz Österreich und auch in der Steiermark Leute gibt, die sagen, was hier Strasser macht (Abg. Mag. Drexler: „Unsere Sorgen musst du dir nicht machen!“ – Abg. Hamedl: „Denke an Gusenbauer!“), sind nichts anderes als Umfärbelungsaktionen, wo er sagt, Rot hinaus, Schwarz hinein.

Dass euch das taugt, weiß ich schon. Aber, meine Damen und Herren, das ist nur ein Detail und sei nur am Rande erwähnt.

Aber damit ihr wisst, dass nicht nur wir diejenigen sind, die das feststellen und spüren, dass es Verunsicherungen in der Bevölkerung gibt, darf ich euch einen Gewerkschafter zitieren, der nicht von der SPÖ kommt, sondern der ein christlicher Gewerkschafter ist. Ich zitiere, was der vor einiger Zeit – und ich nenne ihn als Kronzeugen, weil er hat das nämlich schneller erblickt, als ihr das erblickt habt – geschrieben hat an den Bundeskanzler. Hören Sie genau zu. Sie können auch sagen, er hat sich getäuscht. Aber er ist in Graz ein Exekutivbeamter, der täglich mit den Dingen zu tun hat, der weiß, was sich da abspielt und er schreibt an den Herrn Bundeskanzler. Es ist der Grazer Polizeigewerkschafter von der Fraktion christlicher Gewerkschafter. Also ein Parteikollege Ihrerseits, der sich wirklich Sorgen macht um den Zustand in der Steiermark.

Ich zitiere aus diesem Brief. Hört nur zu, das wollt ihr nicht hören, schön aufpassen. (Unverständlicher Zwischenruf.) Aber nicht die Öffentlichkeit. Dass ihr eure Gewerkschafter im Regen stehen lasst, weil sie zu wenig Personal haben und damit mit ihrer Arbeit nicht nachkommen, das wissen sie eh in der Zwischenzeit. Weil ihr habt ja damit zu tun, dem Minister Strasser den Rücken frei zu halten und die Exekutivbeamten draußen stehen zu lassen, die nicht wissen, wo sie zuerst angreifen sollen. Und wir brauchen mehr Exekutivbeamte auf der Straße, um es den Verbrechern schwerer zu machen, dass sie überhaupt einbrechen gehen. Heute hat er ja das Gefühl, dass er sagt, wenn die Sektorstreife weit weg ist, dann trinke ich dort drinnen, wenn ich einbreche, auch noch einen Kaffee, weil der braucht eh eine dreiviertel Stunde, bis er wieder zurück ist. Das ist kein Sicherheitszustand, meine Damen und Herren.

Und er schreibt Folgendes und hört zu, bitte: „Sinkende Personalzahlen und stark reduzierte Überstunden bewirken nicht nur eine permanente Überlastung,“ – das ist euch vielleicht egal – „sondern eine noch nie da gewesene soziale, familiäre und gesundheitliche Schlechterstellung der Kolleginnen und Kollegen.“ An den Herrn Bundeskanzler. „Die Vorgehensweise Ihrer Regierung führt – und das beweist die Kriminalstatistik 2002 und 2003 – unaufhaltsam in einen Supergau.“ FCG-Gewerkschaft. „Ich ersuche Sie daher, lassen wir es gemeinsam nicht zu – dann stimme ich zu –, dass bereits unsere Kinder zu drogenabhängigen Opfern gemacht werden, dass unser Hab und Gut gestohlen wird, dass ältere Menschen niedergeschlagen, beraubt und betrogen werden,

dass kriminelle Banden unser Land in ein Chaos stürzen.“ Meine Damen und Herren, das schreibt einer, der täglich weiß, was es bedeutet Dienst zu machen als Polizei- oder Gendarmeriebeamter, ein christlicher Gewerkschafter an seinen Bundeskanzler, den er um Hilfe ersucht.

Ich würde gerne wissen, was der Herr Bundeskanzler diesem Gewerkschafter – wenn überhaupt – zurückgeschrieben hat.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einigen Fakten, dass wir nicht nur Behauptungen aufstellen, sondern es gibt ja auch Zahlen und das sind keine Zahlen, die wir aus dem Hut zaubern oder die wir irgendwo erfunden haben, sondern diese Zahlen sind aus Sicherheitsberichten und aus anderen Statistiken. Natürlich gebe ich zu, dass jeder Statistiken unterschiedlich anlegen kann, aber das sind Statistiken, die auch von euren Leuten verwendet werden und ich werde noch zu einem hochrangigen Zeugen eurerseits kommen, der dem, was ich sage, sehr wohl Recht gibt. Meine Damen und Herren – (Abg. Bittmann: „Wahrscheinlich bist du selber so ungläubig!“) Beni, tu dich darum kümmern. Es tut mir heute wirklich Leid, dass der Kollege Hamedl nicht da ist. Ich hoffe, dass er bald wieder gesund wird, weil er versteht die Dinge, er muss sie zwar für den Kollegen Strasser immer schönfärben, aber zumindest hätte er sich wirklich der Dinge angenommen.

Es gibt folgende Kriminalitätsrate, meine Damen und Herren. Nach dem Fall der Berliner Mauer hat am Beginn in Österreich die Kriminalität zugenommen, wir haben nahezu 500.000 Delikte gehabt, natürlich auch mehrere in der Steiermark. Was ist passiert? Der damalige Minister Löschnak hat sofort reagiert und hat gesagt (Abg. Hammerl: „Es hat 41 Dienstposten eingespart!“), Sicherheit ist das höchste Gut, und hat die Sicherheitsmilliarde, lieber Freund, eingeführt, hat darauf reagiert und hat sofort wieder die Delikte auf weit über 500.000 Delikte hinuntergedrückt. Natürlich hat auch Minister Löschnak, ich gebe dir Recht, versucht Strukturen zu verändern und zu verbessern. Gegen das verwehren wir uns ja nicht. Aber es kann nicht durch diese Einsparungsmaßnahmen des Ministers Strasser die Handlungsfähigkeit der Exekutive in Frage gestellt werden, meine Damen und Herren, und da hat er jeglichen Weitblick verloren. Das ist das, was wir hier verurteilen. Heuer werden wir über 600.000 Delikte haben und die haben wir ja nicht, weil es so lustig ist, sondern weil nämlich in Wirklichkeit die Einbrecher sicher werden und sicherer sind und die Steirerinnen und Steirer unsicher. Das kann ja nicht unser Ziel sein, denn ansonsten würden ja diese Delikte nicht passieren – und wir haben 2002 599.000, bis 1999 waren wir immer unter 500.000 und wir werden heuer 600.000 haben und in der Steiermark haben wir eine Steigerung von 13,6 Prozent 2002 und wenn ich das auf 1999 zurückrechne, haben wir auch 20 Prozent. Das kann uns ja nicht unberührt lassen und wir können nicht sagen, da ist nichts. Da kann ich mich nicht weiter hinstellen und sagen, mein Minister ist ohnedies super. Er hat in dieser Frage versagt, meine Damen und Herren. Das kann ich euch heute bei dieser Dringlichen nicht ersparen. Wir brauchen endlich einen Minister, der sich um die Leute kümmert, und nicht um das, dass er selber eine Struktur um die andere verändert, um politische Ziele zu verfolgen. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren, da sind wir nicht mit dabei.

Ein weiteres Beispiel: Einbrüche steiermarkweit, meine Damen und Herren. Wir haben über 30 Prozent mehr Einbrüche 2002, im September 2003 gegenüber September 2002 haben wir um 180 Prozent Zunahme. Ihr wisst das und trotzdem fehlt mir der Aufschrei und trotzdem fehlt mir, dass von Wien her endlich gesagt wird, wir werden die nicht besetzten Dienstposten nachbesetzen, wir werden die Strukturen wieder so gestalten, dass das Sicherheitsgefühl wieder eintritt. Nein, ihr haltet dem Minister die Stange. Wir haben in der restlichen Steiermark in den Bezirken bei den Einbrüchen plus 30 Prozent gegenüber Juli 2002. Das ist ja nicht irgendetwas, meine Damen und Herren. Zur Gesamtkriminalität von Graz werde ich nicht insgesamt reden, dazu wird Frau Kollegin Reinprecht Stellung nehmen, weil sie das besser kennt. Aber die Gesamtkriminalität ist nahezu um 40 Prozent gestiegen. Und wenn es um die Fälschungen geht und wenn es um Gewaltdelikte geht, bei den Fälschungen ist von 1999 bis 2002 139 Prozent Zunahme. Meine Damen und Herren, das ist ja nicht irgendetwas, wenn heute sich jeder das fälschen kann und ihr wisst, wenn sie ihn nicht erwischen, kommen viele darauf und sagen, da machen wir mit. Bei den Raubüberfällen 68,4 von 1999 bis 2002, meine Damen und Herren, das kann es ja nicht sein und daher haben wir diese große Sorge. Ich sage weiterhin Aufklärungsrate, meine Damen und Herren. Wir haben in der Gesamtkriminalität in der Steiermark ein Minus von 6 Prozent, von 51,6 bis 45,6. Wir haben aber bei den Verbrechen einen Aufklärungsrückgang von 41,1 Prozent, was ohnedies schon wenig ist, auf 30,6, meine Damen und Herren. Heute kann jeder schon einbrechen und sagen, mich erwischen sie eh nicht, also brauche ich mir auch keinen Job suchen, ich besorge mir über den Einbruch meine Dinge. Wenn ich bitte 70 Prozent nicht erwische, dann ist das doch ein Skandal und da kann ich nicht so tun, als ob nichts wäre. Wenn ich nämlich von 41,6 auf 30,6 rechne, dann ist das ein Viertel in der kurzen Zeit, in der die Aufklärungsrate zurückgegangen ist. Ich möchte nicht Wiener Zustände, da ist es von 34,9, 39 auf 17,14 zurückgegangen. (Abg. Majcen: „Wer ist in Wien zuständig?“) Auch in Wien ist der Innenminister zuständig und das ist auch nicht in Ordnung. (Abg. Mag. Drexler: „Wieso dann die Anfrage an die Frau Landeshauptmann?“) Glaubt ihr wirklich, dass der Häupl mit dem zufrieden ist? (Abg. Mag. Drexler: „Habt ihr schon eine Anfrage an den Häupl gemacht?“) Ich kann euch viele Initiativen des Wiener Gemeinderates geben, die an den Innenminister gerichtet sind, weil dort ebenfalls tausende Leute fehlen.

Aber wir sind ja nicht in Wien, wir sind in der Steiermark und wir sind in erster Linie für dieses Land zuständig. Ich hoffe, das ist bei jedem drinnen. Wenn ich mir jetzt anschau, dass es in Graz 854 systemisierte Posten gibt, 700 sind überhaupt nur zur Verfügung, dann frage ich mich, wo sind die 150? (Abg. Majcen: „Da sind die Zahlen aus Wien!“) Warum steht ihr nicht auf und sagt, helfen wir denen? Wenn ich mir jetzt diesen Bericht Team 04 anschau – ein wunderbarer Bericht, zufällig konnten sie ihn nicht geheim halten –, wenn da drinnen steht – und jetzt rede ich nur von der Steiermark –, dass ich keine Dienststelle mehr offen lassen will bis unter zehn Beamte, dann müssten wir von 139 derzeit in der Steiermark befindlichen Posten 79 zusperrern (Abg. Majcen: „Gen-

darmarieposten meinst du!“), meine Damen und Herren! 79! Das würde ja bedeuten, dass die Kriminalität noch ansteigt. Da ersuche und verlange ich vom Herrn Minister, dass er nicht nur eine zweite Fassung, wie der Kollege Lafer sagen wird, es gibt eine zweite Fassung von Team 04, da steht schon ganz etwas anderes. Ja, wenn die Medien berichten und das aufzeigen, nimmt er sich zwei Monate zurück. Aber wir wissen, dass es das Ziel ist, das zu tun. Und wenn ich dann noch lese, meine Herren, und ich bin neugierig, wie das bei der Entschließung von uns sein wird, was die Abgeordneten der Bezirke sagen, wenn ich dort dann lese, dass fünf Bezirksgendarmeriekommanden in der Steiermark zusammengelegt werden sollen, nämlich Voitsberg und Deutschlandsberg, Mürzzuschlag und Bruck an der Mur, Murau und Judenburg, Knittelfeld und Leoben-Land, Fürstenfeld und Hartberg, Radkersburg und Feldbach, dann, meine Damen und Herren, ist das das Nächste, dass die Kriminalität steigen wird, die Aufklärungsrate sinken wird. (Abg. Lafer: „Das ist Vergangenheit, was du erzählst!“) Ja, das ist Vergangenheit, das müsst ihr so erzählen. In einer Tageszeitung der letzten Woche hat ein Gewerkschafter, nicht der SPÖ angehörend, sondern der ÖVP, der natürlich als Personalvertreter im Bund sitzt, einen Hilferuf losgelassen. Der Gewerkschafter hat ihn deshalb losgelassen, weil er sagt, wenn wir dem Strasser auf etwas draufkommen, gibt er zuerst einmal ein Monat nach und dann setzt er das durch, was er gewollt hat. Wenn das einmal in einem Team-04-Papier drinnensteht, dann können wir darauf warten, bis das Wirklichkeit ist. Ich sage immer „wehret den Anfängen“, lassen wir den nicht weiterwerken und weiterwurschteln, wie er es derzeit tut, weil er ist nicht dafür da, die Sicherheit der Steiermark zu garantieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn ich mir denke, dass nächstes Jahr Gendarmerie und Polizei zusammengelegt werden, dann kann ich mir durchaus vorstellen, dass es Ressourcen hier zu bündeln gibt und man kann von Haus aus gegen diese Vorgangsweise nicht sein. Aber wenn der Bundeskanzler der Gendarmeriegewerkschaft Personalvertretung FCG am 8. November 1999, ein paar Wochen vor der Wahl, schreibt und ich zitiere nur einen Satz, weil sonst würde es zu lange dauern: „Die Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei ist zwar ein Dauerbrenner der Medienberichterstattung, die ÖVP kann diesem Vorschlag aber nichts abgewinnen.“ Unterschrift: Dr. Wolfgang Schüssel, meine Damen und Herren. Wie halten wir es denn mit der Wahrheit in diesem Land, wenn der Bundeskanzler schon seine Personalvertreter anlügt? (Abg. Stöhrmann: „So schaut es aus. Das ist die Wahrheit und so wird Politik gemacht!“)

Wo kommen wir hin, wenn der Bundeskanzler, der höchste Repräsentant, nur weil er eine Wahl gewinnen will, die Österreicherinnen und Österreicher und seine eigenen Gewerkschafter anlügt, meine Damen und Herren? Das ist doch ungeheuerlich und unerhört. Und das weisen wir auf das Stärkste zurück. Wir sind auf Seiten der Steirerinnen und Steirer, die in einem sicheren Land leben wollen. Ihr seid auf Seiten der Regierung, und nicht der Wähler, die euch das nächste Mal wieder wählen sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage euch noch dazu, den Vranitzky-Brief, den habt ihr schon fünfmal hergezeigt. Der hat ja nichts anderes gemacht, als die Verunsicherung von den Pensionisten genommen.

Freunde, jetzt möchte ich euch noch etwas sagen, weil ich muss ja schauen, dass ich weiterkomme. Ich möchte euch noch etwas sagen. Ihr kennt ja alle diese Zeitung. Ich darf die herumzeigen. GÖD ist nicht unbedingt mehrheitlich die SPÖ. Da gibt es eine Zeitung „Sicherheit in Gefahr“ und da schreibt drinnen, meine Damen und Herren, und ich werde auch nur kurz daraus zitieren. (Landesrat Schützenhöfer: „Es wird wieder ein schwarzer Gewerkschafter sein!“) Es ist der Herr Neugebauer, den du soeben zum Bundesvorsitzenden gewählt hast. Der Kollege Schützenhöfer ist ein weit blickender Mensch, ich weiß das eh, er hat das gleich erkannt (Landesrat Schützenhöfer: „Das habe ich mir jetzt wirklich gedacht!“), weil er weiß, wie da diskutiert wird. (Landesrat Schützenhöfer: „Siegi, deine Vorwürfe sind wirklich hart, weil du wirfst dem Schüssel jetzt fast schon das vor, was der Vranitzky mit den Pensionisten gemacht hat. Und das wäre ein schwerer Vorwurf!“) Mit einem Unterschied, dass sich die Pensionisten nicht gefährdet und bedroht gefühlt haben und die jetzt schon. Das ist ein Unterschied. (Beifall bei der SPÖ.)

Bitte, die Unterbrechungen, Herr Präsident, einzurechnen.

Es schreibt Folgendes, der Herr Neugebauer, nur damit ihr wisst, was er schreibt. Ein Zitat aus seinem Schriftsatz da drinnen in dieser Zeitung, die im November erschienen ist: „Vor zwei Jahren“ – schreibt er da – „war die Welt noch in Ordnung. 96 Prozent der Österreicher fühlten sich laut einem repräsentativen Linzer Marketinginstitut sicher in unserem Land. Inzwischen hat die Sicherheitshochburg im Herzen Europas ein wenig an Glanz verloren. Die Kriminalitätsbelastung steigt, während die Aufklärungsquote sinkt. Immer öfter wird über Autoeinbrüche, Überfälle, Diebstähle berichtet. Die aktuelle Statistik des Innenministers weist alarmierende Zahlen auf.“ (Präsident: „Herr Abgeordneter, die Zeit ist abgelaufen. 20 Minuten hat es geheißen!“) Das ist euer Spitzengewerkschafter. Ich könnte jetzt noch internationales Ranking anführen. Dafür habe ich keine Zeit mehr. Ich kann mich ja noch einmal melden.

Ich bringe daher folgende Dringliche Anfrage ein: Die Unterfertigten stellen daher an Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, folgende Anfrage (Abg. Mag. Drexler: „Wir können nicht jedes Mal über 20 Minuten hinausgehen. Das war das letzte Mal dasselbe!“): Ich verstehe diese Unruhe. Es wird Zeit genug geben. (Abg. Dipl.-Ing. Wöhr: „Was sollen wir beantworten? Du hast keine Anfrage gestellt!“)

Ich muss ja die Anfrage stellen.

Erstens: Wie beurteilen Sie die bisherigen Auswirkungen der von Innenminister Strasser seit seinem Amtsantritt durchgeführten Organisationsmaßnahmen und befürworten Sie diese?

Zweitens: Was gedenken Sie zu tun, damit sich die derzeitige untragbare Sicherheitssituation in der Steiermark in Zukunft verbessert?

Drittens: Was werden Sie tun, wenn Bundesminister Strasser Ihre Initiativen, sollten Sie welche setzen, ebenso ignoriert wie Bundeskanzler Schüssel die Interessen der Steiermark beim Semmeringbasistunnel?

Gleichzeitig stellen die unterfertigten Abgeordneten den Antrag, über die Dringliche Anfrage die Wechselrede zu eröffnen. Ich danke für das Verständnis. (Beifall bei der SPÖ. – 16.26 Uhr.)

Präsident: Ich kann natürlich eines nicht verstehen, wenn 20 Minuten vorgegeben sind, dass innerhalb der 20 Minuten es nicht möglich ist, diese Dringliche Anfrage zu begründen. Meine Damen und Herren, es tut mir Leid, mehr als 20 Minuten braucht nicht einmal der beste Fernsehberichterstatte. Entschuldigung. Da könnte man sich ein Beispiel nehmen.

Zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Lafer. Bitte.

Abg. Lafer (16.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Regierung, Hohes Haus!

Herr Präsident, ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass die 20 Minuten Redezeit vom Begründer der Dringlichen Anfrage bei weitem überschritten wurden. Deshalb sage ich auch hier und heute, das war nicht das erste Mal. Bei einer Dringlichen Anfrage von Herrn Klubobmann Schrittwieser war es auch so weit, dass er in seiner ihm vorgegebenen Zeit die Fragen nicht anbringen konnte. Damals wurde es in der Präsidiale besprochen und damals hat man gesagt, dass es eine Ausnahme war.

Es ist deshalb nicht einsehbar, dass diese Anfrage beziehungsweise der Antrag nach der Zeit beantragt wurden, weshalb ich auch beantrage, dass diese Anfrage ungültig ist, weil sie nach der Zeit passiert ist. Er müsste sich halt ein bisschen an seinem eigenen Zeitmanagement orientieren, damit er die Anfrage gerechtfertigt einbringen kann. (Beifall bei der FPÖ.)

Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung, lieber Herr Klubobmann, ist diese Dringliche Anfrage nicht rechtsgültig. (16.27 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich habe die Zeit rechtzeitig eingemahnt. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass es undenkbar ist, dass man in 20 Minuten nicht durchkommt mit der Anfrage.

Ich erteile nunmehr der Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort zur Beantwortung.

Landeshauptmann Klasnic (16.27 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sicherheitssituation in der Steiermark, Sicherheit und Geborgenheit heißt Lebensgefühl und hat oberste Priorität für jeden von uns, an welcher Stelle er auch in diesem Land seine Verantwortung wahrnimmt, ob in der Familie, in der Gemeinde, im Bezirk, im Land und darüber hinaus eben auch im Bund.

Wenn ich sage, oberste Priorität hat Sicherheit und Geborgenheit, dann stelle ich dem gegenüber die Worte Angst und Panik. Und es ist in unserer Verantwortung, wie wir damit umgehen und was wir den Menschen draußen vermitteln, dass wir doch vielleicht, und das sollte uns bewusst sein – und ich möchte das an den Beginn stellen –, in einem Land leben, in dem es leider auch sehr vieles gibt, was man unter dem Titel „Kriminalität und Schwierigkeit“ sehen muss.

Trotzdem muss man sagen – ich behaupte das nach wie vor –, dass jene Rede, die ich zum Thema Öffentliche Sicherheit und Ordnung beim Budgetlandtag des Jahres 2002 am 3. Juli gehalten habe und gesagt habe, die Steiermark gehört aus meiner Sicht – und viele pflichten mir da bei – zu einer der sichersten Regionen der Welt. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn man über die Grenzen Österreichs hinausschaut und die Kriminalstatistiken anderer Länder vergleicht, dann hat sich an diesem Befund nichts geändert.

Ich gebe sehr wohl dem Herrn Klubobmann Schrittwieser dort Recht, wo er Prozentzahlen nennt und sagt, 139 Prozent. Es ist jedes einzelne Prozent eigentlich zu viel. Aber wenn ich die 139 Prozent ungeschützt in den Raum stelle und die echten Zahlen sehe, wirken sie anders und ich werde auf das noch zurückkommen.

Es ändern sich ständig die Methoden und die Vorgangsweisen von kriminellen Personen. Insbesondere die Straftaten in der so genannten „organisierten Kriminalität“ nehmen zu. Das heißt auch, dass sie besondere Gegenmaßnahme erfordert. Und für uns heißt es als Politiker Verantwortung zu übernehmen und verantwortungsvolle Schritte zu setzen für jegliche Bedrohung, die gegen die Sicherheit in irgendeiner Form überhand nehmen könnte. Sicherheit ist oberstes Gebot!

Die Bevölkerung und die Menschen unseres Landes haben ein Recht auf bestmögliche Sicherheit. Sie haben aber auch ein Recht darauf, dass die gewählten Verantwortungsträger alles zur Aufrechterhaltung und zur Verbesserung ihrer Sicherheit tun. Darum ist es auch gut, eine solche Dringliche Anfrage zu haben.

Was sie aber auch als Recht sehen möchten, die Menschen in unserem Land, ist dieses Recht auf Information, auf sachliche und inhaltlich richtige Information. Richtige Information führt zu richtigem Handeln und schürt nicht Unsicherheit.

Und das Begründen der Anfrage mit dem Vergleich der Zahlen der Sicherheitsberichte 1999 und 2002 ist nicht nur aus dem bewussten Nichtwahrnehmen einer bedeutenden Veränderung in der statistischen Erfassung erkennbar. Herr Klubobmann, Sie haben es selber gesagt. Jeder Sicherheitsbeamte kann uns Auskunft darüber geben, dass das Jahr 1999 das letzte Jahr gewesen ist, in dem die Datenerfassung noch händisch als eigene Statistikbeilage der Anzeige ausgewertet wurde. Seit dem Jahr 2000 geschieht dies EDV-unterstützt.

Auf Grund dieser genaueren Erfassung ist es auch zu einem erfassten Ansteigen und dadurch zu einer spürbaren Veränderung in den Zahlen der Delikte im Vergleich 1999 und 2002 gekommen. Das heißt, man kann die Statistiken 1999 und 2002 nicht wirklich seriöserweise vergleichen.

Sicherheit ist – und das sage ich bewusst dazu, auch wenn es diesen Vergleich nicht geben kann – ein gemeinsames Anliegen. Und Unsicherheiten dürfen eine Anfrage nicht durchziehen, indem man mit der Frage immer etwas Bestimmtes meint, weil ja auch die Anzahl der Uniformierten in Graz zum Beispiel nicht richtig ist, so wie es in der Anfrage dargestellt ist. Es ist bei Ihnen das angekündigte Aus von 79 weiteren Dienstposten durch das Konzept des Team 04 angesprochen, auch dies ist nicht richtig. Nicht richtige Zahlen führen zu nicht richtigen Schlüssen und tragen zur Verbreitung von Unsicherheit bei. Den Angaben nach sind in Graz nur mehr 740 Uniformierte im Dienst. Nach der mir vorliegenden Information sind in Graz 819 Exekutivbeamte im Außendienst, damit um 24 Exekutivbeamte mehr als am 1. Jänner 2000. Vielleicht haben Sie die 43 Mitarbeiter der in Graz neu stationierten Cobra Süd nicht mitgezählt, die am vergangenen Donnerstag eine schwer bewaffnete Bande stellte und Freitag eine imposante Leistungsschau absolvierte.

Richtig ist, dass im letzten Jahr leider österreichweit ein Anstieg der gerichtlich strafbaren Handlungen im Vergleich zu 2001 zu verzeichnen war. Das gilt auch für die Steiermark, im gleichen Zeitraum stieg aber – und das muss man auch dazusagen – die Aufklärungsquote. Das heißt, es sind relativ und absolut mehr Fälle aufgeklärt worden. Das ist Leistung der Exekutivbeamten!

Es gibt ein subjektives Sicherheitsgefühl, das jeder Mensch hat und welches auf eigenen Eindrücken, Erfahrungen und Wahrnehmungen beruht. Gesellschaftliche Reformen, Krisen in der Welt, öffentliche Diskussionen oder mediale Berichterstattung können dieses Sicherheitsgefühl beeinträchtigen, ohne dass die eigene persönliche Sicherheit gefährdet wäre. Und Angst ist in jeder Lebenslage ein schwieriger Partner und Begleiter. Sicherheit und Geborgenheit und damit verbunden auch Hoffnung sind viel stärker. Ich halte es für eine Aufgabe, der wir uns in der Politik stellen müssen, dieses Sicherheitsgefühl zu stärken und unter keinen Umständen zu schwächen. Wir müssen die Stärke ausstrahlen und müssen den Menschen auch das Gefühl der Sicherheit geben. Und wenn ich mir die Ergebnisse von der in Auftrag gegebenen Lebensqualitätsstudie im Hinblick auf die Sicherheits einschätzung von Steirerinnen und Steirern anschau, dann wird dort festgehalten, dass die zusammengefassten Werte im Bereich Sicherheit zeigen, dass es durchgehend ein hohes Zufriedenheitsniveau für alle Bezirke in unserem Land gibt. Es ist mir ein besonderes Anliegen, allen im Bereich der Sicherheit tätigen Beamten, ob sie als Uniformierte sichtbar oder als Zivile für viele nicht sichtbar sind, für ihren Einsatz und ihr Engagement zu danken, weil sie dafür sorgen, dass wir uns sicherer fühlen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir versuchen es auch dort, wo es darum geht, dass man sagt, wir bedienen uns auch der modernen Medien. Der Katastrophenschutz oder der Abteilungsleiter der Katastrophenschutzabteilung, Hofrat Kalcher, ist zur Stunde in Wien in der Wirtschaftskammer und hat den ersten Preis des Amtsmanagers gewonnen, weil unser Katastrophenschutzserver ständig auf dem letzten Stand ist. Ich kann ihm dazu nur gratulieren. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang Ihre Fragen beantworten. Die Beantwortung der ersten Frage:

Auch der Sicherheitsapparat hat sich den Anforderungen der Zeit zu stellen. Modernisierungsschritte sind notwendig, um dem Kampf gegen die Kriminalität gewachsen zu sein. Wenn in diesem Zusammenhang die Zusammenlegung von Gendarmerieposten angesprochen wird, auch innerhalb der Gendarmerie wurde es als sinnvolle Maßnahme angesehen, dass Klein- und Kleinstposten mit zwei bis vier Beamten, die keine „Rund-um-die-Uhr-Besetzung“ und keinen Streifendienst garantieren konnten, zu größeren und besser strukturierbaren Einheiten zusammengeführt wurden. Dabei wurde kein einziger Planposten gestrichen, nur die Chance geschaffen, mit gleichem Personal mehr Sicherheit zu geben. Mit dieser Maßnahme soll der exekutive Außendienst gestärkt werden.

Im Übrigen wurde mit dem Zusammenlegen von Gendarmerieposten schon Jahre vor dem Jahr 2000 von Amtsvorgängern des Innenministers Strasser begonnen. So möchte ich daran erinnern, dass unter der Federführung der Innenminister Löschnak, Einem und Schlögl unter Bundeskanzler Vranitzky und Klima 38 Gendarmerieposten und drei Polizeiwachzimmer, gesamt 41, in der Steiermark geschlossen wurden. Diese Reform wurde von Innenminister Dr. Strasser fortgesetzt, so dass es letztlich in der Steiermark noch zur Zusammenlegung von weiteren 24 Gendarmerieposten gekommen ist. Der Innenminister hat aber öffentlich festgehalten, dass es laut Strukturkonzept keine weiteren Zusammenlegungen von Posten in seiner Amtszeit geben wird. Daher kann ich mir nicht erklären, woraus Sie heute in Ihrer Begründung den Schluss ziehen, dass weiteren 79 Posten das Aus droht. Der Schwerpunkt ist Sicherheit, ich sage es immer wieder und werde es wiederholen bis zum Ende der Anfrage.

Wenn Polizei, Gendarmerie, Kriminaldienst sowie Teile der Zollwache und der Schifffahrtspolizei zu einem einheitlichen Wachkörper zusammenwachsen und zusammengeführt werden, so ist das Ziel, eine Erhöhung der Schlagkraft der Exekutive durch das Freiwerden von bisher in der Verwaltung gebundenen Kapazitäten zu erreichen. Und das hört man immer wieder, dass die Verwaltung viel zu viel an Zeit nimmt und dass man diese Zeit eigentlich anders einsetzen müsste.

Die gemeinsame Aufgabe der Erhöhung der Sicherheit bedarf einer gemeinsamen Struktur. Jetzt bestehen zwei unterschiedliche Systeme, so ist sogar laut Aussage auch des steirischen Sicherheitsdirektors eine Versendung von E-Mails von Polizei an Gendarmerie oder umgekehrt manchmal sehr, sehr schwierig bis fast nicht möglich. Außer Fax und Fernschreiben gibt es zu wenig internen Informationsaustausch. Bei der Anschaffung von Uniformen, Kraftfahrzeugen oder bei den Werkstätten existiert ja bereits eine Zusammenarbeit, die sich be-

währt. Doppelgleisigkeiten in den Stabsstellen, das heißt im Bereich der inneren Verwaltung wurden beseitigt. Aufgabenbereiche, die nicht unmittelbar der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit dienen, wie das Pass-, Melde- und Fundwesen, wurden ausgelagert. Diese Modernisierungen brachten Kürzungen in den Planstellen der inneren Verwaltung. Die Zusammenlegung wird in einer Frage bald Wirkung zeigen: Mit 1. Mai 2004, im Zuge der Erweiterung und des Wegfalls der Grenzen werden 930 Zollwachebedienstete in das Innenministerium übernommen. Es wird also auch in der Steiermark und auch in Graz mehr Personal zur Verfügung stehen.

Sie haben in Ihrer Anfrage auch das „Reform Team 04“ genannt. Dazu darf ich sagen, dass es die vorrangige Aufgabe jedes Ministers ist, Vorgaben und Ziele zu haben, damit Verbesserungen erreicht werden können.

Das Team 04 hatte als Vorgabe die organisatorische Lösung der Vereinheitlichung von Polizei und Gendarmerie. Eine Aufgabe, die schwierig und komplex ist, dass sie viele Innenminister schon vor Bundesminister Strasser nicht in Angriff nahmen, obwohl ihnen auch die Notwendigkeit bewusst gewesen ist. Seit dem Frühjahr 2003 arbeiten hunderte Polizei- und Gendarmeriebeamte aus allen Bundesländern in mehr als 20 Arbeitsgruppen an den fachlichen Grundlagen. Das heißt, es gibt eine breite Diskussion. Nunmehr liegt ein Arbeitsergebnis vor und dieser Expertenvorschlag wird öffentlich diskutiert. Jeder ist herzlich eingeladen, sich zu diesem am 10. November 2003 präsentierten Vorschlag einzubringen. Das heißt, es wird weitergearbeitet, Verbesserungen werden vorgenommen und darum ist es auch gut heute zu diskutieren. Auch Verbesserungsvorschläge dieses Hauses sollten eingebracht werden, um im Frühjahr 2004 die notwendigen Entscheidungen treffen zu können. Eines steht jedoch jetzt schon fest und das hat der Minister deutlich gesagt. Durch dieses Konzept wird es zu keiner Reduktion von Planstellen in der Exekutive kommen! Und dafür werden wir uns auch ganz besonders einsetzen. Als Landeshauptmann verstehe ich das Ziel der Zusammenlegung der Wachkörper und der damit verbundenen Vorteile für die Sicherheitsbetreuung in Österreich.

Der Weg dorthin ist noch zu diskutieren, das Konzept genau anzuschauen, insbesondere im Hinblick auf Auswirkungen auf die Sicherheitsstruktur in den Bundesländern.

Genau diese Frage habe ich bereits Anfang September 2003, als interne Informationen über eine neue Sicherheitsstruktur kursierten, zum Anlass genommen, den turnusmäßigen Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz Dr. Herwig Van Staa schriftlich zu ersuchen, das Thema Zusammenlegung der Wachkörper, insbesondere im Hinblick auf die Zukunft der Sicherheitsdirektionen in den Ländern, als einen Besprechungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Landeshauptleutekonferenz zu setzen. Die Länder werden sich intensiv mit dieser Reform auseinandersetzen, das darf ich Ihnen versprechen.

Vieles geschieht lautlos, ohne viel Getöse, weil es der Sache oft mehr nutzt als eine mediale Schlagzeile, die dann öffentlich unter Umständen Unsicherheit ausstrahlt, bevor man – ich sage bewusst bevor man – nicht Ergebnisse hat.

Außerdem sind die Reformvorschläge für die Sicherheitsverwaltung im Mandat des Konvent-Ausschusses 6 (Reform der Verwaltung) enthalten. Dort sitzen alle vier Parteien, die im Parlament vertreten sind, so dass ich davon ausgehen kann, dass der Innenminister seine Vorstellungen auch im Konvent präsentieren wird.

Ich ersuche auch um Verständnis, dass ich ein Konzept, das noch nicht offiziell als Vorschlag des Innenministers übermittelt wurde, nicht im Detail kommentiere. Ich möchte auch nicht das Konzept der Sozialdemokratischen Partei für eine Behördenstruktur Neu, das laut SPÖ-Homepage auf einer A4-Seite Platz findet und mit der Einteilung in 25 Sicherheitsregionen offensichtlich die Auflösung aller bisherigen Kommandostrukturen nach sich zieht, kommentieren, sondern ich ersuche um einen gemeinsamen konstruktiven Dialog, um eine Diskussion in der Sache im Sinne der Erhöhung der Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher und damit auch der Menschen im Lande Steiermark!

Zur Beantwortung der zweiten und dritten Frage: Bereits eingangs habe ich gesagt, dass ich Ihre Aussage, dass die Sicherheitssituation in der Steiermark auf Grund der vorhandenen Fakten nicht tragbar sei, nicht teilen kann.

Besonderen Entwicklungen in der Einbruchskriminalität in Graz und in Leoben wurde und wird mit Schwerpunktaktionen entgegengewirkt. Im Zusammenwirken mit Sicherheitsdirektion, Bundespolizeidirektion Graz und Leoben wurden Sonderkommissionen gebildet, die sich konkret dieser speziellen Form der Kriminalität widmen. Die Folge war, dass sich in Leoben die Einbruchsdiebstähle schlagartig verringerten und die in Graz verübten Kellereinbrüche durch die Aufmerksamkeit einer Gendarmeriestreife in Köflach und der Ermittlungsarbeit der Sonderkommission geklärt und die Täter dingfest gemacht werden konnten.

Geklärt wurden auch die zahlreichen Baucontainereinbrüche. Weiters wurden vier Wettcafé-Räuber verhaftet. „Jüngster Erfolg gegen Bandenkriminalität“, wie es erst am Sonntag in den Zeitungen zu lesen war, ist die Ausforschung einer Einbrecherbande in Graz, die für mindestens 20 Einbrüche in Gasthäuser und Sparvereinskästen verantwortlich war.

Das nenne ich erfolgreiche Arbeit! Und da half nicht nur „Kommissar Zufall“, sondern hier wird eine systematische Kriminalitätsbekämpfung mit den richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit im Interesse der Menschen unseres Landes vorbildlich umgesetzt!

Sicherheit bedeutet für mich aber nicht nur Polizei und Gendarmerie, sondern umfasst alle Einsatzorganisationen – wir haben heute schon einmal über das Rote Kreuz gesprochen –, ich nenne die Freiwillige Feuerwehr, die Bergrettung, die Wasserrettung und vieles mehr, die vielfach, oft ehrenamtlich, täglich für unsere Sicherheit alles riskieren.

Es ist daher das Projekt „Sichere Steiermark“ schon im Jahre 1997 ins Leben gerufen worden, mit der Betonung des Ehrenamtes, zum Beispiel mit HLW, das heißt Abhaltung von Herz-Lungen-Wiederbelebungskursen, der Einrichtung des Katastrophenschutzservers, der Zurverfügungstellung von Notfallkoffern oder auch von Frühdefibrillatoren sowie vieles andere mehr. Die Installierung einer Koordinierungsstelle für psychosoziale Akutbetreuung mit einem Kriseninterventionsteam hat sich erst jüngst bei dem äußerst tragischen Geschehen in Fohnsdorf bewährt.

Helfende Menschen sind da, wenn wir sie brauchen. Professionelle Hilfe wird angeboten und angenommen. Das ist nicht selbstverständlich, das sind Maßnahmen des Landes, die in schwierigsten Situationen ein Stück weiterhelfen. Sicherheit in jeder Lebenssituation kann auch jeden von uns berühren.

Wegen der Häufung von Überfällen in Tiefgaragen – aus gegebenem Anlass – habe ich die Fachabteilung für Katastrophenschutz beauftragt, dass sie gemeinsam mit der Sicherheitsdirektion, dem Landesgendarmeriekommando, der Bundespolizeidirektion Graz sowie mit Garagenbetreibern Maßnahmen ausarbeitet, die für mehr Sicherheit in diesen Bauten, insbesondere mit entsprechenden Alarmanlagen, Videoüberwachung und so weiter sorgen werden.

Sicherheit ist uns – und ich sage das sehr bewusst, weil wir am vergangenen Montag, und der Herr Kollege Landeshauptmannstellvertreter Voves hat das Thema angesprochen – sowohl in der Landesregierung als auch in der Bundesregierung ein besonderes Anliegen.

Innenminister Strasser, mit dem ich gestern noch ein Telefonat geführt habe, hat mir zugesichert, dass 2004 mindestens 770 Exekutivbeamte neu aufgenommen werden. Und mit der Übernahme der 930 Zollwachebediensteten werden im kommenden Jahr 1700 Bedienstete zusätzlich beim Bundesministerium für Inneres tätig sein. Weiters hat mir der Bundesminister zugesagt, dass bereits mit 1. Februar 2004 15 neue Polizisten für die Polizeidirektion Graz aufgenommen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Das hohe Schutzniveau in der Steiermark wurde vom Bundesrechnungshof im Juli dieses Jahres besonders hervorgehoben. Diese jahrelange Arbeit und Festigung der Initiative „Sichere Steiermark“ wurde anderen Ländern als nachahmenswerte Aktion empfohlen.

Der Lebensstandort Steiermark setzt eine sichere Steiermark voraus und für diesen gilt unser aller täglicher Einsatz in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bereichen.

Und ich ende dort, wo ich begonnen habe. Sicherheit, Geborgenheit sind Lebensgefühl. Ich möchte dem Hohen Haus, dem Landtag und der Regierung daher vorschlagen, das kommende Jahr 2004 unter das Motto „Jahr der Sicherheit“ zu stellen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.47 Uhr.)

Präsident: Ich danke der Frau Landeshauptmann für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Ich komme nunmehr zur Wechselrede derselben und weise darauf hin, dass ein Redner hoffentlich nicht die volle Redezeit von 20 Minuten ausschöpft.

Zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Stöhrmann. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Stöhrmann (16.48 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, Hohes Haus, liebe Zuhörer!

Antrag: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Österreichischen Bundesregierung mit aller Vehemenz für eine Verbesserung der Personalsituation im Land einzusetzen und bis zum 31. Dezember 2003 dem Landtag einen Bericht über ihre diesbezüglichen konkreten Bemühungen und Ergebnisse dieser Bemühungen zu erstatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht ein Antrag, den ich einbringe. Diesen Antrag haben die Abgeordneten Schuler, Hagen, Moosbrugger und Hofer von der FPÖ und der ÖVP im Vorarlberger Landtag eingebracht. Ich sage das nur deswegen hier, dass Sie sehen, dass dieses Problem nicht ein rein steirisches, sondern leider Gottes in der Zwischenzeit ein gesamtösterreichisches geworden ist.

Ich darf nur die einleitenden Sätze des Freiheitlichen Entschließungsantrages hier zur Kenntnis bringen: „Durch ansteigende Kriminalität, hervorgerufen vor allem durch ausländische Tätergruppen, und Maßnahmen für Planstelleneinsparungen seit dem Jahre 1995 sowie durch Schließungen von Dienststellen im Bereich der Exekutive ist es zu einer Verunsicherung der Bevölkerung gekommen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich verstehe nicht, Frau Landeshauptmann, wie Sie hergehen können und in Ihrer Anfragebeantwortung so tun, als wenn alles in Ordnung wäre. Das ist es bei Gott nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nicht nur der uralte steirische Brauch „Halloween“, oder wie er heißt, hält die Leute ab, zunehmend ab, dass, wenn es finster wird, sie auf die Straße gehen, es ist leider eine völlig verfehlte Sicherheitspolitik – man kann sie ja gar nicht Sicherheitspolitik nennen – eines stockkonservativen Innenministers, wie wir sie in den letzten Jahren noch nie gehabt haben. Es wird am falschen Platz gespart und es wird keine Sicherheitspolitik gemacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese meine Aussage kann durch Zahlen noch und nöcher untermauert werden.

Ich darf Ihnen nur eines sagen, Kriminalrate unter SPÖ-Innenminister, weil Sie immer den Vergleich aufzeigen und sagen, früher war alles schlechter. Nur Anfang der neunziger Jahre, nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, hat es einen kurzen Anstieg der Kriminalitätsrate auf 500.000 Delikte in Österreich gegeben. Bis 1989 lagen diese Straftaten stets unter 500.000. Seit dem Amtsantritt von Schwarz und Blau, 2000 – 517.000 Delikte, 2001 – 523.000 Delikte und jetzt stehen wir bereits bei über 600.000 Delikten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da so zu tun, als sei alles im Guten und es funktioniert alles und wir reden von Gefühlen, von Sicherheit, Geborgenheit und Lebensgefühlen, Frau Landeshauptmann, das ist schlicht und einfach falsch. Ich appelliere an Sie, Frau Landeshauptmann, und ich bitte Sie in ihrer Funktion als stellvertretende Bundesparteiobmännin der ÖVP (Landeshauptmann Klasnic: „Das ist ein Irrtum!“), nehmen Sie Ihre Macht und Ihre Möglichkeiten in Anspruch und schauen Sie, dass dieser Innenminister, der längst rücktrittsreif ist, wirklich woanders hinkommt. Ich verstehe es schon, dass er sich mit aller Macht an diesen Posten klammert. Nur, wenn er dort wegkommt, bitte nicht mit vollen Bezügen und allen Apanagen und so weiter, denn er soll das, was er hier diesem Land antut, auch letzten Endes selbst mitnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich Ihnen von den Anstiegen der Delikte erzählt habe, dann könnte ich gleichzeitig davon sprechen, dass die Aufklärungsraten ständig im Sinken sind. Viele unverdächtige Personen, auch aus Ihren Kreisen, nehmen das wahr und treffen Aussagen dazu. Zum Beispiel eine Aussage eines Bezirkshauptmannes, der direkt mit diesen Dingen konfrontiert ist: „Eine im Entwurf Team 04 noch immer vorhandene Auflösung beziehungsweise Zusammenlegung von Bezirkskommanden würde die Rechtssicherheit im Bereich der Sicherheitsexekutive empfindlich stören und das Organisationskonzept um Jahrzehnte auf den Stand bis Ende April 1993 zurückschrauben.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist natürlich im Sinne einer konservativen Partei. Rückschritt ist gefragt, nicht Fortschritt, und Sicherheit für die Menschen. Und weil da Kollege Klubobmann Schrittwieser nicht mehr in die Lage gebracht worden ist, den Artikel, den Fritz Neugebauer hier geschrieben hat, fertig zu verlesen, ich darf Ihnen die Schlusssätze daraus zitieren:

Er sagt: „Wehret den Anfängen! Doch wer die Signale hört, weiß, dass Vorsicht geboten ist. Einsparungen durch Personalabbau sind natürliche Grenzen gesetzt. Die Exekutive befindet sich trotz ständiger Warnung durch Gewerkschaft und Personalvertretung nach dem Abbau von 3500 Dienststellen am Limit.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich gehen diese Dienstposten ab, natürlich fehlt das Personal, natürlich gibt es nicht mehr so viele Streifengänge und natürlich resultiert daraus subjektives Unsicherheitsbefinden der Bevölkerung. Neugebauer schreibt weiter: „Die Sicherheit unseres Landes steht auf dem Spiel.“ Das ist einer der Ihnen, der das schreibt. „Wer sichere Schritte tun will, muss sie langsam tun.“ Gut, vielleicht hat man den Fritz Neugebauer deswegen von der Spitze der Fraktion Christlicher Gewerkschafter abgelöst und dem relativ einflussreichen Verein des ÖAAB zugeordnet. Vielleicht kann er dort weniger Schaden für die Partei anrichten, aber bei uns steht nicht die Partei im Vordergrund, bei uns steht die Sicherheit der Menschen im Vordergrund. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie es mit dieser Sicherheit ausschaut, möchte ich Ihnen noch anhand einiger Zahlen hier zur Kenntnis bringen. Es wird nämlich immer davon gesprochen und der Herr Innenminister tut das so gerne, dass wir noch immer das zweitsicherste Land in Europa sind. Er nimmt nur die falsche Untersuchung dafür. Er nimmt die Untersuchung der Wirtschaftskriminalität, wo natürlich ganz andere Parameter einfließen als es in Wirklichkeit notwendig wäre. Wenn Sie sich die Statistik der Interpol, die in Lyon veröffentlicht wurde, zu Gemüte führen, dann werden Sie Folgendes sehen: Dort hat man nämlich genau die Parameter eingeführt, die man braucht, um einen wirklichen Vergleich zu finden, nämlich die Straftaten pro 100.000 Einwohner. Österreich liegt mit 7274 Straftaten pro 100.000 Einwohner in diesem Sicherheitsranking an achter Stelle. Wir, die einmal der sicherste Staat in diesem Europa waren, sind jetzt an die achte Stelle abgerutscht. (Abg. Dietrich: „Deutschland liegt hinter uns!“) Vor uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt lediglich noch Deutschland, aber weit hinter uns mit diesen Straftaten liegt zum Beispiel Frankreich, liegt die Schweiz, liegt Portugal und ganz interessant, Polen hat zum Beispiel nur mehr die Hälfte der Straftaten zu verzeichnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht ja dieser fast rassistische Witz durch die Gegend: „Fahren Sie nach Polen auf Urlaub, Ihr Auto ist schon dort!“ Das stimmt nicht mehr, diesen Witz kann man in Zukunft in Polen erzählen, wenn es so weitergeht. Letzten Endes, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt Ungarn mit 4144 Straftaten auch noch weit vor uns.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie es nicht glauben, ich kann Ihnen die Unterlagen sehr gerne zur Verfügung stellen. Aber wir wollen ja nicht nur von der großen und fernen Welt sprechen, wie schaut es denn bei uns aus? Kennen Sie die Daten von Graz? Auch die habe ich hier. Steigerungen um 38 Prozent, Aufklärungsminus um 20 Prozent und so geht es weiter. Und dann kommt der Herr Kollege Hamedl, er ist heute leider nicht hier, ich hoffe, seine Grippe oder was er hat, geht bald vorbei. Irgendwie habe ich ja das Gefühl, dass ihm diese Debatte heute nicht ganz recht ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist mein subjektives Gefühl und das bringe ich hier zum Ausdruck und da können Sie noch so mit dem Finger wackeln. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Herr Abgeordneter, bitte setzen Sie fort!“)

Ich hoffe, dass er bald gesund ist. Ich habe mein subjektives Gefühl zum Ausdruck gebracht. Als ich ihn da draußen vorige Woche am Gang angesprochen habe und ihn damit konfrontiert habe, dass es in Graz in einer Nacht 90 Einbrüche gegeben hat, wissen Sie, was er mir daraufhin gesagt hat? Diese 90 Einbrüche – (Abg. Bittmann: „Jetzt entschuldigst du dich aber. Wenn einer krank ist, ist er krank. So ein Pülcher!“) Herr Präsident, so weit darf es nicht gehen, dass ich mich „Pülcher“ schimpfen lassen muss. (Präsident: „Herr Abgeordneter bitte

setzen Sie fort, lassen Sie sich nicht irritieren. Meine Damen und Herren, ich habe den ausdrücklichen Appell an Sie gerichtet, sich bei der Wortwahl darauf zu besinnen, dass Sie im Landtag sind und nicht irgendwo in einem Gasthauseck sitzen!")

Das war genau der Herr, der die Wirtschaft so lautstark vertreten hat.

Zurückkommend auf den Kollegen Hamedl. Da draußen angesprochen auf diese 90 Einbrüche, hat er mir gesagt, naja, das sind so Serieneinbrüche, die sind ja nicht so wesentlich. Bitte, erklären Sie mir oder der Mindestrentnerin, deren Vorrat, den sie sich mühsam zusammengespart hat, aus dem Keller gefladert worden ist, dass da ein Unterschied ist zu einem Millionenbetrug. Aber vielleicht sieht das Herr Hamedl so, dass er sagt, naja, also gut, diese Delikte sind so klein, da komme ich nicht in die Zeitung, da bin ich nicht der Supercop, das geht mich nichts an. Vielleicht ist das der Hintergrund. Bei uns sind alle Delikte gleich zu bewerten. Wir stehen für die Sicherheit der Bevölkerung dieses Landes ein, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Ohne mich jetzt noch zu verbreitern und auf die spezielle Situation im Bezirk Mürzzuschlag einzugehen, wo ja dann eigentlich wirklich herauskommen würde, warum man das Ganze so macht, denn die Umfärbelungsaktionen, die Herr Kollege Schrittwieser angesprochen hat, sind ja nicht von der Hand zu weisen. Ich sage Ihnen nur eines, die Gemeinde Mitterdorf hat um Millionenbeträge einen Posten umgebaut, der wird jetzt zugesperrt. In Langenwang, drei Kilometer neben Mürzzuschlag, direkt neben dem Bezirksgendarmerieposten, dieser Posten bleibt offen. Dort gibt es einen schwarzen Landtagsabgeordneten und einen schwarzen Bürgermeister, vielleicht ist das der Grund. Da könnt ihr euch auch wieder aufregen, ist auch mein subjektives Gefühl.

Deswegen darf ich mir erlauben, jetzt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Schrittwiese, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann einzubringen.

Die Begründung ist ja in der Dringlichen schon großteils genannt worden. Ich darf daher nur mehr den Antrag verlesen. Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf das massiv gestiegene Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung, hervorgerufen durch eine seit 1999 rasant steigende Anzahl an Delikten und gekennzeichnet durch stark sinkende Aufklärungsquoten, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, erstens die unbesetzten Dienstposten bei Gendarmerie und Polizei unverzüglich zu besetzen, zweitens die Sicherheitssituation der Bevölkerung im Umfeld bereits geschlossener Dienststellen zu prüfen und dort, wo es ein objektives beziehungsweise massives subjektiv empfundenes Sicherheitsdefizit der Bevölkerung gibt, die Dienststellen wieder zu öffnen, drittens auf die weitere Schließung und Zusammenlegung von Exekutivdienststellen ab sofort zu verzichten, viertens auf die weitere Streichung von Dienstposten der Exekutive ab sofort zu verzichten, fünftens die Streichung von Überstunden im Bereich der Exekutive zurückzunehmen, sechstens die in Zukunft durch den Wegfall der Schengen-Außengrenze frei werdenden Sicherheitskräfte in der Steiermark zu belassen und nicht in andere Bundesländer abziehen, siebentens das „Un-Reform-Papier“ Team 04 mit all seinen negativen Auswirkungen auf die Steiermark zurückzunehmen und ein etwaiges neues Konzept mit dem Ziel einer wirklichen Verbesserung der Sicherheit in Österreich mit allen Beteiligten sachlich zu verhandeln und im Speziellen achtens die Reduzierung der Bezirksgendarmeriekommanden auf nur mehr fünf regionale Kommanden für die ganze Steiermark nicht umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und ganz besonders Sie, Frau Landeshauptmann, lade ich ein, diesem Entschließungsantrag beizutreten, denn dann ist das Gefühl von Sicherheit, Geborgenheit und Lebensgefühl in der Steiermark wieder gewahrt. Danke vielmals! (Beifall bei der SPÖ. – 17.01 Uhr.)

Präsident: Danke.

Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (17.02 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn Männer so oft über „subjektive Sicherheitsgefühle“ reden, dann weiß ich, dass irgendetwas nicht stimmt. Das gilt besonders für die Ausführungen von Herrn Klubobmann und von Herrn Abgeordneten Stöhrmann, den ich sonst sehr schätze, bezogen auf diese Dringliche.

Für mich ist ein Land dann sicher – und in diesem einen Aspekt teile ich auch die Antwort von der Frau Landeshauptfrau –, wenn die Leute sich wohl fühlen. Und für mich ist Sicherheitspolitik ganz eng gekoppelt mit einem solidarischen Miteinander-Umgehen, mit einer klaren Absage gegen Ausgrenzung und gegen Verletzung von Menschen und natürlich auch mit klaren gesellschaftspolitischen Bezügen.

Die Auftritte von den beiden SPÖ-Herren haben mich deswegen wirklich fassungslos gemacht. Die SPÖ bringt jetzt eine Dringliche Anfrage ein mit null gesellschaftspolitischem Bezug und ich habe mich wirklich gefragt, Siegi Schrittwieser, du und ich, leben wir in der gleichen Steiermark? Ich habe da das Gefühl, nein, so wie du die Steiermark derzeit sicherheitspolitisch darstellst. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Schützenhöfer: „Ist Ihnen ein Applaus von uns peinlich?“)

Ich komme auch noch zur ÖVP, ich komme schon noch zu Ihnen auch, keine Sorge.

Der zweite Punkt: Aus Ihrer Sicht wundert es mich natürlich nicht, sehr geehrte Kollegen von der ÖVP, dass Sie kein Wort zur Menschenrechts- und Ausländer-/Ausländerinnenpolitik von Herrn Minister Strasser sagen. (Abg. Stöhrmann: „Ich habe gesagt, die Asylpolitik des Innenministers ist genauso verfehlt!“)

Bravo, das finde ich mutig. Danke für diese Korrektur. Trotzdem zurück zum Minister Strasser, der menschenrechtspolitisch Österreich zurück ganz an den Schluss der EU bringt und das leider Gottes sehr konsequent und mit wenig Widerstand von anderen Leuten aus seiner Partei.

Ein Punkt noch, den ich auch sagen möchte und das sage ich jetzt als grüne Sicherheitssprecherin: Die Arbeit der Exekutive ist teilweise sehr anstrengend, sie ist zunehmend anspruchsvoll. Wir haben seit dem letzten Jahr eine Strafgesetzesnovelle mit komplizierten neuen Tatbeständen im Bereich der Computerkriminalität, im Bereich der Bandenkriminalität, die die Leute, die in diesem Feld arbeiten, sehr fordert. Respekt von unserer Seite für die Leute, die im Bereich der Aufklärung, im Bereich der Sicherheitsbehörden in der Steiermark und in Österreich arbeiten.

Gleichzeitig setzen wir uns sehr dafür ein, dass auch die Arbeit der Exekutive kontrolliert wird. Es gibt immer wieder sehr berechtigte Maßnahmenbeschwerden gegen polizeiliche Eingriffe, gegen polizeiliche Übergriffe. Mir ist es ein großes Anliegen, dass auch die Polizei, die Exekutive ganz klar den Grundrechts- und Menschenrechtsnormen verpflichtet arbeitet.

Zur SPÖ zurück, zu einigen von Ihren Zitaten, wo ich wirklich geglaubt habe, wir leben in verschiedenen Welten, „untragbare Sicherheitssituation, permanenter sicherheitspolitischer Kahlschlag“ et cetera, et cetera.

Ich glaube, ein subjektives Unsicherheitsgefühl kann man nicht mit der Exekutive lösen. Ich habe ausreichend viel Kontakte mit Leuten in der Exekutive – ob das im Bereich Sucht ist, im Bereich Frauenpolitik ist, im Bereich Misshandlung von Kindern ist und jeder Profi in dem Bereich wird uns sagen, dieses Unsicherheitsgefühl kann man nur lösen durch ganz enge soziale Netzwerke, durch Zivilcourage, durch anderes Umgehen mit Leuten, die verletzt und ausgegrenzt werden. Und da – das sagen alle Profis in dem Bereich – braucht es anderer Berufsgruppen, die da unterstützend zusammen mit der Exekutive arbeiten können.

Zur ÖVP: Frau Landeshauptfrau, bei allem Respekt, wenn Sie das Jahr 2004 als „Jahr der Sicherheit“ ausrufen, dann darf ich eine Empfehlung abgeben. Könnten Sie den Klubobmann Ihrer Landtagsfraktion auffordern, dass er sofort den Antrag auf Tempo 160 auf Autobahnen zurückzieht? (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Das wäre eine großartige Idee und ich wäre sehr erleichtert, wenn Sie angesichts der Verkehrstoten, die wir in der Steiermark haben – die Steiermark ist da österreichweit führend –, dieser Initiative nicht stattgeben würden. Dann würde ich Ihnen sehr gerne, wenn Sie ihn dazu bringen, mit Freuden wieder bei einer Ihrer Initiativen applaudieren. Sonst fällt es mir wirklich sehr, sehr schwer.

Einige Worte noch zum Kriminalitätsbericht 2002 und zum Suchtbericht, mit denen ich mich nämlich auch näher beschäftige.

Massendelikte sind gestiegen, das stimmt. Es stimmt, dass wir auch teilweise mehr Bandenkriminalität haben. Deswegen auch besagte Änderungen im Strafrechtsbereich.

Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass Anzeigenstatistik nicht unbedingt etwas über die Sicherheit oder Unsicherheit eines Landes aussagt. Das ist ein ganz verkürzter Blick auf Delikte.

Wenn Sie an die Delikte im Bereich der familiären Gewalt denken, das sind fast immer Delikte von Männern gegen Partner/Parterinnen, gegen ihre Töchter und sehr oft gegen die eigenen Mütter. Das sind Delikte, die erst seit zehn oder 15 Jahren allmählich mehr ans Tageslicht kommen, weil auf Grund einer sehr patriarchalen Gesellschaftsordnung diese Delikte die längste Zeit total unter den Teppich gekehrt wurden. Hinschauen im Bereich familiärer Gewalt, volle Unterstützung etwa von der Interventionsstelle, vom Frauenhaus und von couragierten Leuten in der Exekutive, die zusammen mit PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, AmtsärztInnen da klare Grenzen setzen gegenüber den Tätern und Aufklärungsarbeit machen, ist ein dezidierter Schwerpunkt von uns. Familiäre Gewalt ist in den letzten Jahren gestiegen und auch deswegen gestiegen, weil die Leute sich endlich trauen sich zu wehren und anzuzeigen.

Dass da die Statistik nach oben geht, empfinde ich in diesem Fall, weil es darum geht, Licht ins Dunkel in diesem Gewaltbereich zu bringen, paradoxerweise sogar als positiv.

Ich möchte noch, weil die Herren vorher so stark die „subjektive Sicherheit“ und die Sicherheitsgefühle angesprochen haben – und ich möchte jetzt Ihre Statements überhaupt nicht relativieren oder in ein komisches Eck drängen –, auf ein Projekt aufmerksam machen, das ich sehr gut gefunden habe, als wir in Zürich waren.

Es gibt dort Probleme im Bereich Sucht. Es gibt dort Probleme mit marginalisierten, an den Rand gerückten Bevölkerungsgruppen. In Zürich hat man ein sehr kluges Projekt gemacht. Das heißt „Projekt Sicherheit, Intervention, Prävention Zürich“ und da arbeiten SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, StreetworkerInnen und Leute aus dem ordnungspolitischen Bereich, sprich Leute aus der Exekutive, gemeinsam, bilden interdisziplinäre Teams und sind in den Stadtteilen von Zürich unterwegs, wo es besagtes „subjektives Unsicherheitsgefühl“ gibt.

Für mich ist das aber von der Logik eine ganz andere Methode, weil da viel mehr in Richtung Kooperation mit den Leuten geht, viel mehr in Richtung Austausch mit Leuten geht, wie Unsicherheitsgefühle zustande kommen und weil man letztendlich in Zürich erkannt hat, dass Sicherheitsgefühl und Unsicherheitsgefühl auch sehr viel mit Stadtteilentwicklung und Quartiersentwicklung zu tun hat.

Und das der Polizei und der Exekutive „zuzuschupfen“, „macht ihr das gefälligst“, ist erstens eine völlige Überforderung der Exekutive, die die Profis in dem Bereich auch von sich weisen und zweitens wird das prinzipiell nicht wirklich helfen.

Ein Punkt noch, was jetzt Sucht betrifft. Wir haben in Österreich – das Bundesinstitut für Gesundheitswesen hat sehr genau aktuell recherchiert – ein starkes Auftreten von aufputschenden Drogen, Amphetaminen und Kokain. Wissen Sie, was das bedeutet? Dass Leute sich so unter Druck fühlen, immer schnell, toll, attraktiv, schön und erfolgreich zu sein, dass sie das Gefühl haben, sie können nur bestehen – so schlimm das auch ist –, wenn sie diese aufputschenden Substanzen nehmen.

Und für mich heißt das automatisch, wenn wir eine seriöse Suchtpolitik machen, auch genau dort anzufangen, wo Leute sich so unter gesellschaftlichem Leistungsdruck fühlen, dass sie genau zu diesen auch extrem gefährlichen Substanzen greifen und die sind leider Gottes im Ansteigen und das ist für mich eine kritische Rückmeldung, wie wir Leistungsgesellschaft definieren und wie wir mit den Leuten umgehen, die da nicht ganz mitkönnen.

Ein Punkt noch, den ich auch nicht aussparen möchte, wir haben in der Steiermark in letzter Zeit zwei sehr unerfreuliche Treffen gehabt. Eines hat am Samstag zum Glück nicht tatsächlich stattgefunden, eines in Bad Gleichenberg, beide von der rechtsextremen Szene. In Bad Gleichenberg hat es vor einigen Wochen ein Treffen von einer Aktionsgemeinschaft gegeben, die ganz klar im rechten äußeren Eck angesiedelt ist. Es hat erfreulicherweise dagegen eine Kundgebung gegeben von der Sozialistischen Jugend und der Grünen Jugend, die gesagt haben, diese Leute haben beim besten Willen in unserer Region und auch sonst wo nichts verloren. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, das Verbotsgesetz in Österreich konsequent zu exekutieren und ich glaube, dass es zweitens sehr wichtig ist, bei der Jugendförderung alle Maßnahmen in Richtung Gewaltprävention abzusichern. Das ist ein Aspekt, dazu hätte ich sehr gerne etwas von einer der anderen Parteien gehört.

Maßnahmen in die Richtung stehen an, zumal die rechtsextreme Szene, jetzt komme ich zum nächsten Punkt, leider Gottes inzwischen „kreativ“ vorgeht, indem sie über Kulturveranstaltungen und Musikveranstaltungen versucht, gerade junge Leute anzuziehen. Am Samstag war in der Oststeiermark – das ist dann am Tag davor an die Öffentlichkeit gekommen – ein großes Skinhead-Treffen geplant mit rechtsextremen Musikgruppen aus Großbritannien, USA und Deutschland. Das sind Gruppen, die in Deutschland auf Grund der Rot-Grünen Regierung zum Glück sehr, sehr wenig Auftrittsmöglichkeiten haben und deren Auftritte sehr streng geahndet werden, weil die einfach ganz klar menschenrechtsverletzende und faschistische Botschaften absetzen. In der Obersteiermark war das als privates Fest mit bis zu 1000 geladenen Gästen geplant. Das ist zum Glück vereitelt worden. Wir wünschen uns, dass das Verbotsgesetz sehr konsequent exekutiert wird und wir wünschen uns alle Maßnahmen, die verhindern, dass nationalsozialistisches Gedankengut, egal in welcher Form, leider Gottes inzwischen sehr popularisiert über eine sehr pervertierte Kultur- und Jugendschiene in Österreich, in der Steiermark Fuß fasst.

Das sind Aufgabenbereiche, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die für uns aus Sicht der Grünen Schwerpunkt sind. Ich habe nur einige exemplarisch herausgenommen und ich denke einfach, dass alles, was in Richtung Gewaltprävention geht, alles, was in Richtung Solidarisierung der Gesellschaft geht, für uns willkommene Anknüpfungspunkte sind, aber etwas, wo ich wirklich nicht mit kann, ist, wenn man in einer übersteigerten und sehr schrillen Form die Steiermark zu einem unsicheren Bundesland macht. Ich glaube, dass das Sich-Wohl-Fühlen etwas ist, was allen Leuten zusteht, Ausländern und Ausländerinnen genauso wie alten Frauen, genauso wie jungen, arbeitslosen Leuten, genauso wie Punks am Hauptplatz und unser Wunsch ist einfach, dass wir sehr wohl sicherheitspolitische Debatten führen, aber in einer Tonalität, die dem Thema angemessen ist. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 17.15 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Drexler. Herr Abgeordneter Drexler, bitte, Sie sind am Wort.

Abg. Mag. Drexler (17.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Ich möchte, bevor ich auf das Thema eingehe, ganz kurz auf den Kollegen Stöhrmann eingehen, denn das war fast gar nicht wirklich unbeabsichtigt, weil auf Stöhrmann einzugehen heißt nicht gleichzeitig auf das Thema einzugehen. Lieber Kollege Stöhrmann, wenn du hier – (Abg. Stöhrmann: „Herr Kollege Drexler, mich freut es wenigstens, dass du Stöhrmann zu mir sagst, und nicht Pülcher, so wie der Kollege aus deinem Klub!“) Das ist jetzt überhaupt nicht das Thema. (Landesrat Dr. Flecker. „Eine Entschuldigung wäre angebracht!“) Ich müsste allenfalls einen Kollegen aus meiner Fraktion unterstützen und das will ich bei der Gelegenheit am Pult jetzt nicht tun. Aber wenn du von diesem Pult aus hier in Zweifel ziehst, dass der Kollege Hamedl heute krank zu Hause liegt und gleichzeitig via Internet dieser Debatte folgt, dann ist das eine beispiellose Frechheit und ein Skandal. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Mag. Erlitz: „Pülcher ist kein Skandal?“)

Wer glaubt, dass der Edi Hamedl diese Sicherheitsdebatte auslöst, dass er diesen Sitzplatz dort drüben leer lässt, weil er sich vor deinen Nichtargumenten fürchtet, der kann nur selbst die Arbeit hier im Hause alles andere als ernst nehmen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe mehrere Telefongespräche gebraucht, um ihn zu überzeugen, dass es nicht gescheit ist, dass er mit 40 Grad Fieber da herinnen sitzt und daher lassen wir uns das nicht gefallen, von dir nicht und von keinem anderen, wenn man einen Menschen wie den Edi Hamedl – (Landesrat Mag. Erlitz: „Deshalb greift man zur verbalen Gewalt?“)

Geh, Wolfgang, bitte schön gib eine Ruhe. Wenn man einen Menschen wie den Edi Hamedl, der seit Jahr und Tag Dienst an dieser Gesellschaft tut, seit 2000 hier im Haus sitzt, der unzählige Menschenleben mit seinem Wirken gerettet hat, wenn man dem unterstellt, er traut sich nicht an einer Larifari-Sicherheitsdebatte wegen

einer Larifari-Dringlichen Anfrage von euch teilzunehmen, dann ist das ein beispielloser Skandal und das lassen wir uns nicht gefallen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „Für euch ist das Larifari, für uns nicht. Das ist deine Einstellung zu den Dingen!“)

Im Übrigen bin ich auch der Meinung, dass diese Unterstellung hart an der Grenze eines Ordnungsrufes vorbeigegangen ist. (Abg. Stöhrmann: „Du hast jetzt gerade gesagt, dass es eine Larifari-Sicherheitsdebatte ist. Deine Aussage!“) Und jetzt zurück zum Thema. (Präsident: „Herr Abgeordneter Stöhrmann, Sie können sich jederzeit nochmals melden!“ – Abg. Gross: „Und das rechtfertigt, dass Sie zu einem Landesrat sagen: ‚Du, sei still?‘“ – Abg. Kaufmann: „Und das rechtfertigt, das man zu einem Kollegen Pülcher sagt?“)

Nein, ich habe gesagt, bitte, Wolfgang, sei ruhig und zu einem Landesrat sagen, sei still, ist bei mir noch ein bisschen ein Unterschied, wenn das in der Terminologie der Sozialdemokratie das Gleiche ist, entschuldige ich mich dafür.

Jetzt aber zurück zum Thema. (Abg. Kröpfl: „Larifari!“ – Abg. Kaufmann: „Larifari, ja!“) Exakt! Law and order is a Labour issue. Offensichtlich hat die Sozialdemokratie in der Steiermark geglaubt, die Lektion aus dem ersten Wahlkampf zu Unterhauswahlen von Tony Blair gelernt zu haben und hat jetzt plötzlich das Sicherheitsthema für sich erkannt und versucht auch in anderen Landtagen, wie wir hören und wie auch im Nationalrat mit dieser Dringlichen Anfrage das Sicherheitsthema sich auf ihre Brust zu heften. Ich darf Ihnen einmal eines vorweg sagen, die steirische Sozialdemokratie ist nicht New Labour und Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie verzeihen mir, Franz Voves ist nicht Tony Blair. Das ist nämlich eine Frage des Formats. (Abg. Schrittwieser: „Gott sei Dank, weil der Voves führt keinen Krieg!“ – Abg. Gross: „Kommen wir jetzt zum Niveau, das dem Haus hier angepasst ist?“) Frau Kollegin, ich glaube schon. Aber gut, Sie haben jetzt das Sicherheitsthema erkannt und leider ist jetzt Herr Landesrat Flecker nicht mehr im Raum, weil an ihn hätte ich eigentlich ganz gerne eine Frage gestellt, aber er wird sie auch so irgendwie mitbekommen. Denn wenn man sich ansieht – und genau das ist die Frage des Formats, die ich vorhin gemeint habe –, Sie haben sich nämlich nicht in einer sachlichen Manier dem Thema Sicherheit gewidmet, im Gegenteil, es hat ein wenig populistischen Geschmack. Es hat einen ziemlich populistischen Geschmack und es riecht eigentlich nach Populismus, wenn man jetzt hier hergeht und mit zum Teil falschen Zahlen, mit zum Teil falschen Statistiken und da bin ich ganz bei der Edith Zitz, bei anderen Teilen ihres Beitrages nicht – (Abg. Mag. Zitz: „Den Rest deiner Aussagen teile ich nicht. Das mit dem Format war eine ganz falsche Schublade. Das ist absolut nicht in Ordnung!“) Ich habe schon noch weitere Argumente. Aber ich glaube schon, dass man sagen darf – und da schließe ich ein wenig bei deiner Argumentation an, magst du dich davon distanzieren oder nicht –, die heutige Näherung an das Thema hat nicht besonders viel Format gehabt, im Gegenteil, es riecht nach Populismus. Ein wenig macht es den Eindruck, Graz darf nicht Chicago werden. Es hat ein wenig die Schlagseite, Graz darf nicht Chicago werden.

Dann hätte ich jetzt ganz gerne den Landesrat Flecker gefragt, wie es ihm denn bei dieser sozialdemokratischen Dringlichen Anfrage heute geht und wie es ihm bei den Argumenten, die bisher gekommen sind, heute geht. Denn ich habe mir einige Aussagen aus der Vergangenheit, als die steirische Sozialdemokratie in so einer Art inneren Opposition zu einer seinerzeitigen Regierungspartei, nämlich der Bundes-SPÖ, war, herausgeholt, wie man damals sicherheitspolitische Debatten geführt hat und wie man damals versucht hat, differenziert an das Thema heranzugehen, oder auch undifferenziert, das kann ja aus dem Rückblick jetzt plötzlich anders sein. Aber eine Frage sei mir gestattet an den Landesrat Flecker, der jetzt nicht da ist. Wie es ihm geht in dieser neuen, doch ziemlich populistisch riechenden versuchten Law-and-Order-Gesinnung der steirischen Sozialdemokratie.

Das ist zumindest eine Frage, die erlaubt sei und die uns schon ein bisschen auch zeigt, was eigentlich dahinter steckt. Wir erleben ja eine Reihe von derartigen Dringlichen Anfragen, deren Dringlichkeit regelmäßig durch nichts zu überbieten ist. Aber okay.

Eine zweite kurze Vorbemerkung sei mir noch erlaubt, auf die Edith Zitz gemünzt. Wenn du unseren Antrag durchgelesen hättest, hättest du weniger Sorgen. Es geht nicht um Tempo 160 in unserem Antrag. Es geht um flexiblere Tempogestaltung, wenn elektronische Verkehrsleiteinrichtungen flächendeckend umgesetzt sind. (Abg. Mag. Zitz: „Es geht um Tempo 176 mit der 10-Prozent-Kulanz!“)

Schauen wir uns den Antrag an. Er ist derzeit zur Stellungnahme bei der Landesregierung. Dann wird es im Ausschuss, vielleicht in einem Unterausschuss, vielleicht hier im Plenum immer noch ausreichend Gelegenheit geben die Dinge zu diskutieren. Aber bitte tun wir nicht aus so einem im Endeffekt eher Randthema, eher einem kleinen Thema, aus dem von der Frau Kollegin Zitz angesprochenen Thema heraus nicht eine generelle Unsicherheit herausdestillieren, die darin sicher nicht enthalten ist.

Eine letzte Vorbemerkung, Siegi. Zur Abwechslung erlauben auch wir uns hier, seitens des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei, einmal vielleicht annähernd die 20 oder zehn Minuten oder was immer uns gerade zur Verfügung steht, auszunützen. Insofern sei mir die dritte Vorbemerkung erlaubt. (Abg. Schrittwieser: „Du musst nur mit den 20 Minuten auskommen!“) Ich bitte dich. Du hast mit 20 Minuten nicht genug Zeit gehabt, um deine Dringliche Anfrage zu begründen. Ich bitte dich, damit wir nicht wieder die Diskussion haben wie am 17. Juni dieses Jahres und am 29. Jänner 2002. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe das Vormittag beim Herrn Landtagsdirektor eingebracht!“)

Dennoch, wir könnten uns darauf einigen, dass wir beim nächsten Mal, wenn wieder eine Dringliche Anfrage der SPÖ da ist, vielleicht die Anfrage einbringen und dann diese begründen, die Fragen vorlesen. Nach der Beantwortung der eigentlichen Frage sind Wortmeldungen Tür und Tor geöffnet. Dann kann alles, was einem

aus dem Herzen sprudelt, ins Plenum geworfen werden, diskutiert werden und dann hätten wir eine richtige Vorgangsweise, hätten nicht mehr Geschäftsordnungsdebatten. Darum bitte ich einfach ganz herzlich, dass wir das beim nächsten Mal machen. (Abg. Schrittwieser: „Ich hätte das gerne schriftlich!“)

Und jetzt vielleicht doch ganz kurz in der verbleibenden Zeit, weil ich nehme an, es wird jetzt sehr genau darauf geschaut werden, auch noch ganz kurz zu dir.

Da schließe ich auch wieder an, was die Edith Zitz gesagt hat. Denn, bitte, wenn hier versucht wird zu behaupten, dass Österreich und die Steiermark ein unsicheres Land ist, dann ist das in aller Schärfe zurückzuweisen, weil es ist festzustellen, wir sind eines der sichersten Länder auf diesem Kontinent. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich werde gar nicht allzu viele Zahlen nennen. Aber schauen wir nach Frankreich, schauen wir in die rot-grüne Bundesrepublik, schauen wir wo immer hin, kaum irgendwo auf diesem Globus gibt es weniger Verbrechen, gibt es weniger Straftaten und gibt es geringere Kriminalitätsraten. Sind wir stolz darauf und tun wir dieses Land nicht krank und unsicher reden. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich mache mir jetzt langsam Sorgen. Bei dieser geballten Kritik, die am Innenminister hier vorgetragen wurde, fürchte ich ja langsam aber sicher, dass der „gach“ ein guter Innenminister ist, weil so viel Kritik gegen ihn vorgebracht wird. Also insofern ist das ja auch für uns noch ein pädagogisches Erlebnis, dass wir erst recht mit 120 Prozent hinter den Maßnahmen stehen, weil irgendeinen Grund muss das ja haben, dass man sich hier so gerne darauf einschießt.

Ich sage jetzt auch nicht, was die SPÖ, wie sie Innenminister gestellt hat, gemacht hat und alle diese Geschichten, die wir ohnehin zur Genüge kennen, obwohl die Zahlen interessant wären. Aber sie sind in vielen Statistiken nachzulesen.

Übrigens, Siegi, war eine ganz bemerkenswerte Feststellung, dass die Fälschungsdelikte so sehr zugenommen haben. Aber dieses Beispiel soll man vielleicht doch lieber am Zettel stehen lassen, weil es sind in Kärnten Landtagswahlen. Wir wissen, wer dort welche Briefe wann gefälscht hat. Also mit Fälschungsdelikten in den letzten Jahren sollte man vielleicht ein bisschen vorsichtig sein, wenn man sagt, dass die so besonders im Explodieren sind. Man muss immer genau anschauen, wer was unterschrieben hat, das ist gar keine Frage.

Tatsache ist, die Frau Landeshauptmann hat in ihrer Anfragebeantwortung, glaube ich, in der gebotenen Form und unter Hinweis darauf, wie es um die Sicherheit in diesem Land tatsächlich bestellt ist, dargestellt, wie viele Maßnahmen in der letzten Zeit ergriffen wurden, wie es wirklich um die Zahl der Uniformierten, um die Zahl der Dienstposten, um die Zahl der Dienststellen und so weiter bestellt ist.

Und wer vor dem Hintergrund dieser Schilderung hergeht und sagt, es ist unsicher, man traut sich – wie hat der Bernd Stöhrmann gesagt? Man traut sich in der Nacht nicht mehr auf die Straße – (Abg. Stöhrmann: „Ich werde dir ein Wortprotokoll zusenden, dann werden wir sehen, was ich wirklich gesagt habe!“) Wenn es viele tun, dann ist es Auftrag der Politik darzustellen, dass man sich natürlich in diesem Land auf die Straße trauen kann und dass jeder am Abend fortgehen kann und sich nicht fürchten muss. Angst und Panik sind schlechte Ratgeber und Angst und Panik waren an sich eine Politik, wo ich gelegentlich gehört habe, dass die SPÖ das anderen Parteien vorgeworfen hat, Angst und Panik zu machen. Aber okay, neue Zeiten offensichtlich hier bei der Sozialdemokratie.

Zusammenfassen kann man das eigentlich kurz und knapp: Wenn die SPÖ von Uniformierten spricht, dann sprechen Uninformierte. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn wie wir gesehen haben, hat nicht wirklich eine einzige Zahl gestimmt.

Daher darf ich abschließend sagen: Was an unqualifizierter Kritik und was vor allem an unqualifizierten Unterstellungen am Kollegen Hamedl gekommen ist, ist in aller Form zurückzuweisen.

Was die tatsächliche Sicherheitssituation in diesem Lande betrifft, ist, glaube ich, in der Anfragebeantwortung von unserer Frau Landeshauptmann alles gesagt worden, dass sich jede Steirerin und jeder Steirer in diesem Land sicher fühlen kann.

Abschließend ein Satz, Siegi, an die ganze SPÖ-Fraktion gerichtet. Wir brauchen keinerlei Hinweise darauf, dass sich unsere Frau Landeshauptmann vor die Steirerinnen und Steirer stellt. Das Glück in diesem Land ist, es brauchen auch die Steirerinnen und Steirer diesen Hinweis nicht. Weil wenn eines in diesem Land außer Streit steht und klar ist, dass es für Landeshauptmann Waltraud Klasnic kein Interesse gibt, die Bundesregierung, die Bundes-ÖVP oder sonst irgendjemanden im Zweifel zu stützen und zu schützen, sondern dass es nur ein einziges Interesse gibt, im Interesse dieses Landes zu arbeiten und sich genau vor diese Steirerinnen und Steirer zu stellen, was du in Abrede gestellt hast. Das ist das Verdienst unserer Frau Landeshauptmann. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend wollte ich sagen, Gott sei Dank wissen das auch die Steirerinnen und Steirer. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung Klubobmann Schrittwieser. Es gilt ein Zeitlimit.

Abg. Schrittwieser (17.31 Uhr): Ich habe nur eine Minute. Kollege Drexler, bei aller gegenseitiger Wertschätzung, aber es steht dir nicht zu, dass du zum Landesrat, wenn er hier einen Zwischenruf macht, sagst: „Sei still da oben!“ Wir weisen das auf das Schärfste zurück. Das überschreitet deine Grenzen in diesem Hohen Haus. Du hast zum Landesrat gesagt: „Du sei still da oben!“ Genauso war die Aussage, du kannst das nachlesen.

Und das Nächste und da muss ich den Herrn Präsidenten noch einmal aufmerksam machen. Wenn der Kollege Bittmann zum Kollegen Stöhrmann sagt, „sei still du Pülcher“, dann ist das eine Sprachweise, der wir uns nicht bedienen und die weisen wir auch zurück. Herr Kollege Bittmann, ich erwarte mir von dir, dass du dich beim Kollegen Stöhrmann entschuldigst, weil das ist eine Kultur, meine Damen und Herren, in dem Hohen Haus, die wir überhaupt keinen der Steirerinnen und Steirer zumuten können. Wenn ihr irgendwann in Bedrängnis kommt, dann verlernt ihr die ordentliche Sprache und das, meine Damen und Herren, kann ja nicht sein. Und was ihr von Sicherheit haltet, nämlich die ÖVP, dass ihr sagt, das ist eine Larifari-Dringliche, das ist eine Larifari-Sicherheitsdiskussion, das weiß ich, dass euch das, wie ihr da sitzt, überhaupt nicht interessiert und das ist das wahre Bild der ÖVP. (Beifall bei der SPÖ. – 17.32 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Lafer bitte. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort, danach Frau Abgeordnete Reinprecht.

Abg. Lafer (17.32 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus und vor allem an die Partei der Verunsicherung!

Es fällt mir heute schwer, nach jenen Dingen, die hier schon positiv angesprochen worden sind, wirklich noch einiges zu sagen. Trotz alledem möchte ich überhaupt zu Beginn meiner Wortmeldung auf zwei wesentliche Punkte eingehen.

Herr Klubobmann Schrittwieser, du hast in deiner Begründung angeführt, dass bei der Exekutive Personal eingespart worden ist. Personal eingespart zum Nachteil der Sicherheit. Du hast diese Verantwortung wie immer auch an die schwarz-blaue Regierung geschoben. Ein paar Zahlen an dich. Im Jahre 1995 wurden im Bereich der Bundesgendarmerie, der Sicherheitswache, des Kriminaldienstes und der Sicherheitsverwaltung 222 Beamte eingespart, im Jahre 1996 407, im Jahre 1997 485, im Jahre 1998 202 und dann, lieber Herr Klubobmann, im Jahre 1999, in dem die Nationalratswahl war und bis dahin ein roter Innenminister war, gab es plötzlich ein Plus von 204. Wolltet ihr eure Sünden abbüßen, nur dass die Sicherheit dort besser dasteht? Nein, wirklich nicht. Genau in diesem Punkt sprechen Sie hier von unwahren Tatsachen, Sie belügen die Bevölkerung und Sie sagen auch Unwahrheiten gegenüber anderen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein zweites Faktum, Sie sagen in Ihrer Begründung, die Kriminalitätsrate ist gestiegen. Dann kam der Zeitpunkt, wo die Rate auf über 500 Delikte gestiegen ist. Ja, lieber Herr Klubobmann, weißt du nicht, wie man solche Statistiken färben, korrigieren und fälschen kann? Sie wurde gefälscht vom damaligen Innenminister! Ich sage das ganz bewusst. Man ist einfach hergegangen und hat bei den Suchtgiftdelikten, wo 300 oder 200 betroffene Täter waren, diese in einem zusammengefasst und das wurde als ein Delikt ausgeworfen. Ja, da kann man natürlich ganz schön die Statistik verfälschen und verfärben.

Lieber Siegi, und das war auch damals schon im Parlament die Aussage von mir gegen den damaligen Innenminister, dass durch solche gesetzliche Veränderungen natürlich jede Statistik verfälscht werden kann. Das ist das Gravierende, was ich dazu zu sagen habe. Sie als SPÖ haben in der Sicherheitspolitik versagt! Sie haben sich im Bereich des Fremden-, Sie haben sich im Bereich des Asylgesetzes und auch in allen anderen Bereichen, was Sicherheit betrifft, anständig daneben benommen, Sie haben nicht die Lösung herbeigeführt, sondern Sie haben für diese Bewertung ein Nichtgenügend verdient. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir wissen aber auch, dass es natürlich zu einem Defizit im Bereich der Sicherheit gekommen ist. Zu einem Defizit deshalb, weil natürlich die Zusammenlegung der Polizei und der Gendarmerie zum einen bevorsteht, zum anderen die bevorstehende Ostöffnung auf uns zukommt und zum dritten, was noch wesentlich ist, das Abkommen von Schengen, wenn jene Länder, die der EU beitreten, auch jenem Abkommen beitreten. Dass es hier natürlich im Vorfeld, bis eine solche Neuorganisation durchgeführt wird, zu Engpässen kommt, ist ganz klar. Und wenn ich mir dann diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag ansehe, dann würde ich der SPÖ trotzdem empfehlen, alleine nur die Diskussionsgrundlage vom Team 04 herzunehmen und den richtigen Bericht, die richtige Diskussionsgrundlage auch zu lesen. Wenn hier angeführt wird, dass man nur mehr von Dienstposten spricht, so wie es gesagt worden ist, oder Dienststellen von über zehn Beamten, so muss man unterscheiden, welche einer Bewertung zugeführt werden und wie viele tatsächlich bestehen bleiben. Faktum und Tatsache ist, dass keine einzige Dienststelle mehr geschlossen wird nach der jetzigen Diskussionsgrundlage. Jene Dienststellen, die geschlossen worden sind, sind nach der Strukturanpassung bitte, die aus dem Jahre 1997 kommt und damals war bekanntlich ein roter Innenminister am Zug, durchgeführt worden. Es ist richtig, man hat damals harte Diskussionen geführt, aber man ist zum Schluss gekommen, dass auch im Bereich der Gendarmerie und im Bereich der Polizei eine Neuorganisation durchzuführen ist, dass hier die Schritte der Wirtschaftlichkeit, der Effizienz eingeführt werden müssen. Und genau vor einem solchen Schritt stehen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Sie werden wahrscheinlich wissen – und das nehme ich doch als Voraussetzung an, wenn man in diese Diskussion einsteigt –, dass die Bundesgendarmerie noch mit Gesetzen lebt, die aus dem Jahre 1896 stammen und Sie werden wissen, dass diese Gesetze auslaufen. Sie werden wissen, dass der Exekutivkörper 1848 gegründet worden ist und Sie werden wissen, dass die Organisationsformen fast nahezu nahtlos bis heute durchgetragen worden sind. Was Sie scheinbar vergessen haben, sind jene Fakten und Tatsachen, dass auf Grund der modernen Technik und auf Grund der neuen Herausforderungen und des neuen Anforderungsprofils hier gewaltig veränderte Aufgaben auf die Exekutive zukommen und dass es notwendigerweise zu einer Neustrukturierung, zu einer Reform kommen muss. Ich bin hier nicht der Vertreter des Herrn Innenministers Strasser, bei Gott nicht.

(Abg. Stöhrmann: „Hört sich aber nicht so an!“) Hör mir zu! Denn die Diskussionsgrundlage, die momentan vorliegt, gibt einmal Anlass dazu, sich mit dieser Materie auseinander zu setzen. Und das, meine Damen und Herren der SPÖ, haben Sie nicht gemacht. Wenn Sie sich nämlich genauer mit diesem Papier auseinander gesetzt hätten, dann würden Sie auch wissen, was alles hier drinnen enthalten ist. Da könnte man eine Diskussion führen, weil dieses Papier alleine zirka 200 Seiten umfasst, wie das Ganze ausschauen wird. Faktum und Tatsache sind, dass man aus über 30 Führungsgremien in Österreich neun macht. Ich bin überzeugt davon, dass das ein absolut richtiger Schritt ist, weil genau aus diesen Bereichen Kräfte frei werden, die wieder an die Basis hinaus gehören, wieder zum Streifendienst gehören, wenn Sie das leichter verstehen, die wieder im exekutiven Außendienst stehen. Wir müssen unsere Bereiche vor Ort bei der Bevölkerung stärken und wir können nicht die interne Verwaltung und die internen Führungsstrukturen stärken. Das ist ein richtiger Ansatz.

Die weiteren Ansätze, geschätzte Damen und Herren, betreffen ja noch ganz andere Dinge. Andere Dinge insofern, weil sie natürlich auch angeführt worden sind und das natürlich auch die Berechtigung nach sich zieht, dass man hier diskutiert. Wir haben schon bis jetzt erlebt, dass in den Bezirken eine Dienststelle rund um die Uhr besetzt ist und das soll auch weiterhin aufrechterhalten bleiben. Aufrechterhalten deshalb, weil die Bevölkerung und weil vor allem auch Geschädigte, Verunglückte oder Verunfallte den Anspruch auf eine Hilfe haben. Das wird unbedingt gewährleistet bleiben müssen, dafür stehen wir von der Freiheitlichen Partei, denn Sicherheit war für uns immer schon ein sehr ernstes Thema, und nicht ein Thema, das hier polemisiert und verunglimpft wird. Weiters sind wir überzeugt davon, dass gerade von dem Abbau der Kriminalpolizisten, wie er angeführt worden ist, keine Rede sein darf, denn ich kann Ihnen berichten, dass es von internationalen Experten sehr wohl eine Aussage gibt, zum Beispiel von Herrn Gusi, der in „Offen gesagt“ vom 2. November dieses Jahres der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, dass im öffentlichen Dienst gespart wird, lediglich in zwei Bereichen überhaupt nicht, und zwar ist der eine der Bildungsbereich und der zweite ist der Sicherheitsbereich.

Meine Damen und Herren, in Bayern allein gibt es eine Aufklärungsquote von 60 Prozent und trotzdem hat man sich dazu durchgerungen, 1500 Beamte mehr einzustellen. Genau solchen Beispielen, wo es um die Sicherheit für die Steirerinnen und Steirer draußen geht, müssen wir folgen.

Meine Damen und Herren, wir haben hier sehr viele Punkte zusammengefasst. Ein Punkt vielleicht noch, um Ihnen zu veranschaulichen, was es bedeutet. Natürlich sind in einem solchen Strukturpaket Dinge eingebaut, die bei genauerer Betrachtung den Schluss zulassen, wie zum Beispiel die Einsparung von 700.000 Überwachungsstunden pro Jahr allein bei der Gendarmerie in der Steiermark. Wenn Sie das jetzt nachvollziehen und nachrechnen, birgt das diese Gefahr in sich, dass davon allein 350 Planstellen betroffen worden sind. Diese Gefahr muss man erkennen, diese Gefahr muss man auch bekämpfen, dem entsprechen. Und hier haben wir Wege und Mittel, die wir beschreiten können, damit diese Neuordnung, diese Neustrukturierung auch zu jenem Ziel gelangt, das wir uns selbst vorstellen.

Sicherheit kann keine Frage des Preises sein, Sicherheit kann keine Frage des Geldes sein, sondern Sicherheit geht uns alle etwas an. Sicherheit muss uns was wert sein. Wir müssen danach trachten, dass das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung steigt und dass man wieder mit einer guten Exekutive in die Zukunft schaut. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang auch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, wobei der Inhalt schon mehrmals erläutert worden ist.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, dass erstens in jedem politischen Bezirk mindestens eine durchgehend besetzte Dienststelle erhalten bleibt, zweitens mehr Personal auf Bezirksebene zur Erfüllung der zusätzlich vorgesehenen Aufgaben im Bereich der Verkehrsüberwachung und der Kriminalitätsbekämpfung vorgesehen wird, drittens keine Schließung von Gendarmerieposten und Polizeiwachzimmern sowie von kleineren Bezirksgendarmeriekommanden vorgenommen wird, viertens am Sitz des Landesgerichtes Leoben eine Kriminalabteilungsaußenstelle erhalten bleibt, fünftens kein Abbau von Kriminalbeamten zur Bekämpfung der schwerkriminalität erfolgt, sechstens keine Verschlechterungen im Bereich des Dienst- und Besoldungsrechts durch die Reform Team 04 eintreten, siebentens keine sozial- und familienpolitisch schweren Nachteile für Exekutivbeamte, wie lediglich ein dienstfreies Wochenende pro Monat, vorgesehen werden sowie achtens für eine motivierte Exekutive im tatsächlichen Außendienst besoldungs-, dienst- und pensionsrechtliche Besserstellungen für E2a- und E2b-Beamte erfolgen.

Ich hoffe, Sie haben sich diesen Antrag durchgelesen, so dass Sie dem auch zustimmen können.

Bezüglich des roten Entschließungsantrages bitte ich, Herr Präsident, um eine punktuelle Abstimmung.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren, die Sicherheit ist ein derartig großes Bedürfnis und in allen Umfrageergebnisse liegt sie an der vordersten Stelle.

Wir dürfen Sicherheit nicht aus jener Sicht betrachten, wie es bereits heute und hier von der SPÖ durchgeführt worden ist. Sicherheit muss über alle Parteigrenzen hinweg zugunsten der Steirerinnen und Steirer gemacht werden! Ich danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.44 Uhr.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat sich die Klubobfrau Dietrich gemeldet.

Abg. Dietrich (17.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zwei Themen zum Thema in der nächsten Präsidiale machen.

Erstens einmal die Reihenfolge der Wortmeldungen bei einer Dringlichen.

Für mich ist es nicht nachvollziehbar, wenn weder die Größe der Fraktionen berücksichtigt wird noch Pro und Kontra (Abg. Mag. Zitz: „Wer sich zuerst meldet!“), sondern nach Rot, Grün, Schwarz, Blau. Das ist ein Weg, den wir nicht mittragen.

Zweitens möchte ich auch gerade am Beispiel von Siegi Schrittwieser darauf hinweisen, dass hier in diesem Haus mit zweierlei Maß gemessen wird. Wenn er sich zur tatsächlichen Berichtigung meldet, dann geht das über Minuten hinweg mit einem Inhalt, der aus meiner Sicht und aus unserer Sicht nicht einer tatsächlichen Berichtigung entspricht. Und ich erinnere daran, der Kollege Lafer hat das letzte Mal nicht einmal zwei Worte gesagt, wurde er schon abgebremst, abgestoppt, weil es geheißen hat, es ist keine tatsächliche Berichtigung.

Wir fühlen uns in diesem Sinn nicht fair behandelt und wollen dies zum Thema der nächsten Präsidiale machen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.45 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Dietrich, über Minuten hinweg, für diese Berichtigungen sind maximal fünf Minuten vorgesehen. Diese Redezeit wurde nicht überschritten, auch nicht vom Klubobmann Schrittwieser.

So viel zur Redezeit, alles Weitere in der Präsidiale.

Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Prattes. Bitte.

Abg. Prattes (17.46 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren der Landesregierung, sehr verehrte Damen und Herren!

Larifari-Debatte hat der Klubobmann Drexler eine für uns ganz, ganz wichtige Sicherheitsdebatte genannt. Und wenn ich – und das ist ja nicht das erste Mal – durch die Reihen der ÖVP schaue, dann ist offensichtlich das Sicherheitsthema für sie ein Randthema. Das ist ja eigentlich der Skandal in dieser Debatte, und nicht dieser Skandal, den Sie uns vorwerfen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein Weiteres: Wenn der Herr Klubobmann Drexler sich herstellt und sagt, keine einzige Zahl hat gestimmt, dann, glaube ich, hat er gewusst, warum er fluchtartig den Saal verlässt, denn ich hätte ihm sofort einige Zahlen nennen können. Ein Beispiel: Sie können es ihm ausrichten oder vielleicht hört er irgendwo am Lautsprecher zu. Wenn er sagt, Frankreich liegt hinter Österreich in der Kriminalitätsrate – noch einmal, das ist kein Ranking, wo man stolz sein kann, aber ich nehme an, die Interpol in Lyon wird uns sicher Zahlen vorlegen, die stimmen und die halten –, da darf ich dem Herrn Klubobmann, der durch Abwesenheit jetzt glänzt, sagen, Frankreich hat 6932 Straftaten, bezogen auf 100.000 Einwohner, während Österreich 7274 Straftaten aufzuweisen hat. Soweit, dass keine einzige Zahl stimmt. Ich werde im Rahmen meiner Ausführungen noch auf einige Zahlen zu sprechen kommen.

Sehr verehrte Frau Landeshauptmann, wenn Sie also sagen, bis 1999 hat es eine händische Auswertung gegeben und diese jetzt im Raum stehende oder hochgerechnete Zahl 600.000 ist erst durch EDV gestützt zu erwarten, dann möchte ich doch behaupten, die Straftaten können sich in einer relativ kurzen Zeit nicht so schnell um 100.000 vermehren.

Was aber stimmt, Frau Landeshauptmann, ist, dass die Zahl der Beamten seit 2000 um 2350 geschrumpft und die Anzahl der Straftaten signifikant gestiegen ist. Das ist Faktum und das ist auch belegbar.

Frau Landeshauptmann, Sie sagen, Sie haben ins Internet hineingeschaut und sehen als Sicherheitspapier der SPÖ eine Seite, dann gestatten Sie mir, ich darf Ihnen – Sie haben scheinbar nur das Titelbild gesehen – das tatsächliche Papier geben. Es umfasst nämlich zehn Seiten, Frau Landeshauptmann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man müsste ja dem Innenminister einen neuen Titel geben – der Unsicherheitsminister. Er hat ja eine Zauberformel erschaffen. Weniger Polizei und Gendarmerie sind gleich mehr Sicherheit! „Österreich zählt zu den sichersten Ländern der Welt“, so sagt er. Er müsste sagen, zählte. Das war, solange sozialdemokratische Innenminister die Verantwortung hatten, denn – und ich komme wieder zurück auf die 7250 – da waren jeweils auf 100.000 Einwohner gerechnet unter 5000 Straftaten. Das ist keine Ruhmeszahl, ich sage es nur, damit man es sich vergegenwärtigen kann und die Zahlen richtig sieht.

Noch etwas, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie unterstellen, dass wir verunsichern, dass wir die Leute ängstigen. Gar nichts ist der Fall.

Aber es ist Tatsache, dass eben, wie ich bereits ausgeführt habe, eine erschreckend hohe Zunahme bei den Straftaten zu vermerken ist und davon ist nicht nur Graz betroffen – da werden wir noch Berufenere hören –, sondern auch sämtliche Bezirke. Ich möchte das salopp jetzt gesagt haben, die Einbrecher feiern bereits Tage, Wochen oder Monate der offenen Tür. Wie sonst soll man denn die unglaubliche Steigerung bei den Einbrüchen im September dieses Jahres um 180 Prozent kommentieren?

Die drastische Kürzung der Dienstposten seit 2000 – ich habe es bereits gesagt – und die Schließung von 26 Gendarmerieposten laden ja geradezu zu Vergehen und Verbrechen ein. Neben Graz leiden auch die Bezirke unter diesen Personal- und Dienststellenreduktionen.

Weil gesagt worden ist, keine Zahl stimmt, es tut mir Leid, Frau Landeshauptmann, ich muss Sie da doch korrigieren.

Zur Bundespolizeidirektion Leoben – und ich habe hier den Bezirk zu vertreten – einige Zahlen: Bei der Sicherheitswache waren am 1. Dezember 2000 159 Dienstposten, der Soll-Stand hat dem Ist-Stand entsprochen. Wie schaut es 2003 aus? Soll-Stand ist 144, der Ist-Stand ist 131, allerdings muss man noch sechs davon abziehen, weil vier sind abkommandiert und zwei sind auf Karenz. Das heißt, wir haben seit 2000 ein Minus von 34 Dienstposten bei der Sicherheitswache oder minus 21 Prozent. Bei den Kriminalbeamten schaut es ja noch dramatischer

aus. Die sind faktisch halbiert worden von 29 auf 15! Jetzt werden manche sagen, naja gut, die Staatspolizei ist verlagert worden. Faktum ist aber, dass diese Beamten auch andere Fälle mit untersucht haben und wie gesagt jetzt die Anzahl halbiert ist. Die Straftaten haben sich daher auch seit 1999 um 21 Prozent erhöht! Jetzt muss ich sagen, Frau Landeshauptmann, ich habe hier eine Statistik. Sie haben gesagt, signifikant sind die Zahlen der Straftaten, Sie haben die Einbrüche genannt, zurückgegangen. Da darf ich nur sagen, 1999 711 in einer vergleichbaren Statistik, 2000 ein Rückgang auf 690, dann aber 751 2001, 2002 815 und bis jetzt einschließlich Oktober 2003 863. So schaut es aus. Dann kommt noch dazu, dass davon, zum Beispiel jetzt aktuell, 597 sozusagen unbekannte Täter sind. Da heißt es, es sind von der Verwaltung Beamte in den Sicherheitswachdienst gestellt worden. Was heißt denn das? Die fehlen ja dann dort. Der Beamte muss sich dann hinsetzen, wenn er eine Anzeige aufnehmen muss, und das selbst machen. Das heißt, er sitzt dann wieder zwei Stunden im Büro und kann nicht auf der Straße sein. Das sind die Fakten, die wir aufzählen beziehungsweise die wir erwähnen müssen.

Gravierend, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch die Situation im Bezirk. Durch die Schließung von Gendarmerieposten kommt es zu einer quantitativen Unterversorgung, was sich gerade beim Nachtdienst sehr nachteilig auswirkt. Einbruchserien geben ja eine beredte Antwort. Ich habe schon Zahlen genannt. Die Kollegin Zitz sitzt da. Ich muss Ihnen eines sagen, wenn Sie Männern nicht gestatten, eine subjektive Unsicherheit zu verspüren, dann ist das genauso diskriminierend, wie Sie immer sagen, Frauen werden diskriminiert. Ich sage Ihnen eines, Sie müssen wissen, wenn eine Ortschaft wie zum Beispiel im Bezirk Leoben Wald am Schoberpaß den Gendarmerieposten zugesperrt bekommt und der Gendarm, der immer vor Ort war, muss in der Nacht von Sankt Michael bis nach Wald am Schoberpaß fahren, das sind einmal 40 Kilometer bis er oben ist, dass die Menschen dann kein subjektives Unsicherheitsgefühl haben, das müssen Sie den Leuten dort erklären. Sie können dann sagen, die Gendarmerie hat ein schnelles Auto, sie ist eh gleich da. Wir wissen, es gibt Bezirksgrenzen, die bei der Gendarmerie zu beachten sind. Diese alarmierenden Zahlen unterstreichen diese Unsicherheit. Dann kommt noch etwas dazu. Die geplante Zusammenlegung der Bezirksgendarmeriekommanden – der Kollege Lafer hat gesagt, stimmt alles nicht mehr, soll recht sein – von Leoben und Knittelfeld trägt ebenfalls nicht zur Beruhigung der Menschen bei.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss sich vorstellen, ein ganzer Berufsstand ist verunsichert, ist frustriert, ist demotiviert. Ich nenne die Kollegen von Polizei, Gendarmerie und Zollwache. Wie die Mitarbeiter die Vorgehensweise von Minister Strasser empfinden, glaube ich, gibt am besten eine vorliegende Information des Zentral-Ausschusses der Bundesgendarmerie vom 10. November wieder. Ich darf Ihnen da kurz etwas vorlesen. Das ist eine Information des Zentral-Ausschusses Bundesgendarmerie zur Diskussionsgrundlage „Neue Exekutive des Teams 04“, datiert vom 10. November: „Trotz gegensätzlicher Aussagen, dass es derzeit kein fertiges Papier Team 04 gäbe, das war die Aussage vom 4. November 2003, wurde die nun vorliegende Diskussionsgrundlage ‚Exekutive neu‘ oh Wunder über Wunder, bereits am 7. November der Presse vorgestellt. Dem Zentral-Ausschuss wurde das 181-seitige Konvolut erst am 10. November 2003 in schriftlicher Form vom Kabinett des Ministers übermittelt. Dazu stellte der Zentral-Ausschuss fest, dass diese Art der innerbetrieblichen Kommunikation auch in der Mitarbeiterschaft großes Befremden ausgelöst hat. Eine derartige Vorgangsweise entspricht nicht den üblichen Gepflogenheiten zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern.“ Einschub von mir, wie immer ist das eine Methode der Regierung, drüberfahren und speed kills. Ich zitiere weiter: „Durch den Inhalt“ – und das ist ganz wichtig – „des Papiers wurden alle Bedenken, welche in der ersten Aussendung des Zentral-Ausschusses erläutert wurden, in großen Teilen bestätigt beziehungsweise sogar übertroffen.“ Das sagen nicht irgend welche politisch motivierten Leute, sondern Leute, die betroffen sind, die etwas davon verstehen. Wie sehr die Leute frustriert sind, sagt der Schlusssatz und den muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. „Abschließend bedanken sich der Zentral-Ausschuss der Bundesgendarmerie und die von ihm vertretenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, dass sie wenigstens aus den Medien über die Abschaffung der Gendarmerie, über die neue blaue Dienstkleidung erfahren durften.“ So weit die tatsächlich im Dienst Betroffenen.

Ich komme schon zum Schluss. Frau Landeshauptmann, ich möchte Sie wirklich ersuchen, die Fragen der Dringlichen Anfrage tatsächlich zu beantworten und nicht nur Kommentare abzugeben, denn die Antwort auf die Fragen, die wir Ihnen bei der Dringlichen Anfrage gestellt haben, sind Sie schuldig geblieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sicherheitsdebatte soll nicht dazu dienen, um irgend jemanden zu verunsichern, irgend jemandem Angst zu machen. Sie soll aber dazu dienen, alle hier in diesem Haus zu sensibilisieren, denn eines soll uns allen am Herzen liegen, dass sich die Menschen – und da gehe ich mit Frau Landeshauptmann konform – in unserem Land wohl fühlen, dass sie sagen, das ist unsere Heimat, da wollen wir gerne leben. Daher gilt es, gerade diese Versuche, die Versorgung mit Sicherheit zu unterminieren, abzuwehren und dagegen aufzutreten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.58 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Peter Rieser. Herr Abgeordneter Rieser, Sie sind am Wort bitte.

Abg. Rieser (17.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag!

Wenn man diese heutige Diskussion verfolgt, muss man eigentlich Angst bekommen. Es wird polemisiert und es wird Verunsicherung betrieben. Mein lieber Kollege Prattes, weil du vorhin direkt die Frau Landeshauptmann so attackiert hast, so kann ich nur eines dazu sagen – (Abg. Stöhrmann: „Genau das, was wir gesagt haben!“ – Abg. Prattes: „Kritisiert, und nicht attackiert!“)

Jetzt wartet einmal ein bisschen, was ich dazu sage. Das ist bei uns Chefsache. Sicherheit ist für uns ein wichtiges Thema. Weil du gerade vorhin die Bezirksgendarmeriekommanden angesprochen hast. Ich habe mir heute während dieser Sitzung aus Wien etwas faxen lassen. Ich zitiere aus diesem Schreiben: „Zu Ihren Fragen, was die Zukunft der Bezirksgendarmeriekommanden betrifft, darf ich Ihnen mitteilen, dass wir jedenfalls sicherstellen, dass es in allen heutigen Polizei- und Gendarmeriebezirken auch in Zukunft eine Einsatzleitung geben wird. Die Falschmeldungen und Gerüchte der SPÖ, die nur darauf abzielen, die Bevölkerung zu verunsichern, sind somit vom Tisch. Zweitens, was die Frage der Wachzimmer und Gendarmerieposten betrifft, auch hier eine klare und unmissverständliche Aussage. Es wird, abgesehen von dem bereits im Jahre 2001 beschlossenen Strukturkonzept, keine weiteren Schließungen in meiner Amtszeit als Innenminister geben.“ Zitat Ende.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind frische Aussagen, auch aus dem Wiener Bereich. Und was für euch die Sicherheit, Freunde, wert ist, zeigt die nicht einmal eine Seite im Internet. Nicht einmal eine Seite im Internet, bundespolitisch. Das ist ein Thema der Bundespartei. Nicht einmal eine Seite. (Abg. Gross: „Du hast nicht einmal zugehört!“) Das ist es. Schau her. Nur das ist es und nichts anderes. (Abg. Schrittwieser: „Kollege Prattes hat gerade der Frau Landeshauptmann das Sicherheitspapier der Bundesregierung übergeben!“ – Präsident: „Am Wort ist der Abgeordnete Rieser. Herr Abgeordneter, bitte fortzusetzen!“)

Siegi, ich muss jetzt schon noch etwas sagen. Weil es einfach immer so heißt, als nur wir sind die Grauslichen, wir sind die Schlechten und ihr seid die Einzigen für die Sicherheit. Ich möchte nicht in Erinnerung rufen, was heute hier schon gesagt wurde, in einer Zeit, wo es einen Innenminister von den Sozialdemokraten gegeben hat, wie viele Gendarmerieposten geschlossen wurden. Über 40 waren es, 41. Genau 38 Gendarmerieposten und drei Wachzimmer.

Aber ich möchte noch auf etwas anderes eingehen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie diese Diskussion entstanden ist, dieses neue Konzept zu verwirklichen. Wer war, bitte, in der Steiermark, von welcher Fraktion ist der Landesgendarmeriekommandant gekommen, der diese Liste erstellt hat? Über 40 Schließungen hat er vorgeschlagen. Schlussendlich sind es 21 geworden.

Aber ich möchte auch aus der Praxis etwas sagen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie wir in Weißkirchen zusammengesessen sind. Es war der Landesgendarmeriekommandant anwesend, es war der Bezirkshauptmann anwesend und es ist uns darum gegangen, dass dieser Posten aufrechterhalten bleibt. Und der Herr Landesgendarmeriekommandant, der nicht von unserer Fraktion kommt, hat dort klargemacht, dieser Posten gehört geschlossen. Danke, Frau Landeshauptmann, er ist nicht geschlossen worden.

Was ist das Endresultat? Das ist auch sehr interessant. Gerade ein Parteiobmann eurer Fraktion, der zugleich auch Postenkommandant der Gendarmerie ist – aber nicht in Weißkirchen, sondern in einer Stadt –, hat mir bei einer Veranstaltung unmissverständlich klargemacht, welchen Blödsinn wir hier verfolgen. Nur größere Posten können für die Sicherheit sorgen.

Also das ist das, was draußen von euren eigenen Funktionären diskutiert wird und wo wir auf der anderen Seite natürlich versuchen, auch mit dem Thema Sicherheit glaubwürdig umzugehen und nicht zu spielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was heißt Rückschritt? Dieses Thema ist angesprochen worden. Ist es ein Rückschritt, wenn eine Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung eingeleitet wird? Ist es ein Rückschritt, wenn es internationale Zusammenarbeit gibt? Und ich denke in diesem Zusammenhang mit Rumänien, mit Polen, mit Tschechien, mit Ungarn. Ich denke aber auch, was sich bei uns an den Grenzen tut.

Vor kurzem wurde in einer Tageszeitung eine IMAS-Umfrage veröffentlicht und es ist schon bemerkenswert, welche Werte die Menschheit in den Vordergrund stellt. Das ist Heimat, das ist Ordnung und das ist Sicherheit!

Spielen wir also mit der Sicherheit nicht und nehmen wir zur Kenntnis, dass alles getan wird, damit unsere Bürger auch in Zukunft in einem sicheren Land leben können. (Beifall bei der ÖVP. – 18.06 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Reinprecht, bitte. Danach Herr Abgeordneter List.

Abg. Dr. Reinprecht (18.06 Uhr): Ich will mich den gegenseitigen Schuldzuweisungen, die wir jetzt in der letzten Stunde gehört haben, entziehen und einfach feststellen, Faktum ist, dass in den letzten Jahren 3448 Polizisten, also aus der Bundesgendarmerie, Sicherheitswache, Kriminaldienst und der Sicherheitsverwaltung, abgezogen wurden. Jetzt frage ich mich – ich frage mich das oft bei solchen Personaleinsparungen –, haben diese Leute eine falsche Arbeit gemacht oder gleich gar keine, dass man so leicht auf sie verzichten kann? Ich kann mir das nicht vorstellen. Es hat auch keine großen Strukturreformen gegeben, womit man diesen Personalabbau erklären könnte.

Nun zur Situation in Graz. Es stimmt, Frau Landeshauptmann, dass es 854 systematisierte Dienstposten in Graz gibt. Aber systematisierte Dienstposten sind etwas anderes als tatsächliche. Der tatsächliche Stand beträgt in Graz 779. Die Differenz ergibt sich daraus, dass manche Beamte karenziert sind oder sich auf Schulung und so weiter befinden. Tatsächlich sind es aber nur 700. Und diese Differenz resultiert daraus, dass sehr viele Polizisten entweder bei der UNO beschäftigt sind oder in Schwechat eingesetzt sind. Also Grazer Polizisten sind auch in Schwechat eingesetzt. Sie sind mit Überwachungen beschäftigt, wo sie natürlich völlig anonym sind, sie sind den verschiedenen Sonderkommissionen zugeteilt.

Diese Auskunft habe ich von einem Personalvertreter bei der Polizei erhalten und ich nehme nicht an, dass er mich angelogen hat. Also ich nehme an, dass diese Zahlen stimmen.

Dazu möchte ich auch sagen, dass von der Bevölkerung ein großer Teil der Tätigkeit der Polizei schon längst wie eine Dienstleistung erfahren wird. Das heißt, dass Personalabbau in Wahrheit diese Dienstleistung auch verschlechtert und verschlechtern wird.

Nur zwei Beispiele in Graz: Ein Beispiel, da hat es in der Keplerstraße in einer Wohnung Randalen gegeben. Der Hausmeister ging dort hin, hat die Leute aufgefordert ruhig zu bleiben. Die haben nichts dergleichen getan. Also hat er die Polizei gerufen. Die Polizei kam nach einer halben Stunde. Inzwischen hat sich die Rauferei in das Stiegenhaus verlagert. Der Hausmeister wollte eingreifen und wurde durch einen Messerstich schwer verletzt.

Warum braucht die Polizei vom Lendplatz in die Keplerstraße eine halbe Stunde? Weil der Posten unbesetzt war, weil die vier Personen – das ist Mindeststärke – ohnehin im Einsatz und auf Streife waren, amtsgehandelt haben und nicht früher dort sein konnten.

Natürlich kann man sagen, das ist ein Ausnahmefall, das kann einmal passieren.

Aber ein zweites Beispiel, das ich auch für sehr dramatisch halte: In einer sozialen Einrichtung in Eggenberg mit einem sehr schwierigen Klientel – Haftentlassene und so weiter, psychisch gestörte Menschen – wurde eine junge Mitarbeiterin, 19 Jahre, schwer sexuell belästigt. Sie hat die Polizei gerufen und hat sich dann eine dreiviertel Stunde lang am Klo einsperren müssen, weil die Polizei eine dreiviertel Stunde gebraucht hat, bis sie gekommen ist. Sie hat sich am Klo eine dreiviertel Stunde lang sicher sehr geborgen gefühlt.

Und warum? Weil das zuständige Wachzimmer in Eggenberg jetzt in der Nacht geschlossen ist, die Wiener Straße zuständig ist und die eben so lange gebraucht hat.

Außerdem halte ich es ohnehin nicht für gut, die Wachstuben vor Ort vor allem in der Nacht zu schließen, weil die Polizisten vor Ort ganz genau wissen, wo die Probemplätze, wo die Problemhäuser und wo die Problemstraßen sind. Das wissen nicht jene, die besonders weit weg sind.

Noch ein Weiteres: Frau Kollegin Zitz, ich habe mir wortwörtlich aufgeschrieben: „Nicht nur polizeiliche Maßnahmen können ein subjektives Bedrohungsgefühl minimieren!“ Da hast du natürlich vollkommen Recht und das ist auch nicht unsere Haltung, möchte ich sagen. Wir haben immer dafür plädiert, auch wie viele Frauenorganisationen, dass zum Beispiel städteplanerische Maßnahmen durchgeführt werden, mit denen vor allem den Frauen die Angst genommen wird, obwohl das auch ein Vorurteil ist, denn es haben auch Männer Angst, zum Beispiel nachts durch dunkle Parks oder durch eine unbeleuchtete Unterführung zu gehen. Durch bessere Beleuchtung, zum Beispiel Ausleuchtung, die die Belästiger abschreckt, wie wir wissen.

Aber müssen Tiefgaragen auch so gebaut sein, wie sie gebaut werden? Wo man wirklich den Eindruck bekommen muss, da könnte hinter jeder Ecke einer lauern. So finster, so schmutzig und so unübersichtlich sind sie. Eine Ausnahme dürfte übrigens die neue Tiefgarage beim Kastner sein, das haben mir inzwischen schon mehrere Frauen erzählt. Dort geht man sogar gerne hinein. Also man kann es auch anders machen.

Zum Thema „häusliche Gewalt“ möchte ich bemerken – du hast, glaube ich, gesagt, sie sei angestiegen. Aber ich glaube, das muss man ein bisschen mit Vorsicht betrachten, weil gerade in dem Bereich glaube ich, dass die Anzeigenbereitschaft auch gestiegen ist. Es ist eigentlich vielleicht eine Sache – so hoffe ich – vom Dunkeln ins Helle, vor allem auch durch die neuen Möglichkeiten, die die Frauen haben durch das Wegweiserecht. Da möchte ich schon bemerken, dass es die Initiative der Sozialdemokraten war, die Interventionsstellen einzurichten und hier erfüllt auch die Polizei sozialpolitische Aufgaben, sie ist nämlich auch verpflichtet mit den Interventionsstellen in Fällen von häuslicher Gewalt zusammenzuarbeiten.

Ich komme sofort zum Ende. Etwas möchte ich im Zusammenhang mit dem Dienststellenabbau noch sagen. Es wird ja immer wieder davon gesprochen, Aufgaben, die bis jetzt die Polizei oder Gendarmerie erfüllte, privaten Kräften zu überlassen. Verkehrsüberwachung und Ähnliches mehr, also wo vor allem auch finanziell etwas zu holen ist. Also ich habe den Eindruck, dass diese Dinge, die Ausdünnung der Sicherheitskräfte auch zum Ziel hat, immer mehr Private hier in gewissen Bereichen zum Zug kommen zu lassen. Da möchte ich schon eines sagen. Ich möchte nicht in einer Welt leben, wo Sicherheit nur für die Reichen da ist, so wie in vielen Ländern der Dritten Welt und in vielen Teilen der USA, wo sich wohlhabende Menschen ihre Privatpolizei leisten. (Beifall bei der SPÖ.) Und der Rest der Bevölkerung wird nur einem brutalen Vollzug ausgeliefert und wo die Polizei nicht mehr mindestens irgendwelche Formen von Dienstleistungen erbringt. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.13 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter List bitte.

Abg. List (18.13 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, wertere Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag!

Frau Landeshauptmann, Sie haben eine erschreckende Momentaufnahme in Ihrer Anfragebeantwortung gemacht. Was lesen die Steirerinnen und Steirer am Wochenende? Sie lesen selbstverständlich ihre Tageszeitungen, die steirischen Printmedien. Sie informieren sich dort, was im Lande passiert. Sie haben gesagt, was alles ausschließlich am letzten Wochenende passiert ist. Nur, Sie haben einiges nicht gesagt, was für uns wesentlich ist. Sie haben nicht gesagt, aus welchen Ländern diese Täter kommen, die am Wochenende Delikte begangen haben, Strafdelikte in der Steiermark. (Abg. Stöhrmann: „Dem, dem sie das Radio gestohlen haben, ist es gleich, ob es ein Schwarzafrikaner war!“)

Nicht wieder ausflippen, Herr Kollege Stöhrmann! Ich darf jetzt hier zu Ihren Ausführungen ergänzen. „Die Wettcafé-Räuber sind in Haft. Die Täter: ein Kroat, ein Bosnier und ein Jugoslawe wurden festgenommen“, steht in der Zeitung. „Einbrecher tricksten Grazer Supermarktelektronik aus und knackten Safe.“ Die festgenommenen Täter entpuppten sich als zwei 15-jährige Burschen aus Kroatien beziehungsweise Bosnien. So steht es in der Zeitung. „Ein Südländer beraubte seinen Gastgeber“ (Abg. Mag. Zitz: „Tiefe Lade!“), „nachdem er ihn mit einem Betäubungsmittel in den Tiefschlaf versetzte.“ Der traurige Höhepunkt aber ist die Ermordung eines Grazers. Ein 24-jähriger Kurde soll ihn mit zig Messerstichen getötet haben. Geschätzte Damen und Herren im Hause, das sind nackte Fakten und Zahlen. Diese Fakten lassen auch in der Steiermark längst die Alarmglocken läuten! Jeder, der diese Berichte gelesen hat, der sich über die Tageszeitungen informiert, muss feststellen, dass es sich hauptsächlich um eine importierte Kriminalität handelt. (Abg. Stöhrmann: „Trauriger Höhepunkt sind diese Aussagen!“) Ein Beweis dafür, dass es importierte Kriminalität ist, ist die Tatsache, dass derzeit mehr als 69 Prozent – und diese Zahl stimmt – der Untersuchungshäftlinge Ausländer sind. 69 Prozent, die Straftaten begangen haben. Das bedeutet, von drei Untersuchungshäftlingen sind zwei Ausländer, die in Haft sitzen und Straftaten verdächtigt werden. Ich behaupte jetzt – (Abg. Gross: „Habt ihr ein neues Volksbegehren vor?“) Ich komme zum Volksbegehren sicherlich! Ich behaupte jetzt und stelle hier fest, dass schuld daran ausschließlich die falsche Innenpolitik der Sozialdemokraten in den letzten zehn bis 20 Jahren ist. Ich weiß schon, du kannst dich sicher erinnern, unter den ehemaligen Kanzlern Vranitzky und Klima und den Innenministern Einem oder Schlögl. Hier wurde jahrelang mit Absicht – ich betone wieder jahrelang – der Weg zum heutigen sicherheitspolitischen Desaster gegangen. Dieser wurde gewählt und unterstützt. Die Ursachen für diese gesteigerte Kriminalität werden in den täglichen Medienberichten leider kaum erwähnt. Es ist hier in dieser Sicherheitsdiskussion mit weit über zehn bis zwölf Debattenrednern jetzt eine gute Gelegenheit, auf die Sünden der Vergangenheit auch ein wenig aufmerksam zu machen. Auf die Sünden der Vergangenheit, vor allem von roten Regierungsmitgliedern begangen und so genannte Ursachenforschung zu betreiben.

Ich darf jetzt zur Stadt Graz kommen. Sie wissen ja, dass der vorige Bürgermeister Stingl bekanntlich eine große Vorliebe für Ausländer in Graz hatte. Eine so große Vorliebe, dass Graz zur Hochburg für Schwarzafrikaner gemacht wurde. Deswegen blüht auch dort die Drogenkriminalität, eine blühende Drogenkriminalität mit allen ihren Facetten. Frau Dr. Reinprecht, wenn sie hier wäre, könnte sie mir das sicher bestätigen, als Grazerin voll bestätigen. Unsere Forderung „Österreich zuerst“ und damit auch die Interessen der Steirerinnen und Steirer vor die aller Ausländer zu stellen, wurde von den damaligen Ministern und von der Regierung mit allen Mitteln bekämpft. Es wurde maßlose Zuwanderung und die Lockerung der Grenzen betrieben. Damit wurden der Kriminalität auch in der Steiermark die Türen weit geöffnet. Wir Freiheitlichen haben immer davor gewarnt, vor dieser drohenden Entwicklung im Sicherheitsbereich. Leider wurden unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Ich kann nur sagen, erst nach dem Eintritt der Freiheitlichen in die Bundesregierung wurde dieser permanente sicherheitspolitische Kahlschlag der SPÖ – so steht es auch in der Anfragebegründung – gestoppt. Erst die Freiheitlichen haben diesen sicherheitspolitischen Kahlschlag gestoppt!

Und wer heute in der Anfrage den Semmeringtunnel in eine Sicherheitsdebatte einfließen lässt, muss auch logischerweise der Sicherheit in der Luft einen gewissen Stellenwert zukommen lassen. In Sachen der Sicherung des Luftraumes waren wir bis vor kurzem nur noch Trittbrettfahrer. Im Jahre 1991, als uns das Wasser bis zum Hals stand, haben wir um Hilfe geschrien, aber die rote Bundesregierung hat damals nichts unternommen und auch nichts daraus gelernt. Erst Jahre später, seitdem wir in der Bundesregierung sind, wurde diese notwendige politische Unterstützung gegeben und der entscheidende Schritt gesetzt. Mit dem gegenwärtig besten Flugzeug am Markt, dem Taifun, wurde nämlich zukunftsweisend das beste Gerät für die Sicherung und Überwachung unseres Luftraumes angeschafft. Sicherheit in der Luft ist ebenso notwendig wie die Sicherung der Pensionen. Beides wurde von den sozialdemokratischen Strukturen jahrelang nur behindert, verzögert oder versäumt.

Im Gegensatz dazu – und hier darf ich einmal unsere Frau Landeshauptmann Klasnic loben – hat die Frau Landeshauptmann entscheidend mitgewirkt, dass von der Steiermark aus unser freier Himmel weiterhin geschützt wird. Ich bedanke mich im Namen der Freiheitlichen für diesen Einsatz in Grün-Weiss. (Beifall bei der ÖVP.)

Geschätzte Damen und Herren, ganz kurz noch: In wenigen Monaten wird die EU-Erweiterung nach Einschätzungen von Kriminologen die Anzahl der strafbaren Handlungen weiter nach oben treiben. Die Sicherheit ist auch deshalb im Land Steiermark weiterhin akut gefährdet! Die Kollegen Paten, Herr Kollege Dipl.-Ing. Grabner, die Kollegen Paten für das gegenwärtige Sicherheitsdefizit, die sind natürlich in euren Reihen zu suchen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Warum bist du so gehässig auf die Frau Klasnic?“) Bin ich nicht! Ich sage zuerst immer, alle Voraussetzungen zu schaffen für eine schädliche Sicherheitspolitik und sich anschließend ahnungslos und unschuldig aus der Verantwortung schleichen zu wollen, wird euch nicht gelingen. Auch die schwache Dringliche Anfrage – sie wurde schon behandelt – kann ich nur als einen gescheiterten Versuch von dir, Siegi, werten, sich vor der Verantwortung der falschen roten Sicherheitspolitik der Vergangenheit zu drücken.

Die Bürger kann man nicht täuschen, glaub mir das! Sie werden diese verkorkste sozialdemokratische Sicherheitspolitik zu ihrem Nachteil nicht vergessen.

Wir Freiheitlichen sind auch nicht die Pflichtverteidiger von Innenminister Strasser, wie am Anfang vielleicht in der Diskussion behauptet wurde. Wir suchen in letzter Zeit sehr, sehr oft die Auseinandersetzung im Nationalrat mit dem Minister. Sein Stil – das muss ich auch hier sagen – führt zweifellos oft auch zu Frust und Verunsicherung in der Exekutive. Das ist richtig. Er hat nicht unbedingt den Stil, wie wir ihn uns wünschen sollten. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Da schaut, wie euch der Minister rechts überholt!“)

So sieht es auch bei der Neuordnung des gesamten Sicherheitsapparates aus. Die Verschmelzung von Polizei, Gendarmerie und Zollwache ist nämlich eine ureigenste freiheitliche Forderung. Das ist eine der ersten freiheitlichen Forderungen, die wir im Sicherheitsdienst aufgestellt haben. Diese Umstrukturierung, geschätzte Damen und Herren, wäre mit Rot oder Grün niemals möglich gewesen. Mit uns Freiheitlichen geht es!

Jetzt aber liegt das Reformpapier am Tisch, von dem der Herr Kollege Lafer bereits gesprochen hat. Darüber muss man selbstverständlich auch mit dem Land Steiermark verhandeln. Sehr sensibel verhandeln, wie es auch die Landeshauptfrau gefordert hat. Mit Bedacht, mit großem Bedacht hat nachher die anschließende Umsetzung zu erfolgen.

Die grundsätzliche Ablehnung von der Opposition ist aus parteitaktischer Sicht vielleicht noch verständlich. Aber bestimmt ist es sicherheitspolitisch überaus bedenklich und schadet Österreich insgesamt. Diese Reformverweigerung und laufendes Anpatzen im Sicherheitsbereich ist auch für das internationale Ansehen nicht dienlich.

Ähnlich beim ÖBB-Streik. Ich muss den hier heute kurz anführen! Ähnlich wie beim ÖBB-Streik mit einem Schaden von 200 Millionen Euro und großen, nicht sofort reparierbaren Markt- und Imageverlusten darf die innere Sicherheit keinesfalls destabilisiert werden. Sie darf nicht destabilisiert werden, nur um einige Privilegien abzusichern. Verweigerung gegen Zukunft und Veränderungen ist absurd und falsch!

Auch Rot und Grün, geschätzte Damen und Herren, sind aufgefordert, allgemeine sicherheitspolitische Anleitungen sich in Deutschland zu holen – es wurde von mehreren Debattenrednern heute bereits angeführt –, vermutlich würde dann ihr Ansatz in der Diskussion ein ganz ein anderer sein. Sie wären nicht nur Trittbrettfahrer in Sachen Sicherheit.

Ich sage, unsere kostbare Sicherheit darf nicht länger aufs Spiel gesetzt werden. Gehen wir gemeinsam gegen die explodierende Kriminalität vor! Ein ganzes Paket von effizienten Maßnahmen ist bundesweit erforderlich, um langsam wieder auf Kriminalzahlen zurückzukommen, die auch in der Steiermark vor kurzem üblich waren. Voraussetzung aber dafür schaffen nur unsere komplexen Forderungen, die freiheitlichen Forderungen, beispielsweise: Einwanderungen verringern! Abschiebung sichern! Drogenkriminalitätsbekämpfung verschärfen! Besserstellung und Motivationsanreize sowie Aufstockung der Exekutive Neu! Geschätzte Damen und Herren, in diesen Bereichen können wir sofort mindestens 20 konkrete Forderungen anführen, die langfristig die Sicherheit im Land und auch in der Steiermark verbessern.

So ist die Wiedereinführung der Visumpflicht für Rumänen notwendig! Schärfere Grenzkontrollen müssen durchgeführt werden! Abschreckende Strafen sind als Generalprävention zu verhängen! Die Exekutive muss sofort auf der Straße wieder viel stärker präsent sein! Die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Exekutive ist wichtig!

Diese und viele andere Forderungen werden von uns mit Nachdruck in die Regierungsarbeit auf Bundesebene eingebracht. Durch die notwendigen Maßnahmen wollen wir die schwere Belastung, nämlich „die explodierende Kriminalität“, diese so genannte „explodierende Kriminalität“ von der Bevölkerung nehmen. Die innere Sicherheit darf nicht länger von parteipolitischem Handeln und Schuldzuweisungen geprägt sein, so wie das heute im Zuge dieser Diskussion passiert ist.

Abschließend, geschätzte Damen und Herren in diesem Haus, ein Satz. Sicherheit ist lebensnotwendig und muss uns allen ein Herzensanliegen sein! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 18.25 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Bitte.

Abg. Margarethe Gruber (18.25 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren!

Mit der Sicherheit spielt man nicht. Vollkommen richtig. Deshalb sind wir heute hier, weil Sicherheit etwas Wertvolles ist, Sicherheit ist ein Gefühl. Und ich denke, auch deshalb hat es die Frau Landeshauptmann im Wahljahr zum Thema gemacht und auf Plakaten ganz groß geschrieben: „Sichere Steiermark“ und „Die Steiermark werde das Sicherheitsland Nummer eins.“

Ich gehe gar nicht darauf ein, was ich jetzt gehört habe. Ich möchte nur eines sagen – und da gebe ich der Edith Zitz Recht –, Wertschätzung anderen Menschen gegenüber, draußen, aber auch herinnen, und wenn man Worte findet, wie attackieren, dann sind es harte Worte, wenn eigentlich Kritik gemeint ist. Und ich denke, hier in diesem Haus können wir auch Kritik üben, es ist unsere Aufgabe.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wem es hier herinnen passiert ist, dass er wissentlich – nein, Delikt kann ich nicht sagen – verwickelt gewesen ist.

Mir ist es passiert, dass man vor meiner Nase, wie man so schön sagt, mein Auto ausgeräumt hat. Ich kann Ihnen sagen, auch hier sind Gefühle dabei, weil seit damals habe ich ein mulmiges Gefühl, was die Sicherheit rund um mein Haus, rund um dieses Wohnviertel betrifft. Und wenn ich unlängst mit Exekutivbeamten gesprochen habe, und sie mir bestätigt haben, dass die Serie von Dämmerungseinbrüchen sehr stark wird, dass die Dreistigkeit immer größer wird, dann muss ich sagen, liegt es auch daran, dass die Sicherheit in der Region nicht mehr gewährleistet ist, weil die Beamten gar nicht so schnell am Tatort sein können.

Und zum Team 04 kann ich nur sagen, wir wissen nicht, was diese Reform bewirkt. Das Eine, was wir jetzt wissen, die Beamten, auf zwölf Seiten dokumentiert, wie die Uniform aussehen wird. Hoffen wir für dieses Land, dass die Reform so schön sein wird wie diese Uniform. (Beifall bei der SPÖ. – 18.28 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. Dirnberger (18.28 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Mit der Sicherheit spielt man nicht. Vollkommen richtig. Es ist auch richtig, wenn es Probleme gibt, punktuell, dass die uns nicht unberührt lassen können. Dem kann ich voll zustimmen.

Aber das so zu interpretieren, dass Österreich plötzlich unsicher ist, seitdem es keinen sozialdemokratischen Innenminister mehr gibt, dass die Steiermark total unsicher ist, das ist schon ungeheuerlich, das ist unglaublich, aus meiner Sicht. Das noch zu unterstützen mit Meldungen, mit Stimmungsmache, Schwarz-Weiß-Malen, ja fast ein bisschen Freude empfinden, jetzt haben wir es endlich, da ist die Statistik jetzt da, jetzt können wir es aufzeigen, das muss ich schon entschieden zurückweisen. Und mit dem Gefühl der Menschen spielt man einfach nicht.

Wie rasch so etwas gehen kann, möchte ich nur anhand eines Beispiels aufzeigen: Wir können uns alle noch an die Jugoslawien-Krise erinnern. Damals hat es eine Menge Flüchtlinge aus Bosnien gegeben. Viele auch in der Steiermark. Die waren stationiert in der Kaserne in Gratkorn und dann hat man sie auf Gemeinden verteilt, so auch auf meine Gemeinde – 22 an der Zahl.

Wie diese Meldung herausgekommen ist, auf einmal ist es losgegangen. Eine Gemeinderätin – nicht von meiner Fraktion – hat sich auf einmal bemüht gefühlt, die Nachbarn zu informieren, Stimmung zu betreiben. Und ich habe alle Hände voll zu tun gehabt, dass ich da eine Bürgerunterschriftenliste abwehren habe können, dass ich mit sachlicher Information aufgezeigt habe, dass das eigentlich Menschen sind, die vertrieben worden sind, alles liegen und stehen lassen haben und dass wir eine gewisse Verpflichtung haben, diesen zu helfen.

Es ist dann gelungen, sie sind gekommen. Wir haben gemerkt, eigentlich ganz normale Menschen, zwar eine andere Mentalität, eine andere Religion, wollen beziehungsweise können sich gar nicht so integrieren, geht in der kurzen Zeit auch nicht. Wirkliche Integration hat unter den Kindern stattgefunden. Bei den Kindern – einzelne sind in den Kindergarten gegangen, in die Volksschule – waren die Schranken im Nu abgebaut.

Heute habe ich in den Nachrichten gehört, in eine Gemeinde in der Steiermark sollen 21 Flüchtlinge kommen.

Der Bürgermeister hat mit dem Ministerium alles vereinbart und siehe da, eine Unterschriftenliste und das Gefühl um Gottes willen ist da, jetzt kommen die und die. Also mit den Gefühlen der Menschen soll man nicht spielen, das müsste und soll unsere gemeinsame Sorge sein. Die Menschen in unserem Land sollen sich sicher fühlen und auch sicher sein. Ein bisschen habe ich bei der Sozialdemokratischen Partei das Gefühl, dass sie es nicht verwinden kann, dass sie nach 30 Jahren keinen Innenminister mehr hat, dass diese Erbpacht ausgelaufen ist. Als ein roter Innenminister 42 Dienstposten gesperrt hat, naja, kann man nichts machen. Als Herr Strasser 24, „nur 24“, gesperrt hat, war es die Katastrophe. Die Bundesregierung kann tun was sie will, es wird immer falsch sein. Jetzt ist das zwar ein Recht der Opposition, muss ich sagen, dass sie kritisiert, aber wenn sie Schulden macht, ist es eine Tragik, macht sie keine Schulden, ist es eine Tragik, senkt sie die Steuern, ist es viel zu wenig, ist sie Maastricht-konform, um Gottes willen, Einsparungen sind viel zu wenig, Infrastruktur muss noch mehr werden, Soziales viel zu wenig, Kinderbetreuung viel zu wenig, Spitäler viel zu wenig und Sicherheitsausgaben ja sowieso viel zu wenig. Also das ist ein Spagat, den keiner schaffen würde.

Wäre natürlich die SPÖ in der Regierung, dann wäre diese Reform äußerst sinnvoll. Das ist ja auch durchgehungen, weil, Herr Klubobmann Schrittwieser, du hast gesagt, du siehst eigentlich auch kein Problem, dass vier Wachkörper zusammengeführt werden. Wenn man diesen Expertenvorschlag Team 04 liest, mehr Beamte, gezielter eingesetzt, keine Postenschließungen, dann ist das ein Vorschlag, dem man durchaus beitreten kann. Gendarmerieposten draußen allein bedeuten noch lange keine Sicherheit. Wir dürfen nur nicht jetzt so weit gehen, dass die Beamten frustriert sind und nicht engagiert sind, weil motivierte, engagierte Beamte werden für Sicherheit sorgen. Ich glaube, da muss man auch diesen Beamten zur Seite stehen, weil eine gewisse Ungewissheit ist natürlich immer vorhanden, wenn Zusammenführungen stattfinden. Ich glaube, wir sind gefordert, gemeinsam keine Verunsicherung zu betreiben, die Probleme, die punktuell auftreten, zu erkennen, anstatt billigen Populismus zu betreiben. Sicherheit ist nicht allein Aufgabe der Exekutive, Sicherheit ist Aufgabe unserer Gesellschaft. Verantwortung übernehmen müssen wir alle. Hinschauen und nicht wegschauen und darum bitte ich. Und bitte ein bisschen mehr Seriosität, wenn es um das Thema Sicherheit geht. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.33 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung der Herr Abgeordnete Kröpfl.

Abg. Kröpfl (18.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, verehrte Damen und Herren!

Auch wenn vielleicht manche den Eindruck gehabt haben, dass diese Sicherheitsdebatte nicht so wichtig ist, dann darf ich doch eines festhalten, die Dringliche Anfrage hat etwas bewirkt, nämlich dass die Frau Landeshauptmann zumindest das Jahr 2004 zum Jahr der Sicherheit erklärt hat und das ist immerhin ein Teilerfolg, den wir damit erreicht haben. Sie müssen nur aufpassen, Frau Landeshauptmann, dass es nicht zu einem Jahr der Larifari-Diskussion abgleitet, so wie das vom ÖVP-Klub gesehen wird, weil ein Larifari-Thema ist ein Sicherheitsthema nie, ganz egal in welche Richtung es geht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn manche sich herstellen und sagen, mit den Gefühlen darf man nicht spielen und so weiter, das ist schon richtig, aber das Gefühl ist einfach da. Wenn du mit den Leuten draußen redest, die sind verunsichert und da tragen wir gar nichts dazu bei. Ich habe gerade früher dem Kollegen Rieser einen Fall erzählt, dass eine Gendarmeriestreife am Abend in eine Diskothek gerufen wurde, weil dort ein Raufhandel stattfand. Die zwei Gendarmeriebeamten haben abziehen müssen, weil sie gegenüber fünfzig Leuten zu zweit nichts ausrichten können. Die haben ja keine Chance, was sollen die dort machen? Bis eine zweite Sektorenstreife von einem anderen Bezirk kommt, dann schaue ich mir an, wie schnell dort eine Ruhe ist. (Abg. Bittmann: „Das sind ja Grimms Märchen, die du da erzählst!“) Diese Dinge sind keine Grimms Märchen.

Aber ein wesentlicher Grund, warum ich da heraußen stehe, ist die Illusion, die die Frau Landeshauptmann hier vermittelt hat, dass, wenn die Zollwache aufgelöst wird, dass dann plötzlich alles besser wird. Es kommt nämlich dazu, wenn dieser Zollwachekörper aufgelöst wird, dass ja nur etwa 70 Prozent in das Innenministerium überstellt werden. 30 Prozent werden ja nach wie vor in diesem Bereich tätig sein müssen. Was besonders auffällig ist, ist ja wieder einmal die Politik und verzeiht mir bitte, die Herren von der ÖVP und von der FPÖ, das sind die Versprechen, die eure Minister und Staatssekretäre den Zollwachebeamten gegenüber gemacht haben. Noch vor der Wahl hat es geheißt, es kommt überhaupt nicht in Frage, dass dieser Körper aufgelöst wird. Da schreibt Herr Dr. Finz und ich zitiere jetzt wörtlich: „Eine Verlagerung dieses modernen und effizienten Instruments in ein anderes Ressort ist weder beabsichtigt noch Bestandteil eines Programms der ÖVP.“ Jetzt sind wir ein bisschen später dran und schon wird dieses Organ zerschlagen.

Oder Herr Finanzminister Grasser schreibt, nachdem ihm das Offizierskorps einen Brief geschrieben hat und ich zitiere wieder wörtlich: „Wie ich wiederholt Gelegenheit hatte zu versichern, besteht keine Veranlassung die Zollwache in das Innenressort zu verlagern. Vielmehr halte ich es auf Grund der auf Österreich zukommenden Veränderungen mit dem Beitritt der osteuropäischen Länder zur Europäischen Union für geboten, sie auch vermehrt in die Bekämpfung des allgemeinen Steuerbetruges unterstützend einzubinden und die Zollwache zu einer Zoll- und Finanzwache weiterzuentwickeln.“ Entwickeln heißt in dem Zusammenhang für mich auflösen. Denn was ist das sonst, wenn ich das jetzt mache, dass ich einen Teil davon in das Innenressort gebe? Und was noch dabei nicht bedacht wird, dass das ja nicht von heute auf morgen geht. Erstens haben wir noch bei der Erweiterung unseren Auftrag als Schengen-Außengrenze zu erfüllen. Das verschwindet ja nicht mit dem 1. Mai 2004. Und das Zweite ist, dass man ja nicht heute einen Zollwachebeamten direkt zu einem Gendarmeriebeamten machen kann, sondern der wird ja eine Schulung brauchen. Das wird ja auch eine Zeit brauchen. Ihr wisst ja auch, dass von diesen 16 Schulungsinstitutionen, die wir gehabt haben, nur mehr neun existieren und das ist auch bedenklich. Es wird nicht so schnell gehen und es wird Zeit brauchen und die Exekutive wird nicht so schnell aufgerüstet werden, wie das vielleicht manche glauben.

Abschließend darf ich sagen, es wird nicht so locker gehen, es gäbe noch einige Probleme aufzuzeigen. Aber ich sehe ja an der Abwesenheit von einigen, dass es nicht mehr so interessant ist. Das Wesentliche habe ich gesagt. Verehrte Damen und Herren, Sicherheit ist ein sehr emotionales Thema. Wenn wir keine Gendarmeriebeamten mehr auf der Straße haben, wenn wir keine gesellschaftlichen Maßnahmen treffen, dieses Sicherheitsgefühl wieder zu heben, dann werden wir in Zukunft schlimmere Dinge noch erleben, als es derzeit stattfindet.

Ich ersuche alle, dass wir in diesem Sinne zusammenarbeiten und nicht polemisieren und nicht sagen, was ihr da aufbringt, ist ein Larifari-Thema, sondern dass man das ernst nimmt. Wir haben das nicht gemacht, um populistisch zu sein, sondern wir haben das deswegen gemacht, damit man endlich einmal erkennt, wo der Zug hinfährt, wenn er nicht bald auf eine andere Schiene gestellt wird. (Beifall bei der SPÖ. – 18.39 Uhr.)

Präsident: Letzte Wortmeldung Herr Abgeordneter Lafer.

Abg. Lafer (18.39 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Vielleicht noch ein Wort dazu. Was mir in der Diskussion besonders aufgefallen ist und was in der Diskussion vielleicht zu wenig hervorgekommen ist. Diese ganze Diskussionsgrundlage des Team 04 bezieht sich ja lediglich auf die Reform der Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei. Und was man dabei sicher noch beobachten muss, ist die Tatsache, dass aus dem Zollwachebereich laut Vertrag im Ministerium 1030 Beamte dazukommen und die verstärken dann natürlich im eigenen Bundesland die ganze Geschichte der Sicherheit. Das ist ein wesentlicher Bestandteil auch, denn hier kann man dann eine tatsächliche Verstärkung an der Basis feststellen.

Aber, geschätzte Damen und Herren, auf Grund der Tatsache und der Beratungen bei mir im Klub ziehe ich den Antrag auf getrennte Abstimmung zurück. (Beifall bei der FPÖ. – 18.40 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Schrittwieser bitte noch.

Abg. Schrittwieser (18.40 Uhr): Keine Sorge, Kollege Majcen, wir sind heute ohnedies früh dran, normal sind wir viel später, also wir haben Zeit. Ich möchte nur Folgendes machen. Ich möchte beim Entschließungsantrag der FPÖ, nachdem wir bei vielen Punkten mitstimmen können, den Antrag stellen, dass es eine punktuelle Abstimmung gibt, weil es einen Punkt gibt, wo wir nicht mitkönnen. (18.40 Uhr.)

Präsident: Jetzt, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der SPÖ.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Sicherheitssituation in der Steiermark, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Forderungen an die Bundesregierung im Sicherheitsbereich, wozu eine punktuelle Abstimmung verlangt wurde.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ im Punkt eins, der lautet, die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, dass in jedem politischen Bezirk mindestens eine durchgehend besetzte Dienststelle erhalten bleibt, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Punkt wurde mehrheitlich angenommen.

Nächster Punkt. Die Damen und Herren, die zum Punkt zwei des Entschließungsantrages der FPÖ, der lautet, mehr Personal auf Bezirksebene zur Erfüllung der zusätzlich vorgesehenen Aufgaben im Bereich der Verkehrsüberwachung und der Kriminalitätsbekämpfung vorgesehen wird, ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Punkt drei des FPÖ-Antrages. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, dass keine Schließung von Gendarmerieposten und Polizeiwachzimmern sowie von kleineren Bezirksgendarmeriekommanden vorgenommen wird. Wenn Sie dem zustimmen, Handzeichen bitte.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Punkt vier des Entschließungsantrages. Die Landesregierung wird aufgefordert, mit der Forderung an den Bund heranzutreten, am Sitz des Landesgerichtes Leoben eine Kriminalabteilungsaußenstelle zu erhalten. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt fünf. Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, dass kein Abbau von Kriminalbeamten zur Bekämpfung der Schwermriminalität erfolgt. Wenn Sie dem zustimmen, bitte dann ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt sechs: Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund heranzutreten, dass keine Verschlechterungen im Bereich des Dienst- und Besoldungsrechts durch die Reform Team 04 eintreten.

Wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Ich darf die Damen und Herren bitten, bitte sind Sie nicht zu müde die Hände zu heben. Ich will das sehen. Entschuldigen Sie bitte. Es ist unmöglich, dass es dann heißt, fraktionell war das so gemeint. Das ist ja keine Tätigkeit.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, – Punkt sieben –, keine sozial- und familienpolitisch schweren Nachteile für Exekutivbeamte, wie lediglich ein dienstfreies Wochenende pro Monat, vorzusehen. Bitte um ein Handzeichen. Gegenprobe. Danke.

Einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Punkt acht, das ist der letzte Punkt dieses Entschließungsantrages der Freiheitlichen: Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, dass für eine motivierte Exekutive im tatsächlichen Außendienst besoldungs-, dienst- und pensionsrechtliche Besserstellungen für E2a- und E2b-Beamte erfolgen.

Wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zum Punkt

22. Antrag, Einl.-Zahl 1480/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Abberufung des Leiters des Landesrechnungshofes.

Der Antrag lautet: Der derzeitige Leiter des Landesrechnungshofes wird gemäß Paragraph 21 Absatz 1 LRH-VG aus seiner Funktion abberufen.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 LRH-VG kann der Leiter des Landesrechnungshofes aus seiner Funktion durch Beschluss des Landtages abberufen werden.

Zu einem solchen Beschluss ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Hagenauer (18.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte auf der Regierungsbank vollkommen anwesende Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! (Abg. Gross: „Nur fürs Protokoll, weil das sieht man nämlich nicht, es ist niemand da!“)

Sie erinnern sich, die Frau Landeshauptfrau hat, wie die Affäre ESTAG hochgegangen ist, so reagiert, wie ihr Kollege Seitinger heute. Sie hat gesagt, der Landesrechnungshof muss das prüfen, in der Annahme, dass dann die Luft draußen ist. Dass sich diese Annahme als irrig herausgestellt hat, wissen wir inzwischen.

Später hat dann der Landesrechnungshof ausdrücklich erklärt beziehungsweise sein Leiter, dass er sich auf diese Sache vorbereite, dass er sich für die Prüfung dieser Materie imstande sieht und dass er in dieser Sache bereits ermittelt, zumindest in Teilbereichen. Das war konkret diese Sache in Donawitz. (Abg. Bittmann: „Ermitteln tut der Kottan!“)

Darf ich meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten. Wir haben es gleich hinter uns gebracht. (Beifall bei den Grünen.)

Der Herr Bürgermeister von Seiersberg ist auch höflich eingeladen, den Ausführungen seines Kollegen Hagenauer zu lauschen. Danke!

In der damaligen Situation war der Landesrechnungshof schon dabei, die Sache mit diesem Energiepark Donawitz zu prüfen. Wenn Sie wissen, das ist diese Sache, wo jetzt die Bilanzfälschung im Raum steht. Gut, so weit, so gut.

Dann hat sich die Freiheitliche Partei in einem Anfall von Amnesie – Amnesie ist Gedächtnisverlust – dazu hinreißen lassen zu verdrängen, dass sie selber seinerzeit für die Bestellung des Herrn Leiters, Hofrat, amtierenden des Landesrechnungshofes gestimmt hat und ist draufgekommen, dass der Herr Hofrat Andrieu der ehemalige Arbeitskollege des Herrn Landesrates Paieryl ist und daher über alle Maßen befangen.

Ich füge hinzu, er war natürlich nicht nur der Arbeitskollege von Herrn Landesrat Paieryl, er war der Arbeitskollege, als in der Landesregierung Tätiger, von allen Beamten dieses Landes und wäre daher – pfeilgerade kombiniert – natürlich nicht in der Lage, irgendjemand anderen, das heißt auch nur irgendeine andere Abteilung des Landes zu prüfen.

Und vor diesem Hintergrund hat dann die Landesregierung beschlossen, wir beauftragen den Bundesrechnungshof, und nicht den Landesrechnungshof.

Ich füge noch hinzu, dass in der Vergangenheit bei ähnlich gelagerten Fällen, wenn sie sehr umfangreich waren, der Bundesrechnungshof durchaus natürlich ausgeholfen hat und zugezogen wurde. Zum Beispiel in der Pyhrnaffäre, wenn Sie sich erinnern. (Abg. Majcen: „Mit großem Erfolg!“) In der Pyhrnaffäre hat es noch nicht das Wahrheitsgebot gegeben und deswegen haben die Herrschaften im Ausschuss reichlich Gebrauch gemacht von dieser ihrer Möglichkeit, sich der Wahrheit ein bisschen zu verschließen, Herr Kollege.

Das wäre also durchaus eine mögliche Vorgangsweise gewesen. Ich selbst habe damals gesagt, dass man den einen oder anderen Experten durchaus zuziehen wird müssen und können. Aber es ist für mich nicht in Frage gestanden – ich sage das auch als Leiter des Kontroll-Ausschusses und als jemand, der den Herrn Hofrat Andrieu seinerzeit nicht gewählt hat –, es ist für mich nicht in Frage gestanden, dass er befangen sei.

Sonst hätte ich es ja vorher gesagt. Weil dass er der Kollege vom Herrn Landesrat Paieryl ist, das war schon bekannt. In dieser Situation hat sich die Landesregierung dazu hinreißen lassen zu sagen, der Bundesrechnungshof soll prüfen. Die Grünen haben daher etwas getan, was in diesem schönen Lande nicht selbstverständlich ist, sie haben einfach eine logische Handlung gesetzt und haben gesagt, gut, wir nehmen zur Kenntnis, Herr Hofrat Andrieu hat nicht mehr das Vertrauen der Landesregierung, nicht mehr der Mehrheit hier offenbar auch im Lande und daher stellen wir den Antrag konsequenterweise auf Abberufung des Leiters des Landesrechnungshofes.

Noch etwas zum Abschluss. Wenn wir heute schon dabei sind und wenn wir heute schon die dritte Gelegenheit haben über die Gebräuche im Lande zu reden, Herr Landesrat Seitinger hat gestern verkündet, er wird die Sonderförderung Ortserneuerung jetzt einstellen. Sie haben das alle in der Zeitung gelesen. Heute geht er her und erklärt uns hier wortreich, was das für eine Supersache ist, den Menschen wird so warm ums Herz in den Gemeinden, haben wir gehört von der Frau Landeshauptfrau. Sie sehen schon alle den Magnolienbaum wieder blühen, obwohl es schon November ist. Und die Arbeitsplätze und die Volkswirtschaft und sowieso. Jetzt reicht das Gedächtnis vom Herrn Landesrat Seitinger nur 24 Stunden? Sicher nicht. (Beifall bei den Grünen.) Wir haben ein anderes Problem hier. In der ÖVP gibt es ein bisschen ein Orientierungsproblem, wenn ich das richtig sehe. Da galoppiert der eine in diese Richtung und der andere in jene. Innerhalb von 24 Stunden sind völlig widersprüchliche und völlig 180-Grad-Wendungen am Programm mittlerweile. Ob das jetzt die Bildungsdebatte ist oder die ESTAG-Geschichte. Ich stelle überhaupt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Damit wir da wieder eine Linie hineinkriegen und die ÖVP, woran ich ja nicht zweifle, die SPÖ auch zu dem steht, was sie schon in der Regierung beschlossen haben, gehe ich davon aus, dass sie diesem unserem Antrag zustimmen werden. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 18.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Drexler bitte.

Abg. Mag. Drexler (18.54 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr verehrter Herr Kollege Hagenauer, eine verquere Logik, fürwahr eine verquere Logik! Das ist nämlich der Grundfehler bei Ihrem Antrag, dass Sie aus der bloßen Tatsache, dass die Steiermärkische Landesregierung von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch macht, den Bundesrechnungshof anzurufen, eine Gesellschaft,

die im mehrheitlichen Eigentum des Landes Steiermark ist, zu überprüfen, daraus abzuleiten, dass das Misstrauen gegen den Landesrechnungshof ist, das ist eine verquere Logik. Insofern kann ich Ihnen den Gefallen auch nicht machen, dass wir bloß aus der Tatsache, dass die Landesregierung beschlossen hat – im Übrigen obacht, Sie haben heute sehr viel zum Auseinanderhalten von Regierung und Landtag im Laufe des Tages gesagt –, also insofern wäre es ja überhaupt unlogisch, wenn wir der Beschlusslage der Landesregierung mir nichts dir nichts folgen würden.

In jedem Fall ist aber mit Sicherheit festzustellen, dass die Tatsache, dass die Landesregierung den Bundesrechnungshof anruft, das als Misstrauensvotum dem Landesrechnungshof gegenüber zu interpretieren und als Misstrauensvotum gegenüber dem Direktor des Landesrechnungshofs, lieber Herr Kollege Hagenauer, das ist ein Argument, das nicht einmal Sie selber ernst nehmen können. Insofern ein guter Abschluss heute. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Hagenauer: „Vor dem Hintergrund der freiheitlichen Vorwürfe, jawohl!“ – Abg. Bittmann: „Gar nicht am Wort, der Herr Abgeordnete Hagenauer!“ – Abg. Gross: „Sie aber auch nicht!“ – Präsident: „Herr Abgeordneter Hagenauer, wenn Sie sich melden wollen, ich nehme Ihre Wortmeldung gerne entgegen!“)

Also gut, schauen Sie, dieser Antrag ist nämlich wirklich und es ist in Wahrheit fast ein bisschen schade, vor allem wenn man so wie ich die politische Arbeit der Grünen regelmäßig schätzt, ist dieser Antrag beinahe schade, dass er gestellt wurde, weil die Argumentation für diesen Antrag wirklich hinten und vorne, um es unkompliziert zu sagen, ein bisschen holpertatschig ist. Denn noch einmal, aus dieser Tatsache, dass der Bundesrechnungshof ja um Himmels willen, was hätten wir denn für eine Diskussion, würde nicht der Bundesrechnungshof jetzt hier prüfen, dann würden Sie ja die Debatte eröffnen über die Befangenheit des Landesrechnungshofes. (Beifall bei der ÖVP.)

Insofern kann man es Ihnen nicht recht machen in Sachen der Kontrolle, was wiederum Ihr gutes Recht ist, zumal Sie sich ja immer selbst als einzige Opposition definieren. Aber ich glaube, man muss hier der Wahrheit zum Durchbruch verhelfen und die Wahrheit ist, dass die Landesregierung zu Recht beschlossen hat, in dieser schwierigen Phase Anfang des Sommers, dass der Bundesrechnungshof hier diese Überprüfung vornehmen soll und ich glaube, das war gut und richtig. Von wem immer die Idee gekommen ist, von wem immer der Antrag gekommen ist, das ist jetzt überhaupt nicht das Thema. Tatsache ist, der Bundesrechnungshof überprüft die ESTAG und ich glaube, dass das ein gutes Ergebnis ist. Wenn man aus dem heraus schließt, dass der Landesrechnungshof schlechte Arbeit leisten würde, dann würde ich wohl meinen, dass das nicht gerechtfertigt ist.

Und wenn Sie immer wieder hergehen und sagen, der ehemalige Bürokollege und der ehemalige Mitarbeiter in einem Regierungsbüro. Ich kann mich erinnern, auch schon damals bei einer Debatte rund um die Wahl des Rechnungshofdirektors gesagt zu haben, es kann nicht sein, dass jene Damen und Herren, die auch heute hier wieder im Raum sitzen, die in einem politischen Büro in diesem Lande arbeiten, von vornherein beinahe kriminalisiert werden, das ist ein Skandal. Auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich gute Arbeit leisten, haben eine Chance verdient! (Beifall bei der ÖVP.) Haben eine Chance verdient, auch nach ihrer Tätigkeit in einem politischen Büro nicht von vornherein einer Grundverdächtigung zu unterliegen, sondern was sie für eine Qualifikation auch immer haben, eine entsprechende Verwendung in einem anderen Bereich zu finden und sich auch für die eine oder andere Funktion zu bewerben. Wenn man hier Generalverdächtigungen zulässt, dann ist das in Wahrheit eigentlich diesen Menschen gegenüber äußerst unfair und es ist daher von dieser Stelle aus zurückzuweisen.

Und eines noch, der juristische Größenschluss, Herr Kollege Hagenauer – Sie werden größer, weil Sie gerade hinaufgehen – ist Ihnen ja wahrscheinlich ein vertrautes Mittel. Wenn im Landesrechnungshofverfassungsgesetz drinnensteht, dass selbst ein Regierungsmitglied, wenn es fünf Jahre diese Tätigkeit nicht ausgeübt hat als Regierungsmitglied, theoretisch zum Rechnungshofdirektor gewählt werden könnte, dann muss es ja wohl für die Unbefangenheit auch nach dem hohen Maßstab der Grünen reichen, wenn jemand seit sechs Jahren nicht mehr in einem Regierungsbüro beschäftigt war. Wenn man hier mit zweierlei Maß misst und in Wahrheit auf einzelnen Persönlichkeiten, und ich sage jetzt bewusst Persönlichkeiten, versucht, auf deren Rücken politisches Kleingeld zu wechseln, dann erscheint mir das eine nicht sonderlich ehrenhafte Motivation auf der einen Seite zu sein und keine besonders schlüssige Argumentation auf der anderen Seite. Das ist jedenfalls zurückzuweisen.

Daher ist es vollkommen klar, dass wir Ihrem Antrag nicht nähertreten und ich hoffe, dass es eine breite Mehrheit heute an diesem Abend im Haus hier sein wird, die dieser verqueren Logik, die Sie in die Debatte eingebracht haben, nicht nähertreten.

Und eines lassen Sie mich schon noch sagen. Wenn Sie glauben, dass Sie hier heute Gebräuche im Lande, wie Sie mehrfach gesagt haben, oder welches Brauchtum auch immer, hier festgestellt haben, ein weiteres Mal und mag es heute zum dritten Mal sein, nur, es ist aus unserer Sicht – und ich glaube, da sind wir in diesem Haus nicht allein – nicht weiter zu akzeptieren, dass, bei welchem Thema immer und bei welcher Diskussion, Sie glauben, im Alleinbesitz der moralischen Integrität, im Alleinbesitz des hohen, des ganz hoch oben irgendwo angesiedelten demokratischen Verständnisses zu sein.

Ich bitte Sie wirklich und ich lade Sie ein – wir haben jetzt noch den Budgetlandtag, da werden wir das durchtragen und durchleben –, aber vielleicht finden Sie über die Weihnachtsfeiertage Gelegenheit zur Selbstreflexion, denn Sie werfen uns bei jeder Gelegenheit den Machtrausch vor und Sie wissen, es kann keinen Machtrausch geben, solange wir hier mit 27 von 56 Sitzen immer und für jeden Beschluss im Interesse dieses Landes selbstverständlich Partner suchen.

Aber bitte schön, wenn Sie uns das nächste Mal den Machtrausch vorwerfen, tun Sie drei Sekunden darüber nachdenken, ob Sie nicht auch selbst gelegentlich in einem anderen Rauschgefühl sind, nämlich die einzig wahren, echten, moralischen Demokratischen zu sein. Ich bitte Sie darum. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf mir daher abschließend beinahe ersparen darauf hinzuweisen, dass der amtierende Direktor des Rechnungshofs seine Arbeit exzellent macht und als Vorsitzender des Kontroll-Ausschusses hatte ich von Ihnen nicht den Eindruck bisher, dass Sie über Gebühr daran zweifeln würden. Ich erspare Ihnen die Statistik, wie viele Untersuchungen, Überprüfungen und dergleichen es in den letzten Jahren seit dem Amtsantritt von Dr. Andrieu gegeben hat. Und wenn Sie in irgendeiner dieser Statistik irgendetwas finden, was zugunsten der Österreichischen Volkspartei sich interpretieren lässt, dann wünsche ich Ihnen viel Glück – wir haben es bei gutem Suchen und bei sehr viel Nachlesen nicht gefunden.

Daher lehnen wir Ihren Antrag selbstverständlich ab und wollen dem Rechnungshofdirektor und auch dem gesamten Landesrechnungshof, der unser wesentlichstes Hilfsinstrument hier im Steiermärkischen Landtag ist, den Rücken stärken, weil wir uns diese Institution nicht aus Gründen, die nicht nachvollziehbar sind, beschädigen lassen. Ich glaube, die leisten gute Arbeit und sollen sie auch weiterhin leisten. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 19.03 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter List, bitte. Herr Abgeordneter, Sie sind schon direkt am Wort.

Abg. List (19.03 Uhr): Danke, schon am Wort, in drei kurzen Sätzen.

Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren in diesem Haus!

Die so genannte Amnesie trägt heute in dieser Landtagssitzung ein sattes grünes Kleid und mehr nicht. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Ich weiß nicht, Herr Kollege Hagenauer, mir ist es unverständlich, warum Sie als Kontroll-Ausschuss-Obmann und die Grünen insgesamt ein gestörtes Verhältnis zum amtierenden Landesrechnungshofdirektor haben. Ich kenne die Probleme nicht. Sie werden diese kennen.

Für uns war die Entscheidung der Landesregierung, die heikle Frage, die ESTAG vom Bundesrechnungshof prüfen zu lassen, vollkommen richtig und korrekt. Sie ist in Ordnung. Der Bundesrechnungshof hat mehr Personal, mehr Schlagkraft, ist übergeordnet. Es ist das Gremium, das die Prüfung sicherlich viel, viel besser durchführen kann. Das war die erste freiheitliche Forderung, nachdem der Skandal in der ESTAG bekannt wurde. Wir wissen alle, dass diese Prüfung im großen Interesse des Landes gelegen ist.

Gleichzeitig durch diese Übertragung an den Bundesrechnungshof werden nämlich sämtliche Spekulationen, die in der Debatte schon erwähnt wurden, wie Befangenheit, Freunderlwirtschaft und anderes, während der Prüfung der ESTAG durch den Landesrechnungshof von Anfang an ausgeräumt. Das gibt es nicht! Das gibt es jetzt nicht. Der Bundesrechnungshof wird richtig prüfen.

Geschätzte Damen und Herren, wir Freiheitlichen sehen keinen Grund, keinen einzigen Grund, den amtierenden Landesrechnungshofdirektor Hofrat Dr. Johannes Andrieu jetzt abzuwählen oder abzurufen. Wir wissen und sind überzeugt, dass er mit seinen Mitarbeitern, mit allen seinen Mitarbeitern die an ihn gestellten Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit erledigt und durchführt. Ich möchte mich hier wieder einmal von dieser Stelle für den freiheitlichen Landtagsklub recht, recht herzlich bedanken, bedanken auch beim stellvertretenden Landesrechnungshofdirektor, beim Hofrat Dr. Hans Leikauf. Herzlichen Dank!

Abschließend noch einen Satz, Herr Kollege Hagenauer, zu Ihnen als Kontroll-Ausschuss-Obmann. Viel besser wäre für Sie, wenn Sie die kooperative Zusammenarbeit suchen würden als eine der Aufgaben des Kontroll-Ausschuss-Obmannes, und nicht ständig auf den Landesrechnungshofdirektor hinpecken würden. Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, Herr Kontroll-Ausschuss-Obmann, Herr Kollege Hagenauer, so sage ich hier von dieser Stelle, sollten Sie sich persönliche Schritte als Kontroll-Ausschuss-Obmann überlegen. (Beifall bei der FPÖ. – 19.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich nochmals der Herr Abgeordnete Hagenauer. Der Obmann des Kontroll-Ausschusses ist am Wort. Bitte.

Abg. Hagenauer (19.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Klubobmann Drexler, wenn Sie mir vorwerfen, ich soll nicht auf jemand replizieren, der einmal in der Rolle eines Mitarbeiters war in einem Regierungsbüro, dann haben Sie vollkommen Recht, Sie haben sich nur in der Adresse geirrt. Ich wiederhole mich jetzt – schade, dass es notwendig ist, schade um die Zeit –, das habe ich gesagt, ich habe damals, wie es an der Zeit war, bei der Wahl gesagt, ist das wohl das Richtige? Dann habe ich das nicht mehr gesagt.

Das gilt auch für den Kollegen List. Haben Sie schon wieder etwas vergessen?

Wenn ich dem Herrn Hofrat Andrieu, wenn ich ihm etwas zu sagen habe, sage ich es ihm, und ich habe ihm nichts gesagt an Kritik.

Ich habe es schon gesagt, ich wiederhole es noch einmal.

Dass Sie sich jetzt hinter den Mitarbeitern auch gleich verstecken, das gehört zum üblichen Ritual da hier im Landtag und zu den dummen Streichen.

Ich habe an dem Hofrat Andrieu keine Kritik geübt. Aber wer hat das getan, Herr Klubobmann und Herr Kollege List? Lesen Sie Ihre eigenen Presseaussendungen, lesen Sie die Pressemeldungen. Es ist ja dick, fett in der Zeitung gestanden. Deswegen mache ich ja den Antrag. Sie haben in aller Öffentlichkeit gesagt, der Andrieu ist befangen. Das, was Sie mir jetzt versuchen zu unterstellen, haben ja Sie selber gemacht. Das ist ja unglaublich. (Beifall bei den Grünen.)

Da tritt einen ja das Pferd. Sie haben das gemacht. Ich stelle das nur klar. (Abg. Mag. Drexler: „Wann habe ich das gemacht?“)

Noch etwas, wenn man schon heute – jetzt ist das die vierte Auflage, dass Sie innerhalb von Minuten um 180 Grad sich drehen –, wenn es so ist, wie Sie selber jetzt behaupten und ausführlich begründen, Herr Kollege List, dass der Herr Landesrechnungshofdirektor völlig außer Zweifel steht, der Landesrechnungshof sowieso, ja warum, bitte, hat sich dann die FPÖ hingestellt und hat gesagt, der Herr Hofrat Andrieu ist befangen? Das war ja nicht mein Argument, das war ja Ihres. Sie haben ja nicht gesagt, der Landesrechnungshof ist quantitativ überfordert, weil er zu wenig Mitarbeiter hat, sondern Sie haben ausdrücklich auf die Kollegenschaft von Andrieu und Paierl in aller Öffentlichkeit Bezug genommen. Das hätten Sie eigentlich nicht tun dürfen, weil Sie haben ihn ja selber gewählt, erstens. Und zweitens, wenn Sie das schon getan haben, wenn das schon im Raum war und öffentlich ausgesagt wurde, dann hätte man vor diesem Hintergrund niemals den Bundesrechnungshof beauftragen dürfen, sondern wenn, dann nur beide.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. (Beifall bei den Grünen. – 19.09 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt mir nicht mehr vor.

Ich stelle fest, dass das erforderliche Anwesenheitsforum gegeben ist.

Die Damen und Herren, die dem Antrag auf Abberufung des Leiters des Landesrechnungshofes gemäß Paragraph 21 Absatz 1 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung des Landtages wird schriftlich einberufen. Die Sitzung ist beendet.

Guten Abend! (Ende der Sitzung: 19.10 Uhr.)

